



Landtag von Baden-Württemberg

79. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 3. Februar 2000 • Haus des Landtags

Beginn: 9:32 Uhr

Schluss: 19:05 Uhr

INHALT

| | | | |
|---|------|---|------------|
| Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten | 6277 | b) Einzelplan 14: Ministerium für Wissen- schaft, Forschung und Kunst | |
| 1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzent- wurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Ba- den-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Staatshaushaltsgesetz 2000/01) | | Beschlussempfehlung und Bericht des Finanz- ausschusses – Drucksache 12/4814 | 6284 |
| a) Einzelplan 01: Landtag | | Abg. Christa Vosschulte CDU | 6284 |
| Beschlussempfehlung und Bericht des Finanz- ausschusses – Drucksache 12/4801 | 6277 | Abg. Reinelt SPD | 6286 |
| Abg. Ingrid Blank CDU | 6277 | Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen . . . | 6287 |
| Abg. Birzele SPD | 6279 | Abg. Pfister FDP/DVP | 6290 |
| Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen . | 6280 | Abg. Deuschle REP | 6293, 6304 |
| Abg. Drautz FDP/DVP | 6281 | Minister von Trotha | 6294 |
| Abg. Troll REP | 6282 | Abg. Hans-Michael Bender CDU | 6300 |
| Abg. Oettinger CDU | 6284 | Abg. Helga Solinger SPD | 6301 |
| Abg. Brechtken SPD | 6284 | Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen | 6302 |
| Beschluss | 6283 | Abg. Kiesswetter FDP/DVP | 6303 |
| Abg. Rapp REP (zur Geschäftsordnung) | 6283 | Staatssekretär Sieber | 6305 |
| Abg. Birzele SPD (zur Abstimmung) | 6284 | Beschluss | 6306 |
| | | c) Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Ju- gend und Sport | |
| | | Beschlussempfehlung und Bericht des Finanz- ausschusses – Drucksache 12/4804 | 6310 |
| | | Abg. Rau CDU | 6310 |
| | | Abg. Zeller SPD | 6313 |

| | | | |
|---|------------|--|------------|
| Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen . | 6317 | Abg. Dr. Walter Müller SPD | 6340 |
| Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP | 6319 | Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen . | 6344 |
| Abg. König REP | 6323, 6327 | Abg. Dr. Noll FDP/DVP | 6346 |
| Abg. Dr. Eva Stanienda CDU | 6325 | Abg. Krisch REP | 6349, 6360 |
| Ministerin Dr. Annette Schavan | 6328 | Abg. Schuhmacher CDU | 6351 |
| Beschluss | 6336 | Abg. Nagel SPD | 6352 |
| | | Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen . . . | 6353 |
| | | Minister Dr. Repnik | 6354 |
| d) Einzelplan 09: Sozialministerium | | Beschluss | 6362 |
| Beschlussempfehlung und Bericht des Finanz- | | Nächste Sitzung | 6364 |
| ausschusses – Drucksache 12/4809 | 6338 | | |
| Abg. Haas CDU | 6338 | | |

Protokoll

über die 79. Sitzung vom 3. Februar 2000

Beginn: 9:32 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 79. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Dr. Döring, Hofer und Dr. Schäuble.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe den einzigen Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Staatshaushaltsgesetz 2000/01)

Ich rufe zunächst **Buchstabe a** auf:

Einzelplan 01: Landtag

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4801

Berichterstatte(r)in: Abg. Veronika Netzhammer

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 01 – Landtag – eine Gesamtrededzeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Rededzeiten gelten.

Ich frage zunächst die Berichterstatte(r)in, ob sie das Wort ergreift. – Das ist nicht der Fall.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Die ist gar nicht da!)

Dann erteile ich in der Allgemeinen Aussprache Frau Abg. Blank das Wort.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die ist wenigstens da!)

Abg. Ingrid Blank CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Wir wollen mitgestalten, nicht nur mitverwalten.“ Dieser Ausspruch unseres ehemaligen Landtagspräsidenten Erich Schneider macht sehr schön deutlich, wie wichtig der Einzelplan 01 – Landtag – ist.

(Abg. Haasis CDU: Jawohl!)

Wenn er auch zu den kleineren Haushalten gehört,

(Abg. Haasis CDU: Richtig!)

so macht er uns Volksvertretern das Arbeiten doch erst möglich. Damit wir unsere Hauptaufgaben – Wahrnehmung der gesetzgebenden Gewalt und Kontrolle der Regie-

rung – verantwortungsvoll wahrnehmen können, müssen wir auch mit den richtigen Finanzmitteln ausgestattet sein.

Der uns vorliegende Regierungsentwurf erfüllt diese Voraussetzungen. Die veranschlagten Gesamtausgaben belaufen sich im Jahr 2000 auf 77,78 Millionen DM und im Jahr 2001 auf 80,62 Millionen DM – ein Sparhaushalt, wenn wir ihn mit den Haushalten anderer Länderparlamente vergleichen.

Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass wir mit 7,52 DM pro Einwohner erneut das kostengünstigste Parlament in der Bundesrepublik sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Haasis
CDU: Aber nicht das billigste! – Abg. Rech CDU:
Gut, dass das mal jemand sagt!)

Darüber hinaus – hören Sie gut zu – betreuen wir baden-württembergischen Parlamentarier mit 67 160 die meisten Einwohner pro Abgeordneten.

Auch in der Relation Mitarbeiter zu Abgeordneten schneiden wir hervorragend ab. Der Landtag arbeitet somit effizient und erfolgreich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Haasis
CDU: Ja, sehr gut! Muss man sich selber loben!)

An dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags. Sie erleichtern uns die Arbeit sehr, und wir bedanken uns dafür.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die wachsende Verzahnung von Landespolitik und europäischer Politik ist uns allen bewusst. Wissenschaftler stellen gerade für den politischen Bereich wegen der Globalisierung und Europäisierung eine Aufwertung des Lokalen und Regionalen fest. Bundespräsident Roman Herzog hat hierfür eine wichtige psychologische Ursache erkannt:

Der Mensch, der sich in der komplizierten Umwelt nicht mehr zurechtfindet, sucht instinktiv nach kleineren Einheiten.

(Abg. Haasis CDU: Genau so ist es!)

Den Länderparlamenten, die sehr viel näher an den Problemen ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger sind, kommt meines Erachtens in Zukunft eine wachsende Bedeutung zu.

(Beifall des Abg. Rech CDU – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Das glaubt er ja selber nicht!)

(Ingrid Blank)

Dadurch, dass die meisten Kolleginnen und Kollegen dieses Landtags Teilzeitparlamentarier sind, haben wir eine ganz andere Rückkopplung zu unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kluck FDP/DVP – Abg. Haasis CDU: Sehr gut!
Alle Teilzeitparlamentarier müssen klatschen!)

Das ist ein Riesenvorteil, der zwar viel Kraft und Zeit kostet, der aber ein Stück weit damit belohnt wird, dass uns der Vorwurf des Abhebens nicht so oft trifft.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Na ja! Das eine bedingt das andere nicht automatisch! – Abg. Brechtken SPD: Das ist eine gewagte These!)

Auch vor dem Hintergrund, dass wir noch nicht wissen, wie sich die Berliner Republik entwickeln wird – ich denke dabei nicht allein nur an zunehmenden Zentralismus –, brauchen wir stabile, selbstbewusste Länderparlamente, die auch im Bewusstsein ihrer Bürgerinnen und Bürger den richtigen Stellenwert haben.

(Zuruf des Abg. Moser SPD – Gegenruf des Abg. Haasis CDU)

Deshalb ist es in Zukunft noch wichtiger, dass wir ein offenes Haus sind, offen für junge Menschen

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

– Herr Brechtken, es wäre nett, wenn Sie mir zuhören würden;

(Abg. Moser SPD: Er muss aber nicht, er kann!)

das würde Ihnen vielleicht ganz gut tun –,

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

offen für alle, die an unserer Arbeit interessiert sind.

In diesem Zusammenhang sind wir sehr erfreut, dass die Zahl der Besucher des Landtags erneut gestiegen ist. Wenn man sich die Besucherstatistik anschaut, stellt man fest, dass sie ein buntes Spiegelbild unserer Gesellschaft ist.

Wir begrüßen auch die Entscheidung, dass Abgeordnete jetzt die Möglichkeit haben, eigene Besuchergruppen einzuladen, und dafür einen Zuschuss erhalten. Die Kollegen und Kolleginnen im Bundestag haben da ganz andere Möglichkeiten. Ich würde mir wünschen, dass wir auch hier etwas flexibler verfahren könnten. Ich habe manchmal den Eindruck, es gibt Ia- und Ib-Parlamente, und diesen Eindruck möchte ich mir nicht aufdrängen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Erlauben Sie mir an dieser Stelle ein kritisches Wort. Die Zahl der Teilnehmer am Schülerwettbewerb, der ja ein Wettbewerb des Landtags ist, aber von der Landeszentrale für politische Bildung durchgeführt wird, hat sich in den letzten Jahren von 2 000 auf 4 000 verdoppelt. Das ist eine ganz erfreuliche Entwicklung, weil daran festzustellen ist, dass bei den jungen Leuten eben keine Politikverdrossenheit herrscht. Aber die Landeszentrale kann diesen An-

sturm nicht mehr bewältigen. Es wäre meines Erachtens angezeigt, dass wir uns hier für die Zukunft eine Lösung überlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zurück zu den Besuchern. Sie fühlen sich in diesem Landtag hoffentlich wohl.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Blank, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Moser?

Abg. Ingrid Blank CDU: Natürlich, Herr Moser.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Moser.

Abg. Moser SPD: Frau Kollegin Blank, nachdem Sie eine positive Aussage zum Schülerwettbewerb gemacht haben, frage ich Sie: Wären Sie bereit, mit Ihren Kolleginnen und Kollegen nochmals zu sprechen, damit die Verstärkung, die im Finanzausschuss von Ihrer Seite ja abgelehnt worden ist, nun doch bald kommt, weil es nicht einzusehen ist – –

(Abg. Brechtken SPD: Zumal der Herr Ministerpräsident genickt hat!)

– Zumal der Herr Ministerpräsident genickt hat.

(Heiterkeit)

Abg. Ingrid Blank CDU: Herr Moser, Sie können versichert sein, dass ich ständig mit meinen Kollegen und Kolleginnen im Gespräch bin

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und dass ich das, was in meinen Einflussmöglichkeiten steht, nutzen werde, um hier zu sensibilisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zurück zu den Besuchern. Sie fühlen sich hoffentlich alle in diesem Landtag wohl, wohler als wir, die wir während der Plenartage oft stundenlang in diesem fensterlosen Raum sitzen müssen.

(Abg. Döpfer CDU: Furchtbar!)

Wir begrüßen deshalb sehr die Initiative des Kollegen Haas, Überlegungen anzustellen, diesen fensterlosen Raum etwas mit natürlichem Licht auszustatten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zum Schluss noch ein Thema, das uns alle in Zukunft noch mehr beschäftigen wird: die neue Informationstechnik. Die Landtagsverwaltung hat die Umstellung des alten Bürokommunikationssystems auf die neue Technologie mit PCs erfolgreich und ohne großes Aufsehen erledigt. Es ist eine erfreuliche Tatsache, dass sowohl Plenarprotokolle als auch Anfragen jetzt per Mausklick und per Stichwort abgerufen werden können. Leider nutzen erst 65 von 155 Abgeordneten diese Möglichkeit. Ich würde mir wünschen, dass dieser Schritt zum papierarmen Büro noch verstärkt genutzt wird. Die Internet-Präsentation ist hervorragend. Die

(Ingrid Blank)

CD-ROM ist hervorragend. Zusammenfassend ist für diesen Sektor zu sagen: Der Landtag hat ein modernes Outfit mit Stil, genau wie unser Land.

Danke.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorab zur letzten Bemerkung der Kollegin Blank etwas sagen. Ich glaube an das papierlose Büro, um Peter Glotz zu zitieren, genauso wenig wie an das papierlose Klo.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ingrid Blank CDU: Oh!
– Abg. Hans-Michael Bender CDU: Man kann aber auch im Klo am Papier sparen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt des Landtags nach dem Regierungsentwurf beruht auf den gemeinsamen Vorstellungen aller Fraktionen. Der Voranschlag ist im Präsidium einstimmig so verabschiedet worden. Im Finanzausschuss hat die Fraktion der Grünen einen Änderungsantrag zum Haushalt eingebracht. Wir sind der Auffassung, man sollte erst eine Konzeption haben und dann die Haushaltsmittel einsetzen und nicht die umgekehrte Reihenfolge anwenden. Ich erinnere Sie daran, Herr Kollege Kuhn, dass Sie frühere ähnliche Vorgehensweisen der CDU kritisierten, indem Sie sagten, diese halte Dinge für haushaltsreif, die noch nicht einmal entscheidungsreif seien. Wir haben deshalb einen Entschließungsantrag eingebracht, der auch die Frage der Belichtung dieses Raumes einbeziehen soll, und nach den Ausführungen der Kollegin Blank hierzu hoffe ich, dass wir diesen Entschließungsantrag – Bauliche Veränderungen an den Landtagsgebäuden –, Drucksache 12/4836-4, einstimmig verabschieden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ein solcher Haushaltsvoranschlag einstimmig den Vorstellungen aller Fraktionen entspricht, entsteht in der Öffentlichkeit leicht der Eindruck, hier handle es sich um Kungelei. Ich will diesem Eindruck noch einmal ausdrücklich widersprechen und verweise auf die in diesem Punkt überzeugenden und richtigen Ausführungen der Kollegin Blank, was die Relation der Ausgaben betrifft und insbesondere auch was das Verhältnis der Zahl der Einwohner zur Zahl der Abgeordneten betrifft. Wenn die Regelzahl des Landtags eingehalten würde – 120 Abgeordnete –, hätten wir mit Abstand die meisten Einwohner pro Abgeordneten, nämlich über 86 000. Wir haben jetzt – Frau Kollegin Blank hat es erwähnt – 67 000 Einwohner pro Abgeordneten. Nordrhein-Westfalen liegt mit 81 000 Einwohnern pro Abgeordneten vor uns. Alle anderen Länder, auch Bayern mit 59 000, liegen hinter uns.

Man könnte also sagen, wir hätten ja dann in diesem Bereich keine Probleme. Dies ist aber nicht so. Wir alle wissen, dass unser gegenwärtiges Landtagswahlrecht einige Probleme aufweist. Die Grünen haben ja hierzu auch einen Antrag eingebracht.

Wir hatten 1992 25 zusätzliche Mandate und 1996 35 zusätzliche Mandate. Der Vorschlag des Kollegen Peter Straub, die Zahl der Wahlkreise zu reduzieren und stattdessen den Verhältnisausgleich zu begrenzen oder ganz auf ihn zu verzichten, ist politisch natürlich völlig inakzeptabel und, abgesehen davon, auch nicht mit der Verfassung in Einklang zu bringen.

Die Koalitionsfraktionen haben eine Koalitionsvereinbarung mit der Zielsetzung einer Reduzierung der Zahl der Wahlkreise getroffen, um die Probleme besser in den Griff zu bekommen. Leider ist dieses Vorhaben im Sande oder wo auch immer stecken geblieben. Die Probleme sollten jedoch nicht ausgesessen, sondern gelöst werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Herrmann CDU: Sie sind gelöst, indem man nichts ändert!)

– Ich hätte jetzt insbesondere auf den Zuspruch des Kollegen Kluck gehofft.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wo er Recht hat, hat er doch Recht!)

Ich will drei Probleme kurz aufzeigen. Zum einen haben wir einen Frauenanteil von lediglich 18 %. Dieser Anteil ist nur deshalb so „hoch“ geworden, weil im Verlauf der Legislaturperiode insgesamt vier Mandate männlicher Abgeordneter, die ausgeschieden sind, durch Frauen besetzt worden sind.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Wo bei wir den höchsten Frauenanteil haben!)

Zweitens haben wir eine zu geringe Absicherung von Führungspersönlichkeiten; das ist insbesondere das Problem der kleinen Fraktionen. Ich erinnere zum Beispiel an Brandenburg und Enderlein, die jeweils als Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidaten nicht in den Landtag gewählt worden sind.

Als drittes Problem will ich ansprechen, dass wir durch unser Wahlsystem ein regionales Ungleichgewicht haben. Die CDU hat im Regierungsbezirk Stuttgart mit 37,9 % im Vergleich zu ihren sonstigen Stimmenanteilen – ihr höchster Anteil war der in Tübingen mit 45,1 % – den geringsten Stimmenanteil erzielt, aber alle Direktmandate gewonnen. Deshalb sind hier aufgrund unseres Ausgleichssystems besonders viele Ausgleichsmandate entstanden.

Dies bedeutet, wenn ich alle Stimmenanteile zusammennehme: Bei 37,98 % Stimmenanteil im Regierungsbezirk Stuttgart haben wir bei 65 Abgeordneten von 155 mit 41,93 % ein deutliches Übergewicht. Alle anderen Regierungsbezirke haben deshalb vergleichsweise weniger, insbesondere Tübingen: Dort liegt der Stimmenanteil bei 16,74 % und der Abgeordnetenanteil mit 22 Abgeordneten bei 14,19 %.

Wir müssen diese Probleme also lösen. Das FDP-Mitglied Professor Hagena hat dazu eine ausführliche Analyse vorgelegt. Er weist unter anderem darauf hin, dass im Regierungsbezirk Stuttgart die CDU 26 493 Stimmen für einen Sitz benötigte, die FDP/DVP landesweit dagegen 32 748.

(Birzele)

Deshalb ist unser Appell: Lassen Sie uns eine gemeinsame Kommission gründen, eine Kommission aller Fraktionen, in der Wahlrechtsfragen offen besprochen werden sollten, ohne auf kurzfristige Vorteile zu schießen. Ich verweise auf das Bundestagswahlergebnis von 1994. Die CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn hatte es abgelehnt, Ausgleichsmandate einzuführen. Deshalb hat bei der Bundestagswahl 1998 die jetzige Regierungskoalition eine satte Mehrheit an Sitzen erhalten. Also schießen Sie nicht auf kurzfristige Vorteile, sondern lassen Sie uns dieses Problem gemeinsam lösen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Mehrheitswahlrecht!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Blank, Sie haben hier einiges über die Bedeutung des Landtags gesagt, auch, er sei eine kleine Einheit, der sich die Leute verbunden fühlten. Es liegt mir fern, den Landtag als abgehoben charakterisieren zu wollen, aber ich glaube, dass es überzogen ist, wenn man sich in diesem Gefühl sonnt. Wo sich die Leute mit kleinen Einheiten identifizieren, ist doch wohl vor Ort: in den Kommunen, wo sie selbst auch die größten Einflussmöglichkeiten haben.

Ich glaube, dass wir im Landtag darauf achten sollten, dass hier die Landespolitik noch eine Rolle spielt und wir nicht eine Art Unterabteilung des Bundestags werden. Ich erinnere an manche Debatten, die Ihre Fraktion schon beantragt hat. Vielleicht wäre es manchmal besser, wenn wir uns auf die Aufgaben des Landes konzentrieren würden.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ja, das ist noch gar nicht lange her! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Ingrid Blank und Dr. Inge Gräßle)

– Ich sehe schon, ihr fühlt euch angesprochen. Dann war es ja eine richtige Bemerkung.

Ich möchte jetzt über die Vorschläge sprechen, die wir Ihnen heute machen, die auch mit dem Haushalt des Landtags zu tun haben. Wir schlagen zum einen einen kleinen Schritt von praktischer, aber auch symbolischer Bedeutung vor. Das ist die Einrichtung einer Photovoltaikanlage hier im Landtag, genauer gesagt: auf dem Dach des Hauses der Abgeordneten. Das Zweite, was wir Ihnen vorschlagen, aber auch abverlangen, ist schon eher ein großer Sprung über den eigenen Schatten, jedenfalls in der politischen Willensbekundung, die wir für eine Verkleinerung des Landtags verlangen.

Ich spreche zunächst über den kleinen Schritt. Wir haben vorgeschlagen, 200 000 DM zu etatisieren, damit eine Photovoltaikanlage auf dem Dach des Hauses der Abgeordneten installiert werden kann. Das würde bedeuten, dass der Landtag als die zentrale demokratische Institution des Landes eine erneuerbare Energie, nämlich die Sonnenenergie, zur Stromerzeugung nutzt und damit für dieses Haus etwas Praktisches tut. Wenn demnächst das Stromeinspeisungsgesetz in Kraft tritt, das die rot-grüne Koalition in Bonn beschlossen hat, wird es auch noch wirtschaftlich günstiger,

weil man möglicherweise überschüssigen Strom zu guten Preisen ins Netz einspeisen kann.

Jenseits des praktischen Nutzens ist es auch von hoher symbolischer Bedeutung, meine Damen und Herren. Es ist bereits in vielen Debatten hier klar geworden, dass wir in der Nutzung der Sonnenenergie, der erneuerbaren Energiequellen überhaupt, als Land hinterherhinken und dass wir hier Nachholbedarf haben.

Die Bundesregierung hat ein 100 000-Dächer-Programm aufgelegt. Wir werden uns hier nicht einig über die Förderung des Landes; aber vielleicht könnten wir uns einig werden darüber, dass es auch wichtig wäre, hier Pilotfunktion einzunehmen. Wenn nämlich eine solche Anlage auf dem Landtag installiert wäre, wo alle Leute sie sähen, über die dann viel gesprochen würde und die auf Bildern zu sehen wäre, würden doch die kleinen Häuslebauer sich viel eher ermutigt fühlen, diesen Schritt auch zu gehen. Das heißt, das Land würde Vorgaben machen, damit auch hier ein technischer Schub zur Energiewende einsetzt, der sowohl wirtschaftliche Chancen als auch umweltpolitische Vorteile bringt.

Deswegen ist das nach meiner Meinung auch kein Grund für Eifersüchteleien. Ich sage das in Richtung der SPD-Fraktion. Herr Kollege Birzele, offensichtlich ist der Dissens auch nicht mehr so groß. In Ihrem Antrag taucht jetzt auch die Photovoltaik auf. Da hoffe ich doch auf Zustimmung zu unserem Antrag.

Was Ihren Vorschlag angeht, die Lichtverhältnisse im Plenarsaal zu verbessern,

(Abg. Scheuermann CDU: Das wäre wichtiger!)

wäre das schön, auch wenn ich es persönlich wohl nicht mehr erleben werde. Ich erinnere aber daran, dass das unter Umständen sehr teuer wird. Wenn wir Ihnen also zustimmen, ist das noch keine Zustimmung zu einem größeren Finanzvolumen, sondern das müsste man noch klären.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie können ja mal als Besucherin kommen! Da tut es Ihnen auch gut! – Abg. Brechtken SPD: Man soll nie „nie“ sagen!)

Bezüglich der Photovoltaikanlage sage ich in Richtung Regierungsfractionen: Geben Sie sich einen Ruck. Das würde nicht viel Geld kosten und stünde uns allen gut an.

Jetzt rede ich über den großen Sprung, nämlich die Verkleinerung des Landtags. Herr Kollege Birzele hat schon viel gesagt zu den Problemen des Wahlrechts und den Disparitäten, die hier entstehen. Das will ich nicht wiederholen, denn die Feststellung, dass der Landtag mit seinen 155 Abgeordneten bei einer Regelgröße von 120 Abgeordneten doch sehr groß ist und daraus viele Probleme entstehen, ist ja nicht neu. Dazu sind schon viele Reden gehalten worden, übrigens auch von der FDP/DVP-Fraktion in früheren Zeiten, als sie noch in der Opposition war.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Auch in dieser Legislaturperiode! Die Position ist klar! – Abg. Brechtken SPD: Im Reden sind die stark!)

– Dann frage ich doch, Herr Kollege Pfister: Wo sind die Taten?

(Birgitt Bender)

Es ist nun einmal ein Problem, wenn hier mehr Abgeordnete anwesend sind, als für eine zügige und effiziente Arbeit nötig sind. Jeder Abgeordnete versucht – das ist auch subjektiv legitim –, in seinem Wahlkreis nachzuweisen, dass er etwas tut, und schreibt deswegen viele Anträge. Mit Parlamentsökonomie hat dies aber nichts zu tun. Deswegen gibt es schon Gründe, für eine schlankere und effizientere Struktur zu sorgen.

Ich will dazusagen, meine Damen und Herren: Ich glaube, dass ein solcher Schritt auch von hohem symbolischem Wert wäre. Warum? Weil er nämlich eine Reformwilligkeit dokumentieren würde, die auch ein Signal an die Bevölkerung wäre, dass Reformen auch dann gemacht werden, wenn sie Einschnitte zulasten der eigenen Interessen bedeuten. Denn natürlich würde eine Verringerung der Zahl der Wahlkreise, würde eine Verringerung der Zahl der Mandate insgesamt – wir schlagen ja vor: nur noch 50 Direktmandate und 50 über möglicherweise regionale Listen oder über die Zweitauszählung – bedeuten, dass es insgesamt weniger Mandate und Mandatsaussichten gibt. Ich will hier nicht von Pfründen sprechen. Natürlich haben Leute, die sich in der Politik engagieren, ein Interesse daran, auch mal ein Mandat wahrzunehmen. Das ist auch gut so. Aber vielleicht sollte es auch einmal die Bereitschaft geben, im übergeordneten Interesse zu sagen: Gut, dann werden alle Fraktionen kleiner, und dann werden auch die Aussichten derer, die bisher am ehesten Direktmandate gewonnen haben, kleiner.

Es muss doch möglich sein, dass so eine Entscheidung auch dann, wenn davon Leute betroffen sind, durchgeführt werden kann. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, diese Entscheidung muss als politische Willensbekundung jetzt erfolgen, jetzt, noch in dieser Legislaturperiode, damit überhaupt der nächste Landtag am Anfang das Wahlrecht ändern kann. Denn sonst werden wieder alle Bedenkenträger aufstehen und sagen: Die neu gewählten Abgeordneten haben sich darauf eingerichtet, dass es so ist, und die genießen jetzt Vertrauensschutz.

So, meine Damen und Herren, kommen wir nie zu etwas. Deswegen legen wir Ihnen jetzt einen Entschließungsantrag vor, der die Verkleinerung des Landtags zum Ziel hat, und dies ist auch ein Test für die Reformfähigkeit und Reformwilligkeit der Regierungsfractionen. Ich spreche da beide an. Diesen Test sollten Sie bestehen. Es sollten nicht immer nur Beamtenstellen abgeschafft werden, sondern es dürfen auch mal Abgeordnetenmandate sein.

An dieser Stelle will ich noch die Gelegenheit nutzen, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtags, die für uns sehr wichtige Dienstleistungen erbringen, herzlichst zu danken.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

(Abg. Brechtken SPD: Der Landtag und der Wein!)

Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aussprache über den Haushalt des Landtags ist eine gute Gelegenheit – wie man auch bei den Vorrednern schon gesehen hat –, sich mit den ureigensten Angelegenheiten des Parlaments zu befassen und sich auch Gedanken über den Stellenwert des Parlaments zu machen. Angesichts der knappen Zeit, die ich heute zur Verfügung habe,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: No net hudla!)

möchte ich zwei Punkte ansprechen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zunächst einige Anmerkungen zum Ablauf der Plenarsitzungen. Der Stellenwert eines Parlaments hängt unter anderem auch davon ab, wie sich das Parlament nach außen hin darstellt. Parlamentsdebatten sind gewissermaßen Schaufenster des Parlaments. Schon von daher macht es Sinn, die Gestaltung dieser Debatten kritisch zu beleuchten.

(Zurufe der Abg. Kuhn und Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Für mich stellt sich die schlichte Frage, ob die derzeitige Debattenstruktur des Landtags, Herr Kuhn, auf die wir uns nach langen Beratungen in der Geschäftsordnungskommission geeinigt haben, tatsächlich angemessen ist. Obwohl ich selber daran mitgewirkt habe, muss ich Ihnen offen eingestehen, dass ich mit dieser Debattenstruktur alles andere als zufrieden bin. Es ist zwar gelungen, die Zahl der Aktuellen Debatten von acht auf sechs an zwei aufeinander folgenden Plenartagen zu reduzieren, doch hatte ich mir davon auch mehr Effektivität im Hinblick auf die Themen der Debatten und vor allem mehr Originalität versprochen.

Die parlamentarische Wirklichkeit hingegen sieht anders aus. Bei vielen Aktuellen Debatten ist die Frage zu stellen, worin eigentlich ihre Aktualität besteht.

(Abg. Scheuermann CDU: Sehr gut!)

Auch die zunehmende Tendenz, im Landtag von Baden-Württemberg so genannte Berliner Schattendebatten zu führen, stimmt nachdenklich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der landespolitische Bezug dieser Debatten ist häufig an den Haaren herbeigezogen.

Gestatten Sie mir auch noch die Feststellung: Der Landtag von Baden-Württemberg befasst sich einfach mit zu vielen Themen. Um dem abzuhelpen, wäre es vielleicht gar nicht falsch, zukünftig weniger oder kürzere Plenarsitzungen vorzusehen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Oder gar keine mehr! Dann hätten wir gar kein Problem!)

Wenn hier weniger Zeit zur Verfügung steht, kann auch nicht so viel geredet werden.

(Heiterkeit – Abg. Brechtken SPD: Das ist unglaublich!)

(Drautz)

Der Zwang, meine Damen und Herren, sich auf das Wesentliche zu beschränken, wäre sicher heilsam.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Die Forderung nach einer geringeren Zahl und einer kürzeren Dauer der Plenarsitzungen ist nicht neu, muss ich Ihnen von der SPD sagen. Auch Herr Kollege Vizepräsident Birzele hat dieses Thema schon einmal hier im Plenarsaal aufgegriffen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen, den die Vorredner schon angesprochen haben, nämlich die Größe des Landtags. Mit dem derzeitigen Stand von 155 Abgeordneten wird der Landtag nicht effizienter und die Qualität der parlamentarischen Arbeit nicht besser. Nach meiner festen Überzeugung kann auch ein kleinerer Landtag seinen Verfassungsauftrag erfüllen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es!)

Zum schlanken Staat gehört schließlich auch ein schlankes Parlament.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Und schlanke Abgeordnete! – Beifall bei der FDP/DVP –
Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Was für eine Konfektionsgröße haben Sie, Herr Drautz?)

Gewiss, ohne die Reduzierung der Anzahl der Wahlkreise ist dies nicht möglich. Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP/DVP haben in ihrer Koalitionsvereinbarung eine Verringerung der Zahl der Wahlkreise vorgesehen. Ich muss hier selbstkritisch einräumen, dass wir dieses Ziel in dieser Legislaturperiode nicht erreicht haben, weil wir Freien Demokraten uns mit unserem Koalitionspartner nicht über die Größenordnung hinsichtlich der Reduzierung der Zahl der Wahlkreise einigen konnten. Der SPD ist es in der vorhergegangenen Koalition ähnlich ergangen. Für mich und meine Fraktion steht jedenfalls fest: Um eine unnötig große Zahl von Überhang- und Ausgleichsmandaten zu vermeiden, darf die Zahl der Wahlkreise nur halb so groß sein wie die Mindestzahl der Mitglieder des Landtags.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, der im nächsten Jahr zu wählende Landtag wird um eine Reduzierung der Zahl der Wahlkreise und eine umfassende Wahlkreisreform nicht herumkommen. Ein Teil der Landtagswahlkreise hat inzwischen eine Größenordnung erreicht, die verfassungsrechtlich problematisch ist. Eine Neuzuschneidung der Wahlkreise ist deshalb geboten. Das geltende Landtagswahlrecht gewährleistet keine Chancengleichheit zwischen den Wahlkreisen, da die Zahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Wahlkreisen extrem unterschiedlich ist.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sind Sie hier in der Opposition oder in der Regierung?)

Um eine echte Chancengleichheit zwischen den Wahlkreisen herzustellen, darf die maximale Abweichung vom Durchschnitt nur 5 000 Wahlberechtigte betragen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Könnten Sie das wiederholen?)

– Ich wiederhole gern, Herr Kuhn, dass die maximale Abweichung nach oben oder unten nicht mehr als 5 000 Wahlberechtigte betragen darf, wenn man eine gerechte Lösung im Land haben will. Es ist für die Grünen genauso wie für die anderen kleineren Parteien von Bedeutung, dass hier mehr Gerechtigkeit erreicht wird. Derzeit ist es so, dass Kandidaten in manchem Wahlkreis von vornherein wissen, dass sie den Sprung in den Landtag aufgrund der geringeren Zahl der Wahlberechtigten in ihrem Wahlkreis überhaupt nicht schaffen können. Wie auch immer: Eine späte Einsicht ist besser als gar keine.

Das wissen meine Freunde in der CDU-Fraktion. Sie werden schon noch rechtzeitig dem Herrn Landtagspräsidenten folgen, der sich bekanntlich seit langem ebenso für eine Verkleinerung des Landtags einsetzt, wie wir das tun.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir am Ende meiner Ausführungen die Feststellung, dass die Mitglieder eines Parlaments gute Arbeit nur leisten können, wenn sie gute Mitarbeiter haben. Das ist in Baden-Württemberg der Fall. Die Mitarbeiter des Landtags leisten nicht nur gute, sondern hervorragende Arbeit, ihr Engagement ist vorbildlich. Namens der FDP/DVP-Landtagsfraktion möchte ich mich bei allen Mitarbeitern des Landtags ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Troll.

Abg. Troll REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei Bewertung der vorliegenden Zahlen zum Einzelplan 01 ist festzustellen, dass, bezogen auf die Anzahl der von ihm vertretenen Bürger und Bürgerinnen, der Landtag von Baden-Württemberg in Deutschland das im Kostenvergleich günstigste Landesparlament bisher war und weiterhin sein wird. Angesichts vielfältiger neuer Aufgabenstellungen – ich nenne hier nur die Bereiche der Datenverarbeitung und deren Anwendungen – sind die veranschlagten Beträge Ausweis für eine vorbildhafte, sparsame Wirtschaftsführung auf allen Ebenen der Verwaltung.

Die Tatsache, dass ohne die engagierte Aufgabenerledigung der Landtagsbeschäftigten der Parlamentsbetrieb mit dem von uns Abgeordneten gewohnten hohen Standard nicht möglich wäre, muss einmal deutlich herausgestellt werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Fraktion jedenfalls spricht den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Landtagsverwaltung ausdrücklich herzlichen Dank und lobende Anerkennung für ihre in vielen Fällen über bloße Pflichterfüllung hinausgehenden Dienstleistungen aus.

Meine Damen und Herren, die in diesen Tagen öffentlich gemachten Vorgänge um die Finanz-, Schmiergeld- und Schwarzgeldpraxis einer bisher staatstragenden Bundes- und Landespartei sind einerseits geeignet, in die Politik und in Politiker gesetztes Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in gravierender Weise zu beschädigen. Andererseits werden neben der dabei geförderten Politikverdrossenheit – was viel schwerer wiegt – gerade bei jun-

(Troll)

gen Menschen Achtung und Ansehen des Rechts- und Verfassungsstaats massiv infrage gestellt.

(Beifall bei den Republikanern)

All dies erfüllt unsere rechtstreue Bürgerschaft mit berechtigter Besorgnis und tiefer Empörung. Durch die zeitgleich im öffentlichen Bewusstsein befindlichen korruptionsrelevanten Verfälschungen und Selbstbereicherungsaffären hochmöglicher Politiker bzw. Amtsträger der Sozis in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen wird die ganze Angelegenheit auch nicht appetitlicher gemacht.

Jeder unbefangenen urteilende Bürger wird das strafrechtliche und gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und deren Gesetze gerichtete Verhalten der in Rede stehenden Amts- und Mandatsträger als ungleich bedrohlicheres Gefährdungspotenzial erkennen und einstufen können.

(Beifall bei den Republikanern)

Ganz bewusst an die Adresse der im Betroffenheitsritual geübten SPD-Genossen stelle ich fest: Wer in diesen Tagen landauf, landab in der Pose höchster Empörung vermutete oder belegbare Rechts- und Verfassungsverstöße des Führungspersonals der CDU geißelt, muss an das Fehlverhalten der eigenen Führungsfiguren erinnert werden.

Die Bundestagsverwaltung setzt die Höhe der Mittel für die Parteien fest und weist die Landtagsverwaltung an, den Betrag aus den Haushaltsmitteln des Landes auszuführen. Es handelt sich dabei also um Geld der Steuerzahler des Landes. Wir Republikaner beantragen deshalb, dass die Zahlungen aufgrund des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes an die CDU zunächst einbehalten werden, bis geklärt ist, ob und in welcher Höhe Rückforderungen von bereits geleisteten staatlichen Zuwendungen aufgrund von Verstößen gegen das Parteienfinanzierungsgesetz bestehen. Nach Recht und Gesetz muss die CDU wegen der von ihren Spitzenfunktionären selbst eingeräumten Rechts- und Verfassungsverstöße im Sinne des Parteienfinanzierungsgesetzes mit Rückforderungen von bereits geleisteten staatlichen Zuwendungen rechnen.

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dieser Sperrvermerk müsste eigentlich breite Zustimmung bekommen, wenn die Äußerung führender Parteifunktionäre der anderen Fraktionen nicht pure Heuchelei gewesen sein soll.

(Beifall bei den Republikanern)

Das Parteienfinanzierungsgesetz gilt für alle. Eine Sonderbehandlung der CDU würde von uns nicht mitgetragen. Sollte unser Antrag abgelehnt werden, kann die Fraktion Die Republikaner dem Einzelplan 01 – Landtag – nicht zustimmen.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4801.

Ich rufe auf

Kapitel 0101

Landtag

Hierzu liegen ein Änderungsantrag und drei Entschließungsanträge vor, über die ich zunächst abstimmen lasse.

Wir kommen zunächst zum Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4836-2. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4836-3. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Bitte schön.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, ich beantrage namentliche Abstimmung.

(Zuruf von der CDU: Das ist die größte Unverschämtheit!)

Präsident Straub: Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Findet dieser Antrag die erforderliche Unterstützung?

(Zurufe: Nein! – Abg. Pfister FDP/DVP: Nein, nur eine Stimme! – Zuruf von der CDU: Keine Mehrheit!)

Wenn schon derartige Anträge gestellt werden, bitte ich darum, dass man dann auch dem Gang der Sitzung folgt.

Es findet eine namentliche Abstimmung statt. Meine Damen und Herren, wer dem Antrag Drucksache 12/4836-3 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnt, möge mit Nein antworten, und wer sich enthält, möge mit „Enthaltung“ antworten.

Ich bitte Herrn Schriftführer Dr. Birk, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Wir beginnen mit dem Buchstaben C.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich darf um Ruhe bitten, weil man sonst die Antworten nicht verstehen kann. Bitte, Herr Dr. Birk.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist beendet. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag Drucksache 12/4836-3 bekannt:

An der Abstimmung haben sich 134 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 11 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 123 Abgeordnete gestimmt.

Der Antrag ist daher mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Präsident Straub)

*

Mit Ja haben gestimmt:

Dagenbach, Deuschle, Eigenthaler, Hauser, Huchler, Käs, König, Krisch, Rapp, Dr. Schlierer, Troll.

Mit Nein haben gestimmt:

Bebber, Behringer, Birgitt Bender, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Birzele, Ingrid Blank, Bloemecke, Braun, Brechtken, Carla Bregenzer, Dr. Carmina Brenner, Brinkmann, Buchter, Capezzuto, Dr. Caroli, Döpfer, Drautz, Drexler, Marianne Erdrich-Sommer, Beate Fauser, Fischer, Fleischer, Dr. Glück, Göbel, Göschel, Dr. Inge Gräßle, Rosa Grünstein, Stephanie Günther, Haas, Haasis, Hackl, Hauk, Ursula Haußmann, Hehn, Heiler, Herrmann, Dr. Hildebrandt, Jacobi, Junginger, Keitel, Kiefl, Kielburger, Kiesswetter, Birgit Kipfer, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, Kretschmann, Kuhn, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Lorenz, Mappus, Maurer, Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Moser, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Dr. Walter Müller, Nagel, Dr. Noll, Oelmayer, Oettinger, Pfister, Pfisterer, Dr. Puchta, Renate Rastätter, Rau, Rech, Reddemann, Redling, Reinelt, Dr. Reinhart, Annemie Renz, Dr. Repnik, Ruder, Christine Rudolf, Rückert, Dr. Salomon, Dr. Schäfer, Schaufler, Gerd Scheffold, Dr. Stefan Scheffold, Scheuermann, Sabine Schlager, Nils Schmid, Schöffler, Schuhmacher, Lieselotte Schweikert, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Helga Solinger, Staiger, Dr. Eva Stanienda, Dr. Steim, Stratthaus, Straub, Teßmer, Teufel, Renate Thon, Tölg, Traub, von Trotha, Veigel, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wabro, Wacker, Walter, Weimer, Weiser, Wieser, Winckler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeiher, Zeller.

*

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4836-1, auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4836-4.

Herr Kollege Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, wir halten das Thema für wichtig, halten eine baldmögliche Beratung im Präsidium für nahe liegend, würden gerne auf der Grundlage der von Ihnen schon in Auftrag gegebenen Gutachten prüfen, ob wir eine Erweiterung benötigen, und streben eine einvernehmliche Beratung und Entscheidung dort zwischen den Fraktionen an.

Deswegen bitten wir die Kollegen von der SPD, heute auf eine formale Abstimmung zu verzichten.

Präsident Straub: Können wir so verfahren? – Bitte schön, Herr Abg. Brechtken.

Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, unsere Fraktion verfolgt immer das Anliegen, den Versuch zu machen, eine Gesamtlösung des Problems anzugehen und nicht nur einen Teil herauszunehmen. Deshalb waren wir auch gegen den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wir sind mit dem Verfahren einverstanden und hoffen auf eine einvernehmliche Regelung. Wir ziehen deshalb den Antrag für die heutige Sitzung zurück.

Präsident Straub: Vielen Dank. – Wir setzen diesen Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Präsidiumssitzung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Kapitel 0101 – Landtag. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist dem Kapitel 0101 und damit dem Einzelplan 01 zugestimmt.

Ich rufe nun Buchstabe b der Tagesordnung auf.

(Abg. Birzele SPD: Herr Präsident!)

– Entschuldigung, ja, Herr Kollege Birzele hatte sich schon vorhin gemeldet. Er möchte eine Erklärung zur Abstimmung abgeben.

Bitte schön, Herr Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4836-2, abgelehnt,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Man versteht nichts!)

weil – erstens – mit der Realisierung dieses Antrags nur ein Teil der Probleme aufgegriffen würde. Andere Fragen wie Verhältnisausgleich auf Landesebene, Ersetzung des mathematischen Verfahrens d'Hondt durch das Restzahlverfahren, kleine Landesliste, Regionallisten, Regelungen zur Verbesserung des Frauenanteils, Erst- und Zweitstimmenproblematik würden nicht aufgegriffen.

Zweitens: Wir sind der Meinung, dass nicht die Landesregierung, sondern der Landtag eine solche Konzeption erarbeiten sollte. Deshalb plädieren wir für eine Kommission und haben den erwähnten Antrag abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Dann rufe ich jetzt **Buchstabe b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4814

Berichterstatter: Abg. Rapp

Das Präsidium hat für die Aussprache über diesen Einzelplan eine Gesamtrededzeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann erteile ich in der Allgemeinen Aussprache Frau Abg. Vosschulte das Wort.

Abg. Christa Vosschulte CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kabarettist Werner Fink hat den Staatshaushalt als einen Haushalt definiert, in dem alle essen möchten, aber keiner Geschirr spülen will. Herr Finanzminister Stratthaus, wenn Sie sich die Gespräche in den heißen Haushaltswochen ins Gedächtnis rufen, werden Sie mir wohl darin zustimmen, dass diese Definition nicht ganz falsch ist.

(Christa VossSchulte)

Meine Damen und Herren, man darf wohl sagen, dass die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Kunst einen gesunden Appetit bewiesen haben. Mit seinen Gesamtausgaben von jeweils 5,6 Milliarden DM hat der Einzelplan 14 einen Anteil von über 10 % an den Gesamtausgaben des Landes und gehört damit neben dem Kultusbereich zu den Ressorts, in denen am meisten investiert wird.

Auf der anderen Seite hat sich Klaus von Trotha als emanzipierter Mann erwiesen, indem er auch nicht vor dem Geschirrspülen zurückgeschreckt ist und somit seinen Beitrag zur Konsolidierung unseres Haushalts geleistet hat. Die Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Kunst sind nicht in dem Maß gestiegen, wie dies angesichts der aufgrund von Tarifabschlüssen gestiegenen Personalkosten eigentlich wünschenswert gewesen wäre.

Wir investieren erheblich im Bildungsbereich. Die hier veranschlagten Mittel sind gut investiertes Geld. Wir investieren in die Ausbildung unserer jungen Generation und damit in die Zukunft Baden-Württembergs. Die CDU-Fraktion hat der Bildungspolitik seit jeher zentrale Bedeutung zugemessen, und wir haben deshalb in diesem Bereich wieder einen Schwerpunkt unserer politischen Arbeit gesetzt.

Der Bildungsbereich ist einer der wichtigsten Kompetenzbereiche des Landes im Verhältnis zum Bund. Hier haben die Länder große gestalterische Freiheit, und hier zeigt sich deshalb auch deren Unverwechselbarkeit und Identität. Wissenschaft, Forschung und Kunst sind Markenzeichen Baden-Württembergs. Wir sind nicht nur ein sehr attraktiver Hochschulstandort, sondern werden auch in den Bereichen Forschung, Spitzenforschung und Kultur als Region von internationaler Bedeutung anerkannt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt liest sie gerade einen Hochglanzprospekt der Regierung vor!)

Um diesen hohen Standard auch in den nächsten beiden Jahren halten zu können, sind nicht nur Kreativität und ständige Aufgabenkritik der Handelnden erforderlich, sondern es müssen auch finanzielle Mittel eingesetzt werden. Dies ist nach meiner Überzeugung im vorliegenden Haushaltsentwurf geschehen.

Ich verhehle nicht, dass die finanziellen Handlungsspielräume enger geworden sind. Im vorliegenden Doppelhaushalt muss der Einzelplan 14 in weit größerem Umfang Personalkostensteigerungen abfedern, als dies in vergangenen Jahren der Fall war. Die Tarifabschlüsse und die Erhöhungen der Beamtenbesoldung haben das Wissenschaftsministerium mehr getroffen als jedes andere Ressort; denn der Personalkostenanteil liegt hier bei annähernd der Hälfte der Gesamtausgaben. Bei den Sachausgaben und den nicht zwangsläufigen Ausgaben mussten wir deshalb Einschnitte hinnehmen.

Ich betone ausdrücklich, dass die CDU-Fraktion zu dem vorgelegten Sparhaushalt steht. Wir werden an unserem Bekenntnis zur Haushaltskonsolidierung und unseren Eckwertbeschlüssen zur Nettoneuverschuldung festhalten. Das ist uns nicht immer leicht gefallen, und wir hatten gerade bei den Beratungen über den Wissenschafts- und Kunsthaushalt manch schwere Entscheidung zu treffen.

Die erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen hat es uns dennoch ermöglicht, am Regierungsentwurf noch Korrekturen vorzunehmen. So werden wir beispielsweise die durch die Deckelung der Wettmittel betroffenen freien Kunstfördermittel deutlich erhöhen. Dazu wird mein Kollege Hans-Michael Bender noch detailliertere Ausführungen machen. Ich beschränke mich auf die Bereiche Wissenschaft und Forschung.

Wir haben unsere Position als führender Hochschul- und Forschungsstandort in der Bundesrepublik gehalten, und wir werden diesen hohen Standard auch in den nächsten beiden Jahren beibehalten. Einer der Gründe hierfür ist, dass es uns gelungen ist, durch strukturelle Maßnahmen neue Handlungsspielräume zu schaffen.

In diesem Zusammenhang darf ich an die Umsetzung der zukunftsweisenden Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission erinnern. Diese hochrangig besetzte Kommission hat sich mit dem Thema „Flexibilisierung der Rahmenbedingungen des Hochschulsystems“ befasst und uns wertvolle Anregungen für die mit Beginn dieses Jahres in Kraft getretene Hochschulgesetzesnovelle gegeben. Ich möchte darauf nicht näher eingehen.

Vielmehr will ich auf die in der Hochschulnovelle vorgeschlagene Finanzreform eingehen. Wir haben mit der Globalisierung der Hochschulhaushalte begonnen. Im vorliegenden Haushaltsentwurf werden wir im Rahmen der dezentralen Finanzverantwortung den Hochschulen Globalhaushalte geben, die aus nur wenigen Haushaltstiteln bestehen. Durch eine fast unbeschränkte gegenseitige Deckungsfähigkeit der Etatansätze wird zusätzliche Flexibilität erreicht. Wir ermöglichen den Hochschulen Bildung von Rücklagen und vermeiden so das so genannte Dezemberfieber. Eine weitere Vereinfachung der Hochschulhaushalte erreichen wir dadurch, dass wir im Bereich der Arbeiter und Angestellten die Stellenbewirtschaftung weitgehend aufheben.

Die dezentrale Finanzverantwortung, die durch einen Globalhaushalt ermöglicht wird, gibt den Hochschulen große Freiheit bei der Verwendung ihrer Mittel. Die bisher in der Kameralistik vorgesehene Zweckbindung der vom Land bewilligten Mittel entfällt im Globalhaushalt. Im gemeinsamen Interesse von Parlament, Regierung und Hochschulen muss aber die dezentrale Verantwortung durch ein Rechnungswesen ergänzt werden, das deutlich erkennen lässt, wo und wie die Mittel eingesetzt werden.

(Beifall des Abg. Bloemcke CDU)

Diese notwendige Transparenz schaffen wir durch die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung. Seit diesem Jahr haben alle Einrichtungen, deren Haushalt globalisiert wurde, eine Kosten- und Leistungsrechnung in vereinfachter Form. In der Einführungsphase beschränken wir uns zunächst auf die Erfassung der Kosten auf Kostenstellen. In weiteren Schritten werden dann Abschreibungen und Bewertungen hinzugefügt, Leistungsverflechtungen berücksichtigt und die Kostenträger ermittelt. Unser Ziel ist es, bis zum Ende des Jahres 2003 die Kosten- und Leistungsrechnung in allen Einrichtungen des Ressorts vollständig einzuführen.

(Christa Vosschulte)

Die Zuschüsse an unsere Hochschulen werden künftig in zunehmendem Maße an deren Leistungen bemessen werden. Bisher beruhten die Zuschüsse auf den vorhandenen, gewachsenen Haushaltsansätzen, die oft nur historisch erklärbar waren.

Die globalen Zuschüsse an den Hochschulen werden künftig nach den Leistungen der Hochschulen bemessen. Wer mit den vorhandenen Ressourcen wirtschaftlicher arbeitet und mit den erhaltenen Mitteln höhere Leistungen erbringt, bekommt auch eine bessere Finanzausstattung. Damit wird ein deutlicher Anreiz für einen effektiveren Einsatz der staatlichen Mittel geschaffen.

Die Verteilung der Zuschüsse an die Hochschulen erfolgt künftig bei den Universitäten nach insgesamt 13 Leistungsindikatoren. Die Universitäten erhalten derzeit zur Finanzierung ihrer Aufgaben einen Landeszuschuss in Höhe von rund 1,9 Milliarden DM jährlich. In einem ersten Schritt werden in diesem Jahr rund 265 Millionen DM davon nach den neuen Leistungskriterien verteilt. Das wird in den nächsten Haushalten langsam gesteigert. Gewinne und Verluste im Verteilungsverfahren werden wir in den kommenden Jahren auf 1 % des Gesamtzuschusses der jeweiligen Hochschule begrenzen. Diese so genannte Kappungsgrenze wollen wir in den nächsten Jahren anheben, wenn wir erste Erfahrungen mit dem Modell gemacht haben.

Dann werden wir auch in Abstimmung mit den Hochschulen entscheiden, ob und in welchem Umfang Änderungen und Ergänzungen bei den Leistungsindikatoren notwendig werden. Ich gestehe, dass mir bei den Leistungsindikatoren noch die Qualitätskriterien fehlen. Sie müssten meiner Meinung nach stärker berücksichtigt werden und die rein quantitativen Kriterien teilweise ersetzen.

Der Erfolg des Hochschulstandorts Baden-Württemberg ist unter anderem auch auf die Vielfalt unserer Bildungseinrichtungen im tertiären Bereich zurückzuführen. Lassen Sie mich die Berufsakademien herausgreifen. Sie haben in der jüngsten Vergangenheit einen in diesem Ausmaß unerwarteten Nachfrageboom zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Studierenden stieg auf über 12 000. Alle diese Studierenden haben nach ihrer Ausbildung beste Aussichten auf einen sicheren Arbeitsplatz. Wir haben auf diesen Boom reagiert und im Rahmen des letzten Nachtragshaushalts ein Ausbauprogramm aufgelegt, mit dem bis 2002 insgesamt 4 750 neue Studienplätze geschaffen werden.

Die Berufsakademien sind nicht nur bei den Abiturienten, sondern auch in der Wirtschaft hoch angesehen. In der Vergangenheit konnten etwa 6 000 Dozenten aus der Wirtschaft für eine nebenamtliche Lehrtätigkeit gewonnen werden.

Wenn wir die hohe Qualität der Ausbildung an den Berufsakademien erhalten wollen und das geschilderte Ausbauprogramm nicht zulasten der Lehrqualität gehen soll, müssen wir nach meiner Ansicht den Berufsakademien allerdings die Möglichkeit bieten, attraktivere Vergütungen für qualifizierte Dozenten aus der Wirtschaft zu bezahlen. Nachdem die letzte Erhöhung der Vergütungssätze durch einen Ministerratsbeschluss im Jahre 1988 erfolgte und private Bildungsträger im tertiären Bildungsbereich zwischenzeitlich deutlich höhere Vergütungen bieten, halte ich eine

Anhebung der von unseren Berufsakademien zu zahlenden Vergütungssätze für angebracht.

Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir deshalb den Ihnen vorliegenden Entschließungsantrag gestellt. Wir bitten die Landesregierung, zu prüfen, ob vor dem geschilderten Hintergrund die bisherige Struktur der Lehrauftragsvergütungen ab dem Studienjahr 2000/2001 verbessert und gegebenenfalls im Nachtragshaushalt berücksichtigt werden kann.

Meine Damen und Herren, insgesamt trägt der Einzelplan 14 den berechtigten Anliegen von Wissenschaft, Forschung und Kunst Rechnung, ohne dass wir das Ziel der Konsolidierung öffentlicher Haushalte aus den Augen verlieren. Ich danke Herrn Minister von Trotha und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seines Hauses für die Arbeit.

Ich bitte Sie alle herzlich, unserem Entschließungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Reinelt.

Abg. Reinelt SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Entschuldigen Sie bitte, Herr Abg. Reinelt. – Meine Damen und Herren, Sie hören das Brummen hier im Haus. Das ist eine technische Störung. Es besteht die Möglichkeit, dass irgendwo ein Handy eingeschaltet ist, das stört.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Handy hoch! – Abg. Weimer SPD zu Abg. Capezzuto SPD: Mario!)

Ich wäre dankbar, wenn die Abgeordneten, aber auch die Besucher auf der Zuhörertribüne ihre Handys ausschalten würden. Vielleicht liegt es daran. Sonst müssen wir das technische Problem über die Mittagspause untersuchen lassen.

Bitte schön, Herr Reinelt.

Abg. Reinelt SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Einzelplan 14 erscheint im verklärten Licht des Solidarpakts. Die Zeche wird von den Universitäten erst später bezahlt werden. Da nach Aussage des Wissenschaftsministeriums die hohe Auslastung der Hochschulen in den nächsten Jahren bestehen bleibt, wird diese Zeche – da muss man kein Prophet sein – die nächste Krise verursachen. In jedem Fall wird dann aber Herr von Trotha nicht mehr Wissenschaftsminister sein.

Herr von Trotha legt seinen letzten Haushaltsentwurf vor. In die Geschichte des Landes wäre er eingegangen, wenn es jetzt, nach 22 Jahren, eines eigenständigen Wissenschaftsetats gar nicht mehr bedürfte.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

(Reinelt)

Denn wer die Hochschulen in die Selbstverantwortung entlassen will, muss sich selbst und sein eigenständiges Ministerium entbehrlich machen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wer aber in den Stellenplan des Ministeriums schaut, reibt sich verwundert die Augen: Da gibt es sogar eine halbe Beamtenstelle mehr. Auch diese Unstimmigkeit zwischen Sagen und Tun passt in die Hochschulpolitik des seit 1991 amtierenden Ministers. Seine Politik – ich meine, ich kann sie übersehen – ist geprägt von einem Widerspruch, der wie eine Folie über all seinen Entscheidungen liegt, zwischen der Hochschätzung von Wissenschaft, insbesondere der Technik und der Naturwissenschaften, in ihrer Bedeutung für die Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft und dem tiefen Misstrauen gegenüber ihren Institutionen und den in ihr handelnden Personen. Wir hören von ihm jede Menge lobender Rhetorik für den Wissenschaftsbetrieb im Allgemeinen, aber noch mehr Kritik gegenüber dem Wissenschaftsprozess im Konkreten.

(Abg. Pfisterer CDU: Wenn es notwendig ist, muss es gemacht werden!)

Meine Damen und Herren, ich frage nach dieser langen Amtszeit auch nach der Verantwortung des Ministers gegenüber den Studierenden. Seine von ihm losgetretene Kampagne im Zusammenhang mit Studien- und Immatrikulationsgebühren,

(Abg. Christa Vosserschulte CDU: Es geht um den Haushaltsplan, Herr Kollege!)

nach der Studierende als faul, Privilegien sichernd und nur Vorteile aus dem Studierendenstatus ausnützend erscheinen,

(Abg. Pfisterer CDU: Die Zahlen geben uns aber Recht!)

halte ich für verantwortungslos.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfisterer CDU: Geld muss sinnvoll eingesetzt werden, auch im Universitätsbereich!)

Das ist verantwortungslos gegenüber jungen Menschen, die uns anempfohlen und Chance, nicht Last unserer Gesellschaft sind.

(Abg. Pfisterer CDU: Volle Verantwortung! – Abg. Dr. Schlierer REP: Mir kommen die Tränen!)

Verantwortungslos ist es auch in Bezug auf die Folgen. Meine Damen und Herren, wer diese Gebühren will – diese Debatte wird ja im Augenblick geführt –, der nimmt auch billigend in Kauf, dass sich die Hochschulen in Zukunft ihre Studierenden selbst aussuchen und dass dies dann auch in unsere Schulen hineinschwappen wird, was die Zerstörung von Gleichheit und Gerechtigkeit von Bildungschancen bedeutet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfisterer CDU: Wieder alte Klassenkampfpapieren!)

Fehlende Sensibilität des Ministers gegenüber jungen Menschen erkenne ich auch bei der im Grundsatz von uns allen gewünschten Internationalisierung von Studiengängen. Dabei darf sich der Minister aber gerade wegen seiner Verantwortung für die junge Generation, insbesondere in Bezug auf ihre beruflichen Chancen, nicht vor dem mühevollen Austarieren von Freiheit der Bildung und ökonomischen Interessen drücken.

Deshalb kritisiere ich die provinzielle Eilfertigkeit in der Anpassung an Menschen verachtende Folgen der Globalisierung, die der Minister bei der Einführung in Hohenheim an den Tag gelegt hat. Er hat dort gefordert, man müsse „wegkommen von der Vollkaskomentalität“. Er hat dies gefordert, obwohl er eingeräumt hat, es sei noch nicht klar, wie der Arbeitsmarkt auf Master- und Bachelorabsolventen reagiere, und obwohl er weiß, dass nach dem Bachelorstudiengang für 70 % der Studierenden das Studium vorbei ist, weil sie die Kriterien für den Masterstudiengang nicht erfüllen. So hat es wenigstens Herr Liebig von der Universität Hohenheim gesagt.

Was also sollen dann die Bachelors tun, nach denen bei diesem Abschluss der Arbeitsmarkt möglicherweise gar nicht fragt? Unsere Hochschulen sollen doch dazu beitragen, durch Qualifizierung Arbeitslosigkeit zu vermeiden und nicht neue zu schaffen.

Der Prozess der Internationalisierung wurde vom Minister immer mit einer Kampagne mit dem Vorwurf mangelnder Konkurrenzfähigkeit und Attraktivität unserer Hochschulen begleitet. Da war nichts dran. Es kommen mehr denn je ausländische Studierende zu uns. Die Zahl derer aber, die von uns ins Ausland gehen, die Zahl der deutschen Studenten im Ausland, ist in der Studierendenstatistik bei uns im Grunde genommen fast vernachlässigbar. Wir sollten uns endlich dazu bequemen, die Frage der Internationalisierung nicht als Einbahnstraße zu begreifen, sondern vielmehr alles daransetzen, um jedem baden-württembergischen Studierenden ein Auslandsstudium zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Diesem Ziel soll der von uns vorgelegte Antrag dienen. Dies zu verwirklichen wäre unter den Aspekten Globalisierung, Mobilität und berufliche Chancen nun wirklich verdienstvoller, als noch in jedem Winkel unseres Landes in bodenständiger Verquickung von Hochschul- und Strukturpolitik eine Fachhochschul- oder Berufsakademieaußenstelle zu installieren. Ich bitte also das hohe Haus um Zustimmung zu unserem Antrag.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der Einbringung dieses Haushalts scheint auch die Zeit der Abschiedsreden gekommen zu sein.

Herr Kollege Reinelt hat – so habe ich das gerade verstanden – angekündigt, dass er nächstes Jahr diesem Haus nicht

(Dr. Salomon)

mehr angehören wird. Er hat lange Zeit den Wissenschaftshaushalt begleitet und deshalb noch einmal eine Tour d'Horizon hier gezogen.

Für Sie, Herr Minister, ist es, wenn die Gerüchte richtig sind, auch der letzte Haushalt, den Sie einbringen. Vielleicht werden auch Sie so eine Tour d'Horizon machen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Halten Sie auch eine Abschiedsrede? – Heiterkeit)

Da ich hier keine Abschiedsrede halten werde – nein, nein –, möchte ich mich auf etwas anderes konzentrieren. Ich will die Fragen, die im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst und auch im Finanzausschuss konkret zum Haushalt diskutiert worden sind, nur mit wenigen Sätzen streifen.

Ich denke, wir führen heute – und da unterscheide ich mich von Ihnen, Herr Reinelt – eine andere Diskussion, als wir sie zu Beginn der Neunzigerjahre geführt haben, als wir uns einig waren, dass die Hochschulen alle unterfinanziert waren und auch die baden-württembergischen Hochschulen unterfinanziert waren. Das kann man heute so nicht mehr sagen. Ich denke, die Landesregierung hat – auch durch Sonderprogramme mithilfe von Privatisierungserlösen – die Hochschulen in den letzten Jahren ausgebaut. Der Solidarpakt hat sich meines Erachtens als richtig erwiesen. Richtig ist auch, dass man mit den eingesparten Geldern die Fachhochschulen und die Berufsakademien ausbaut, die praxisorientierter und anwendungsorientierter sind.

Der Erfolg spricht für diese Politik, die ja eigentlich bundesweit verfolgt wird, aber insbesondere in Baden-Württemberg verfolgt wurde. Daher kann heute nicht mehr die Rede davon sein, dass die Hochschulen kaputtgespart würden, wie das Anfang der Neunzigerjahre sicher der Fall war.

Ich will zu dem, was die baden-württembergische Landesregierung gemacht hat, noch einen Satz sagen, der aber einen leicht zynischen Anflug hat. Herr Minister von Trotha und gestern auch der Ministerpräsident haben als großen Erfolg verkauft, dass die Landesregierung mit ihren Langzeitstudiengebühren die Zahl der Studierenden ganz entscheidend gesenkt hat. Das kann man so sehen, wenn man sagt: Wir sind ein Land, das eine sehr erfolgreiche, gute und gut ausgestattete Hochschulstruktur hat, mit allerdings relativ wenig Studenten.

(Abg. Christa Voss schulde CDU: Die Zahl der Erstsemester steigt!)

Wenn man zum Beispiel berücksichtigt, dass das Land Nordrhein-Westfalen über zweieinhalbmal so viele Studierende hat,

(Abg. Pfisterer CDU: Qualität, nicht Quantität!)

dann kann man sagen – ja, ja, Qualität –: Wir in Baden-Württemberg schotten uns ab. Wir haben hoch qualifizierte Studierende, hoch qualifizierte Hochschulen, und der Rest soll sehen, wo er bleibt. Das ist der leicht zynische Anflug. Das ist dieser Anflug von Länderchauvinismus, wo man sich beklagt, dass wir zu viel Geld in den Länderfinanz-

ausgleich zahlen müssten. „Mir san mir“, das ist nicht nur die bayerische Mentalität, sondern das ist auch die Mentalität, die ich hier spüre.

Jetzt will ich es mit dem konkreten Thema Haushalt beenden lassen.

(Zuruf von der CDU: Wir sind ein stolzes Land! Wir haben etwas vorzuweisen!)

Wir befinden uns – das ist ja nicht verborgen geblieben – in einer Umbruchzeit, wo das Hochschulwesen in Baden-Württemberg, nicht nur hier, aber hier besonders, neu strukturiert wird, sich völlig neu über die Hochschulnovelle definiert, die zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist. Die Landesregierung hat tatsächlich, was ich vor einigen Jahren gehofft, aber nicht geglaubt habe, mit der Autonomisierung der Hochschulen Ernst gemacht. In früheren Jahren sind wir hier gestanden und haben Sie, Herr Minister, angefleht: Machen Sie endlich Ernst, nicht Ernst Pfister, sondern machen Sie Ernst

(Abg. Pfister FDP/DVP: Danke!)

mit dem Loslassen. Entlassen Sie die Hochschulen in die Freiheit, in die Selbstverantwortung. Sie haben tatsächlich einen großen Schritt getan, wobei dieser große Schritt darin besteht – das ist jetzt mein eigentliches Thema –, dass Sie jetzt lediglich die Voraussetzungen geschaffen haben, dass die Hochschulen Autonomie haben. Ob sie diese Voraussetzungen dann auch mit Leben erfüllen, werden die nächsten Jahre zeigen.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das liegt an den Hochschulen!)

– Das liegt an den Hochschulen. Das ist der erste richtige Schritt, Herr Bender. Aber Sie glauben – da erliegen Sie einem großen Irrtum –, dass dann, wenn die Hochschulen Autonomie haben, dieses Thema für Sie erledigt ist.

Wir haben es tatsächlich geschafft, dass die Hochschulen Finanzautonomie haben, dass das Thema Kameralistik ein für alle Mal, wenn es denn klappen sollte, erledigt sein wird, dass wir endlich effiziente Strukturen an den Hochschulen bekommen. Sie bekommen weite Teile der Fachaufsicht. Die strategische Planung der Hochschulen geht auf die neu gegründeten Hochschulräte über. Die Hochschulen treten in Wettbewerb miteinander. Die Mittel werden nach und nach leistungsorientiert vergeben. Was aufgebaut werden muss, ist ein System von Evaluierungen, wo wir bislang nicht Vergleichbares vergleichen können. Man könnte auf gut Deutsch sagen: Alles läuft bestens.

Aber, Herr Kollege Bender, es läuft ohne uns. Jetzt freuen Sie sich vielleicht, weil Sie meinen, es läuft ohne die Opposition, aber das meine ich nicht.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ich hätte Sie nicht missverstanden!)

Darüber brauchen Sie sich nicht zu freuen, und da würden Sie sich auch zu früh freuen, wenn Sie das meinen würden. Ich meine nicht, dass es ohne die Opposition läuft, sondern es läuft ohne den Landtag. Das ist das Problem, auch wenn Ihnen von CDU und FDP/DVP das noch nicht sonderlich

(Dr. Salomon)

aufgefallen sein sollte. Diese Autonomie, die wir gewähren, läuft momentan ohne Kontrolle durch den Landtag.

Ich habe auch nicht den Eindruck – ich hatte ihn auch in der Finanzausschusssitzung nicht –, dass Sie das sonderlich stört. Wir haben einen Entschließungsantrag gestellt. Der wurde abgelehnt mit der Begründung: Das machen wir doch alles schon. Mich stört es schon, und zwar ganz gewaltig. Ich habe nämlich für dieses neue Steuerungsmodell – um dieses handelt es sich – gekämpft, aber ich habe für das Ganze und nicht für das Halbe gekämpft.

Folgende Fragen stellen sich meines Erachtens doch bei der Einführung dieses neuen Steuerungsmodells:

Erstens ganz banal die Frage: Wer steuert hier eigentlich was? So, wie das Modell bislang ausgestaltet ist, steuern sich die Hochschulen selbst. Das mögen ja vielleicht die Hochschulen gut finden. Das ist auch ein Teil dieses Systems, ist aber nicht im Sinne des Erfinders.

Die zweite Frage, die sich anschließt: Wer sollte denn eigentlich steuern? Jedes Modell der dezentralen Ressourcenverantwortung – das kennen Sie auch aus anderen Bereichen, ob es Kommunen sind oder andere Teile der Landesverwaltung – geht davon aus, dass die Umsetzung dieses Modells die politische Ebene und damit in diesem Falle den Landtag und damit die politische Steuerungsfähigkeit deutlich verbessern sollte. Wie es momentan aussieht, steuert weder die Regierung, noch steuert der Landtag.

Jetzt ist die dritte Frage natürlich: Warum steuert weder die Regierung noch der Landtag? Die Antwort: Weil die entscheidenden Voraussetzungen dafür bislang fehlen, weil nämlich die Informationen fehlen, was an den Hochschulen tatsächlich los ist. Damit meine ich jetzt nicht den Rechenschaftsbericht, der vom Rektor der Hochschule XY kommt, sondern die Kosten- und Leistungsrechnung wird installiert. Es geht aber noch drei, vier Jahre, bis es so weit ist, samt Kennziffern, Berichte über Zielerreichungen innerhalb der Hochschulen. Das heißt, wir müssen uns angewöhnen, eine Art Prozessbeobachtung über Erfolgs- und Misserfolgsgeschichten an Hochschulen zu machen, kurz, wir brauchen ein angemessenes Berichtswesen. Ohne Berichtswesen kann kein Controlling stattfinden. Ich wiederhole es hier gerne noch einmal: Controlling heißt, ins Deutsche übersetzt, nicht Kontrolle, sondern Steuerung. An der politischen Steuerung durch uns, durch den Landtag, fehlt es noch.

Das heißt, der Systemwechsel – und das ist die vierte Frage: Warum gibt es diese Informationen noch nicht? – ist noch nicht vollzogen, weil die Voraussetzungen bislang zwar geschaffen wurden, wir jetzt aber in einer Übergangszeit sind und ich den Eindruck habe, dass wir als Landtag uns wegducken und sagen: Jetzt schauen wir mal, und im Jahr 2003 gucken wir mal, ob die so weit sind. Bis dahin machen wir Blindflug. So, meine Damen und Herren, funktioniert es eben nicht.

Das ist jetzt eine Frage, mit der ich mich nicht direkt an die Regierung – zu Ihnen komme ich gleich noch einmal im Sinne von Herrn Reinelt – wende, sondern direkt an den Landtag, an die Kolleginnen und Kollegen, nämlich die Frage nach ihrem Selbstverständnis. Ich habe das Gefühl,

dass dieses Problem hier noch nicht erkannt wurde, um es einmal ganz plastisch zu sagen. Ich glaube, dass unsere Aufgabe nicht mehr darin besteht, sich in Zukunft im Wissenschaftsausschuss darüber zu unterhalten, warum an der Uni Tübingen ein „Reagenzglas umgefallen ist“ oder ob in der Bibliothek der Bücherklau umgeht, sondern darüber, wie gut die Uni Tübingen in Lehre und Forschung ist, wie gut sie in einzelnen Bereichen ist, wo sie Verbesserungsmöglichkeiten sieht, wie sie Rückstände in bestimmten Bereichen aufholen oder eine Spitzenposition in einem anderen Bereich verteidigen und ausbauen will.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Gerade mit der leistungsorientierten Mittelverteilung und ihren Indikatoren werden Stärken und Schwächen der einzelnen Hochschule transparent! – Zuruf der Abg. Christa Vosschulte CDU)

– Aber haben wir je schon einmal im Ausschuss über die Indikatoren diskutiert? Das macht die Regierung. Und hat sie die schon umgesetzt? Auch noch nicht. Ist Ihnen das schon aufgefallen, Herr Bender? Auch noch nicht. Das Einzige, was Ihnen auffiele, wäre wahrscheinlich, wenn es am Ersten kein Geld mehr gäbe. Aber das ist ein anderes Thema.

(Zurufe der Abg. Pfisterer und Christa Vosschulte CDU)

Das Ziel, das wir als Ausschuss haben müssen, ist, dass wir uns darauf verständigen, dass wir so eine Art kleine Hochschulstrukturkommission werden müssen, dass wir die politische Planung der Hochschullandschaft im Ausschuss machen müssen. Das tun wir bislang nicht. Das heißt, wir müssen als Ausschuss unsere ganze Arbeitsweise wechseln. Wenn man sich mit Finanzern unterhält, weiß man auch, dass dann, wenn die anderen Bereiche der Landespolitik ähnlich umstrukturiert werden, das gleiche Thema dort auch auftaucht. Das heißt, wir müssen die Geschäftsordnung des Landtags ändern, wir müssen ein Selbstbefassungsrecht des Ausschusses installieren, wir müssen uns mit Berichten aus den Hochschulen befassen, wir müssen mehr Berichte einfordern, und wir müssen Strukturentscheidungen fällen. Das tun wir bislang alles nicht.

Der nächste Punkt – ihn hat Herr Kollege Reinelt schon angesprochen – ist die Frage, warum es der Regierung bislang eigentlich nicht aufgefallen ist. Der Regierung ist es bislang schon aufgefallen, aber sie hat nichts davon, wenn man das macht. Wenn man sich die Situation in Holland anschaut, wo man uns, was die Dezentralisierung angeht, um zehn Jahre voraus ist, kann man feststellen, dass es in Holland nur noch ein Bildungsministerium gibt; früher gab es dort auch zwei Ministerien. Die haben beide Ministerien zusammengelegt und gleichzeitig massiv Stellen gekürzt, weil Dezentralisierung natürlich bedeutet, dass die Entscheidungen nach unten verlagert werden und damit auch die Aufgaben. Herr Kollege Reinelt, Sie haben völlig Recht: Im Wissenschaftsministerium werden die Aufgaben zwar nach unten verlagert, aber die Stellenzahl nimmt nicht ab. Das versteht keiner.

(Abg. Christa Vosschulte CDU: Das haben wir doch schon diskutiert!)

(Dr. Salomon)

Das versteht vielleicht der Personalrat des Ministeriums, aber der Minister wohl schon nicht mehr; auch sonst versteht es niemand mehr. Da wird sich eingegraben und eingebuddelt, da passiert überhaupt nichts.

Wenn wir schon bei den Abschiedsreden sind, würde ich sagen: Herr Minister von Trotha, wenn Sie nächstes Jahr ausscheiden sollten, können Sie auf zehn Jahre einigermaßen erfolgreiche Hochschulpolitik zurückblicken. Aber dann wäre es doch schön, wenn Sie hinter sich den Schlüssel umdrehen würden und ihr Ministerium zumachen würden.

(Zuruf des Ministers von Trotha)

Ich denke, man kann in Baden-Württemberg ab dem nächsten Jahr gefahrlos und problemlos mit einem Bildungsministerium auskommen. Das würde Ihren Ruf keineswegs schmälern, sondern eher noch verstärken. Denken Sie einmal darüber nach.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich will zunächst einmal feststellen: Es ist wahr, dass Baden-Württemberg nicht nur ein hochschulfreundliches Land, sondern auch das hochschulreichste Land in der Bundesrepublik ist. Es ist wahr, dass der Anteil von Wissenschaft und Forschung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, in keinem Land, auch außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und außerhalb Europas, so groß ist, wie das in Baden-Württemberg der Fall ist. Und es ist auch wahr, dass in den letzten drei Jahren die Ausgaben, die Mittel, gemessen am Gesamthaushalt, für Wissenschaft und Forschung nicht zurückgegangen, sondern gestiegen sind. Das hängt selbstverständlich auch damit zusammen, dass wir durch die erste Privatisierungsoffensive zu Beginn dieser Legislaturperiode mit 675 Millionen DM speziell für den Hochschulbereich einiges zusätzlich tun konnten, was in der Vergangenheit nicht möglich war.

Ich halte das für wichtig, und ich halte es auch für richtig, dass dies so ist, meine Damen und Herren. Ich halte es für richtig, dass gerade im Hochschulbereich durch neue Möglichkeiten Finanzmittel erschlossen werden können. Denn wir wissen in der Zwischenzeit doch alle – es ist oft gesagt worden; man kann es aber nicht genug betonen –, dass es einen engen Zusammenhang zwischen dem Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg auf der einen Seite und dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg auf der anderen Seite gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wer immer über zusätzliche Arbeitsplätze spricht und wer immer davon spricht, dass qualifizierte Arbeitsplätze und damit auch zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, muss darauf setzen, dass der Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg ausgebaut wird. Dies müssen

insbesondere die Finanzpolitiker begreifen. Ich habe aber den Eindruck, dass auch die Finanzpolitiker in der Vergangenheit begriffen haben, dass an dieser Stelle nicht gespart werden darf, sondern dass Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um den Wissenschaftsstandort zu stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das war jetzt eine rein quantitative Betrachtungsweise. Mindestens ebenso wichtig ist für mich, dass wir es in den vergangenen Jahren geschafft haben, auch Strukturveränderungen, und zwar nachhaltige Strukturveränderungen, zu erreichen. Für die FDP/DVP war das immer ein ganz besonderes Anliegen, wie Sie wissen. Wir haben das bereits in den Koalitionsvereinbarungen zu Beginn dieser Legislaturperiode festgelegt und können heute feststellen, dass bei den Strukturveränderungen wichtige Bereiche Schritt für Schritt abgearbeitet worden sind, insbesondere bei der Frage: Wie können wir es schaffen, dass die Hochschulen ein großes Stück weit vom Nasenring der Kultusbürokratie abgenabelt werden? Das ist in erheblichem Maße gelungen, und das finde ich sehr bedenkenswert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Wichtig ist ferner festzuhalten, dass wir im neuen Hochschulgesetz nicht nur Überschriften gefunden haben, also nicht nur die Überschrift „Autonomie“, nicht nur die Überschrift „Finanzautonomie“, nicht nur die Überschrift „Mehr Wettbewerb“ und nicht nur die Überschrift „Mehr Leistungsfähigkeit“, sondern dass heute mit dem Haushalt auch klar wird, dass die Überschriften in der konkreten Haushaltsgesetzgebung einen Widerhall gefunden haben.

Ich weise darauf hin, dass mehr Autonomie auch dadurch verwirklicht worden ist, dass ein erheblicher Teil der Fachaufsicht, der bisher beim Ministerium lag, in der Zwischenzeit an die Gremien und die Hochschulen verlagert worden ist. Das ist richtig. Genauso richtig ist aber natürlich – Herr Minister, ich sage das hier in aller Deutlichkeit –: Wenn Kompetenzen von oben nach unten verlagert werden, muss das in der Zukunft selbstverständlich auch Konsequenzen beim Personalbestand oben haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der Abg. Helga Solinger SPD)

Sonst wird die Rechnung nicht aufgehen. Ich bin sicher, dass der Herr Minister nachher die Gelegenheit nutzt, uns sehr beredt darzutun, welche Auflagen ihm gemacht worden sind,

(Abg. Helga Solinger SPD: Dass er den Ablaufplan vorlegt!)

weil er ja in der nächsten Zeit wirklich einiges an Stellen einsparen muss. Er hat das Glück, dass er das wahrscheinlich gar nicht mehr persönlich tun muss. Aber sein Nachfolger muss es tun. Das Parlament muss dann selbstbewusst sein und darauf achten, dass im Gegenzug zu der größeren Autonomie auch bei der Kultusbürokratie ein Personalabbau stattfindet.

Das Gleiche gilt zum Zweiten für den Bereich der Finanzautonomie. Ich halte es für gut, dass es die größere Finanz-

(Pfister)

autonomie gibt. Wir können sagen, dass wir jetzt in allen Bereichen und in allen Hochschularten die Globalhaushalte zur Regel werden lassen. Das wird nicht von heute auf morgen gehen. Das hängt mit dem zusammen, was der Kollege Salomon zu Recht angesprochen hat. Man muss die Finanzautonomie durch ein entsprechendes Controlling begleiten. Man muss erst das betriebswirtschaftliche und kaufmännische Rechnungswesen einführen, damit auch für das Parlament ein Überblick möglich ist. Das wird also nicht von heute auf morgen gehen. Aber immerhin sind wir auf dem Weg, überall Globalhaushalte einzuführen – nicht nur an den Universitäten, wo wir die Rahmenbedingungen schon dadurch verbessert haben, dass wir den Solidarpakt eingeführt haben. „Solidarpakt“ bedeutet nicht nur, dass die Universitäten von globalen Minderausgaben freigestellt werden, sondern auch, dass eine vollständige Übertragbarkeit der Mittel stattfinden kann. Diese vollständige Übertragbarkeit der Mittel, die bisher nur an den Universitäten möglich war, wird im Staatshaushaltsgesetz jetzt auch ausdrücklich für die Fachhochschulen und für die Pädagogischen Hochschulen vorgesehen.

Der dritte Punkt, bei dem wir konkret auch unsere Vorstellungen von mehr Autonomie umsetzen, sind die leistungsbezogenen Mittelzuweisungen. Das heißt, wir gehen zum ersten Mal von der Chimäre weg, dass alle Hochschulen gleich gut oder gleich schlecht sind. Natürlich sind nicht alle gleich gut oder gleich schlecht. Wir wollen ja bewusst die Hochschulen in einen Wettbewerb untereinander versetzen. Dies werden wir dadurch steuern, Herr Kollege Salomon, dass wir unter Auswahl bestimmter Indikatoren in bestimmtem Umfang leistungsorientiert staatliche Mittelzuweisungen an die Hochschulen vornehmen. Dies wird diesen Wettbewerb, den wir wollen, in der Zukunft fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich bin völlig anderer Meinung als der Kollege Peter Reinel – das sage ich, nachdem ich von Wettbewerb gesprochen habe –, was zukünftig die Frage angeht, welcher Student an welcher Hochschule studieren soll. Ich bin der Meinung, meine Damen und Herren, es ist die Aufgabe des Staates und der Politik, dafür zu sorgen, dass jeder Studierwillige und jeder Studierfähige einen Studienplatz erhält. Das ist wohl die Aufgabe des Staates. Aber es ist nicht die Aufgabe des Staates, Herrn Müller vorzuschreiben, ob er an der Universität Bamberg oder an der Universität Hamburg zu studieren hat.

(Beifall der Abg. Kiesswetter und Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Ich bin sehr dafür, dass wir diesen Wettbewerb auch dadurch gestalten, dass wir den Studierenden die Möglichkeit geben, sich die Hochschule ihrer Wahl auszusuchen, aber natürlich im Gegenzug auch den Hochschulen die Möglichkeit geben, sich die Studierenden ihrer Wahl auszusuchen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: ZVS abschaffen!)

Wenn wir diese Situation erreichen, was ich eigentlich möchte, dann können wir endlich dieses fürchterlich bürokratische Monstrum von ZVS

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Abschaffen!)

in den Papierkorb werfen, wo es tatsächlich auch hingehört.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Ich könnte jetzt noch darauf hinweisen, dass wir in der Hochschulmedizin bereits ähnliche Entwicklungen eingeleitet haben. Auch hier sind die leistungsbezogenen Mittelzuweisungen bereits eingeführt und auch im Haushalt entsprechend etatisiert.

Ich möchte darauf hinweisen, dass ähnliche Entwicklungen im Haushalt jetzt auch etwa im Bereich der Studentenwerke umgesetzt worden sind. Da wird man noch über das eine oder andere Detail zu sprechen haben. Aber der Grundsatz, den wir eigentlich alle wollten, der insbesondere auch vom Rechnungshof in die Diskussion gebracht worden ist, ist verwirklicht: Wir haben jetzt eine Umstellung auf Finanzhilfen und entsprechende Verpflichtungsermächtigungen für fünf Jahre. Diese sind abgesichert. Ich finde, dies ist ein Fortschritt für die Studentenwerke, weil sie jetzt mit einem größeren Maß an Flexibilität an ihre Aufgaben herangehen können. Ich sage noch einmal: Ich bin dem Rechnungshof außerordentlich dankbar dafür, dass er von sich aus die Initiative ergriffen hat und wir als Parlament die Umstellung der Förderung der Studentenwerke auf Finanzhilfen, also auf ein größeres Maß an Globalisierung und Flexibilisierung, jetzt haben entsprechend umsetzen können.

Womit ich überhaupt nicht zufrieden bin, meine Damen und Herren, ist das, was uns im Augenblick aus Berlin ins Haus schneit. Ich hätte mir wirklich gewünscht, meine Damen und Herren, dass wir eine ordentliche BAföG-Regelung bekommen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wir auch!)

Das, was jetzt auf dem Tisch liegt, ist zwar nicht schlecht. Man muss ja auch mit kleinen Fortschritten zufrieden sein. Nein, zufrieden sein muss man nicht, aber –

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So viel habt ihr damals nicht hingebraucht! Es ist besser als das, was ihr gemacht habt! – Abg. Helga Solinger SPD: Auf jeden Fall ist es besser als das, was Sie in 16 Jahren zustande gebracht haben!)

– Wissen Sie, Herr Kollege Salomon: Wir haben in den vergangenen Jahren 22 Reformen beim BAföG vorgenommen. Wir haben immer die Beträge und die Freibeträge ein bisschen erhöht. Das ist ja auch in Ordnung.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Es wurde immer weniger! Die Summe wurde immer niedriger! – Zuruf der Abg. Helga Solinger SPD)

Ich bin ja froh, dass es wenigstens dazu gekommen ist, und ich bin ja froh, dass jetzt mehr Studierende BAföG bekommen und auch 50 DM mehr bekommen. Das ist ja gar nicht der Punkt.

(Pfister)

(Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Helga Solinger SPD: 16 Jahre heruntergewirtschaftet!)

Aber niemand soll sagen, dass dies eine große Reform sei.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Das klingt schon anders! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig! – Gegenruf der Abg. Christa Vosschulte CDU)

Das ist eine Kleckerlesreform, mit der man natürlich nicht zufrieden sein kann.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Kein Einspruch! – Weitere Zurufe der Abg. Helga Solinger und Carla Bregenzer SPD)

Ich bin nach wie vor der Meinung und sage dies in aller Offenheit – die FDP-Fraktion hat jetzt als Opposition eine Initiative im Deutschen Bundestag dazu eingebracht –

(Heiterkeit des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

– ja, ich sage das ganz ehrlich –,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das Problem scheint immer die Regierung zu sein!)

das Beste wäre gewesen, wenn wir diese BAföG-Reform auf der Grundlage des so genannten Dreikörbmodells durchgebracht hätten.

(Abg. Helga Solinger SPD: Ja! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wenn die Juristen das nicht anders gesehen hätten!)

Das wäre meine Lösung gewesen – Ihre übrigens auch. Die Frau Kultusministerin in Berlin war ja drauf und dran, dies auch auf den Weg zu bringen.

(Abg. Helga Solinger SPD: Es geht rechtlich nicht!)

Nur weil dem Herrn Bundeskanzler zwischen Zähneputzen und Frühstück eingefallen ist, dass es vielleicht doch nicht so gut ist, war es praktisch innerhalb von fünf Minuten vom Tisch.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der hat das Dreikörbmodell für eine Regel im Basketball gehalten!)

Das finde ich sehr bedauerlich.

Aus FDP-Sicht sage ich: Wir wollen eine durchgreifende Reform des BAföG, und diese durchgreifende Reform kann nur heißen: Dreikörberegelung. Ich wäre dankbar, wenn wir uns wenigstens hier in diesem Haus darauf einigen könnten.

(Abg. Helga Solinger SPD: Da muss man erst die Juristen befragen!)

Ich will noch zwei Sätze sagen, wenn ich darf. Unabhängig von diesen Strukturreformen sind auch noch andere Dinge

für die Hochschulpolitik wichtig. Auch sie haben ihren Niederschlag im Haushalt gefunden. Ich bin froh, dass wir zwei internationale private Hochschulen, weitestgehend privat finanziert, auf den Weg gebracht haben. So, wie es in der Schulpolitik gut ist, dass wir freie Schulen haben, ist es auch in der Hochschulpolitik gut, dass wir wenigstens zwei private Universitäten haben.

(Abg. Helga Solinger SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, jetzt nicht. Ich muss zum Ende kommen. Das Licht leuchtet schon auf.

(Abg. Helga Solinger SPD: Nein, nein! Das hat damit nichts zu tun!)

Allein die Ankündigung, dass es in Baden-Württemberg zu privaten Universitäten kommt, hat dazu geführt, dass an den staatlichen Universitäten erhebliche Anstrengungen gemacht worden sind, um auch dort internationale Studiengänge einzurichten. Ich bin froh – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Solinger?

Abg. Pfister FDP/DVP: Also dann doch, Frau Solinger. Ich kann Ihnen einfach nichts abschlagen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist aber gefährlich, was Sie da sagen! – Abg. Helga Solinger SPD: Das ist reizend von Ihnen, Herr Kollege!)

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Solinger.

Abg. Helga Solinger SPD: Herr Kollege, würden Sie sich bereit erklären, mit dem Justizminister Ihrer Partei Kontakt aufzunehmen . . .

Abg. Pfister FDP/DVP: Mit dem jungen Mann hier?

Abg. Helga Solinger SPD: . . . über die Rechtsgrundlage des Dreikörbmodells? Nur diesen Wunsch hätte ich. Wenn Sie das zusagen würden, wäre das reizend. Danke sehr.

Abg. Pfister FDP/DVP: Ich schaue den Justizminister an, um zu ergründen, ob er bereit ist, mit mir zu reden.

(Minister Dr. Ulrich Goll: Jederzeit!)

– Jederzeit. Also, ich kann das so weitergeben.

Letzte Bemerkung – nein, vorletzte Bemerkung. Erstens: Private Universitäten sind für mich wichtig. Zweitens: Jeder Abgeordnete in diesem Haus muss wissen: Ohne die Privatisierungsinitiative zu Beginn dieser Legislaturperiode hätte es keinen Ausbau von Fachhochschulen gegeben,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja! – Widerspruch der Abg. Christa Vosschulte CDU)

hätte es keinen Ausbau von Berufsakademien gegeben,

(Abg. Christa Vosschulte CDU: Die gab es doch schon!)

(Pfister)

hätte es keine Mittel für Bibliotheken gegeben, keine virtuelle Hochschule,

(Abg. Christa Vosschulte CDU: Sie bringen zeitlich alles durcheinander!)

kein Lehrstuhlerneuerungsprogramm.

Deshalb habe ich eine herzliche Bitte. Wir machen jetzt eine zweite Privatisierungsoffensive. Diese zweite Privatisierungsoffensive wird in erheblichem Umfang Wissenschaft und Forschung, Bildung und verwandten Bereichen zur Verfügung gestellt werden. Tun Sie mir den Gefallen,

(Abg. Deuschle REP: Haben Sie eigentlich so viel Redezeit?)

wenn Sie schon Mittel aus der Veräußerung erlösen, dann sorgen Sie dafür, dass von jeder Mark, die wir erlösen, nicht 75 Pfennig via Steuer und Finanzausgleich abfließen, sondern dass diese Mark im Wesentlichen auch dem Land Baden-Württemberg zur Verfügung steht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wir sind uns im Ziel einig! Es geht doch um den Weg, Herr Pfister!)

Man kann doch nicht so blöd sein, bei dieser Privatisierung und Veräußerung den größeren Teil abzugeben. Ich will, dass diese Mittel im Land Baden-Württemberg bleiben,

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

und deshalb ist der Weg über eine Stiftung

(Abg. Kiefl CDU: Richtig!)

nicht nur von der Sache – das geht im Bildungsbereich –, sondern auch von der Finanzierung her der einzige Weg, der für Baden-Württemberg sinnvoll ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Da bin ich gespannt, wie das geht!)

Meine Damen und Herren, ich muss zum Schluss kommen. Das Zentrum für Hochschulentwicklung – darauf habe ich hingewiesen – und, wie jüngst zu lesen war, der Stifterverband der deutschen Wissenschaften sagen übereinstimmend: Das Land Baden-Württemberg ist das fortschrittlichste Land, was die Hochschulpolitik angeht. Ich finde, darauf sollten wir alle miteinander stolz sein. Deshalb danke ich all denjenigen, auch Ihnen, Herr Minister, Ihrem Ministerium, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass wir alle es erreicht haben, nicht nur durch die Hochschulgesetzgebung, sondern auch bei der Konkretisierung und Übertragung auf den Haushalt, dass uns dieses sehr gute Zeugnis für die Hochschulpolitik in Baden-Württemberg ausgestellt wurde. Ich finde, darauf können wir alle miteinander stolz sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klunzinger CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde versuchen, mich an die Redezeit zu halten.

(Abg. Kiefl CDU: Am besten würden Sie gar nicht reden!)

Die ökonomische und soziale Zukunft Deutschlands und Baden-Württembergs ist in unauflöslicher Weise mit der Leistungsfähigkeit unseres Bildungswesens verbunden. Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung sind die tragenden Pfeiler der zukünftigen Stellung unseres Landes, sowohl im ökonomisch-sozialen Wettbewerb um Wohlfahrt und Leistungsfähigkeit als auch im kulturell-wissenschaftlichen Bereich.

Der Hochschulbereich ist dabei nur ein Teil des gesamten Ausbildungssystems. Er steht jedoch in enger Berührung mit der beruflichen Bildung, wenn es darum geht, die Verteilung der finanziellen Ressourcen vorzunehmen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen nach der Qualität und dem gesellschaftlichen Nutzen von Hochschulabschlüssen, die unter den Bedingungen der Massenuniversität erworben worden sind. Schließlich stellt sich für uns Republikaner die zentrale Frage, wie hoch eigentlich der Akademisierungsgrad unserer Bevölkerung sein sollte, damit den Hochschulabsolventen noch eine gute Stelle angeboten werden kann und dabei die nicht akademischen Berufe nicht einem Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt unterliegen. Nach unserer Auffassung ist zum Beispiel die berufliche Ausbildung von Handwerkern mindestens genauso wichtig wie die Ausbildung von Hochschulabsolventen.

(Beifall bei den Republikanern)

Ob dabei Bachelor- oder Masterabschlüsse auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich sein werden, wird sich noch zeigen müssen. Aber deshalb Herrn Minister von Trotha Menschen verachtendes Verhalten vorzuwerfen, wie es Herr Reinelt getan hat, das ist eigentlich unwürdig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Reinelt SPD: Das habe ich ein bisschen differenzierter gesagt!)

Die Politik muss ihren Schwerpunkt auf die Förderung der jungen Menschen hinsichtlich ihrer Neigungen und Begabungen sowie der Chancengerechtigkeit legen, die der Verschiedenheit der Menschen Rechnung trägt. Wo aber bilden wir diese künftige Elite aus, wenn nicht an unseren Schulen und Hochschulen? Deshalb stellen wir Republikaner einen entsprechenden Antrag auf Erhöhung der Mittel um 4 Millionen DM zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses.

Die Hochschule muss die Elite der Forschenden, der Lehrenden und der Lernenden umfassen. Deshalb müssen die Mechanismen zur Auswahl von Professoren und Studierenden so funktionieren, dass vor allem die befähigten Studierenden in die Forschung und Entwicklung einbezogen und nur die Besten als Hochschullehrer ausgewählt werden. So ist die Selbstauswahl der Studierenden eine der wichtigsten Eingangsgrößen für die Hochschulen, wenn sie eine Elite

(Deuschle)

des Landes ausbilden wollen. Hier hat – das muss ich Ihnen, Herr Minister, zubilligen – die baden-württembergische Hochschulreform, die von uns Republikanern in vielen Punkten mitgetragen wurde, neue Wege eröffnet.

In einer Gesellschaft der Chancengerechtigkeit darf es aber nicht nur Elitehochschulen geben. Nicht jeder strebt die gleiche Bildung an. Die baden-württembergische Hochschullandschaft muss weiterhin differenzierte Hochschulangebote beibehalten. Die Bildung von Eliten – damit wir uns da richtig verstehen – bedeutet nicht die Vernachlässigung von anderen und deren Ausbildung. Das Bildungsniveau muss auf allen Ebenen hochwertig sein.

In Zeiten steigender Konkurrenz im In- und Ausland müssen Qualitätsunterschiede zwischen den Hochschulen und den einzelnen Fachbereichen künftig unbedingter transparent gemacht werden. Aber auch hier ergeben sich durch die neuen Hochschulgesetze Spielräume. Es wird sich zeigen müssen, welche Hochschule ihre Chancen nützt und welche sie nicht nützt. Diejenigen, die ihre Chancen nicht nutzen und sich vielleicht auch dümmer anstellen, als sie sind, werden eben durch weniger finanzielle Mittel bestraft und müssen sich dann überlegen, wie sie sich dem Wettbewerb stellen.

Die am 1. Januar 2000 in Kraft getretene Hochschulreform gewährt den Hochschulen mit den Instrumenten Globalhaushalt und leistungsorientierte Mittelzuweisung neue Gestaltungsmöglichkeiten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das stimmt!)

– Danke.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da hat er Recht!)

– Wo ich Recht habe, habe ich Recht. Ich bedanke mich. Ich habe aber auch noch in anderen Punkten Recht, Herr Kollege Pfister.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das habe ich nicht gesagt! Das haben Sie gesagt!)

Ob aber der von Ihnen – Sie haben Ihre Zustimmung jetzt vielleicht zu früh gegeben – befürwortete Hochschulrat die Erwartungen erfüllt, muss sich zunächst noch zeigen. Die ersten Besetzungslisten aus Konstanz und Stuttgart lassen eher den Verdacht auf eine sehr einseitige Besetzung dieses wichtigen Gremiums aufkommen. Herr Minister, die Gefahr eines lobbyistischen Einflusses scheint sich hier leider zu bestätigen. Ich frage mich, warum – das haben wir hier auch diskutiert – eigentlich, was die Wirtschaft betrifft, immer nur Vertreter der Großindustrie und der Hochfinanz berufen werden und nicht auch einmal Handwerksmeister, meine Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Bloemecke CDU)

Ich will an dieser Stelle auch nicht verhehlen, dass nach unserer Auffassung Studiengebühren, und zwar sozial- und leistungsabhängige, ein wichtiges Instrument zur Qualitätssteigerung sind. Sie führen zu einem Wandel in der Einstellung sowohl bei den Studierenden als auch bei den Hochschullehrern. Leider konnten Sie sich, Herr Minister von Trotha, in Ihrer Regierungszeit in dieser Frage nicht

durchsetzen, obwohl wir Ihnen hier die Unterstützung auch schon angeboten haben, wobei natürlich Studiengebühren nicht so sehr aus finanziellen, sondern mehr aus ordnungspolitischen Gründen notwendig sind. Wir haben immer dafür gekämpft, dass Studiengebühren nicht zu einer sozialen Selektion führen dürfen. Nicht die Söhne und Töchter von Reichen sollen studieren – um das einmal deutlich zu sagen –, sondern die Fähigen, die aus allen sozialen Schichten kommen können.

Daraus würde sich aber auch ergeben, dass die Ausstattung und Besoldung von Professoren von ihrer Leistung mehr abhängig gemacht werden müssen als heute. Für uns gilt: Gute Leistung muss belohnt, schlechte durch Entziehung der Ressourcen sanktioniert werden. Ein solches System würde einen weiteren Anreiz für Spitzenleistungen darstellen.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bender.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der Minister will sprechen! Herr Präsident, der Minister meldet sich! – Minister von Trotha: Ehe die Kunstrunde kommt, würde ich gern Stellung nehmen!)

– Gut, der Minister erhält jederzeit das Wort. Ich erteile das Wort Herrn Wissenschaftsminister von Trotha.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen zu Abg. Hans-Michael Bender CDU: Hans-Michael, wolltest du eine persönliche Erklärung abgeben? – Heiterkeit)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst von Trotha: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Reinelt, da wir, glaube ich, zusammen in den Landtag gekommen sind, hat mich Ihre Rede schon berührt. Deswegen will ich der Antwort darauf einen besonderen Stellenwert beimessen. Sie hat mich berührt wegen Ihrer melancholischen Betrachtungen voller Abschiedsnostalgie. Der vorliegende Etat ist in der Tat auch mein letzter Etat. Darüber soll gar kein Zweifel bestehen. Der Unterschied zwischen uns besteht darin, dass Sie im Grunde ein Fossil aus der Eppler-Zeit sind, was für mich nicht gilt.

(Heiterkeit)

Ich bitte, das aber nicht vorschnell misszuverstehen. Für mich hat Herr Eppler durchaus Vorzüge gehabt, etwa seine Überzeugungstreue, seine Ehrlichkeit und auch seine Grundauffassung, dass wir nicht Strukturkonservative, sondern Wertkonservative sein sollen. Ich bin so altmodisch, dies weit besser zu finden als den derzeitigen Bundeskanzler in seiner Schwankungsbreite, der ja neulich auf dem Bildungskongress der SPD bei bescheidenem intellektuellem Einsatz und noch weniger Kenntnissen Ansichten statt Einsichten geäußert hat und dabei mit links jahrelange bildungspolitische Traditionen der SPD auf den Müll gekehrt hat, und zwar in einer ganz ungewöhnlichen Art und Weise.

Was mich angeht, bin ich gut genug, um zu wissen, dass zwar ich ersetzbar bin, dass aber nicht mein Haus ersetzbar ist. Das will ich auch begründen.

(Minister von Trotha)

(Abg. Helga Solinger SPD: Intellektuell hochgradig!)

– Berücksichtigen Sie bitte, dass sich ein Haus mit seinen Aufgaben auch verändert. Wir haben das Hochschulmedizinreformgesetz gemacht, das vor zwei Jahren in Kraft getreten ist. Wir haben jetzt Bilanz gezogen. Es hat sich hervorragend bewährt. Das ist uns in Ludwigsburg bei unserer Tagung rundum bestätigt worden. Für unser Haus bedeutet das, dass wir aus zwei Klinikreferaten ein Klinikreferat gemacht haben, dass von 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nur noch 13 im Referat sind und auch dies noch nicht der letzte Schritt in dieser Richtung ist. Aber – das haben noch nicht alle in diesem Haus rezipiert – bedenken Sie bitte auch, dass wir ganz neue Aufgaben haben. Es war der Wunsch der Regierungsfractionen, lieber Herr Pfister, dass dieses Haus in allen Hochschulräten vertreten ist. In 50 Hochschulen haben wir künftig vertreten zu sein, aber nicht durch irgendjemanden, sondern durch gut ausgewiesene Mitarbeiter, die kundig und eloquent den Hochschulrat in seiner Arbeit unterstützen sollen –

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Job-creating!)

eine ganz neue Aufgabe, die auch ein neues Anforderungsprofil voraussetzt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist ein Beschäftigungsprogramm!)

Außerdem hat dieses Haus immer wieder für Zielvereinbarungen plädiert. – Das war übrigens eine der wenigen neuen Erkenntnisse dieser Debatte, Herr Kollege Salomon, dass Ihre früheren Auffassungen zur Autonomie und zur Selbststeuerung offenbar so nicht mehr aufrechterhalten werden. Dabei dachte ich, wir nähmen damit ein besonderes Anliegen der Grünen wahr. Aber wie auch immer, die Zielvereinbarungen werden auch neue Aufgaben und ein neues Aufgabenprofil zur Folge haben. Im Ergebnis: Sie, meine Damen und Herren, werden einen Anspruch darauf haben, dass sich unser Haus neu definiert, aber es wird keineswegs bedeutungsloser.

Im Übrigen, Herr Pfister: Sie haben gesagt, ich wäre dann nicht mehr dabei. Das ist richtig. Ich wünsche der FDP/DVP, dass sie dann noch dabei ist.

(Lachen bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Keine Sorge, Herr Minister! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt wird es aber intellektuell hochtrabend!)

Herr Reinelt hat gesagt, ich hätte Misstrauen gegenüber den Hochschulen. Überhaupt nicht! Ich will hier deutlich sagen: Ich bin stolz auf das, was die Hochschulen in Baden-Württemberg leisten. Denn sie sind in dieser Leistungskraft ganz vorn in Deutschland. Dafür gibt es zahlreiche Belege, und das sollte hier auch bekannt sein. Ich bin sehr dankbar, dass auch Frau Vosschulte und Herr Pfister dies deutlich gemacht haben. Wenn ich dennoch so zielstrebig auf Reformen dränge, liegt das an meiner Grundüberzeugung: Die Menschen kann ich nicht beliebig verändern, die Institutionen aber durchaus. Daraus folgt für mich die Verpflichtung, unsere Institutionen kritisch zu analysieren und Konsequenzen daraus zu ziehen.

Ich habe auch überhaupt kein Misstrauen gegen die Studierenden, Herr Reinelt. Ich will Ihnen Folgendes sagen: Ich habe in zehn Jahren Amtszeit niemals von „faulen Studierenden“ geredet, niemals. Sie werden mir keine solche Äußerung nachweisen können, und nichts liegt mir ferner als Menschenverachtung, weder gegenüber Studierenden noch gegenüber sonst jemandem.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das war Oettinger! Eine Verwechslung!)

Im Gegenteil, diese Generation, die derzeit studiert – ich habe viel Kontakt mit ihr –, ist leistungsorientiert, fleißig und auch karrierebewusst. Sie ist sehr aufgeschlossen – wie schon lange keine Generation zuvor. Sie ist ganz anders als Ihre Lieblingsgeneration, die 68er, die Schaden genug angerichtet hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist dann wohl eher Ihre Generation, wenn ich das richtig sehe!)

– Richtig. Ich habe aber damals dagegeng gehalten. Das war schwierig genug, hat meiner politischen Karriere allerdings sehr gut getan, Herr Kollege Salomon.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ein Widerständler!)

Ich weiß nicht, ob ich heute hier wäre, wenn ich mich nicht gegen die damaligen Bestrebungen gewandt hätte. Dies hat mir Renommee verschafft; dazu bekenne ich mich.

Meine Damen und Herren, Sie haben den Haushaltsplan, einen dicken Wälzer voller Zahlen, vor sich. In weiten Teilen schreibt er die Vergangenheit fort; das ist gar nicht anders zu erwarten. Dies allein wäre allerdings zu wenig; Haushaltszahlen müssen vielmehr Ziele widerspiegeln und Chancen eröffnen. Mit dem Haushalt 2000/2001 eröffnen wir die zur Umsetzung dieser Ziele erforderlichen Handlungsspielräume.

Aus Zeitgründen möchte ich mich auf fünf Schwerpunkte beschränken. Ich will zuerst etwas zur neuen Finanzverfassung sagen. Es wird Sie nicht überraschen, dass ich damit unsere Hochschulreform anspreche, nämlich das wichtigste Reformprojekt meines Ressorts in dieser Legislaturperiode.

Baden-Württemberg hat mit der dritten Stufe – wie uns immer wieder bestätigt wird; einschlägige Zitate sind ja auch heute schon zitiert worden – eine bundesweite Vorreiterrolle übernommen.

Es war in der Tat Manfred Erhardt, der ein hervorragender Experte ist, Generalsekretär des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, der vor kurzem in Stuttgart geäußert hat, Baden-Württemberg habe „wohl das fortschrittlichste Hochschulgesetz deutscher Länder“. Ein weiterer Kenner und Beobachter der deutschen Hochschullandschaft, Herr Professor Müller-Böling vom Centrum für Hochschulentwicklung, hat uns mehrfach bescheinigt, dass unsere Hochschulreform die konsequenteste und auch die weitestgehende ist.

(Minister von Trotha)

Tragende Ziele der Reform sind die Stärkung der Selbststeuerungskompetenz durch Autonomie, die Optimierung der Qualität durch Leistungsorientierung und schließlich die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit durch Wettbewerb. Dabei kommt der Finanzreform eine Schlüsselfunktion zu. Mit ihr haben wir die Selbststeuerungsfähigkeit der Hochschulen in einem bisher nicht gekannten Maß gestärkt. So weit sind wir uns, hoffe ich, einig.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ja, ja!)

Indem wir die Detailsteuerung zurücknehmen, fördern wir die Bereitschaft, aber auch die Verpflichtung der Hochschulen zur Eigenverantwortung und zur Profilbildung.

Vier Maßnahmen kennzeichnen die neue Finanzverfassung:

Erstens: Die im Haushalt 2000/2001 erstmals so weitgehend umgesetzte dezentrale Budgetverantwortung und die damit verbundene Neustrukturierung der Haushalte gewähren den Hochschulen – Frau Vosschulte hat dankenswerterweise darauf hingewiesen – das auch von diesem Haus immer wieder geforderte Maß an Flexibilität, an finanzieller Selbstbestimmung. Die Hochschulen werden im Wesentlichen selbstverantwortlich die auf wenige Titel reduzierten Etatansätze verwalten – eine schwierige Arbeit, ganz wesentlich auch der Kreativität meines Hauses zu verdanken.

Das bedeutet freilich auch, dass die Hochschulen im Gegenzug für die vergrößerten finanziellen Freiräume neue Lasten übernehmen müssen, ohne hierfür zusätzliche Mittel zu erhalten. Am meisten hat uns das unsägliche 630-DM-Gesetz getroffen, das dazu führt, dass unsere Hochschulen voraussichtlich mehr als 10 Millionen DM zusätzlich aufwenden müssen. Bis heute, meine Damen und Herren von der SPD, ist unklar geblieben – ich habe dazu viele Briefe geschrieben –, ob hieran Schlamperei des Bundesgesetzgebers schuld ist oder man diese Schädigung der Hochschulen bewusst in Kauf genommen hat.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Hört, hört!)

Zum Zweiten: Die neue Flexibilität kann sinnvoll nur genutzt werden, wenn ein hohes Maß an Planungssicherheit besteht. Dies haben wir durch den Solidarpakt für die Universitäten und durch entsprechende Haushaltsregelungen auch für die Kliniken, die Fachhochschulen und die Pädagogischen Hochschulen sichergestellt.

Herr Kollege Reinelt meint, die Zeche für den Solidarpakt werde später gezahlt. Wenn wieder mehr Studierende an die Hochschulen kommen, werden wir auch mehr Stellen brauchen. Im Moment haben wir das im Schulbereich musterhaft gelöst, und wir werden das in einigen Jahren auch im Hochschulbereich lösen müssen. Ich bin aber von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges überzeugt.

Im Übrigen: Das größte Bundesland, NRW, macht genau das nach, was wir vorgemacht haben. Unsere Mitarbeiter sind gebeten worden, in Nordrhein-Westfalen zu berichten. Was hier „Solidarpakt“ heißt, heißt dort „Innovationspakt“. Die 1 500 Stellen sind dort 2 000 Stellen. Auch dort hat man nachgedacht. Ich sage Ihnen das nur, damit Sie mich nicht zu leichtfertig angreifen.

Ich freue mich darüber, dass die Hochschulen jetzt die Möglichkeit der Mittelschöpfung aus freien Stellen haben. Die zum Jahresende aufgelaufenen Ausgabereise bleiben ihnen erhalten – es gibt also kein Dezemberfieber mehr –, sodass sie Mittel für die Zukunft ansparen können, allerdings auch ansparen müssen. Dies ist im letzten Jahr bereits in einem beachtlichen, in dieser Höhe überhaupt nicht erwarteten Ausmaß gelungen.

Zum Dritten: Frau Vosschulte hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass der Globalhaushalt ohne weitere Steuerungsinstrumente ein Torso bliebe. Sie hat auch die wichtigsten neuesten Instrumente genannt, nämlich die Einführung der leistungsorientierten Mittelvergabe – dies ist übrigens auch eine Aufgabe, Herr Pfister, die mein Haus verantwortlich begleiten muss –, eine Kosten- und Leistungsrechnung und ein Controlling. Das ist eine Herkulesaufgabe, denn unsere Hochschulen haben – da hat Herr Salomon Recht – vieles auf dieser Welt erforscht, sich selbst aber viel zu wenig. Wir haben hier noch eine ganz schwierige Wegstrecke vor uns, und es kann durchaus sein, dass wir parlamentarische Hilfe benötigen, um die erforderlichen Daten zu bekommen.

Nachdem die bisherigen fachaufsichtlichen Maßnahmen im Wesentlichen entfallen sind, müssen neue Wege der Qualitätssicherung eingeschlagen werden. Dazu gehören regelmäßige Eigen- und Fremdevaluationen, deren Wirkungsweise wir derzeit mit den Rektorenkonferenzen besprechen. Die Vorbereitungen zur Gründung einer Evaluationsagentur des Landes sind bereits weit gediehen. Die Einführung all dieser genannten Steuerungsinstrumente werden wir in diesem und in den nächsten Jahren mit großem Nachdruck vorantreiben.

Meine Damen und Herren, Gewinner dieser Finanzreform – und das ist selten genug – sind alle Beteiligten: Es ist der Landtag, der gewiss sein darf, dass die Verteilung der Gelder an die Hochschule stärker als in der Vergangenheit Qualitäts- und Leistungskriterien berücksichtigt. Es sind die Hochschulen, weil die Entscheidungs- und Handlungskompetenz nun primär bei ihnen liegt. Viel mehr als bisher können und sollen sie eigene Akzente in Forschung und Lehre setzen. Allein schon die ihnen jetzt zugeordnete Verantwortung für die Studien- und Prüfungsordnungen gibt ihnen auch die entsprechenden Möglichkeiten.

Was die Hochschulräte angeht, Herr Kollege Deuschle: Alle Listen, die ich bisher gesehen habe, sind hochrangig und von vorzüglicher Qualität. Sicherlich wäre es denkbar, dass mal ein Handwerksmeister einrückt. Aber besser ist natürlich einer vom Genre des Herrn Würth, der klein angefangen hat und groß geworden ist und deshalb diese Erfahrung auch in die Hochschulräte einbringen soll. Ihre Besorgnis wäre allenfalls personenspezifisch zu diskutieren. Aber sie ist nicht begründet.

Die Studierenden sind ebenfalls Gewinner dieser Reform, aber auch alle anderen Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, weil die neuen Steuerungsmechanismen die Qualität und die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen weiter stärken. Wir machen damit Baden-Württemberg, das bereits heute über ein außerordentlich vielfältiges, hochwertiges und differenziertes Bildungswesen verfügt, ja vielleicht

(Minister von Trotha)

das beste Bildungsangebot der ganzen Bundesrepublik hat, noch attraktiver und wettbewerbsfähiger.

Ein zweites wichtiges Ziel ist nach wie vor die Aufwertung und Verbesserung der Lehre. Dem soll das Bündnis für Lehre dienen. Denn die Forschung kann, wenn sie gut ist, weitgehend für sich selbst sorgen. Dies kann die Lehre nicht in gleichem Maß, jedenfalls so lange nicht, solange nicht wettbewerbsorientierte Studiengebühren eingeführt sind.

Über die Ihnen bekannten Maßnahmen hinaus wie Stoffkonzentration, die Einführung der Studienkommissionen, der Studiendekane, des Nachweises der didaktischen Leistungen bei der Verleihung der *Venia Legendi*, die diesen Namen übrigens aus gutem Grund trägt, und bei der Berufung sowie beim Landeslehrpreis – all dies gehört zum Bündnis für Lehre – haben wir neue Projekte begonnen, die wir gemeinsam mit den Hochschulen entwickelt haben. Zum einen fördern wir innovative Projekte, vor allem in drei Schwerpunkten: neue Studien- und Prüfungssysteme, Modularisierung und Leistungspunktsysteme – also die berühmten Credit-Points – sowie die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen.

Herr Kollege Reinelt, Sie haben mir vorgeworfen, dass ich mich irgendwo gegen Vollkaskotalentität ausgesprochen habe. Das ist in der Tat meine Grundauffassung. Es gibt ein schönes Sprichwort: Wer wagt, gewinnt. Aber ich sage Ihnen mit derselben Deutlichkeit: Keiner weiß derzeit, wie die Bachelor- und Masterstudiengänge letztlich angenommen werden. Aber die ganze Hochschulgeschichte zeigt, dass sich neue Angebote neue Märkte geschaffen haben. Und hier muss jeder für sich entscheiden, ob er das Risiko eingehen will oder eben nicht. Die Hochschulen – nicht wir – haben über 70 Anträge auf entsprechende Studiengänge eingebracht, die wir zumeist genehmigt haben. Nun muss sich jeder irgendwie seine eigene Zukunft basteln.

Nur eines, Herr Reinelt, geht nicht: gegen Bachelor- und Masterstudiengänge zu sein, aber zugleich Internationalisierung zu fordern.

(Abg. Reinelt SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

Denn die bisherigen Examina haben gerade diese Internationalisierung sehr erschwert. Hier ist ein Sprung in der Schüssel. Wie Sie damit fertig werden, weiß ich nicht, ich sage Ihnen nur: Sie irren sich. Richtig ist: Think global, act local, go international. Genau das tun wir in Baden-Württemberg, und wir haben mehr gemacht als jedes andere Bundesland.

Zum anderen: Einsatz elektronischer Medien in der Lehre und schließlich Maßnahmen zur Steigerung der Berufsfähigkeit, nicht zuletzt durch entsprechende Praktika.

Wir werden Hochschuldidaktikzentren einrichten, als Angebot und Verpflichtung für Lehrende und Nachwuchswissenschaftler, sich ausreichend für die Lehre zu qualifizieren. Denn wenn ich an der Einheit von Lehre und Forschung festhalten will – und das möchte ich –, dann muss ich professionelles Verhalten in beiden Bereichen erwarten können.

Zum Dritten werden wir einmal pro Jahr Tage der Lehre an einer Hochschule zu einem speziellen Thema durchführen. An solchen Tagen sollen Ideen und Konzepte aus den Hochschulen zur Verbesserung der Lehre vorgestellt werden. Es soll ein Erfahrungsaustausch stattfinden sowie die Präsentation und die Diskussion von Innovationen.

Die finanzielle Absicherung dieses Programms ist übrigens hochinteressant. Sie finden sie im Haushalt unter der Überschrift „Fonds zur Stärkung der Lehre“. In diesem Fonds sind Mittel in Höhe von rund 10 Millionen DM ausgewiesen. Hinzu kommen im Jahr 2000 Einnahmen aus Langzeitstudiengebühren in Höhe von rund 7 Millionen DM. Das heißt, wir haben unser Versprechen gehalten, dass die Langzeitstudiengebühren nicht an den verehrten Herrn Kollegen Finanzminister gehen,

(Abg. Reinelt SPD zu Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Man kann auch sagen: Sie gehen an die privaten Universitäten! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Je nachdem, wie man es dreht!)

sondern konkret für Verbesserungen und Innovationen in der staatlichen Lehre genutzt werden.

Dritter Schwerpunkt – ich möchte ihn mit Medieninitiative überschreiben –: Unser Ziel ist es, die Kompetenz der Hochschulen für den Übergang in die Informationsgesellschaft zu nutzen. Information und Kommunikation haben das Gesicht unserer Gesellschaft verändert. Die neuen Medien beeinflussen, wie wir alle wissen, sämtliche Lebensbereiche. Für den Hochschulbereich ist dabei von besonderer Bedeutung, dass im Informations- und Kommunikationssektor zahlreiche Arbeitsplätze mit neuen Qualifikationen und Tätigkeitsprofilen entstanden sind. Hierauf wollen wir reagieren.

Der Staatshaushaltsplan 2000/2001 enthält auch Stellen und Mittel für ein Ausbauprogramm Informatik und Medien an den Fachhochschulen mit insgesamt 385 Studienanfängerplätzen. In dieses Ausbauprogramm eingebettet ist auch der Zusammenschluss der Stuttgarter Fachhochschulen für Druck und Medien sowie für Bibliotheks- und Informationswesen zu einer in dieser Art in der Bundesrepublik einmaligen Fachhochschule der Medien.

Mit derselben Zielsetzung sind Stellen und Mittel für den weiteren Ausbau der Berufsakademien vorgesehen. Frau Voss schulde hat es erläutert. Ich will deshalb nichts weiter dazu sagen, außer, dass es immerhin das bisher größte Ausbauprogramm in der Geschichte unserer Berufsakademien ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich sehr herzlich bei den Fraktionen der CDU und der FDP/DVP für den Entschließungsantrag zur Erhöhung der Lehrauftragsvergütungen bedanken. Ohne Erhöhung liefen wir Gefahr, nicht genügend qualifizierte Lehrbeauftragte im stark nachgefragten Bereich Informatik und Medien zu gewinnen und die boomende Nachfrage nicht befriedigen zu können.

In der Informationsgesellschaft kommt es auf die kompetente Nutzung von Medien und Medientechnologien an. Die Vermittlung von Medienkompetenz gehört daher zu

(Minister von Trotha)

den unabweisbaren Aufgaben der Hochschulen, und deshalb haben wir schon in der ersten Zukunftsoffensive das Programm „Virtuelle Hochschule“ aufgelegt, das sich hervorragend entwickelt. Der Stellenwert dieses Programms wird deutlich, wenn man sieht, dass dafür 50 Millionen DM in fünf Jahren vorgesehen sind.

Vierter Schwerpunkt: Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler sind erfahrungsgemäß die kreativsten Köpfe in Forschung und Lehre. Sie zu fördern und nach Möglichkeit besser zu fördern, als wir es bisher getan haben, ist daher eines unserer dringlichsten Anliegen. Bereits heute leistet der wissenschaftliche Nachwuchs in Baden-Württemberg Außerordentliches. So konnten Sie diese Woche lesen: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat zehn junge Forscher mit einem Förderpreis von jeweils 1 Million DM ausgezeichnet. Allein vier der Preisträger kommen aus Baden-Württemberg. Dies ist ein hervorragendes Ergebnis.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reinelt?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst von Trotha: Aber gern.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Reinelt.

Abg. Reinelt SPD: Ich weiß nicht, ob Sie noch darauf zu sprechen kommen. Deswegen meine Frage und Bitte. Zu der Frage der Internationalisierung in der Forderung, dass auch viel mehr baden-württembergische oder deutsche Studierende ins Ausland gehen müssten, haben Sie bislang nicht Stellung genommen. Wären Sie bereit, das noch zu tun, weil dies ein ganz zentraler Punkt in dem Forderungskatalog der Opposition in Bezug auf den Haushalt darstellt?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst von Trotha: Herr Kollege Reinelt, ich will Ihnen sogar, obwohl ich noch darauf zu sprechen gekommen wäre, direkt antworten und Ihnen sagen: In der Tat ist es wichtig, dass mehr Deutsche, also auch mehr Baden-Württemberger, ins Ausland gehen. Wir machen ungeheure Anstrengungen, um das zu stärken. Wir sind freilich in unseren Mitteln beschränkt, sonst würden wir noch mehr tun. Aber ich füge noch eines hinzu, und das geht darüber hinaus: Genauso wichtig ist es, mehr Ausländer zu uns nach Deutschland zu bringen. Denn der qualifizierte Deutsche oder Baden-Württemberger hat vielleicht in Harvard studiert und ist künftig in Hongkong oder in Vancouver tätig – weit weg von seiner Heimat. Aber er kennt die deutschen Qualitäten in der wirtschaftlichen Leistung und auch in der Kultur. Der Ausländer aus Japan oder aus den Vereinigten Staaten weiß vielleicht wenig über Deutschland. Er sollte zu uns kommen und hier erfahren, was in diesem Land geleistet wird. Also beides ist notwendig. Aber ich vermute, dass wir uns in dieser Zielsetzung auch einig sind.

Was tun wir bereits? Wir haben die Promotionsförderung. In der Promotionsförderung nimmt Baden-Württemberg ei-

ne Spitzenposition ein. Das gilt sowohl für die Landesgraduiertenförderung als auch für die Förderung der Graduiertenkollegs. Ich bin außerordentlich dankbar – das will ich vor diesem Hause auch sagen –, dass es gelungen ist, die Mittel für die Landesgraduiertenförderung von 9 Millionen DM auf 11 Millionen DM zu erhöhen. Damit können wir 220 neue Stipendien pro Jahr vergeben. Auch die seit langem überfällige Anhebung der Stipendensätze können wir jetzt vornehmen.

Bei den Graduiertenkollegs, die sich zu einem ganz wichtigen Instrument der Nachwuchsförderung entwickelt haben, liegt Baden-Württemberg proportional gesehen hervorragend und, was mich freut, wieder einmal deutlich vor dem Nachbarland Bayern, denn das ist unser Hauptkonkurrent.

Auch hier bin ich außerordentlich dankbar, dass wir den erreichten hohen Standard im Doppelhaushalt nicht nur sichern konnten, sondern die Möglichkeit erhalten, weitere Graduiertenkollegs einzurichten. Die Anhebung der Fördersumme um etwa 5 Millionen DM auf rund 20 Millionen DM hat dies ermöglicht. Schließlich will ich an das Margarethe-von-Wrangell-Habilitationsprogramm zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen erinnern. Trotz des Auslaufens des Hochschulsonderprogramms des Bundes wollen wir dieses Programm mit Landesmitteln fortsetzen, und dafür stehen zunächst rund 3 Millionen DM und in der Endstufe 5 Millionen DM zur Verfügung.

Wo wir in der gesamten Bundesrepublik Defizite haben, ist die Förderung von Postdoktorandinnen und Postdoktoranden. Hier müssen wir erheblich mehr tun. Wir sind jetzt in einer Umbruchphase, weil die Diskussion über die künftigen Qualifikationswege noch nicht abgeschlossen ist. Die Habilitation als Regelvoraussetzung für die Berufung auf eine Professorenstelle wurde sowohl im Hochschulrahmengesetz als auch in unserem Universitätsgesetz aufgegeben, neue ergänzende Qualifikationswege müssen definiert werden, um ständestaatliche Abhängigkeiten im bisherigen Hochschulbetrieb entsprechend abzubauen. Mein Haus engagiert sich deshalb auch höchst intensiv bei den Bestrebungen um eine Dienstrechtsreform auf Bundesebene.

Fünfter und letzter Schwerpunkt: Die Neuorientierung der Forschungsförderung. Motor für Innovation ist mehr denn je die Vermehrung von Wissen in der Grundlagenforschung, die Vermittlung von Wissen in der Lehre und die Verwendung von Wissen für neue Produkte, neue Verfahren und neue Dienstleistungen. Für uns ist es deshalb nicht nur Kür, sondern wir sehen uns in der Pflicht, besonders hohe Anstrengungen in Forschung und Entwicklung zu unternehmen.

Sie wissen es, aber es gehört einfach in diese Debatte: Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttosozialprodukt in Baden-Württemberg betrug zuletzt 3,8 %, mehr als in jedem anderen Bundesland. Sie wissen vielleicht auch, dass der Bundesdurchschnitt bei 2,4 % liegt, und ohne uns wäre er noch schlechter. In keinem anderen Bundesland findet man eine so differenzierte Forschungslandschaft wie bei uns. Wer sät, kann freilich auch ernten. Auch diese Zahl muss noch einmal genannt werden: Baden-Württemberg ist bekanntlich Spitzenreiter unter allen 250 Regionen der Europäischen Union, was die

(Minister von Trotha)

Realisierung von Hightech angeht. Der Indikator war: Wie viel Beschäftigte sind in Hightechbereichen tätig? Das sind bei uns 17,8 %. Nirgends in der gesamten Europäischen Union sind es mehr.

(Beifall bei der CDU)

Ein solches Ergebnis ist kein Zufallstreffer, sondern Ergebnis mehrjähriger Anstrengung.

Meine Damen und Herren, sowohl diese quantitative Betrachtung wie auch die qualitativen Erfolge bei Wettbewerben und Ausschreibungen, die regelmäßig bei uns erzielt werden, belegen die Schlussfolgerung, dass wir hervorragende Forschungskapazitäten im Land haben. Ein Beispiel für viele aus der allerletzten Zeit: Allein bei der letzten Leibnizpreisverleihung der DFG kamen von 14 preisgekrönten Forschern fünf aus Baden-Württemberg. Wir waren nie besser.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der Rest hat Dr.-Oetker-Preise!)

– Wir nehmen die Preise, wenn sie ordentlich sind, von überall her.

(Zuruf des Abg. Nils Schmid SPD)

Wir können sie kaum mehr alle notieren. Ich schreibe jeden Tag Dankeschreiben an die Forscher, um sie zu motivieren, aber auch um unseren Dank zum Ausdruck zu bringen. Der Dank gilt natürlich auch diesem Haus. Denn oft war eine Anschubfinanzierung Voraussetzung.

Wir wollen uns aber nicht mit dem Erreichten zufrieden geben. Gestern hat Herr Maurer von den Möglichkeiten dieses Landes gesprochen. In der Tat: Wir wollen bis an die Grenzen unserer Möglichkeiten vorstoßen. Schon Churchill hat so schön gesagt: Success is never final.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: „We shall never surrender“, hat Churchill gesagt!)

– Wo er Recht hat, hat er Recht. – Und wo Erfolg möglich ist, sollten wir ihn auch erreichen. Dabei brauchen wir auch in Zukunft die reine erkenntnisorientierte Grundlagenforschung. Sie ist genauso wichtig wie mögliche Anwendungsaspekte. Und wir brauchen eine noch stärkere Leistungsorientierung in der Forschung. Neben der bereits diskutierten leistungsorientierten Mittelvergabe gehören dazu eben auch die regelmäßigen Evaluationen. Vor allem brauchen wir noch mehr inter- und transdisziplinär angelegte Forschung und institutionenübergreifende Forschungsprogramme. Das heißt für unsere Forschungspolitik mehr Schwerpunktsetzung.

Ich will Ihnen dafür zwei schöne Beispiele nennen: In Konstanz führte die fakultätsübergreifende Forschungs- und Lehrkultur dazu, dass die Geisteswissenschaften bei der Einrichtung von Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegs ganz besonders erfolgreich waren. Die Universität Heidelberg hat in den Biowissenschaften mit dem Zentrum für Molekularbiologie, dem Biochemiezentrum und dem interdisziplinären Zentrum für Neurowissenschaften forschungsfreundliche Strukturen geschaffen, die dem Departmentsystem nachgebildet sind.

Die zuletzt genannten Einrichtungen sind übrigens ein deutlicher Hinweis auf einen wichtigen inhaltlichen Schwerpunkt, den wir ganz massiv betreiben werden, nämlich die Life-Sciences. Angesichts der unglaublichen Fortschritte in den Fächern Biologie, Medizin, Chemie und Physik weisen sie ein enormes Innovationspotenzial auf. Das hat dankenswerterweise auch seinen Niederschlag im Haushalt gefunden.

Jetzt wäre noch viel über neue Ideen zum Wissenschafts- und Technologietransfer zu sagen. Sie kennen unsere Bestrebungen. Wir werden insbesondere noch mehr für die Unterstützung von Existenzgründungen aus den Hochschulen und zur verstärkten Förderung der Patentierung und der Verwertung von Hochschulerfindungen tun. Nicht zuletzt durch diese Maßnahmen wollen wir sicherstellen, dass wir technologische Innovationen schneller realisieren können, um uns rechtzeitig an veränderte Marktbedingungen anzupassen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich so abschließen: „Die Ideen von heute sind die Taten von morgen“, hat Thomas Mann zu Recht gesagt.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

– Kennen Sie Thomas Mann?

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch der Möbelfabrikant aus Karlsruhe!)

Freilich sollten wir uns über die Schwierigkeiten der Umsetzung keine Illusionen machen.

Ich zitiere noch einen Schriftsteller, den Sie vielleicht weniger kennen; ich habe das Glück gehabt, ihn noch persönlich kennen zu lernen, Arthur Koestler, der eine hochinteressante Biografie hat. Arthur Koestler hat darauf hingewiesen: Alle großen Erfindungen, alle großen Werke sind das Resultat einer Befreiung, nämlich der Befreiung von der Routine des Denkens und des Tuns.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die Kalendersprüche werden immer besser!)

Meine Damen und Herren, dieser Satz trifft mein Verständnis von Innovation und mein Bestreben, die Hochschulen dazu zu animieren, ihren Freiraum, der größer ist, als er je in der Geschichte war, für die Befreiung des Denkens und des Tuns vom bisher Gewohnten zu nutzen.

Ich bin dem hohen Haus dankbar, dass wir unsere Ideen weitgehend realisieren können. Ideen sind wie Saatgut, das im Humus des Haushalts keimen und aufgehen kann. Der Boden ist gut vorbereitet. Unsere Hochschulreform und der Haushalt 2000/2001 bieten die Gewähr, dass wir die Früchte einer erfolgreichen Hochschul- und Wissenschaftspolitik werden ernten können, und dies im doppelten Sinn. Bildung, Wissenschaft und Forschung tragen nämlich reiche Früchte, nicht nur, aber auch im ökonomischen Sinn.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das war Tacitus! – Weitere Zurufe: Von Trotha! Das war Trotha!)

(Minister von Trotha)

– Ja. Es tut mir ja Leid, wenn ich diese Tatsache wiederholen muss. Herr Kollege, Sie wissen es vielleicht, aber es wissen bei weitem noch nicht alle.

Ich füge etwas hinzu, was Sie vielleicht auch schon wissen: Bildung, Wissenschaft und Forschung sind zum wichtigen Innovationsfaktor geworden. Wenn Sie dies konsequent durchdenken, müssten Sie uns eigentlich den gesamten Haushalt überlassen. Denn wir sorgen für die entscheidenden Innovationsfaktoren. Aber ich weiß um unsere Grenzen und um meine Bescheidenheit.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Si ta-
cuisses!)

Kurzum: Die Zukunft unserer Hochschulen ist auch die Zukunft eines modernen Baden-Württembergs. Ich bedanke mich sehr für Rat und Tat bei der Haushaltsberatung. Dafür, dass die Regierungsfaktionen mein Haus und mich gelobt haben, bin ich dankbar. Dass dies aber sogar die Opposition in wohlgesetzten Worten fertig gebracht hat, hat mir imponiert. Denn ich weiß, wie schwer das für die Opposition ist. Das ist eine wahrlich schwierige Aufgabe. Chapeau, chapeau!

(Abg. Pfister FDP/DVP: Woher wissen Sie das?
Sie waren doch noch nie in der Opposition! – Abg.
Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: In Anbe-
tracht Ihres hohen Alters haben wir Milde walten
lassen!)

– Es gibt in der Soziologie eine Methode, die man teilnehmende Beobachtung nennt, Herr Kollege Pfister. Daher weiß ich es.

Ich bitte Sie also um Ihre Unterstützung, damit wir das Bildungs- und Wissenschaftsland Baden-Württemberg auch für die Zukunft optimal positionieren. Ich tue dies im Vertrauen auf eine schöne Erkenntnis von Ludwig Börne: Trost gibt der Himmel, von den Menschen erwartet man Beistand. Dazu sind Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, alle herzlich eingeladen.

Nachdem meine letzten eineinhalb Jahre heute wider Erwarten eine große Rolle gespielt haben, ein Letztes: Für mich persönlich gilt: Ein guter Abgang zielt die Übung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bender.

Abg. Hans-Michael Bender CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem Feuerwerk des Herrn Ministers und den vielen Zitaten, die er mir vorweggenommen hat, muss ich jetzt ohne schmückendes Beiwerk gleich zur Prosa kommen, aber zu einer, wie ich finde, sehr wichtigen Prosa. Es geht in der zweiten Runde um den Bereich der Kunst in unserem Lande.

Die Kunst- und Kulturförderung ist kein Luxus, der auf gute Zeiten beschränkt ist, sondern eine Investition in die Menschen. Es gibt in Baden-Württemberg über zwölf staatliche Museen und Kunstinstitute, zwei Staatstheater, drei

Landes Bühnen, neun große städtische Theater, zwei Landesbibliotheken, eine Kunstakademie, eine Hochschule für Gestaltung, das Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe, die Filmakademie in Ludwigsburg, viele, viele freie Kultureinrichtungen und Kunsteinrichtungen und vieles mehr. Resümee: Baden-Württemberg, unser Land, verfügt wie kaum ein anderes Land über eine hervorragende kulturelle Infrastruktur, die die historischen Wurzeln in einer jahrhundertealten Dezentralität hat.

Diese Vielfalt unserer Kulturlandschaft in Baden-Württemberg ist ein ganz besonderes Gut. Für seinen Erhalt haben wir uns in besonderer Weise immer wieder von Neuem einzusetzen.

Der Einzelplan 14 dokumentiert unser entschiedenes Engagement in diesem Bereich. Gemeinsam mit der FDP/DVP-Fraktion haben wir uns deshalb nachdrücklich dafür eingesetzt, angesichts der erfreulichen Entwicklung der Steuereinnahmen die ebenfalls gestiegenen Wettmitteleinnahmen nicht dem Gesamthaushalt, sondern den Bereichen Bildung, Kultur und Soziales zugute kommen zu lassen. Im Finanzausschuss haben wir deshalb gemeinsam mit der FDP/DVP-Fraktion Änderungsanträge eingebracht, nach denen insgesamt 19,25 Millionen DM zusätzliche Wettmittel den genannten Destinatären zukommen.

Auf den Bereich der Kultur entfallen danach zusätzlich mehr als 4,6 Millionen DM. Mit diesem Geld werden wir sicher nicht alle Wünsche befriedigen können; die zusätzlichen Mittel sind nach meiner Überzeugung aber ausreichend, um bei der Kunstförderung und hier schwerpunktmäßig in der dezentralen Kunstförderung Bestehendes zu erhalten und da und dort auch Neues zu ermöglichen.

(Abg. Hauk CDU: Sehr gut!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch unserer Erwartung Ausdruck geben, dass mit den zusätzlichen Mitteln unter anderem eine Verbesserung der bisherigen finanziellen Unterstützung des Landes bei den soziokulturellen Zentren erfolgt.

(Abg. Deuschle REP: Ja, das ist ein Problem, Herr Kollege!)

Wir erwarten des Weiteren eine Verbesserung der Unterstützung unserer Kunstvereine. Wir haben 55 Kunstvereine in unserem Land, die bekanntlich in einem Förderverhältnis von 2 : 1 – zwei Teile von der Stadt, ein Teil vom Land – gefördert werden.

Die Erhöhung der Mittel für die Literaturbeschaffung für die Landesbibliotheken in Karlsruhe und Stuttgart, wie sie von der Fraktion der SPD und der Fraktion Die Republikaner beantragt worden ist,

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

halten wir angesichts der nach wie vor notwendigen Haushaltsdisziplin für nicht zwingend. Über die Haushaltsansätze hinaus stehen noch Sondermittel von je 1 Million DM pro Haushaltsjahr zur Verfügung. Damit werden wir den beiden Landesbibliotheken in den nächsten beiden Jahren mehr Mittel zur Verfügung stellen, als sie nach den Istzahlen in den Jahren 1997 und 1998 jeweils ausgegeben haben.

(Hans-Michael Bender)

Ein Letztes, meine Damen und Herren: Vor wenigen Tagen ist es durcheinander gegangen mit einer Meldung über einen angeblichen Wegfall der GMA, der globalen Minderausgabe bei den beiden Staatstheatern. Ich bitte im Interesse der notwendigen Planungssicherheiten in beiden Staatstheatern, dass das Ministerium sorgfältig prüft, inwieweit im Jahr 2000 und vielleicht auch im Jahr 2001 die GMA für die beiden Staatstheater tatsächlich in Wegfall gebracht werden kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Solinger.

Abg. Helga Solinger SPD: Ich will aber genauso lange reden dürfen wie der Minister.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Während der laufenden Legislaturperiode sind die einzelnen Teilbereiche der Kunstförderung des Landes äußerst unterschiedlich von den Kürzungen der Haushaltsmittel, von der Reduzierung des Wettmittelfonds seit 1997 und von den sich auf wenige konzentrierenden Belastungen durch globale Minderausgaben getroffen worden. Es wäre, meine ich, an der Zeit, zu überprüfen, wer denn da auf der Strecke zu bleiben droht.

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

Wer dem Votum der Kulturstrukturkommission unterworfen war, der konnte im letzten Doppelhaushalt gemeinhin mit konstanten Haushaltsansätzen rechnen, auch wenn dies wegen wachsender Kosten reale Kürzungen bedeutete. Dies sollte man nicht vergessen. Das galt ganz besonders für die Theater. Ob und inwieweit die nun vorliegenden Ergebnisse der Kommission insgesamt zukunftsweisend und wirklich strukturinnovativ sind, kann hier heute nicht diskutiert werden. Aber in dem Doppelhaushalt werden immerhin einige Empfehlungen umgesetzt, die wenigstens die Forderung nach mehr Planungssicherheit erfüllen. Dies gilt insbesondere für die schon vorher von meiner Fraktion beantragte Festbetragsfinanzierung für Kommunaltheater.

Es muss aber wegen der bescheidenen Steigerungsraten bei den Staatstheatern, die Tarifierhöhungen eventuell nicht abfangen, bezweifelt werden, dass die geforderte Qualitätssicherung ebenso gelingen kann. Ganz besonders gilt das für die einseitige Belastung der Sitzstädte der Landes Bühnen bei den Kostensteigerungen in den nächsten Jahren bis zum Erreichen eines neuen Förderschlüssels. Von äußerst bedenklichen Kürzungen in Bruchsal konnte man ja bereits in der Zeitung lesen.

Entgegen der Empfehlung der Kommission ist Planungssicherheit für die beiden Staatstheater bisher nicht gewährleistet. Als Einzige sind sie ausdrücklich von der globalen Minderausgabe nicht ausgenommen worden. Besonders bei den seit dem 1. Januar 1997 modellhaft als Landesbetrieb geführten Staatstheatern Stuttgart ist eine GMA, die sich durch die Kopplung an die städtische 50%-Förderung automatisch immer auch noch verdoppelt, absolut systemwidrig. Wir haben ja sowohl vom Rechnungshof als auch vom

Finanzministerium entsprechende Signale bekommen. Sie konterkariert nämlich in der Realität die Planungs- und Budgetverantwortung des Hauses.

Ich habe mit Freude gehört, Herr Kollege Bender, dass Sie nun auch der Meinung sind, dass man das nicht mehr machen sollte. Ich möchte Ihnen gerne die Gelegenheit geben, dies dann auch umzusetzen und sich nicht nur mit Appellen zu begnügen.

Wir werden unseren Antrag erneut einbringen. Denn auf Votum des Ministers wurde dieser Antrag am 25. Januar im Finanzausschuss abgelehnt. Zwei Tage später allerdings ließ sich der Herr Minister in der Presse dafür feiern, dass er „diese Grausamkeit“, wie es die „Stuttgarter Nachrichten“ bezeichneten, in diesem und im nächsten Jahr nicht vollziehen werde. Uns, Herr Minister, soll das recht sein. Sollte es nicht stimmen, hätten Sie es dementieren sollen.

Allerdings hoffe ich, dass Sie bei den Staatstheatern Stuttgart nicht den Trick anwenden, den Sie schon einmal angedeutet haben: die erlassenen Mittelkürzungen mit dem vom Land zugesagten Sonderzuschuss für das vorgesehene Israel-Gastspiel zu verrechnen. Zur Sicherheit bitte ich Sie um Auskunft, wie das politisch gewollte Gastspiel in Tel Aviv finanziert werden soll, und um Bestätigung, dass dies nicht aus den laufenden Haushaltsmitteln des Staatstheaters erfolgt.

(Beifall bei der SPD)

Der Kollege Oettinger hat gestern die „Wachstumsschiene“ für Sport, Soziales und eben auch für die Kultur beschworen, die mit der weitgehenden Rücknahme der 25%-Kürzung des Wettmittelfonds aus dem Jahr 1997 möglich wird. Das stimmt, auch wenn die Zustimmung zur vollen Korrektur dieser Kürzung, wie sie von meiner Fraktion beantragt wurde, noch einmal 800 000 DM für die Kultur erbracht hätte. Aber immerhin besteht jetzt die Chance, manche durch Geldmangel entstandene Fehlentwicklung oder auch Stagnation sowie chronische Unterfinanzierungen wenigstens ein Stück weit zu korrigieren.

Bei der CDU-Fraktion gibt es offenbar nur äußerst schwammige oder gar keine Vorstellungen über inhaltliche Perspektiven in der Kulturpolitik. Die Verteilung der Mittel wollte man dem Ministerium überlassen nach dem Motto: Die werdens schon richten.

(Abg. Christa Vosschulte CDU: Das stimmt nicht!)

Mit dem Wechsel von Michael Sieber ins Ministerium ist offenbar die kulturpolitische Kompetenz der CDU erschöpft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Warten Sie mal ab, Frau Kollegin!)

Ich finde das äußerst bedauerlich, denn es gab über viele Jahre eine äußerst erfolgreiche und wirkungsvolle interfraktionelle Interessenvertretung mit vielen innovativen Initiativen und einer verlässlichen Weiterentwicklung der kulturellen Landschaft in Baden-Württemberg.

(Helga Solinger)

Zu Recht hat der Finanzausschuss einen Sperrvermerk für diese neuen Wettmittel angebracht, bis es Gelegenheit zur parlamentarischen Beschlussfassung über die Verteilung der zusätzlichen Gelder durch Vorlage einer Liste des Fachministeriums gibt. Die SPD-Fraktion wird bei dieser Gelegenheit ihre Prioritäten, die sie beantragt hatte, erneut einbringen. Ich finde es immerhin bemerkenswert, Herr Kollege Bender, dass Sie einen Teil davon angesprochen haben. Das hätten Sie im Ausschuss auch schon tun können.

Wir wollen zusätzliche 1,5 Millionen DM für die soziokulturellen Zentren, damit der 2 : 1-Förderschlüssel Kommune/Land für die laufende Programmarbeit realisiert werden kann und die unabdingbaren Investitionen möglich sind. Wir wollen eine sachgerechte Förderung der 100 freien Theater in Baden-Württemberg erreichen und auch dort die Empfehlung der Strukturkommission zur Aufstockung der Mittel auf 500 000 DM realisieren. Wir wollen die Arbeit der Kunstvereine, die, wie die Landesregierung auf eine Anfrage von mir einräumte, durch die seit Ende der Achtzigerjahre praktizierte Deckelung und die Wettmittelkürzung 1997 erheblich eingeschränkt worden ist, mit zusätzlichen 500 000 DM unterstützen. Wir wollen die in den letzten Jahren völlig ungenügenden Ankaufsmittel bei den staatlichen Museen mit zusätzlich 1 Million DM korrigieren, damit wir nicht auf Dauer zu einem nicht wieder gutzumachenden Substanzverlust kommen.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Noch einmal zusätzlich eine Million zu den zugesagten Sondermitteln, Frau Kollegin?)

– Die Museen kriegen keine Zusatzmittel. Wir haben das spezifiziert, Herr Kollege. Das ist bei Ihnen leider nicht erfolgt, sonst hätten wir nämlich heute darüber beschließen können.

Noch heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, können Sie die krasse Benachteiligung und die drohenden Funktionsverluste bei den Landesbibliotheken beenden.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Nach Ihren Ausführungen, Herr Kollege Bender, habe ich da zwar keine Hoffnung mehr, weil Sie diese Kürzungen offensichtlich für sinnvoll halten und wieder den alten Trick benutzen, dass mit Sondermitteln eine ungenügende Basisfinanzierung aus Gottes Gnaden wieder einmal korrigiert werden soll. Wir meinen: Es geht um die Grundfinanzierungen, und die müssen stimmen. Es dürfen nicht immer über Sonderfinanzierungen Umwege beschritten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Während dank des Solidarpakts fast alle Universitäten ihren Bibliotheken in den letzten Jahren deutliche Zuwächse bieten konnten, sind die Ankaufsmittel bei den Landesbibliotheken drastisch zurückgegangen. Mit der jetzt beabsichtigten weiteren Senkung des Haushaltsansatzes bedeutet das für die Badische Landesbibliothek eine Reduzierung ihrer Mittel um rund 30 % seit 1984. Auch der Württembergischen Landesbibliothek droht ein „Kahlschlag“, wie es ihr Direktor ausgedrückt hat, wenn die nun schon über

Jahre andauernde ungenügende Erwerbsmöglichkeit fortbesteht und durch die Senkung des Ansatzes sowie eine mögliche globale Minderausgabe sogar noch verschlechtert wird.

Die Funktion des kulturwissenschaftlichen Kompetenzzentrums Landesbibliothek ist drastisch gefährdet. Nicht zuletzt die hohe Nutzung durch Studierende der Hochschulen – in Stuttgart sogar die ausdrückliche Übernahme der Aufgabe einer Universitätsbibliothek für die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer – erfordert eine Umkehr dieser fatalen Entwicklung. Wir beantragen deshalb, wie gesagt, insgesamt 2 Millionen DM mehr.

(Zuruf der Abg. Christa Vosschulte CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im April letzten Jahres hat das Ministerium parallel zu den Beratungen des Nachtragshaushalts hier im Haus 22,6 Millionen DM an globalen Minderausgaben im Kunstbereich verteilt – ohne Beteiligung des Parlaments. Für diese Haushaltsberatungen haben die Regierungsfractionen die Chance kulturpolitischer Schwerpunktsetzungen absichtlich oder aus Desinteresse vertan. Ich warne davor, den kulturpolitischen Diskurs um konkrete Entscheidungen immer mehr aus der parlamentarischen Verantwortung zu entlassen. Eine Kulturstiftung, wie sie die Landesregierung schon lange plant, wird diese Tendenz noch verschärfen. Finanzierungen am Staatshaushalt vorbei beinhalten zudem die große Gefahr, dass vor lauter kurzfristiger Projekte und Eventförderungen die solide Basisfinanzierung mit der Zielsetzung kontinuierlicher Entwicklung im künstlerischen Bereich auf der Strecke bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Landauf, landab wird die hohe Bedeutung von Kunst und Kultur – wir haben es eben wieder gehört – für unsere gesellschaftliche Zukunft, für den Standort Baden-Württemberg gepriesen. Da stehen auch die Kollegen und Kolleginnen der Regierungsfractionen nicht zurück. Die Aufmerksamkeit, die Sorgfalt, das Engagement hier im Parlament für eine aktive Gestaltung positiver, zukunftsweisender Rahmenbedingungen für die Kulturpolitik stehen dazu in einem bedauerlichen Missverhältnis. Ich hoffe, es wird sich irgendwann einmal wieder ändern.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort für eine kurze Redezeit von zwei Minuten erhält Herr Abg. Jacobi.

Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Vielen Dank. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt bezüglich der Kulturpolitik in Baden-Württemberg ein hohes Maß an Konsens. Das kommt der Kultur und den Kultureinrichtungen zugute. Ich will mich deswegen auf drei kurze Bemerkungen beschränken.

Die zusätzlichen Mittel von 4,6 Millionen DM, die jetzt in den Haushalt eingestellt werden sollen, sind ein Erfolg, den wir ausdrücklich unterstützen. Diese zusätzlichen Mittel sind notwendig, meine Damen und Herren, weil aus finan-

(Jacobi)

ziellen Gründen, die bekannt sind, in den letzten Jahren insbesondere im Kunstbereich keine Erhöhungen vorgenommen werden konnten und inzwischen kein Spielraum mehr besteht, weiter zu sparen und mit den Ressourcen rationaler umzugehen.

Wir beobachten seit Jahren eine schleichende Auszehrung in vielen Kultureinrichtungen, man kann auch sagen: eine Art Tod auf Raten. Wenn dann die Sparmaßnahmen eben ausgereizt sind und bestimmte Investitionen, zum Beispiel zur Sanierung, über die Jahre hinweg verschoben wurden, kulminiert das irgendwann an einem Punkt. Dieser ist unseres Erachtens inzwischen erreicht. Deswegen ist es ausdrücklich zu unterstützen, dass hier mehr Mittel gewährt werden.

Zweiter Punkt: Wohin diese Mittel genau fließen, werden wir in den nächsten Wochen sehen. Der Finanzausschuss hat dem Antrag der beiden Regierungsfractionen, zusätzliche Mittel einzustellen, zugestimmt, aber ihre Ausgabe solange gesperrt, bis im Ausschuss die konkrete Mittelverwendung in den betreffenden Einzelplänen detailgenau, Punkt für Punkt, diskutiert worden ist. Wir werden deswegen in diesen Ausschussberatungen unsere Vorschläge mit Ihnen diskutieren.

Dritter Punkt: Ausdrücklich ist zu unterstützen, dass die beiden Staatstheater von der globalen Minderausgabe ausgenommen werden sollen. Aus Gleichbehandlungsgründen muss man das für beide tun. Insbesondere beim Eigenbetrieb in Stuttgart ergibt sich das aber aus der Logik von Eigenbetrieben. Das ist meine feste Überzeugung. Eigenbetrieb heißt ja, dass man den Einrichtungen sagt: „Ihr seid verantwortlich; wenn ihr schlecht haushaltet, habt ihr die Konsequenzen zu tragen und müsst diese Mittel im Folgejahr wieder erwirtschaften; wenn ihr gut wirtschaftet, habt ihr ein Plus, das ihr entsprechend im nächsten Jahr ausgeben könnt.“ Deswegen ist das Instrument der globalen Minderausgabe an dieser Stelle völlig unangebracht. Man sollte vielmehr von vornherein sagen: „Hier habt ihr die realen, ehrlichen Zahlen, mit denen ihr umzugehen habt.“ Dann können sich die Institutionen auch darauf einstellen.

Wir sind der Meinung, dass die 4,6 Millionen DM, die jetzt zusätzlich für Kultur ausgegeben werden, ausreichen sollten. Das heißt unseres Erachtens, dass wir hier eine finanzpolitische Operation vorzunehmen haben. Die Mittel, die ja durch die globale Minderausgabe quasi anfallen – es kostet ja Geld, wenn die globale Minderausgabe nicht vollzogen wird –, müssen auch aus dem Volumen von 4,6 Millionen DM aufgebracht werden.

Fazit, meine Damen und Herren: Dieser Kulturhaushalt bringt positive Entwicklungen. Wir werden in den nächsten Wochen sehen, wo genau die Mittel in den einzelnen Haushaltstiteln ausgegeben werden. Ich möchte dem Minister, dem Staatssekretär und den Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Kultur für das kollegiale und konstruktive Arbeitsverhältnis danken.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Auch die FDP/DVP-Fraktion erhält trotz abgelaufener Redezeit zu diesem Bereich noch eine Redezeit von ein bis zwei Minuten.

(Abg. Wilhelm REP: Die muss aber nicht ausgeschöpft werden!)

Herr Abg. Kiesswetter, Sie haben das Wort.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Ich werde mich auch an diese Zeitvorgabe halten. Ich bedanke mich für die zusätzliche Redezeit. Ich halte den Kulturbereich für so wichtig, dass man ein oder zwei Worte dazu sagen sollte.

Unsere Kulturlandschaft ist hervorragend. Wir haben die beste Struktur in der ganzen Bundesrepublik. Es gibt andere Länder, Frau Solinger, die wir besucht und bei denen wir gesehen haben, dass die größte Vielfalt hier in Baden-Württemberg gegeben ist und dass Baden-Württemberg auch finanziell am besten ausgestattet ist.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das Staatstheater Stuttgart wurde zwei Jahre hintereinander zur Oper des Jahres in Deutschland gewählt. Die Wiederwahl ist eigentlich die größte Leistung. Dass wir unsere Theater, unsere Operette – nicht die Operette, die Oper und das Ballett ins Ausland schicken, ist hervorragend, meine ich.

(Abg. Haasis CDU: Operette, das ist wohl FDP-Politik!)

Deshalb sind Ihre Kampfbegriffe, Frau Solinger – Kahl-schlag, fatale Entwicklung, Auf-der-Strecke-Bleiben –, in dieser Situation völlig deplatziert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das ist eigentlich ein Schlechtmachen unseres Standortes. Dabei ist es im Gegenteil bei uns so gut wie nirgends. Deshalb möchte ich auf die Einzelheiten, die Sie kritisiert haben, im Finanzausschuss oder dann eingehen, wenn wir einmal über Kultur reden.

Sie könnten – das könnten Sie wieder in Berlin – das Stiftungsrecht ändern.

(Abg. Nils Schmid SPD: Sie hätten 16 Jahre Zeit gehabt!)

Wir haben unseren Vorschlag gemacht. Wir sind leider damals in Bonn an der CDU gescheitert. Wir haben uns nicht durchgesetzt. Aber jetzt sind wir so weit, mit Ihnen zusammen ein neues Stiftungsrecht zu machen,

(Lachen bei der CDU – Abg. Haasis CDU: Bis ihr mit eurer Operettenpolitik so weit seid!)

damit private Gelder in den Kunstbereich fließen. Mit einer Begrenzung auf 40 000 DM ist das nicht möglich. Wir müssen hier eine andere Form der Stiftung finden, damit privates Geld, das vorhanden ist – das ist unzweifelhaft vorhanden, gerade in Baden-Württemberg, wo viel privates Geld und auch Bereitschaft vorhanden sind –, in die Kunst

(Kiesswetter)

und Kultur gebracht wird. Das müssen wir binden. Das können wir aber nur durch ein modernes Stiftungsrecht.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Das machen wir doch alles! – Abg. Helga Solinger SPD: Wie decken Sie dann den Steuerausfall? – Weitere Zurufe und Unruhe)

Das heißt: 20 % des Einkommens sollten steuerlich abgesetzt werden können und nicht nur 40 000 DM, wie Sie es jetzt in Berlin vorschlagen. Deswegen sagen wir: Das ist eine schlechte Entwicklung. Sie verpassen in Berlin die Chance, etwas für die Kultur zu tun.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe und Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Deuschle. Sie erhalten selbstverständlich auch diesen Zuschlag.

Bitte schön.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser Bundesland gibt im Bereich der Kunstförderung allein an Landesmitteln 670 Millionen DM jährlich aus. Davon gehen über 300 Millionen DM in die Theater, 110 Millionen DM in die Museen – –

(Große Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe. Angesichts der schon störenden Geräusche der Lautsprecheranlage wäre es gut, wenn Sie Ihren Geräuschpegel senken würden.

Bitte schön, Herr Abg. Deuschle, fahren Sie fort.

Abg. Deuschle REP: Ich verspreche, die Redezeit nicht zu überziehen, wenn Sie ruhig sind.

Davon gehen also über 300 Millionen DM in die Theater, 110 Millionen DM in die Museen, ebenfalls 110 Millionen DM in die Kunsthochschulen und 50 Millionen DM in die Bibliotheken. Wir Republikaner halten dies für ein sehr breites, aber auch ausreichendes Angebot. Die Kulturstrukturkommission hatte vor rund einem Jahr ihre Vorschläge unterbreitet und das Land sogar noch aufgefordert, ab diesem Jahr zusätzlich 4,5 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Wir hatten das damals ausdrücklich abgelehnt.

Was nun die Landes Bühnen betrifft, bei denen der Förderanteil des Landes noch immer zwischen 82 % und 86 % liegt und die in diesen beiden Jahren über 20 Millionen DM vom Land bekommen, sind wir mit den Ergebnissen der Verhandlungen der Landesregierung mit den betroffenen Städten nicht zufrieden. Herr Staatssekretär, ich stelle Ihnen schon die Frage, warum es nicht gelungen ist, die nach unserer Meinung sehr moderaten Vorschläge der Kommission umzusetzen, die dem Land nur zwei Drittel des Zuschussbedarfs aufbürden wollte. Warum scheint die Landesregierung bereit zu sein, einen Anteil von 70 % Landesförderung und 30 % städtischer Förderung zu akzeptieren? Vielleicht können Sie dazu konkret etwas sagen.

Ich stelle auch die Frage, ob wir die Bevorzugung von Städten mit Landesbühnen gegenüber solchen mit normalen Stadttheatern heute noch rechtfertigen können. Das war vielleicht vor 20, 30 Jahren durchaus noch – –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das erzähle ich in Esslingen!)

– Ja, das können Sie ruhig erzählen, Herr Kollege Noll. Deswegen sage ich es ja, damit Sie es vielleicht erzählen und damit es auch die Presse erfährt. Das ist doch gar kein Problem.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Hochinteressant, was Sie da vorbringen!)

Es stellt sich die Frage, ob wir uns diese Bevorzugung heute eigentlich noch leisten können. Die Leute sind mobiler geworden. Jemand aus unserer Gegend kann auch nach Stuttgart fahren, wo es ein sehr ausgeprägtes Kulturangebot gibt. Deswegen glaube ich, dass wir an diese Frage noch einmal herangehen sollten.

Wir halten die Einbeziehung der Staatstheater in die globale Minderausgabe für richtig. Auch die Staatstheater müssen ihren Beitrag zur Haushaltsfinanzierung leisten, meine Damen und Herren.

Wie ich Ihnen schon sagte, haben wir Republikaner kein Verständnis dafür, dass sich eine CDU-geführte Regierung als Schutzpatron soziokultureller Zentren versteht.

(Abg. Helga Solinger SPD: Diesen Begriff haben Sie mühsam lernen müssen! Das hat länger gebraucht!)

Ich habe den Eindruck, dass sich hier eine – sich modern gebende – Großstadt-CDU der Klientel von Rot-Grün anbietet und weder bereit noch fähig ist, den Kampf um eine geistig-moralische Wende zu führen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie Schmutzpatron!)

Dieser Meinung bin ich schon.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Die Scheuklappen sind größer als alles andere! – Weitere Zurufe)

Anstatt diese soziokulturellen Zentren zu fördern, schlagen wir Republikaner vor, diese Mittel lieber den traditionellen Vereinen und der Sportförderung zur Verfügung zu stellen. Dies ist für uns eine ganz wichtige Angelegenheit.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Reaktion von Rot-Grün darauf, die Betroffenheit bei Ihnen und die Nicht-Reaktion bei den Kollegen der CDU sagt natürlich schon einiges. Überdenken Sie Ihre Position zu diesen soziokulturellen Zentren noch einmal. Ich weiß, dass auch Ihre Veranstaltungen schon das eine oder andere Mal aus diesen Zentren heraus gestört worden sind.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: So ein Quatsch!)

(Deuschle)

Ich frage Sie, ob Sie solche Zentren noch mit Landesgeldern finanzieren wollen. Wir Republikaner sagen dazu Nein.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Sie verwechseln Soziokultur mit autonomen Zellen!)

Stelly. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Sieber.

Staatssekretär Sieber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich zunächst für die große Übereinstimmung in diesem hohen Hause bedanken, die die Kunstförderung betreffend herrscht. Selbstverständlich darf ich mich auch für das Lob und für einige konstruktive, kritische Gedanken bedanken.

Wenn ich allerdings, liebe, verehrte Frau Kollegin Solinger, Ihren Beitrag zusammenzähle, der aus „wir wollen“, „wir wollen“, „wir wollen“ besteht, dann fällt mir ein Zitat ein, das ich den literarischen Kenntnissen des Kollegen Rech verdanke, der es gestern hier gebracht hat, nämlich ein Zitat aus dem Anfang von Goethes „Faust II“:

Welch Unheil muss auch ich erfahren!
Wir wollen alle Tage sparen
Und brauchen alle Tage mehr.

(Abg. Deuschle REP: Jetzt fangen Sie auch schon mit Zitaten an! Wie der Minister!)

Meine Damen und Herren, mit diesem Wort ist hinreichend genau das Dilemma beschrieben, in dem wir uns alle befinden. Ein Spielraum für die Verteilung von großen Wohltagen besteht auch in diesem Doppelhaushalt nicht.

Die Konsolidierung bleibt auch für die Kunstförderung das übergeordnete Ziel, dem wir gemeinsam verpflichtet sind. Deswegen muss sich auch die Kunstförderung dieser Debatte stellen und die Frage beantworten, ob alle Förderstrukturen heute noch zeitgemäß sind.

Meine Damen und Herren, in einem langen und sehr aufwendigen Prozess hat sich die Kunstförderung dieser Strukturdebatte gestellt und in der Kulturstrukturkommission viele Fragen beantwortet. Die Kommission hat dem Land dabei eine überaus lebendige, breit ausdifferenzierte Theater-, Orchester-, Museums- und Festivallandschaft bescheinigt und das große Engagement des Landes gewürdigt. Auch wenn dies für manche überflüssig war, verehrte Frau Kollegin Solinger: Ich finde, diese Feststellungen waren für die Kulturpolitik des Landes Baden-Württemberg äußerst hilfreich.

(Zuruf der Abg. Helga Solinger SPD)

Die Landesregierung hat die in dieser Kommission entstandenen Empfehlungen aufgenommen und ist dabei, sie größtenteils umzusetzen. Sie wird auch im kommenden Doppelhaushalt die Empfehlungen so weit wie möglich umsetzen. Ich möchte aber darauf hinweisen: Wir werden bei der Umsetzung nicht mit der Brechstange vorgehen, sondern wir müssen mit allen Betroffenen und Beteiligten ein behutsames Vorgehen festlegen. Dies kann in einen oder anderen Fall durchaus dazu führen, dass die gesteck-

ten Ziele nicht ganz oder nicht schnell genug oder gar nicht erreicht werden können.

Allerdings, meine Damen und Herren, mag ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass zur besseren Umsetzung sicher beitragen wird, dass die beiden Regierungsfractionen den Toto-Lotto-Deckel sachte gelupft haben, aber immerhin weggenommen haben. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei den beiden Fraktionen sehr herzlich bedanken.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Gern geschehen!)

Diese Entscheidung, meine Damen und Herren, führt dazu, dass nach Jahren harter und teilweise schmerzlicher Kürzungen wieder verlässliche Planung möglich wird und auch – Kollege Bender hat darauf hingewiesen – wieder Raum entstehen kann für innovative, neue Dinge, wir also behutsam den Closed-Shop öffnen können.

Ich will allerdings, meine Damen und Herren, überhaupt nicht verschweigen, dass die Kürzung der Wettmittel um ein Viertel die staatliche Kunstförderung in manchen Bereichen äußerst empfindlich getroffen hat; denn nach wie vor sind diese Wettmittel gewissermaßen das Rückgrat unserer Kunstförderung. Eine ganze Reihe von sehr wichtigen Maßnahmen mussten in dieser Situation ganz eingestellt werden. Ich nenne nur beispielhaft die Katalogförderung für bildende Künstler, das Tonkünstlerfest oder auch die Landeskunstwochen. Andere Bereiche wie die Erwerbungsstellen für staatliche Kunstsammlungen und die Förderung der Kunstvereine mussten beträchtliche Einbußen hinnehmen.

Trotzdem, meine Damen und Herren, ist es gelungen, die letzten Jahre ohne substanzielle Verluste zu bewältigen. Jetzt geht es um die Sicherung und auch um eine behutsame Erweiterung dieser reichhaltigen Substanz.

Durch die Erhöhung der Wettmittel um ca. 4,5 Millionen DM sollen schwerpunktmäßig – dies werden wir im Finanzausschuss noch zu diskutieren haben – folgende Punkte gefördert werden: die dezentrale, regionale Kulturförderung und damit natürlich auch, Herr Kollege Bender, die Kunstvereine. Wer hat es noch gesagt? Frau Solinger.

(Abg. Helga Solinger SPD: Schriftlich vorgelegt!)

Wir wollen ferner die Ankaufsmittel für die staatlichen Kunstsammlungen wieder erhöhen, und selbstverständlich wollen wir auch die Mittel für die soziokulturellen Zentren behutsam erhöhen, weil, verehrter Herr Kollege Deuschle, ich hier entschieden der Meinung bin, dass die soziokulturellen Zentren in einem Kulturland wie Baden-Württemberg ein ganz wichtiger ergänzender Baustein für eine Vielfalt und Durchlässigkeit des Kulturbetriebes sind. Deswegen bekennen wir uns auch in schwierigen Jahren durchaus zur Förderung dieser soziokulturellen Zentren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Frau Kollegin Solinger, in diesem Zusammenhang sei mir der Hinweis erlaubt, dass die Landesbibliotheken die etatierten Sondermittel in diesem Haushaltsjahr ausschließlich

(Staatssekretär Sieber)

zur Verfügung haben werden und dadurch erheblich mehr Mittel im laufenden Haushaltsjahr bekommen werden.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir nun, in der gebotenen Kürze einige der wichtigsten Positionen im Doppelhaushalt anzusprechen.

Da ist zunächst das Bauvorhaben an der Kulturmeile in der Landeshauptstadt. Mit dem Neubau der Musikhochschule und des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg wird dieses Areal die erforderliche architektonische Abrundung erfahren. Mit dem Haus der Geschichte wird Baden-Württemberg ab dem Jahr 2002 eine attraktive Einrichtung zur Vermittlung der südwestdeutschen Landesgeschichte erhalten.

Außerordentlich wichtig ist auch der Erweiterungsbau für die Staatsgalerie, mit dem dieses bedeutende Haus endlich in die Lage versetzt wird, notwendige zusätzliche Ausstellungsflächen zu bespielen.

Auch im Bereich Film- und Medienstandort Baden-Württemberg sind unsere Anstrengungen sehr vielfältig. Ich nenne hier den Ausbau der Filmakademie Ludwigsburg mit neuen Studiengängen, und ich nenne die Komplementärfinanzierung zur Kooperation zwischen der Medien- und Filmgesellschaft und dem ZDF.

Im Museumsbereich, meine Damen und Herren, wollen wir mit der Kooperation zwischen dem Sammler Frieder Burda und der Staatlichen Kunsthalle Baden-Baden modellhaft aufzeigen, was möglich ist, wenn privates Engagement und staatliche Kunstförderung zusammenwirken. Denn ich denke, wir sind uns in diesem Hause alle einig, dass künftig dem privaten Engagement im Bereich der Kunstförderung größere Bedeutung zukommen wird. Dafür müssen allerdings auch die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Ich stelle hier ausdrücklich fest: Die Bundesregierung ist mit der Ergänzung des Stiftungssteuerrechts auf dem richtigen Weg.

(Abg. Brechtken SPD: Danke!)

Ich begrüße diesen Weg, wenngleich ich mir auch einen größeren Sprung hätte vorstellen können.

(Beifall des Abg. Kiesswetter FDP/DVP)

Aber ich räume ein, dass es lange genug gedauert hat, bis es überhaupt zu diesem Schritt kam, und ich begrüße ihn ausdrücklich.

(Beifall der Abg. Drautz und Kluck FDP/DVP)

Zu den Kommunaltheatern: Meine Damen und Herren, ich finde es eine große kulturpolitische Tat, diesen Kommunaltheatern wieder eine verlässliche Perspektive zu vermitteln und ihnen durch einen Festbetrag und durch die Übernahme eines bestimmten Personalkostenanteils Planungssicherheit zu gewähren. Das Gleiche gilt für unsere anderen Theaterbereiche wie Landes Bühnen, freie Theater, Klein- und Puppentheater, wo wir ebenfalls die Empfehlungen der Kommission aufgegriffen haben.

Nun noch eine offene Anmerkung zum Thema Landes Bühnen, weil diese Thematik hier sehr unterschiedlich bewertet wurde. Zunächst einmal die Ausgangslage: Der Rechnungshof hat bemängelt, dass sich das Förderverhältnis, das einmal 80 : 20 betragen hat, in einem Einzelfall auf 87 : 13 verschoben hat. Nun stimmt es, Herr Deuschle: Die Kommission hat gesagt, wir sollten auf einen Förderanteil von zwei Drittel gehen. Das Ministerium hat in der Kabinettsvorlage diesen Vorschlag abgemildert und formuliert: Wir wollen eine erheblich höhere Finanzquote der Kommunen erreichen.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Stufenweise bitte!)

– Bitte?

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Stufenweise bitte!)

– Und stufenweise.

Nun muss man wissen – ohne jetzt hier aus den kommunalen Haushalten zu viel auszuplaudern –, dass natürlich die Sitzstädte sehr unterschiedliche Finanzkraft haben und dass in einem Fall wie Bruchsal ein Verein, der aus Mitgliedsgemeinden bis hin zum Odenwald besteht, natürlich ganz andere Finanzprobleme hat als beispielsweise eine Sitzgemeinde hier in der Nähe von Stuttgart.

Deswegen halte ich das Angebot, das wir jetzt machen werden, dass wir eine Zielvorgabe machen und jeder Bühne einen anderen Zeitraum gewähren, für sehr fair und angebracht – übrigens muss das Kabinett das noch beschließen –,

(Abg. Deuschle REP: Sehr gut!)

auch deswegen, Herr Deuschle, weil die Landes Bühnen nach wie vor den Auftrag haben, den sie erfüllen, nicht nur ihre Sitzgemeinde, sondern auch Gemeinden zu bespielen, die eben von einem Theater weit entfernt weg liegen. Deswegen bekennen wir uns nach wie vor zu diesem Landes Bühnenauftrag.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Sie sehen, dass die Kulturpolitik bei der Landesregierung und den Regierungsfractionen in allerbesten Händen ist. Das haben wir auch in sehr schwierigen Zeiten bewiesen. Diese Landesregierung kennt die Bedeutung der Kunst und Kultur für die Zukunft Baden-Württembergs. Diese Landesregierung bekennt sich zu Kunst und Kultur als einem außerordentlich wichtigen Faktor für eine menschliche Gesellschaft. Deswegen bleibt die Kunstförderung auch in schwierigen Zeiten im Zentrum der Landespolitik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen in der Allgemeinen Aussprache. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Einzelplan 14 – Minis-

(Stellv. Präsident Birzele)

terium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4814 Abschnitt I. Die vorliegenden Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe auf

Kapitel 1401

Ministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1402

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1405

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1406

Internationale Kulturpflege, Bildungshilfe für Entwicklungsländer sowie Aufbauhilfe für die neuen Bundesländer

Hierzu rufe ich zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4837-5, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über das Kapitel 1406 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Sie müssen sich schon beteiligen, damit festgestellt werden kann, wie die Mehrheitsverhältnisse sind.

(Heiterkeit)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1407

Allgemeine Aufwendungen für das Bibliothekswesen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4837-2. Ich lasse zunächst über die-

sen Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 1407. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über

Kapitel 1408

Ausbildungsförderung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1409

Aufwendungen für die Förderung der Studenten im Hochschulwesen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4837-6, und den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4837-3.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4837-3. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über das Kapitel 1409 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir über die Ziffern 8 bis 17 der Beschlussempfehlung, die die Kapitel 1410 bis 1423 – Universitäten einschließlich der allgemeinen Aufwendungen für die Universitäten – betreffen, zusammen abstimmen.

(Abg. Deuschle REP: Wir bitten bei Kapitel 1414 – Universität Konstanz – um gesonderte Abstimmung!)

– Gut. Dann lasse ich zunächst über das

Kapitel 1414

Universität Konstanz

abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit beschlossen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Nunmehr stimmen wir über die

Kapitel 1410 und 1412

und die

Kapitel 1415 bis 1423

ab. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1424

Landesbibliothek Karlsruhe

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4837-7. Er betrifft sowohl die Landesbibliothek Karlsruhe als auch die Landesbibliothek Stuttgart. Ich lasse über diesen Antrag insgesamt, also für beide Kapitel, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 1424 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 1425

Landesbibliothek Stuttgart

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Nun kommen die Kapitel der Pädagogischen Hochschulen. Das sind die Ziffern 20 bis 26 der Beschlussempfehlung, also die Kapitel 1426 bis 1435.

(Abg. Brechtken SPD: Bis Kapitel 1433, Herr Präsident!)

– Gut. Wir stimmen bis einschließlich Ziffer 25 der Beschlussempfehlung, die das Kapitel 1433 betrifft, ab. Wer den

Kapiteln 1426 bis 1433

zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1435

Allgemeine Aufwendungen für die Pädagogischen Hochschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Nun kommen die Kapitel der Fachhochschulen. Das sind die Ziffern 27 bis 51 der Beschlussempfehlung, die Kapitel 1440 bis 1465.

(Abg. Brechtken SPD: Bis 1464!)

– Bis Kapitel 1464. Wir stimmen also über die

Kapitel 1440 bis 1464

ab. Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1465

Allgemeine Aufwendungen für die Fachhochschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Über die Ziffern 52 und 53 – Staatliche Museen –,

Kapitel 1466 und 1467

lasse ich zusammen abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1468

Berufsakademien

und dazu den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/4837-1.

Ich lasse zunächst über das Kapitel 1468 – Berufsakademien – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Nun lasse ich über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/4837-1, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu

Kapitel 1469

Archivverwaltung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich schlage vor, dass wir über die Ziffern 56 bis 63 – das sind die Kapitel 1470 bis 1477 – zusammen abstimmen. – Sie stimmen dem zu.

(Abg. Deuschle REP: Nein, Entschuldigung! Wir bitten hier um Einzelabstimmung; wir wollen unterschiedlich abstimmen! – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Brechtken SPD: Ach Gott! – Abg. Capezuto SPD: Unglaublich!)

– Wünschen Sie, dass wir über alle Kapitel einzeln abstimmen?

(Abg. Deuschle REP: Ja, bitte!)

– Gut.

(Stellv. Präsident Birzele)

Kapitel 1470

Staatliche Hochschule für Musik Freiburg

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 1471

Staatliche Hochschule für Musik Heidelberg-
Mannheim

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 1472

Staatliche Hochschule für Musik Karlsruhe

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 1473

Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende
Kunst Stuttgart

(Abg. Maurer SPD: Morgengymnastik! – Unruhe)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Kapitel 1474

Staatliche Hochschule für Musik Trossingen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 1475

Staatliche Akademie der Bildenden Künste Karlsruhe

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 1476

Staatliche Akademie der Bildenden Künste Stuttgart

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 1477

Staatliche Hochschule für Gestaltung Karlsruhe

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Nach Unsicherheiten einstimmig so beschlossen.

(Heiterkeit – Unruhe)

Ich rufe Ziffer 64 auf und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4837-4. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über das

Kapitel 1478

Allgemeine Aufwendungen für Kunst, Literatur
sowie die Kunsthochschulen

in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zu

Kapitel 1479

Badisches Staatstheater Karlsruhe

Dazu rufe ich den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4837-8, mit auf.

Ich lasse zunächst abstimmen über das Kapitel 1479 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen mehrheitlich so beschlossen.

Ich lasse nunmehr abstimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zu den Kapiteln 1479 und 1480. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Brechtken SPD zu den Regierungsfractionen: Da hättet ihr jetzt zustimmen können!)

Ich rufe auf

Kapitel 1480

Württembergische Staatstheater Stuttgart

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1481

Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele und Orchester

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Ich schlage vor, dass wir die Ziffern 68 bis 75 der Beschlussempfehlung – Staatliche Kunsthalle Karlsruhe, Staatsgalerie Stuttgart und Museen – zusammen zur Abstimmung bringen. – Sie stimmen dem zu.

(Stellv. Präsident Birzele)

(Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, bis Kapitel 1491!)

– Wollen Sie gesondert abstimmen?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Nein, nur über Kapitel 1492!)

– Ja, das war mein Vorschlag.

Kapitel 1482 bis 1491

Wer den Kapiteln 1482 bis 1491 insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1492

Haus der Geschichte Baden-Württemberg

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit so beschlossen.

Ich schlage vor, dass wir die Ziffern 77 bis 82 der Beschlussempfehlung – das sind die Kapitel 1493 bis 1499 – zusammen zur Abstimmung bringen. – Sie stimmen dem zu.

Kapitel 1493 bis 1499

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir haben damit den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – beschlossen.

Ich stelle nun Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4814, zur Abstimmung: Kenntnis zu nehmen von der Mitteilung der Landesregierung vom 18. August 1999. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, angesichts der technischen Probleme, die wir haben, hat die Landtagsverwaltung um eine längere Mittagspause gebeten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir hoffen, die Probleme bis dahin in den Griff zu bekommen. Ich unterbreche die Sitzung deshalb bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:47 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:14 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Buchstabe c** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4804

Berichterstatter: Abg. Dr. Puchta

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 04 eine Gesamtreizeit von 15 Minuten je Fraktion festgesetzt. Dazu kommt ein nach der Fraktionsstärke gestaffelter Reizeitzuschlag.

Wem darf ich für die CDU-Fraktion das Wort erteilen? –

(Abg. List CDU: Der Präsident hat zu schnell angefangen!)

Herr Abg. Rau, Sie erhalten das Wort.

Abg. Rau CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Stellv. Präsident Birzele: Entschuldigen Sie, Herr Abg. Rau. Einen Moment noch. Der Brummtön ist weg. Ich hoffe, Sie vermerken es erfreut.

(Abg. List CDU: Jawohl!)

Wir hoffen – die Landtagsverwaltung hofft –, dass dieser Zustand anhält.

Bitte schön, Herr Abg. Rau.

Abg. Rau CDU: Ich werde ganz vorsichtig mit den Mikrofonen umgehen.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildungspolitik in Baden-Württemberg garantiert eine sichere Unterrichtsversorgung, sorgt für den notwendigen Freiraum zur Weiterentwicklung jeder einzelnen Schule, bietet den Jugendlichen Chancen, sich auf die Herausforderungen der Zukunft einzustellen, macht deutlich, dass nur eine lernende Gesellschaft eine zukunftsfähige Gesellschaft ist.

Wir unternehmen die notwendigen Schritte zur Weiterentwicklung des Schulwesens in einem offenen Dialog mit Eltern, Lehrern und Wissenschaft, mit Schülern, Schulträgern und künftigen Arbeitgebern.

Die Jugendlichen stehen vor großen Herausforderungen. In einer Welt des schnellen Wandels brauchen sie Orientierung, Wissen und die Fähigkeit, dieses anzuwenden. Sie sollten im eigenen Interesse das Lernen als ständige Aufgabe annehmen. Wir müssen mit ihnen den Aufbruch in die lernende Gesellschaft schaffen. Von der beruflichen Zukunft der jungen Menschen hängt der Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft ab.

Schule ist in ihrem Erziehungsauftrag eng mit den Familien verbunden. Deshalb muss Schule auch die Veränderungen in der Familie im Auge haben und in ihren erzieherischen Auftrag einbeziehen.

(Rau)

Schule ist mit Fehlentwicklungen im privaten wie im öffentlichen Bereich konfrontiert. Gewaltanwendung in brutaler Form, Drogenmissbrauch, Konsumrausch, Flucht in virtuelle Welten bestimmen auch den Schulalltag. Schule braucht Gegenstrategien, um den jungen Menschen aus existenzgefährdenden Verstrickungen herauszuhelfen.

Damit ist eines klar: Wer immer glaubt, Schule müsse man einfach nur in Ruhe lassen, der irrt. Schule wird immer Gegenstand eines gesellschaftlichen Diskurses sein. Veränderungen müssen sein, doch muss verhindert werden, dass Schule zum Spielball von Ideologen wird.

(Abg. Stächele CDU: Sehr gut!)

Die politischen Zielsetzungen, die wir mit Schule verbinden, müssen wertebestimmt und rational sein. Bedeutende Schulreformen sind so in unserem Bundesland auf den Weg gebracht worden, andere sind in Vorbereitung und stehen kurz vor der Umsetzung.

Kindgerechtes Lernen ist zum Maßstab für die Grundschule geworden. Die flexible Einschulung nimmt auf die Individualität der Kinder Rücksicht. Die bevorstehende Einführung einer Fremdsprache ab Klasse 1 ist Ausfluss der wissenschaftlichen Erkenntnisse über das Fremdsprachenlernen. Anwendungsorientiertes Sprachenlernen im frühkindlichen Alter ist altersgemäßes Lernen und belegt, dass dies ein Bildungsgut für alle Kinder ist. Es wird ihnen den leichteren Weg zum Erlernen weiterer Sprachen öffnen. Es wird ihnen helfen, sich Europa kulturell und beruflich zu erschließen.

Gestatten Sie mir als einem Abgeordneten vom Oberrhein den Hinweis darauf, dass man am Oberrhein sinnvollerweise Französisch als erste Fremdsprache im frühkindlichen Alter lernt. Wir haben in der Lehrerbildung die Voraussetzungen dafür geschaffen, und für mich fast sensationell ist der Erfolg mit dem Euregiolehrer, dass wir es geschafft haben, mit den Franzosen eine Absprache zu treffen. Für ein Lehramt auszubilden, das in beiden Ländern anerkannt wird und zur Übernahme ins Lehrerverhältnis führt, das finde ich ein ganz herausragendes Ergebnis, eine Etappe auf diesem Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Mit dem neuen Schuljahr beginnt die verlässliche Grundschule. Familienpolitisch ist dies die wichtigste Maßnahme, die anstand. Wer sie überfrachten will, tut ihr keinen Gefallen.

Das Konzept sieht eine Ausgestaltung der verlässlichen Grundschule je nach den Bedürfnissen vor Ort vor. Wir wollen kein zentral aufoktroiertes Betreuungsmodell, das der örtlichen Situation nicht Rechnung trägt und stattdessen alle über einen Kamm schert. Unser Modell erfordert und ermöglicht ein sinnvolles Miteinander von Schulen, Schulträgern und Familien.

Die Rahmenbedingungen waren allgemein akzeptiert. Der LEB zieht mit dem Grundkonzept mit. Für die gemeinsame Stellungnahme des Kultusministeriums und der kommunalen Landesverbände von dieser Woche bin ich dankbar, weil damit weitere Spekulationen um eine Gefährdung des Vorhabens obsolet geworden sind.

Wie immer bei großen Reformwerken gibt es Kritik, Bedenken, Eingriffe in lieb gewonnene Gewohnheiten. Am Ende werden wir im Interesse der Kinder und ihrer Familien einen großen Schritt weiter sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wer immer sich am Totreden der Hauptschule beteiligt, erweist den Schülern, für die diese Schulart die beste ist, einen Bärendienst. Die IMPULSE Hauptschule bieten ein Bündel an Ansätzen zur differenzierten Förderung und haben hervorragenden Anklang gefunden. Wir müssen alles tun, um den Hauptschülern den beruflichen Anschluss zu ermöglichen. Das Land hat mit seinem Förderangebot für Jugendberufshelfer einen wichtigen Beitrag an dieser Scharnierstelle des Bildungswesens geleistet.

Die Tatsache, dass immer mehr Schüler berufliche Vollzeitschulen besuchen, belegt, dass wir hier mit großem Ressourceneinsatz zusätzliche Förderung auf dem Weg in den Beruf bieten. Mir wäre es allerdings lieber, wir kämen auf dem Weg der Reform dualer Ausbildungsordnungen schneller voran, um zu gestuften Abschlüssen und damit auch zu einem schnelleren Eintritt in ein Ausbildungsverhältnis zu kommen.

Wenn dies in unserer Hand läge, wäre es sicher schon erledigt. Doch leider ist das Berufsbildungsgesetz Bundesrecht, und der Reformbedarf wird noch nicht überall gesehen. Dass Reformbedarf besteht, zeigt nicht nur der Vorstoß der Kultusministerkonferenz, sondern zeigen auch die Reformentwürfe, die vom DIHT und vom Handwerk vorgelegt worden sind. Wir werden das in unserer Macht Stehende tun, um die Starrheit des Berufsbildungsgesetzes aufzubrechen und durch Öffnungsklauseln für regionale Erfordernisse neue Handlungsspielräume zu schaffen.

Unsere Realschülerinnen und Realschüler sind bei den Abnehmern in Behörden, Industrie und Handwerk in hohem Maß akzeptiert. Annähernd die Hälfte aller Ausbildungsverträge werden mit Realschülerinnen und Realschülern abgeschlossen. Bei informations- und telekommunikationstechnischen Berufen ist dieser Anteil noch wesentlich höher und liegt teilweise bei über 80 %.

Nach einer bundesweiten Untersuchung der Unternehmensberatungsfirma Kienbaum sind mehr als ein Fünftel der Führungskräfte sowohl auf höchster Ebene als auch auf der mittleren Ebene Realschulabsolventen. Damit sind sie dort häufiger vertreten als zum Beispiel Abiturienten ohne Hochschulabschluss. Ein Grund für den Erfolg der Realschule ist ihre rasche, unideologische und pragmatische Fähigkeit zur Anpassung an sich verändernde gesellschaftliche Bedürfnisse.

Als sich unsere Kultusministerin auf den Weg gemacht hat, die gymnasiale Oberstufe neu zu ordnen, war die Schar der Gleichgesinnten überschaubar. Inzwischen werden die Anhänger immer prominenter, und die Kultusministerkonferenz hat erkannt, welche Folgerungen aus Untersuchungen zur Leistungsfähigkeit deutscher Abiturienten zu ziehen sind. Wir werden die Neuordnung der gymnasialen Oberstufe zu einem guten Ende bringen. Dies ist keine Abkehr von einem modernen pädagogischen Konzept für die schulische Arbeit künftiger Eliten, sondern eine notwendige

(Rau)

Neudefinition der Voraussetzungen für lebenslanges Lernen auf hohem Niveau.

(Abg. Haasis CDU: Das ist wie im Parlament!)

In den letzten Jahren hat sich beinahe unbemerkt eine wirklich bedeutende Entwicklung vollzogen: die Reform der Lehrerbildung. Mit der Neufassung der Prüfungsordnungen aller Schularten werden die Voraussetzungen für eine stärkere Praxisorientierung, für die Vertiefung der erzieherischen Arbeit auf einem ethisch-philosophischen Hintergrund und für die Anwendung moderner Lehrmethoden gelegt. Wer Werteerziehung in der Schule für notwendig hält, muss dies auch zum Thema der Ausbildung machen. Wer Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Schule für richtig hält, muss die Voraussetzung dafür in der Ausbildung schaffen.

Es wird immer klarer, dass die Fähigkeit und die Bereitschaft, auf einer soliden Grundbildung aufbauend weitere Lernphasen folgen zu lassen, sich dabei auch selbst zu organisieren, Informationen zu beschaffen, zu befragen, zu bewerten und einzusetzen, die künftigen Möglichkeiten jedes Einzelnen entscheidend prägen. Deshalb begrüßen wir, dass Lernen lernen eine Teildisziplin jedes Fachs geworden ist. Das bedeutet nicht, dass der Erwerb von Grundlagenwissen durch reines Methodentraining ersetzt wird. Der gute Lehrer bleibt der Mittelpunkt des Unterrichts. Deshalb setzen unsere Überlegungen zur Reform der Lehrerbildung und die Konzepte der Lehrerfortbildung am richtigen Punkt an.

Ich möchte hier auch einmal ein Wort an die Lehrer richten, denen ich für ihre außerordentlich engagierte Arbeit im Dienst der Jugend unseres Landes ganz herzlichen Dank abstatten möchte.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Als im letzten Jahr von gewöhnlich interessierter, aber schlecht informierter Seite eine Kampagne zum Thema Unterrichtsversorgung gestartet wurde,

(Lachen bei der SPD)

hat die Kultusministerin diesen Aktionen sehr schnell die Spitze genommen,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Na, na! Die Spitze ist wohl zurückgeschlagen!)

indem sie, auch unter Berücksichtigung des besonnenen Appells des Landeselternbeirats, erheben ließ,

(Abg. Zeller SPD: Sind wir jetzt beim Kapitel „Märchenstunde“? – Abg. Christine Rudolf SPD: Die Spitze dreht die Richtung!)

wie viel Unterricht im Land ausfällt, und gleichzeitig ankündigte, dass diese Erhebung künftig flächendeckend durchgeführt werde.

Nun hat die neueste systematische Erhebung die Ergebnisse des letzten Sommers bestätigt. Der Stundenausfall ist

nicht unerheblich, aber für alle, die sich mit der Schule auskennen, erträglich, zumal ja auch Ursachen vorliegen können, die bei einer Gesamtbetrachtung des pädagogischen Auftrags der Schule als sinnvoll angesehen werden müssen. Die Zahlen belegen, dass Baden-Württemberg im Vergleich mit anderen Flächenstaaten ähnlicher Größe und Struktur sehr gut dasteht. In Nordrhein-Westfalen liegt der Unterrichtsausfall gegenüber dem Stundenplan bei 6,7 %,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Was nützt das dem Schüler oder der Schülerin?)

in Schleswig-Holstein bei 4,8 %. Trotzdem wird Herr Maurer nicht müde, ständig zu wiederholen, wie schlecht wir im Bundesvergleich dastünden.

Meine Damen und Herren von der SPD, nachhaltige Schulqualität lässt sich nicht allein durch Zuweisung finanzieller Mittel gewinnen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Richtig!)

Dass die teuerste Schule nicht automatisch die beste ist, zeigen die von der SPD so hoch gelobten Gesamtschulen.

(Lachen der Abg. Christine Rudolf SPD)

Alle Untersuchungen belegen, dass diese Schulart trotz eines überdurchschnittlichen Ressourcenverbrauchs an Lehrkräften und Finanzmitteln

(Abg. Zeller SPD: Haben Sie Ihre Rede vor zehn Jahren geschrieben?)

die Schülerinnen und Schüler am schlechtesten fördert.

(Beifall bei der CDU – Abg. König REP: Er hat selten Recht, aber hier hat er Recht! – Abg. Zeller SPD: Seit zehn Jahren die gleiche Leier! – Abg. Christine Rudolf SPD: Ist das die Rede vom letzten Jahr, Herr Kollege?)

Wenn in diesen Zeiten ständig nur nach neuen Lehrerstellen und zusätzlichen Mitteln gerufen wird, beweist das nicht nur finanzpolitische Kurzsichtigkeit, sondern vor allem eine bildungspolitische Fantasie- und Konzeptlosigkeit sondergleichen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Ursachen für den Unterrichtsausfall gezielt angegangen werden. Deshalb legen Ihnen die Regierungsfractionen heute Anträge vor, die mit Blick auf das kommende Schuljahr frühzeitig die Voraussetzungen schaffen, der weiter anwachsenden Schülerzahl gerecht zu werden. Mit zusätzlichen 152 Millionen DM ergänzen wir das notwendige Instrumentarium und schaffen zugleich Flexibilität in der Lehrerversorgung.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Müssen Sie sich am Redekonzept festhalten?)

Ich kündige bereits jetzt für den Herbst einen weiteren Vorschlag im Rahmen einer Nachtragsberatung zur Lehrereinstellung im Schuljahr 2001/02 auf der Basis dann aktueller Zahlen an.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Vor den Wahlen! – Abg. Christine Rudolf SPD: Wir warten gespannt!)

(Rau)

Ich möchte an dieser Stelle ein Wort zu den Privatschulen in unserem Land sagen. Wir sind mit ihrer Arbeit ebenso zufrieden wie mit der öffentlichen Schulen. Deshalb war es uns ein Anliegen, im gleichen Zug mit einer weiteren Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen auch die Beschränkungen des Haushaltsstrukturgesetzes aufzuheben. Mit dem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen wird die Finanzausstattung der Privatschulen deutlich verbessert und nähern wir uns der selbst gesetzten Marke der Kostendeckung.

Um den Stellenwert der Bildungspolitik im Gesamtzusammenhang der Landespolitik zu unterstreichen, möchte ich heute auch schon ankündigen, dass unsere Fraktion bei der Verwendung von Privatisierungserlösen einen eindeutigen Schwerpunkt bei der Zukunftsinvestition Bildung sieht. Bereits im Rahmen der letzten Zukunftsoffensive haben wir uns an die Spitze der Entwicklung im Multimediabereich gesetzt

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Richtig!)

und ein Programm im Umfang von 55 Millionen DM zum Einsatz neuer Medien an Schulen beschlossen.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Beispielhaft!)

Mit diesem Geld werden nicht nur innovative Schulprojekte gefördert, die Konzepte zum unterrichtlichen Einsatz der neuen Technologien und hier vor allem des Internets entwickeln sollen, sondern auch für die Lehreraus- und fortbildung im Rahmen der laufenden Multimediaoffensive mehr als 15 Millionen DM investiert.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Die CDU kann alles!)

Nach den schrecklichen Vorfällen in Meißen und Bad Reichenhall tritt das Thema Gewalt an unseren Schulen wieder einmal stärker in das öffentliche Interesse. Heute lesen wir in der „Stuttgarter Zeitung“ neueste Zahlen aus dem Landespolizeipräsidium und zugleich ein Interview mit Herrn Hetger. Ich halte die Zahlen für alarmierend, den Vorgang an sich für inakzeptabel und in der Sache für unverantwortlich. Die Erhebung von Zahlenmaterial geht wohl auf einen Antrag aus den Reihen der CDU-Fraktion vom 22. Dezember 1999 zurück. Damit ist klar, dass wir uns dem Thema gründlich stellen wollen. Die Frist zur Beantwortung läuft am 18. Februar 2000 ab. Erst auf Basis der kompletten Antwort der Landesregierung ist eine vernünftige Diskussion möglich. Das korrekte Verfahren im Umgang mit parlamentarischen Initiativen ist hier eindeutig verletzt worden.

Der Sache ist durch diese Form der Veröffentlichung ebenfalls nicht gedient. Wichtige Fragen, die auf jeden Fall statistisch abgegrenzt werden müssten, sind aus dem bekannt gewordenen Zahlenwerk nicht zu beantworten. Es liegt in unserem Interesse, eine detaillierte Aufbereitung der Probleme im Land zu erhalten.

Am 26. Februar 2000 wird die CDU-Landtagsfraktion hier, im Landtag, eine Veranstaltung mit Experten zur Gewaltprävention durchführen. Wir wollen dabei ganz konkret werden und werden uns deshalb das Projekt „Faustlos“ von Mitarbeitern der Uni Heidelberg erläutern lassen. In Kürze

werden wir dann Gelegenheit haben, den bereits angesprochenen Antrag im Schulausschuss zu beraten. Das Thema „Gewalt an Schulen“ wird von uns also offensiv angegangen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns in den vergangenen Jahren mit Einsatz, Realitätssinn und Einfallsreichtum um die Weiterentwicklung des Bildungswesens gekümmert. Das Ergebnis ist gut. Den Kindern und Jugendlichen in diesem Land kann nichts Besseres passieren, als die Bildungspolitik in der Landesregierung von Frau Schavan verantwortet zu wissen,

(Lachen der Abg. Christine Rudolf SPD)

der ich hier für eine außerordentlich offene und faire Zusammenarbeit danken möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit diesem Haushalt und der Ankündigung eines Nachtrags zur Lehrerversorgung im Herbst dieses Jahres sind die Weichen richtig gestellt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Stächele CDU: Die erblassen vor Neid!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

(Zurufe von der CDU: Oje!)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion hat die Bildungspolitik schon immer oberste Priorität in der Landespolitik.

(Abg. König REP: Das sieht man!)

Der Bildungspolitik kommt eine Schlüsselrolle für die Gestaltung unserer Zukunft zu. Bildung ist entscheidend für die Entwicklung des Einzelnen, für die Teilhabe an der Gesellschaft und der Beschäftigung, aber auch für die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Bildung ist deshalb mehr als Qualifikationsvermittlung. Neue inhaltliche Anforderungen und mehr Investitionen in Bildung sind notwendig. Wir wollen mit unserem Konzept die Schulen im Lande zukunftsfähig machen. Eine Reform der Bildungspolitik steht deshalb vor einer doppelten Aufgabe.

Erstens: Unser Bildungswesen muss die Kompetenzen und das Wissen vermitteln, welche morgen über gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt entscheiden. Angesichts der gigantischen Wissensvermehrung und der immer schneller werdenden Veränderungen bedeutet dies vor allem, das Lernen möglichst früh zu lernen; denn auch für die Entwicklung der individuellen Chancen ist die Befähigung zu lebenslangem Lernen die Grundvoraussetzung.

Zweitens muss unsere Bildung angesichts steigender und neuer Qualifikationsanforderungen dazu beitragen, soziale Ausgrenzungen zu verhindern. Materielle und soziale Sicherungen sind dabei untrennbar mit einer guten Bildung

(Zeller)

und Ausbildung verbunden. Chancengleichheit ist und bleibt die Messlatte unserer Bildungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Allerdings, meine Damen und Herren, wäre es ein Fehler, von allen jungen Menschen zum gleichen Zeitpunkt das Gleiche zu verlangen. Wir können dem Einzelnen nur durch eine differenzierte Entwicklung gerecht werden. Das heißt, wir brauchen Chancengleichheit für alle und eine individuelle Leistungsförderung. Eine neue Lehr- und Lernkultur soll die Qualität der schulischen Arbeit verbessern.

Sie, Frau Schavan, wollen mit Ihrer konservativen Bildungspolitik hauptsächlich hoch Qualifizierte und Spitzenbegabungen fördern, zum Beispiel durch kleine Klassen für den G-8-Zug. Ihr bildungspolitisches Credo heißt nach wie vor: Auslese statt Förderung. Unsere Maxime heißt: fördern statt auslesen, versöhnen statt spalten

(Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Dr. Eva Stanienda: Ah!)

und Formen der Zusammenarbeit unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, integratives Lernen muss der Leitgedanke sein, nicht das Ausgrenzende und das Aussondernde.

Aber wir müssen auch feststellen, dass Chancengleichheit trotz aller Fortschritte heute längst nicht überall in unserem Bildungssystem gegeben ist. Viel zu viele Jugendliche verlassen die Schule ohne Abschluss,

(Abg. Deuschle REP: Ja, warum?)

mit allen Folgen für die spätere Berufslaufbahn. Noch immer wirken sich Einkommensunterschiede auf die Bildungswege der Kinder aus. Besonders schwer haben es Kinder von Migranten, vor allem aus einkommensschwächeren Familien. Noch immer ist die Chancengleichheit von Mädchen und Frauen trotz aller Fortschritte in vielen Bereichen nicht gesichert.

Die Landesregierung mit ihrer unsozialen und familienfeindlichen Kürzung der Zuschüsse zur Schülerbeförderung hat selbst für den Abbau von Chancengleichheit gesorgt.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass diese Kürzungen zulasten der Familien zurückgenommen werden, und haben deshalb im Doppelhaushalt eine Erhöhung der Mittel um 200 Millionen DM beantragt.

(Abg. Rapp REP: Wir haben es ja!)

Die Frage, ob unsere Gesellschaft alle Mitglieder integrieren kann oder Teile ausgrenzt, stellt sich natürlich besonders in den Schulen. Dies gilt ganz besonders für die so genannten benachteiligten jungen Menschen. Daher haben wir in Baden-Württemberg eine Bildungsoffensive zur Stärkung und Modernisierung unserer Schulen gestartet,

um die teilweise desolate Unterrichtssituation im Land zu verbessern, die Chancengleichheit zu erhöhen und unser Bildungswesen zukunftsfähig zu machen.

Entgegen aller Beschönigungs- und Bagatellisierungsversuche von Ministerin Schavan bildet Baden-Württemberg bei den Bildungsausgaben zusammen mit Hessen und dem Saarland das Schlusslicht im Ländervergleich. Während Sie, Frau Schavan, vor wenigen Monaten den Unterrichtsausfall entgegen allen realen Erfahrungen bestritten haben und zu verharmlosen versuchten, haben die jetzt veröffentlichten Zahlen Ihres Ministeriums sogar einen weiteren Anstieg des Unterrichtsausfalls gegenüber dem vergangenen Jahr bestätigt.

Nach der fragwürdigen Stichprobenerhebung des Ministeriums stieg der Anteil von ganz ausgefallenem oder nur vertretungsweise erteiltem Pflichtunterricht gegenüber dem Sommer 1999 von noch 6,3 % auf 7,3 %. Erneut beschönigen diese Angaben die reale Situation. So ist in dieser Statistik nicht berücksichtigt, dass in den vergangenen Jahren der Förder- und Ergänzungsunterricht in großem Umfang schlichtweg gestrichen worden ist. Diese Stunden tauchen einfach in der Statistik nicht mehr auf. Ebenso wenig wird bei den Ministeriumszahlen einbezogen, dass teilweise von vornherein nicht einmal die Sollstunden für den Pflichtunterricht erbracht werden.

In den beruflichen Schulen lagen im letzten Jahr die erteilten Unterrichtsstunden landesweit sogar um 6,4 % unter der Sollstundenzahl des Pflichtunterrichts. Addiert man nun zu diesem, vom Ministerium schlichtweg unterschlagenen strukturellen Unterrichtsdefizit den jeweiligen Unterrichtsausfall aufgrund von Krankheit usw. in Höhe von 4,1 %, so beträgt der reale Stundenausfall gegenüber dem Pflichtunterricht 10,5 %. Das halte ich schlichtweg für einen Skandal.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Teil fehlen an den beruflichen Schulen zwischen 10 und 15 % der wissenschaftlichen Lehrer; an manchen beruflichen Schulen sind es sogar bis zu 30 % der technischen Lehrer. Und wider besseres Wissen – das sage ich klipp und klar – behauptet die Ministerin schlichtweg frech, dass Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Bundesländern am besten dastehe, wohl wissend, dass es überhaupt keine vergleichenden Darstellungen und Untersuchungen gibt.

(Abg. Rapp REP: Ja, was behaupten Sie?)

Allerdings gibt es amtliche Vergleichszahlen unter den Bundesländern. Hier liegt Baden-Württemberg mit Ausnahme der Sonderschulen auch bei den Klassengrößen in der unteren Tabellenhälfte. Bei der Unterrichtsversorgung je Schüler an den Grundschulen belegt Baden-Württemberg gar den letzten Platz aller 16 Bundesländer.

Baden-Württemberg bildet das Schlusslicht der Länder, wenn es um die verlässliche Halbtagsschule geht und damit auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die garantierte Öffnungs- und Betreuungszeiten eine zentrale Voraussetzung sind.

(Zeller)

Es ist skandalös, dass Sie, Frau Ministerin, und die CDU-FDP/DVP-Koalition bisher nicht bereit sind, im jetzt zu beschließenden Doppelhaushalt 2000/01 die notwendigen Stellen einzurichten, um die verlässliche Halbtagschule zu Beginn des neuen Schuljahrs flächendeckend einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt wurde von Frau Schavan – gestern, in aller Hektik – ein neuer Erlass präsentiert, mit dem wohl der berüchtigte Schulleiterbrief vom Dezember revidiert werden sollte, nachdem dagegen massive Kritik von allen Seiten laut geworden ist. Es ist bezeichnend für die rückwärts gewandte und familienfeindliche Bildungspolitik der Kultusministerin, dass sie immer erst dann reagiert, wenn der Druck von außen zu groß wird. Eine verantwortungsbewusste Ministerin hätte sich längst an die Spitze der Bewegung gestellt und dafür gesorgt, dass die von den Eltern so sehr gewünschte Einführung der verlässlichen Halbtagschule so rasch wie möglich erfolgt.

(Zuruf des Abg. König REP)

Aber Sie lassen sich treiben, statt selbst zu handeln.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch ein gefährliches Spiel, das Sie mit unseren Grundschulen treiben. Noch immer haben Sie kein Konzept, sage ich Ihnen, für die verlässliche Halbtagsgrundschule, bei dem ein rhythmisierter Unterricht von vier bzw. fünf Zeitstunden garantiert wird.

Was Frau Schavan unter dem Begriff der Halbtagschule verkauft, ist nichts weiter als die Ausweitung der bisher bestehenden Kernzeitenregelung auf weitere Schulen und damit ein schlichter Etikettenschwindel. Sie schieben den schwarzen Peter den Grundschulen zu, weil Sie sich weigern, die erforderlichen zusätzlichen Stellen zu schaffen, und Sie belasten die Familien, weil die Landesregierung weiterhin daran festhält, die Eltern an den Kosten für die verlässliche Grundschule zu beteiligen.

Dies ist für die SPD völlig inakzeptabel. Denn es bedeutet nichts anderes als die Einführung von Schulgeld durch die Hintertür. Wir werden diese familienfeindliche Politik daher entschieden bekämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Bleiben Sie nicht in Ihren Ankündigungen stecken – das sage ich deutlich –, und stimmen Sie unserem Antrag zu, 600 zusätzliche Stellen für die Grundschulen und Sonderschulen zu schaffen, damit landesweit zu Beginn des neuen Schuljahrs die verlässliche Halbtagschule so eingeführt werden kann, dass sie diese Bezeichnung auch tatsächlich verdient.

Dann gibt es noch die großspurige Ankündigung des Fremdsprachenunterrichts an der Grundschule. Das ist ein wirkliches Trauerspiel, sage ich Ihnen. Hier wird ein heilloses Chaos produziert und sehr viel Konfusion unter den Eltern und Lehrern angerichtet. Auch hier gibt es nur vollmundige Ankündigungen und Luftblasen. Im Jahr 2001 wollen Sie angeblich beginnen, offenbar, wie zu hören ist, an einigen wenigen Schulen. Keine einzige zusätzliche Stelle wird dafür zur Verfügung gestellt, obwohl Sie selbst

zugeben mussten, dass pro zusätzlicher Doppelstunde und Jahrgang 400 Deputate notwendig sind.

Vor der Landtagswahl sollen Nebelkerzen geworfen werden, aber ich sage Ihnen klar und deutlich: Die Schulen und Eltern durchschauen Ihre Trickserei.

Dasselbe gilt für die Unterrichtsversorgung. Trotz Ihrer radikalen Kürzungen im Ergänzungsbereich konnten Sie die Unterrichtsversorgung nicht sicherstellen. Ich kann Ihnen sagen: Zum Beispiel sind im Zuständigkeitsbereich des Oberschulamts Freiburg in diesem Schuljahr, also im Schuljahr 1999/2000, zusätzlich 65 Klassen an den Gymnasien entstanden. Zusätzlich sind aber ganze drei Lehrer für die Gymnasien eingestellt worden. Das ist der Beleg dafür, wie Sie hier mit Unterricht und Unterrichtsversorgung umgehen.

Angesichts dieser gravierenden Unterrichtsausfälle und der weiterhin steigenden Schülerzahlen – allein in diesem Schuljahr wächst die Zahl um 30 000 – brauchen wir weit mehr zusätzliche Stellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung, als von Ihnen geplant war.

Wir haben unser Versprechen vom Sommer letzten Jahres gehalten, in dem wir angekündigt haben, für das Jahr 2000 und das Jahr 2001 insgesamt zusätzlich 2 500 Stellen zu schaffen, und zwar auf einer soliden finanziellen Basis.

(Zuruf des Abg. König REP)

Lassen Sie mich anmerken: Damals standen wir mit unserem Vorstoß zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung so ziemlich allein auf weiter Flur. Sie, Frau Schavan, haben erst jetzt zugegeben, dass es in Baden-Württemberg massive Löcher in der Unterrichtsversorgung gibt, was von Ihnen über lange Zeit vehement bestritten wurde. Eltern, Schulleitungen und Bildungspolitiker sind von Ihnen, Frau Schavan, übel beschimpft worden, wenn sie gegen die Mißere protestiert haben.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Jetzt aber!)

Sie versprühten bislang eine Vorstellung von einer heilen Schulwelt, die der Wirklichkeit nicht standhält. Den von Ihnen in einem völlig überstürzten Verfahren eingeschlagenen Weg, mehr Mittel für zeitlich befristete Aushilfskräfte im Haushalt bereitzustellen, halten wir für wenig geeignet. Dies dient weder den Interessen der Kinder und Jugendlichen an einer pädagogisch sinnvollen Unterrichtskontinuität, noch verbessert es die Kooperation in den Lehrerkollegien, wenn in einem ständigen Hire-and-fire-Verfahren befristete Zeitverträge, stundenweise Minijobs und kurzfristige Aushilfsarbeiten an den Schulen üblich werden.

Besser ist es, wie von uns vorgeschlagen, jetzt bei den steigenden Schülerzahlen die Lehrerstellen an den einzelnen Schularten spürbar aufzustocken, einen landesweiten Reservepool für fest Angestellte als Krankheitsvertretungen zu schaffen und diese zusätzlich eingerichteten Stellen dann in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts wieder abzubauen, wenn die Schülerzahlen rückläufig sind und übrigens auch viele Lehrerinnen und Lehrer altershalber ausscheiden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

(Zeller)

Im Übrigen konnte für die Privatschulen – maßgeblich auf Druck der SPD hin – erreicht werden, dass die von der Regierung beabsichtigten Kürzungspläne gestoppt wurden und die Zuschussgelder 2000/2001 gegenüber dem Haushaltsentwurf der Regierung sogar um insgesamt 42,2 Millionen DM erhöht wurden.

Meine Damen und Herren, die zunehmende Überalterung der Lehrkörper wirft eine Reihe von Problemen an unseren Schulen auf. Dies ist heute nicht mehr zu übersehen. Zwei Drittel aller Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg sind älter als 45 Jahre, und der Altersdurchschnitt insgesamt liegt mittlerweile bei 50 Jahren mit rapide steigender Tendenz. Deshalb haben wir neben der Forderung nach den 2 500 neuen Stellen für junge Pädagogen ein Gesetz zur Verbesserung der Altersteilzeit im öffentlichen Dienst vorgelegt, das sich weitgehend an den bereits erfolgreich praktizierten bayerischen Regelungen orientiert.

Ich habe in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 29. Januar gelesen, Frau Schavan, dass Sie gesagt haben: „Wir sind die Bayern der CDU!“ Ich sage Ihnen: Beweisen Sie das an dieser Stelle. Zeigen Sie, dass Sie an dieser Stelle die Bayern in der CDU sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Maurer
SPD: Das war aber ganz anders gemeint)

Es ist völlig unverständlich, dass Sie sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, die Altersteilzeit für den Schulbereich zu übernehmen, die in 14 von 16 Bundesländern inzwischen eingeführt wurde und überall zu zusätzlichen Neueinstellungen junger Leute geführt hat. Offenkundig sind der Herr Ministerpräsident – wir haben es gestern gehört – und der Herr Finanzminister stärker daran interessiert, dies nicht zu machen und auch im Übrigen ein Bündnis für Arbeit in Baden-Württemberg an diesem Punkt scheitern zu lassen.

Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt der Haushaltsberatungen sehen wir in der Notwendigkeit, den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, der bisher nur schleppend vorankommt, zu forcieren. Wir wollen die neuen Medien zu einem Instrument machen, mit dem soziale Unterschiede bei den Bildungschancen ausgeglichen werden. Alle Kinder und Jugendlichen müssen unabhängig vom Einkommen der Eltern den Zugang zum Computer und zum Internet haben.

Gewiss haben viele kommunale Schulträger in den letzten Jahren einiges zur Verbesserung der Situation im Multimediabereich beigetragen. Dafür wollen wir uns auch bedanken. Aber im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn ist das Ergebnis eher spärlich. Gegenüber den insgesamt 50 Millionen DM, mit denen das Land Baden-Württemberg in den Jahren 1997 bis 2001 den Einsatz von Computern an den Schulen fördern will, geben beispielsweise die Holländer mit ein bisschen mehr Einwohnern, als wir haben, 15,5 Millionen Einwohnern, in den nächsten Jahren jährlich 900 Millionen DM aus. Daran wird deutlich, dass dort eben ein Schwerpunkt auf die Kommunikationstechnologien gelegt wird.

Angesichts dieser Relation von 50 Millionen DM zu 3,6 Milliarden DM kann man sich ausmalen, wie schnell sich

der Abstand in die Zukunft hinein vergrößern wird, wenn wir unsere Innovationsanstrengungen nicht forcieren. Daher haben wir zusätzlich 40 Millionen DM in unserem Haushalt für eine Medienoffensive an unseren Schulen beantragt, mit der wir vor allem auch die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit den neuen Medien beschleunigen wollen und ausbauen wollen.

Im Übrigen: Die regelmäßige Lehrerfortbildung hat für die Qualität des Unterrichts und die Arbeit an der Schule und auch über den aktuellen Bereich der Informationstechnologien hinaus zentrale Bedeutung. Deshalb hat sich meine Fraktion für eine deutliche Aufstockung der Haushaltsmittel und für eine größere Verbindlichkeit der Fortbildung für die Lehrer eingesetzt.

Allerdings sind wir der Auffassung, dass die Fortbildungsmaßnahmen vorrangig in der so genannten unterrichtsfreien Zeit stattfinden müssen und in die Verantwortung der Schulen übertragen werden sollen. Nach unserer Auffassung sollen die Schulen bei der Ausarbeitung von solchen Fortbildungskonzepten auch die Entscheidung über die Maßnahmen treffen können und mehr Möglichkeiten zur eigenen Gestaltung bekommen. Vor Ort muss es im Rahmen der staatlichen Vorgaben eine hohe Gestaltungsmöglichkeit für die Schulen geben. Diese Gestaltungsfreiheit ist ein Weg zur stärkeren Identifikation der Schule.

Es ist bezeichnend für das bildungspolitische Konzept der Kultusministerin, dass bislang nahezu alle Reformvorschläge der SPD zur Stärkung der Schulautonomie von der CDU-Mehrheit im Landtag abgelehnt wurden. Früher hat im Übrigen, Herr Kollege Pfister, die FDP/DVP immer noch mitgezogen.

(Zuruf des Abg. Behringer CDU)

Es ist offensichtlich auch ein veraltetes Denken in starren bürokratischen Strukturen, fragwürdigen Elitekategorien, dem Sie, Frau Schavan, nachhängen und das Ihnen jeden Zugang zu modernen und offen angelegten Bildungsvorgaben verbaut.

Ich bin der festen Überzeugung, meine Damen und Herren, dass ein modernes und zukunftsfähiges Bildungssystem viel stärker dezentral und eigenverantwortlich aufgebaut sein wird, dass es differenzierter und auf die speziellen Bedürfnisse, auf die Stärken und Schwächen des Einzelnen einzugehen hat, dass es insgesamt offener und durchlässiger sein muss und dass modulare Elemente und Bildungsabschlüsse besser aufeinander aufbauen müssen und sich ergänzen müssen. Wir werden dezentral handelnde Netzwerke erhalten, in denen sich Schulen ergänzen, ihre Angebote beispielsweise in der Region aufeinander abstimmen und sich gegenseitig zugänglich machen. Weshalb eigentlich soll ein Realschüler nicht nachmittags an einer Spanisch-AG teilnehmen können, die an einem Gymnasium angeboten wird, oder umgekehrt?

Mit der Verlagerung von Entscheidungen auf die Schulen selbst, auf kommunale oder regionale Ebenen werden sich auch die Bedeutung und die Aufgaben der Elternvertretungen wandeln. Wir halten es für wichtig, dass die Einflussmöglichkeiten und die Rechte der Elternvertreter ausgebaut werden. Soweit erforderlich, sollten die Elternvertreter bei

(Zeller)

Bedarf auch entsprechende Fortbildungsangebote anfordern können und sich auf ihre anspruchsvolle und verantwortungsvolle Tätigkeit vorbereiten; denn Eltern, meine Damen und Herren, sind ein wichtiger Bestandteil der Schule, die sich als eine lernende Schule immer wieder neu auf den Wandel und auf Veränderungen einzustellen hat. Dies konnten wir im Übrigen sehr eindrucksvoll letzten Samstag hier bei unserem Elterntag erleben.

Lassen Sie sich abschließend, meine Damen und Herren, noch etwas zur Sportförderung sagen. Wir sind froh, dass die Regierung die bisherige Blockadehaltung aufgegeben und die Deckelung der Wettmittel angehoben hat. Wir hätten uns im Interesse des Sports und vor allem im Interesse der vielen ehrenamtlichen Übungsleiterinnen und Übungsleiter zwar einen größeren Schritt vorstellen können – wir haben ja auch entsprechende Anträge zur Erhöhung der Mittel im Landessportplan gestellt –, aber das vorliegende Ergebnis ist gut. Wir haben die Entscheidung mitgetragen, dass die empfindlichen Kürzungen der Sportmittel aus den vergangenen Jahren jetzt Stück für Stück zurückgenommen werden.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte auch ich den Dank an die vielen engagierten Lehrerinnen und Lehrer aussprechen, an die vielen engagierten Eltern und auch an jene engagierten Menschen, die zum Gelingen einer guten Schule beitragen.

(Zuruf der Abg. Dr. Eva Stanienda CDU)

Ich will ausdrücklich die Jugendsozialarbeiter an den Schulen, die Hausmeister und auch Polizeibeamte, die sich hier sehr engagiert einbringen, einbeziehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kultusministerin Schavan, lassen Sie mich, bevor ich mit meinen schulpolitischen Ausführungen zu diesem Doppelhaushalt beginne, zunächst einmal ein Wort zu Ihnen persönlich sagen. Sie haben inzwischen ja eine Doppelfunktion als Kultusministerin und als stellvertretende Parteivorsitzende der CDU. Das heißt, Sie gehören der höchsten Führungsriege Ihrer Partei in der Bundesrepublik an.

(Abg. Behringer CDU: Und das ist gut so!)

Ich finde es deshalb enttäuschend, dass Sie jetzt, wo feststeht, dass Ihre Partei in starker Weise gegen Recht, gegen Gesetz und gegen die Verfassung verstoßen hat, nichts Substanzielles zu diesem Thema beizutragen haben und sich nur in moralisierenden, nichts sagenden Äußerungen ergehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Oh, Frau Rastätter! Au, au! Pharisäertum! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist keine Rede zur Schulpolitik! So ein Krampf! – Zuruf von der CDU: Unter der Gürtellinie!)

Ich frage Sie, Frau Kultusministerin: Was sollen die politisch interessierten jungen Menschen, die Schüler und Schülerinnen in unserem Bundesland, was sollen die Lehrer und Lehrerinnen an den Schulen, was sollen die Eltern davon halten, wenn Sie, die Sie immer so sehr die hohe Bedeutung der Werteerziehung für die Jugend betonen, sich nun nicht an die Spitze derjenigen stellen, die auch tatsächlich grundlegende Vorschläge für eine radikale Erneuerung Ihrer Partei machen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. König REP: Sie hat doch keinen Koffer gekriegt! – Weitere Zurufe)

Die CDU ist gegenwärtig gefordert, Werteerziehung in eigener Sache zu betreiben, und ich glaube, dass dabei die Kultusministerin auch ein Vorbild für die Jugend in unserem Bundesland sein muss.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, höchste Priorität für uns Grüne hat in diesem Doppelhaushalt die Verbesserung der Zuverlässigkeit unserer Schulen im Hinblick auf die Unterrichtsversorgung und im Hinblick auf die schulpolitischen Konzepte. Ich nenne das Stichwort „Unterrichtsversorgung“ und das Thema „Halbtagsgrundschule“.

Frau Schavan, Sie haben das Problem der mangelnden Zuverlässigkeit der Schule in unserem Bundesland zu lange geleugnet. Sie haben zu spät reagiert. Ihre Maßnahmen sind kurzfristig angelegt und reichen zur Lösung der Probleme nicht aus.

Kein schulpolitisches Thema hat die Eltern von Schulkindern in den letzten Jahren so bewegt und wütend gemacht wie die mangelnde Zuverlässigkeit der Schulen, und das meiner Meinung nach zu Recht. Denn wer wie diese Landesregierung zu Beginn der Legislaturperiode behauptet hat, die Unterrichtsversorgung sei in den nächsten fünf Jahren mit einem Maßnahmenbündel gesichert, sich in den folgenden Jahren aber geweigert hat, die damit nicht übereinstimmende Realität zur Kenntnis zu nehmen, hat Protest verdient.

Auf unsere Anträge, die ja auf einem Bündel von Elternbriefen basierten, haben Sie immer wieder gebetsmühlenhaft geantwortet, der Pflichtunterricht sei gesichert; örtlich und fachspezifisch könne es Probleme geben.

Sie haben auch immer wieder auf die Spitzenstellung des Landes Baden-Württemberg verwiesen. Aber, meine Damen und Herren, die Eltern interessieren sich nicht für Ländervergleiche. Die Eltern leiten ihre Beurteilung der Zuverlässigkeit der Schulen davon ab, ob ihre Kinder wieder morgens eine Stunde später einbestellt oder mittags früher nach Hause geschickt werden oder ob vor einer wichtigen Mathematikarbeit Mathematikstunden ausfallen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei diesen Sorgen und Ängsten haben sich die Eltern von der Landesregierung einfach nicht ernst genommen gefühlt.

(Zuruf der Abg. Dr. Eva Stanienda CDU)

(Renate Rastätter)

Es ist nun, finde ich, ein starkes Stück, wenn Sie behaupten, der Befund der Erhebung, dass 7,2 % des Unterrichts nicht stattfinden und die Ausfallquote im Durchschnitt 3,6 % beträgt, sei ordentlich, zumal wir wissen, dass es sich nur um die ausfallenden Stunden nach dem Stundenplan handelt, aber nicht um die nach der Stundentafel, weil bei den Schulen – insbesondere bei den beruflichen Schulen – bereits zu Beginn des Schuljahres der Pflichtunterricht laut Stundentafel nicht in vollem Umfang erteilt wird.

(Abg. Zeller SPD: So ist es, jawohl!)

Die Mittel für Krankheitsvertretungen sind nun ordentlich etatisiert. Ich muss sagen, wir begrüßen die neue Struktur, weil sie – auch für die Opposition im Landtag – transparenter ist. Weil nun die Mittel ordentlich etatisiert sind, fordern wir die Schaffung einer festen mobilen Lehrerreserve.

Junge arbeitslose Lehrerinnen bleiben nicht ein ganzes Jahr zu Hause sitzen, drehen Däumchen und warten auf einen Anruf, sondern sie suchen sich eine anderweitige Beschäftigung. Deshalb gibt es oft unnötige Wartezeiten, wenn Krankheitsvertretungen eingestellt werden müssen. Aus diesem Grund müssen Vertretungslehrkräfte, junge Lehrer und Lehrerinnen, gleich zu Beginn des Schuljahres im Angestelltenverhältnis mit Jahresarbeitszeitkonten eingestellt werden. Das schafft Sicherheit für die Schulen, und das schafft auch Sicherheit für die jungen Lehrer und Lehrerinnen, die dann wissen, dass sie nach dieser Nebenlehrertätigkeit in ein festes Arbeitsverhältnis an der Schule kommen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Weil wir die Unterrichtsversorgung in den nächsten beiden Jahren bei immer noch stark steigenden Schüler- und Schülerinnenzahlen stabilisieren müssen – dazu gehört nun einmal auch der Ergänzungsbereich: Stützkurse, Sprachförderung usw. –, brauchen wir mehr Lehrerstellen, als Sie sie jetzt mit den zusätzlichen 800 Stellen für die nächsten zwei Jahre vorsehen. Meine Fraktion stellt den Antrag, 2 000 junge Lehrer und Lehrerinnen in den Jahren 2000 und 2001 zusätzlich einzustellen. Viele dieser jungen Lehrkräfte arbeiten in Teilzeit, das heißt, wir können dadurch wesentlich mehr junge Lehrer und Lehrerinnen an die Schulen bekommen und lösen damit gleichzeitig einen wichtigen pädagogischen Innovationsschub an unseren Schulen aus.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich fordere Sie, Frau Kultusministerin, in diesem Zusammenhang auf, sich nun endlich im Kabinett dafür stark zu machen, dass die Altersteilzeit eingeführt wird. Es kann doch nicht sein, dass Baden-Württemberg das einzige Bundesland ohne Altersteilzeit bleibt.

(Zurufe der Abg. Dr. Salomon und Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Die Altersteilzeit ist doch eine große Chance, noch weiter für eine Verjüngung der Kollegien an den Schulen zu sorgen,

(Zuruf des Abg. Wacker CDU)

aber auch ältere Lehrkräfte zu entlasten und ihnen die Möglichkeit zu geben, für die letzten Jahre ihrer Dienstzeit pädagogisch noch einmal einen Schub zu bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zurufe der Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen und Wacker CDU)

Auffällig ist übrigens, Frau Kultusministerin, dass Sie Ihre pädagogischen Reformkonzepte nicht sehr praxistauglich und nicht sehr seriös ausgestalten. Ich möchte dazu einige Beispiele nennen.

Die auf den enormen öffentlichen Druck hin endlich geplante verlässliche Grundschule ist auch künftig nichts anderes als eine Kernzeitenbetreuung,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

bei der lediglich die Zuschüsse von ca. 30 % auf 50 % erhöht werden. Sie hinken damit hoffnungslos selbst hinter dem neuen Familienpapier der CDU hinterher,

(Abg. Zeller SPD: Da ist sie ja auch dagegen gewesen!)

das über die zuverlässige Halbtagsgrundschule hinaus schon längst Ganztagsgrundschulen und Ganztagsbetreuung an Grundschulen fordert.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Erinnerung: Die Situation in Baden-Württemberg ist ja wirklich noch desolat. Nur für 4,2 % der Kinder ist derzeit eine Kernzeitenbetreuung eingerichtet. Es gibt genau drei Ganztagsgrundschulen in Baden-Württemberg, bei insgesamt 2 500 Grundschulen. Und Hort an der Grundschule gibt es nicht einmal für 1 % der Kinder. Das heißt, wenn Sie jetzt etwas mehr Mittel einstellen, dann kann die Kernzeitenbetreuung vielleicht auf 8 % oder 9 % der Kinder erweitert werden. Aber die meisten Familien werden auch weiterhin keine verlässliche Halbtagsbetreuung für ihre Kinder bekommen. Das ist ein Zustand, der gesellschaftspolitisch und pädagogisch einfach nicht vertretbar ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Nun ein Wort zur Gewalt an Schulen, auch in Zusammenhang mit der verlässlichen Halbtagsgrundschule. Die Ergebnisse über die Zunahme von Gewalt und Aggression, die jetzt vorliegen, sind besorgniserregend, wobei ich Ihnen, Herr Rau, natürlich zustimme, dass wir dies näher untersuchen müssen. Aber, Frau Kultusministerin, Sie hören doch, wie hartnäckig die Grundschullehrerinnen fordern, dass die Unterrichtszeit erweitert wird, damit auch wirklich Zeit für soziales Lernen an der Grundschule bleibt und damit sie den Kindern verbesserte Möglichkeiten zur friedlichen Konfliktlösung beibringen können. Schon aus diesem Grunde brauchen wir eine Ausweitung auf fünf Zeitstunden in der vollen pädagogischen Verantwortung der Schule

(Renate Rastätter)

und nicht ein Konzept, bei dem die Betreuung lediglich angeklebt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch ein Wort zum Thema Gewalt. Ich erinnere daran, wie hart wir darum kämpfen müssen, dass Schulsozialarbeit in Baden-Württemberg endlich finanziert wird. Aber eine Anschubfinanzierung, meine Damen und Herren, reicht nicht aus. Wir brauchen Schulsozialarbeit flächendeckend und dauerhaft, und zwar nicht nur an Hauptschulen im sozialen Brennpunkt, sondern auch an anderen Schulen, wo Bedarf besteht. Durch eine intensive Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule, aber auch mit der Polizei müssen Möglichkeiten gefunden werden, wie der zunehmenden Aggression begegnet werden kann. Wir brauchen regionale und kommunale runde Tische zum Thema „Gewalt an Schulen“.

Ein zweites Beispiel zur Praxistauglichkeit von Konzepten. Gerade erweist sich, dass die Schulgesetzänderung, mit der die so genannte Bagatellgrenze von 5 DM abgeschafft und durch die ominöse Aussage „Gegenstände von geringem Wert“ ersetzt wurde, faktisch zu verfassungswidrigen Verhältnissen in Baden-Württemberg geführt hat. Die Belastung der Eltern durch Kosten für Lernmittel reicht von 5 bis 20 DM. Das heißt, Eltern werden in einer Weise belastet, dass die soziale Chancengleichheit von Kindern an unseren Schulen ernsthaft gefährdet ist. Deshalb fordern wir Sie auf: Machen Sie dieser verfassungswidrigen Praxis ein Ende, und stellen Sie die alte gesetzliche Grundlage wieder her, damit die Lernmittelfreiheit so ausgestaltet wird, wie es der Verfassung in Baden-Württemberg entspricht.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Zum Thema „Fremdsprache an Grundschulen“: Zwei Jahre, nachdem die flächendeckende Einführung, die wir begrüßt haben, angekündigt wurde, gibt es noch kein Konzept. Es gibt kein pädagogisch-didaktisches Konzept, kein Konzept für die Lehrerfortbildung, kein Stundenkonzept dafür. Statt Turbo dieses Mal Regionalexpress!

Jetzt soll erst einmal stufenweise begonnen werden mit 400 Grundschulen von 2 500. Da sage ich: Das werden die Eltern von Grundschulkindern in Baden-Württemberg nicht mitmachen. Dazu hat man ihnen viel zu lange erklärt, wie wichtig Fremdsprachen als Schlüsselqualifikation sind. Deshalb, Frau Kultusministerin, sage ich: Stellen Sie endlich ein vernünftiges didaktisch-methodisches Konzept vor. Organisieren Sie flächendeckend eine gute Fortbildung. Klären Sie die Deputatsfrage. Fangen Sie bitte gleichzeitig an allen Schulen an. Dann bin ich sicher, dass Englisch bzw. Fremdsprachen an den Grundschulen zu einem großen Erfolg und zu einer Bereicherung der Grundschulen in Baden-Württemberg werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ganz nebenbei erwähnt – und das sage ich als Karlsruher Abgeordnete –: Beenden Sie auch die Verunsicherung am Oberrhein. Wenn dort bilinguales Lernen eine Fortsetzung haben soll, das ja mit dem guten Projekt „Lerne die Sprache deines Nachbarn“ begonnen wurde, müssen die Eltern

am Oberrhein über die Vorteile von Französisch aufgeklärt werden. Wir brauchen Französisch für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unserer grenzüberschreitenden Region.

Ein letztes Beispiel: die Oberstufenpläne. Angesichts der mir jetzt vorliegenden Details muss ich sagen: Ich warne vor einer flächendeckenden Umsetzung an allen Gymnasien. Aber ich denke, dieses Thema wird uns künftig noch sehr intensiv beschäftigen. Deshalb erspare ich uns im Moment die Details.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Unser Petition lautet: Stärken Sie die Schulen. Machen Sie sie verlässlicher. Reformen und gute Lösungen entstehen da, wo motivierte Lehrkräfte mit ihren professionellen Fähigkeiten Freiräume, Verantwortung und Unterstützung vom Kultusministerium bekommen, um Schule zu gestalten. Da entsteht Aufbruchstimmung, da brechen Schulen auf. Das funktioniert zum Beispiel beim „Schulanfang auf neuen Wegen“ oder kommt in die Gänge beim Reformkonzept IMPULSE Hauptschule. Ich bin auch sicher, dass das zuständige Referat ein gutes, zuverlässiges Konzept für die Halbtagsgrundschule vorlegen könnte, wenn es nur dürfte.

(Zuruf des Abg. Wacker CDU)

Hören Sie aber damit auf, unausgelegene Kopfgeburten, die an der schulpraktischen Wirklichkeit vorbeigehen, zu produzieren.

(Zuruf des Abg. Behringer CDU)

Meine Fraktion setzt auf gute Rahmenbedingungen, vor allem auf Zuverlässigkeit und Stärkung der innovativen Kräfte der Menschen an den Schulen – im Interesse unserer Kinder, die gute Schulen, gute Lehrer und vor allem eine gute Schulpolitik brauchen.

Ich bedanke mich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg macht eine gute und solide Bildungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Seimetz CDU: Jawohl! – Abg. König REP: Vor vier Jahren hat Herr Pfister noch ganz anders geredet!)

Diese Bildungspolitik ist gut, weil sie sich inhaltlich an den Anforderungen an Schule orientiert, wie sie sich heute aus den Veränderungen in Gesellschaft, Familie und Berufswelt ergeben, und diese Bildungspolitik ist solide, weil sie sich finanziell an dem orientiert, was notwendig und möglich ist.

Hierzu eine grundsätzliche Bemerkung. Die CDU-FDP/DVP-Koalition hat im Jahr 1996 mit einem Haushalt im Schulbereich von 7,77 Milliarden DM begonnen. In den

(Heiderose Berroth)

Jahren 1998 und 1999 haben wir die Ansätze auf 8,35 Milliarden bzw. 8,44 Milliarden DM gesteigert. Für das Jahr 2000 stehen nun 8,83 Milliarden und für 2001 sogar 8,92 Milliarden DM im Haushaltsplan. Das ist eine Steigerung in diesem Bereich um 1,1 Milliarden DM. Das sind immerhin 15 % mehr gegenüber 1996,

(Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es, Frau Rastätter!)

und dies alles trotz notwendiger Sparmaßnahmen und wirksamer Haushaltskonsolidierung aufgrund der Entwicklungen im Einnahmesektor.

Der Anteil des Schulbereichs am gesamten Haushaltsvolumen des Landes ist in dieser Zeit von 14,4 auf 14,8 % gestiegen,

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

obwohl in diesem Zeitraum zum Beispiel der Anteil für Zinsen und Tilgung ebenfalls ein erhebliches Mehr des Haushaltsvolumens beansprucht hat.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ach nein! Das haben wir Ihnen an anderer Stelle auch schon angeboten!)

Das muss man bei einem Vergleich der Prozentsätze berücksichtigen. – Ja, darauf komme ich schon noch zurück.

Zu den bildungspolitischen Inhalten. Da wird nun moniert, die geplante verbindliche Halbtagschule sei nur eine Ausweitung der Kernzeiten. Wer das sagt, hat sich mit dem vorgesehenen Konzept nicht genügend beschäftigt

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

und hängt eigenen Träumen nach, die gegenwärtig nicht umsetzbar sind.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Christine Rudolf SPD: Baden-Württemberg träumt! – Abg. Zeller SPD: Da wäre ich lieber ruhig!)

– Nein. Wir haben uns das sehr genau überlegt. Wir wollen nicht allen Sechs- bis Zehnjährigen vorschreiben, dass sie jeden Tag fünf oder sechs Stunden in der Schule sein müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ihre Eltern werden sich das auch nicht vorschreiben lassen.

Die nun kommende Lösung mit einem für jeden Tag gleichen festen Unterrichtsblock wird nicht nur eine Entlastung für Eltern und eine bessere Planbarkeit bei den Betreuungseinrichtungen bringen, sondern vor allem auch eine neue pädagogische Qualität mit einem festen zeitlichen Ordnungsrahmen. Erst heute Morgen haben wir bei der Andacht im Landtag über die Notwendigkeit eines „festen Brauchs“ geredet. Dies ist für die Werteentwicklung tatsächlich unabdingbar.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Die von verschiedenen Seiten vorgebrachten Bedenken zur verbindlichen Halbtagschule, zum Beispiel die in einem

mir gestern zugegangenen Papier des VBE, nehmen wir durchaus ernst. Andererseits kann man ein solch komplexes Vorhaben nicht komplett virtuell durchplanen. Wir müssen jetzt einfach anfangen. Wenn sich dann Probleme zeigen, werden wir konsequent handeln.

(Beifall des Abg. Kluck FDP/DVP)

Amüsiert habe ich mich, als die Pressemitteilung der GEW auf meinem Schreibtisch gelandet ist, in der die GEW – ich verstehe allmählich, dass manche sie als „Gewerkschaft des ewigen Wehklagens“ bezeichnen – darauf hinweist, dass ein Zeitdruck entstehe. Meine Damen und Herren, wir haben sechs Monate plus Ferienzeit bis zum Beginn des nächsten Schuljahrs. Da wird es doch möglich sein,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

sich auf die neue Gegebenheit einzustellen.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP)

Dieser Haushalt zeigt, dass sich das Land bei der verbindlichen Halbtagschule bei den Personalkosten erheblich engagiert, und zwar sowohl im schulischen Bereich als auch im Betreuungsbereich. Ich erwarte, dass die noch notwendigen Konkretisierungen baldigst vom Kultusministerium kommen, damit die Kommunen mit solider Planung ebenfalls beginnen können.

Die Aufgaben der Schule sind vor allem, für Schüler und Lehrer Stundenpläne auszuarbeiten und Belegungspläne vorzubereiten; wie gesagt, dafür ist noch ein halbes Jahr Zeit. Die Aufgabe der Gemeinden ist die Sicherung der Betreuung, wobei das Interessante ist, dass durch den festen Zeitblock jetzt zusätzliche Räume nicht notwendig sein werden, weil man nämlich die Schulräume dafür verwenden kann.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wenn Sie eine Schule mit 14 Klassen und 14 Lehrern haben, wie machen Sie es dann?)

– Die Schule müssen Sie mir einmal zeigen, wo das so ist. Das gibt es heute nicht mehr. Das war in der alten Dorfschule einmal der Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ihre Beteiligung an den Personalkosten sollten die Kommunen ebenfalls in den Haushaltsplänen vorsehen. Für dieses Projekt ist ganz besonders Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten nötig: Schulen, Kommunen, Eltern, aber auch zum Teil den Betreuungsorganisationen, die in freier Trägerschaft in vielfältiger Art im Lande tätig sind.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Zu einem anderen Thema: Gewalt an Schulen und auch in der Freizeit unter Jugendlichen. Der Stuttgarter Polizeipräsident Schairer hat zu Recht nach einem Bündnis für Erziehung gerufen. Den Ruf nach Polizeipräsenz an unseren Schulen halte ich allerdings ebenso wie ein Lehrerverband für völlig überzogen. Ich sehe die Polizei gerne in den Schulen zur Verkehrserziehung und zur vorbeugenden Information. Das Umgehen mit Gewalt muss allerdings vor-

(Heiderose Berroth)

beugend bereits in der Grundschule anfangen. Ich will, dass wir hier präventiv tätig werden und nicht erst, wenn das Kind im Brunnen ist, versuchen, es mühsam herauszufischen.

(Zuruf von der SPD: Machen Sie es!)

Eltern, Schule und Gesellschaft sind gemeinsam gefordert. Das übliche Hin- und Herschieben der Verantwortung, dass Schule sagt, für Erziehung seien Eltern zuständig, und Eltern sagen, die Schule habe auch eine Erziehungsaufgabe, halte ich für überhaupt nicht förderlich. Das bringt auch nichts. Beide sind gefragt. Kinder wissen sehr wohl zu unterscheiden, wo sie sich befinden, und verhalten sich auch unterschiedlich. Deswegen muss jeder Bereich seinem eigenen Erziehungsauftrag nachkommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist sinnvoll, wenn dabei zusammengearbeitet wird.

Nicht hoch genug einzuschätzen ist bei dem Thema „Gewalt unter Jugendlichen“ der Einfluss der Medien. Über das Unterbewusstsein ergeben sich schwerwiegende Einwirkungen. Es ist zu prüfen, inwieweit hier politische Einflussnahme möglich und sinnvoll ist. Vorbeugende Medienerziehung in den Schulen tut auf jeden Fall Not.

Ein Faktor bei diesem Komplex ist mit Sicherheit, dass es immer noch zu viele Schüler an unseren Schulen gibt, die unsere Grundsprache, Deutsch, nicht ausreichend beherrschen.

(Abg. König REP: Dazu sage ich noch etwas, Frau Berroth!)

– Davon gehe ich aus; aber ob das in die Richtung geht, die ich meine, da bin ich mir nicht so sicher, Herr König. – Ich denke, es ist eine Aufgabe der nächsten Jahre, uns darum zu kümmern, dass wir als Allererstes solide Deutschkenntnisse vermitteln, um die Qualität an unseren Schulen insgesamt zu verbessern.

(Beifall bei der FDP/DVP)

In unseren Schulen muss man verstärkt den Umgang mit elektronischen Medien lernen. Da geht es beileibe nicht nur darum, wie viel Schulen jetzt einen Internetanschluss haben. Das ist das allerletzte Glied in der Kette. Da gilt es vielmehr, vielfältige Aufgaben wahrzunehmen. Wir werden uns demnächst intensiver dazu äußern.

Was wir tun müssen, um generell Qualität in der Bildung zu sichern, ist, einen Konsens über eine Basis von verbindlich zu vermittelnder Allgemeinbildung für alle Schularten bundesweit anzustreben. Erst dann können wir, was vielfältig und zu Recht gefordert wird, Lehrpläne von mitgeschlepptem Ballast befreien und auf Wesentliches konzentrieren. Wenn die Pflichtstoffanteile, die verbindlich vorgegeben sind, reduziert sind, gewinnt man Flexibilität, die es zum Beispiel erlaubt, auch auf unterschiedliche Bedürfnisse und Interessenschwerpunkte der Schüler und auf unterschiedliche außerschulische Gegebenheiten vor Ort mehr als bisher einzugehen.

Zu den allen Schülern zu vermittelnden Kern- und Grundlagenbereichen von Wissen und Fähigkeiten gehören auch

die unter dem Begriff Schlüsselqualifikation zusammengefassten Kompetenzen. Die Reduktion des Lernstoffs soll Raum für einen stärkeren Bezug auf reale Lebens- und Berufsfelder schaffen, zum Beispiel auch durch Vermittlung praxisrelevanten Wissens und Könnens in den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung und Recht.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Nebenbei: Dieses Thema gehört mitnichten nur in die weiterführenden Schulen. Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge sollte in alle Schulfächer integriert werden – das meine ich ernst. Selbst im Kunstunterricht gibt es wirtschaftliche Aspekte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Zeller SPD: Machen Sie doch mehr!)

Das sollte meines Erachtens auch ein Muss in jeglicher Lehrerbildung sein.

Beispielhaft für unsere Vorhaben in den nächsten zwei Jahren erwähne ich den Bereich der Gymnasien. Das generell achtjährige Gymnasium muss kommen. Wir brauchen dazu allerdings die grundlegende Reform des gymnasialen Bildungsgangs. Zur Verbesserung der Studier- und Berufsfähigkeit der Abiturienten braucht man nicht alles auf den Kopf zu stellen.

Die – bereits intensiv angedachte – Reform der gymnasialen Oberstufe ist im Grundsatz richtig, muss aber so gestaltet werden, dass die Vorzüge und Stärken des Kurssystems voll erhalten bleiben. Ein Gesamtkonzept für den gymnasialen Bereich mahnen wir nachdrücklich an.

Ein Ja zur Steigerung der Qualität des baden-württembergischen Abiturs kann und darf nicht heißen, dass baden-württembergische Abiturienten im Wettbewerb um Studienplätze benachteiligt werden.

(Beifall der Abg. Kleinmann und Pfister FDP/DVP und Christine Rudolf SPD)

Diese Benachteiligung resultiert allerdings schon jetzt – genau wie künftig – nicht aus der Qualität unseres Abiturs, sondern aus den Modalitäten der zentralen Vergabe von Studienplätzen. Deshalb sagen wir, und Kollege Pfister hat es heute Morgen schon erwähnt: Die ZVS muss weg – dies wollen wir. Das ist ein dickes Brett, und das wird dauern. Deshalb müssen wir als erste Stufe analog zum Länderfinanzausgleich eine Verbesserung suchen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Um der Parität Genüge zu tun, müsste ich jetzt auch über Hauptschulen, Realschulen, Sonder- und Förderschulen und das berufliche Schulwesen reden. Dazu reicht weder meine Stimme noch die Zeit aus. Die Bearbeitung dieser Themen wird aber in den nächsten Wochen und Monaten kommen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist eine Drohung!)

Wir werden nächste Woche in der Plenarsitzung mit unserer Großen Anfrage zur Realschule beginnen.

(Heiderose Berroth)

Nun zum Thema Unterrichtsversorgung, das uns in den letzten Monaten intensiv beschäftigt hat.

(Abg. Zeller SPD: Sie doch nicht!)

– Doch, Sie können es deutlich nachlesen. Ich habe im Schulausschuss mehrfach angemahnt, dass wir Handlungsbedarf in diesem Bereich haben, sobald sich hierzu ein finanzieller Spielraum bietet. Deshalb habe ich die Initiativen des Ministeriums für zusätzliche Mittel in diesem Bereich voll unterstützt, und auch unsere Fraktion hat dies getan.

Das Verfahren, in dem für die Jahre 2000 und 2001 zusätzliche Mittel bereitgestellt bzw. vorbereitet wurden, ist auch von unserer Seite kritisiert worden. In der Sache bedeuten diese zusätzlichen 152 Millionen DM jedoch einen richtigen und großen Schritt, auch und gerade für die beruflichen Schulen. Die je 30 Millionen DM zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen und die zweimal 30 Millionen DM für zusätzliche Krankheitsvertretungen können von niemandem kleingeredet werden. Forderungen, diese Mittel noch weiter zu erhöhen, sind leicht aufgestellt,

(Abg. Zeller SPD: Machen Sie doch Stellen daraus! Das ist viel effektiver!)

vor allem dann, wenn man für die Finanzierung nicht selbst geradestehen muss. Insbesondere die SPD spielt heute wieder einmal den bildungspolitischen Weihnachtsmann,

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Zauber-Zeller!)

und dann verkünden Sie nachher, was Sie alles Gutes getan hätten. Dann haben Sie – wirklich, ich muss es so sagen – die Frechheit, zu sagen, dafür würden Sie privatisieren. Uns werfen Sie dann vor, wenn wir privatisieren, dass wir damit die Schulden nicht tilgen. Was wollen Sie denn nun von uns?

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Nullverschuldung! – Unruhe)

Die jetzt auf September vorgezogenen zusätzlichen Einstellungen werden zunächst von denen des Jahres 2001 abgezogen. Nach unserer Überzeugung kann und wird das noch nicht das letzte Wort sein. In genauer Kenntnis der Situation im Jahre 2001 werden wir darauf, vermutlich im Rahmen eines Nachtrags, zu reagieren haben.

(Abg. Zeller SPD: Das ist eine feine Planung, wenn Sie jetzt schon den Nachtrag ankündigen!)

– Wenn wir Zahlen, und zwar sowohl auf der Einnahmeseite als auch auf der Bedarfsseite, kennen, können wir handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Bei der Privatschulförderung freue ich mich, dass es uns gelungen ist, den Koalitionspartner zu überzeugen, dass hier Handlungsbedarf besteht. Ich bedanke mich ausdrücklich für die konstruktive Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe. Die zusätzlichen 42 Millionen DM bedeuten eine echte Verbesserung über das Maß der Verbesserung an öffentlichen Schulen hinaus. Der vom Landtag für den angestreb-

ten Kostendeckungsgrad gesetzten Messlatte kommen wir ein erhebliches Stück näher.

Für die endgültige Klärung, wie wir künftig die Förderung der freien Schulen regeln wollen, brauchen wir, anders als im Antrag der Grünen vorgesehen, eine Änderung im Privatschulgesetz und keinen anderen Haushaltsansatz. Auch dies werden wir in der Koalition in nächster Zeit angehen.

(Abg. Zeller SPD: Schon wieder eine Ankündigung!)

– Ja, natürlich. Sie kündigen doch auch laufend etwas an, aber wir tun anschließend etwas und Sie nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Rau CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Zum Sport: Die Anhebung des Deckels bei den Toto-Lotto-Mitteln bringt für den Sport einen erheblichen Zuschlag von 8,5 Millionen DM je Jahr, die vor allem Verbesserungen bei Übungsleitern sowie dem Sportstättenbau zugute kommen. Besonders froh bin ich darüber, dass es gelungen ist, die in der Praxis so erfolgreiche Kooperation „Schule/Sportverein“ wieder mit den entsprechenden Mitteln zu versorgen.

Weitere Probleme, die auch die musiktreibenden Vereine haben, sind Bundesaufgaben: Fragen der Haftung, der 630-DM-Jobs, der Scheinselbstständigkeit

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr richtig!)

und ausufernder Bürokratie vor allem im steuerlichen Bereich.

(Ministerpräsident Teufel: Alles Berlin!)

Im Bereich der Jugendarbeit sind wir dankbar für die Zusage des Ministeriums, den Bereich der Jugendbildungsmaßnahmen auf jeden Fall von globalen Minderausgaben auszunehmen. Im Übrigen bringt der Haushalt die finanzielle Basis, um wichtige Empfehlungen der Jugendenquetekommission umzusetzen, zum Beispiel die Unterstützung der Landkreise und Städte bei der Ausweitung von Schulsozialarbeit, den Einsatz von Jugendberufshelfern und die Stabilisierung der Mädchenarbeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zusammenfassend bedanke ich mich bei allen, die dieses Gesamtkunstwerk Schulhaushalt zusammengetragen haben und die es nun in die Wirklichkeit umsetzen.

Unser Dank gilt allen Lehrern, die trotz oft schwieriger Voraussetzungen an unseren Schulen ihre Kraft, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten einsetzen, um mit unserer Jugend eine gute Lebensbasis aufzubauen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Rau und Seimetz CDU)

Ich weiß sehr wohl um verschiedene Probleme, die der Lehrerberuf auch an uns heranträgt.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Der Lehrerberuf?)

– Ja, natürlich.

(Heiderose Berroth)

Sie haben ja auch Anträge zur Altersteilzeit gestellt. Dieses Thema ist im Moment hier im Landtag noch nicht mehrheitsfähig. Wir müssen es weiter bearbeiten. Vielleicht gibt es eine Möglichkeit, dass wir doch noch einmal zusammen rechnen. Das bayerische Modell ist für uns nicht bezahlbar; das ist klar. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass wir eine Lösung finden, die bezahlbar und neutral durchführbar ist.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Auch wieder eine Ankündigung!)

Das von Ihnen vorgelegte Modell ist dies allerdings nicht.

(Beifall des Abg. Kluck FDP/DVP)

Viele andere Aufgaben wie zum Beispiel die leistungsgerechte Besoldung sind zunächst Bundesaufgaben; auch die Bewertung bei Führungsaufgaben gehört dazu.

Ich danke allen Eltern, die als Einzelne und in Gremien, bis hin zur neuen Vorsitzenden des Landeselternbeirats, viel zur Gestaltung unseres Schullebens beitragen.

Genauso ist den Schülern zu danken, die sich in der Schülermitverwaltung und in vielen freiwilligen Projekten engagieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Christine Rudolf SPD: Und Schülerinnen!)

Ein gutes Ergebnis werden Politik, Verwaltung und Schulen erreichen, wenn sie Eltern und Schüler ernst nehmen und frühzeitig einbeziehen. Wir Politiker müssen uns um Stetigkeit in der Schulpolitik bemühen.

Ich fasse zusammen: Bei gutem Willen aller Beteiligten ist mir um die Zukunft von Schule, Jugend und Sport in Baden-Württemberg nicht bange. Was wir Liberalen dazu tun können, werden wir tatkräftig anpacken!

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. – Bitte schön, Herr König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Obwohl Kollege Puchta von der SPD nicht unbedingt mein politisches Vorbild ist,

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sind Sie sicher? – Abg. Drautz FDP/DVP: Wo ist er? Jetzt ist er nicht einmal da!)

möchte ich trotzdem seiner jüngsten Äußerung als Finanzausschussvorsitzender und gleichzeitig Berichterstatter für den Einzelplan 04, dies sei ein Haushalt der verpassten Chancen, absolut zustimmen.

Meine Damen und Herren, wenn man als Ziel immer wieder vorgibt, die Nettoneuverschuldung auf null zurückzu-

führen und Schulden abzutragen, um wieder mehr Spielraum zu bekommen, dann ist es absolut –

(Abg. Scheuermann CDU: Hört doch mal mit dem „absolut“ auf! – Heiterkeit)

– dann ist es eben nicht absolut –,

(Heiterkeit)

dann zeugt es von mangelnder Kommunikation zum Beispiel innerhalb der SPD-Fraktion, wenn gleichzeitig Kollege Zeller hier sagt: Wir brauchen nicht bloß 800 neue Lehrerstellen, wie es im Haushaltsplan vorgesehen ist, sondern wir brauchen noch zusätzlich 2 500 neue Lehrerstellen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Wintruff SPD: Lehrer!)

– Lehrerstellen! Herr Wintruff, Lehrerstellen.

Meine Damen und Herren, wenn man eine Haushaltskonsolidierung will, dann muss man auch den Mut haben, alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Daher komme ich wieder auf unseren Antrag zurück, den wir auch heute wieder gestellt haben, nämlich die allgemeine Beamtenarbeitszeiterhöhung vom Jahr 1997 endlich auch bei den beamteten Lehrern umzusetzen.

(Beifall bei den Republikanern)

Es ist jedem bekannt, dass wir die Arbeitszeit der Landesbeamten 1997 von 38,5 auf 40 Stunden pro Woche angehoben haben. Im Lehrerbereich wurde dies aber überhaupt noch nicht umgesetzt.

Wenn man davon ausgeht, dass diese 1,5 Stunden, die jeder Landesbeamte außerhalb des Schulbereichs mehr arbeiten muss, auf die Lehrer übertragen werden, dann bedeutet das, dass zumindest eine Deputatsstunde mit 45 Minuten dabei herauspringen muss.

(Abg. Rapp REP: Mindestens!)

Meine Damen und Herren, das bedeutet – –

(Abg. Wieser CDU: Wir haben das Deputat doch bei der Berufsschule erhöht!)

– Bei der Berufsschule und beim Gymnasium haben wir es vorher erhöht. Von der Frau Kultusministerin und von Ihnen, Herr Kollege Wieser, wird das jetzt anscheinend darauf angerechnet. Gut. Aber selbst dann, wenn Sie es darauf anrechnen, kann ich Ihnen trotzdem noch ein positives Ergebnis meiner Rechnung vorstellen.

Gehen wir mal davon aus, dass wir 80 000 beamtete Lehrer haben. Eine zusätzliche Deputatsstunde à 45 Minuten für jeden dieser Lehrer aufgrund der allgemeinen Arbeitszeiterhöhung um 1,5 Zeitstunden bedeutet 80 000 Deputatsstunden. Das bedeutet rechnerisch einen Gegenwert von 3 000 Deputaten.

(Abg. Wieser CDU: Aber das sind doch alles Deutsche!)

– Moment! – Wenn man davon 2 000 Deputate nimmt und in den allgemeinen Schulbereich, in den Unterrichtsbereich

(König)

hineinbringt, dann bedeutet dies, dass wir all die Lücken, die wir bisher gehabt haben, schließen können.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir können darüber hinaus 1 000 Stellen in k.w.-Stellen umwandeln, das heißt künftig wegfallen lassen. Das bedeutet trotz besserer Unterrichtsversorgung eine Einsparung im Einzelplan 04, die dem Ziel dient, die Haushaltskonsolidierung so zu betreiben, dass wir eine Nettoneuverschuldung von null bekommen.

Meine Damen und Herren, mit diesen 2 000 Stellen können aber nicht bloß Unterrichtslücken gefüllt werden, sondern wir können darüber hinaus auch Stellen für die notwendige verlässliche Grundschule schaffen. Alle reden von der verlässlichen Grundschule, aber jeder meint mit diesem Begriff etwas anderes. Ich glaube, wir müssen einmal definieren, was wir mit der verlässlichen Grundschule meinen.

(Abg. Deuschle REP: Sehr gut!)

Ich kann für meine Fraktion sagen: Wir meinen damit feste Unterrichtszeiten pro Tag und darum herum – nämlich am Anfang und am Ende – eine Betreuung, und zwar eine freiwillige Betreuung. Ich habe schon immer gesagt: Es gibt auch Familien, die funktionieren, die ihre Kinder nicht total „verschulen“ wollen.

(Beifall bei den Republikanern)

Dies ist auch das, was die Landesregierung vorgibt.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Die Landesregierung muss eben Lehrerstunden zur Verfügung stellen, um für die Grundschüler in der Klasse 1 und 2 jeden Tag, fünfmal in der Woche, vier Stunden Unterricht zu garantieren.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Darum herum wird es dann von den Kommunen in der so genannten Kernzeitenbetreuung organisiert. Wir konnten ja lesen, dass Präsident Brucker vom Gemeindegtag gesagt hat, die Kommunen seien jetzt in der Lage, dieses bereits ab dem nächsten Schuljahr zu leisten, wenn die Landesregierung diese Personalfördermittel bereitstellt, und die sind bereitgestellt.

Was wir aber nicht wollen – das sage ich klipp und klar –, das ist die so genannte rhythmisierte Grundschule, wo die Kinder täglich fünf, sechs Stunden verschult werden, wo nicht nur Lehrer herumtoben, sondern auch noch so genannte Erzieher mit in den Unterricht kommen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir müssen Erziehung, Betreuung und Unterricht getrennt halten. Was drum herum ist, ist mit Erziehern und Erzieherinnen von den Kommunen zu leisten. Unterricht ist vom Land Baden-Württemberg, vom Kultusministerium zu leisten.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Zahlen Sie auch keine Steuern, Herr König?)

Meine Damen und Herren, mit dieser Arbeitszeiterhöhung für beamtete Lehrer um eine Deputatsstunde könnten wir auch den Fremdsprachenunterricht, den wir in der Grundschule mit ein oder zwei Stunden pro Woche auch wollen, problemlos einführen. Auch die Krankheitsreserve ließe sich damit abdecken, und es blieben sogar noch Stunden für EBA und sonstige Förderstunden übrig.

(Zuruf von der SPD: Was ist das?)

Meine Damen und Herren, wenn Sie dieses Konzept, das wir hier vorstellen, nicht wollen – und so scheint es, denn Sie haben ja unseren Antrag bereits im Ausschuss abgelehnt –, dann tut es mir Leid.

(Zuruf von der CDU: Im Plenum auch!)

Aber ich könnte mich auch als Oppositionspolitiker hier hinstellen und sagen: Wir wollen mehr Lehrer. Das ist ganz einfach, denn ich brauche sie ja nicht zu bezahlen.

(Zuruf von der SPD: Doch, wir bezahlen das!)

Nein, wir wollen konstruktiv mitarbeiten, und wir wollen Einsparungen dort vornehmen, wo sie möglich sind.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, ich habe gerade auch den Förderunterricht genannt. Es ist für mich einfach nicht nachvollziehbar, warum man nicht dem Vorschlag meiner Fraktion folgt und aus diesem „Förderkleckerwesen“ etwas Vernünftiges macht, indem man all die Schüler zusammenzieht, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind.

(Beifall des Abg. Deuschle REP – Abg. Wieser CDU: Jetzt kommt es!)

Ich habe es schon einmal gesagt. Es geht mir nicht bloß um Ausländer. Dazu zähle ich auch Aussiedler, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, aber auch sämtliche Allochthonen, die zwar einen deutschen Pass haben, aber auch nicht Deutsch können.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Was für Dinger?)

– Nachschauen im Lexikon: Allochthonen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Drautz FDP/DVP: Das ist aber kein deutsches Wort!)

Meine Damen und Herren, wir machen Sprachförderung kleckerlesweise. Wir haben Förderklassen, wo die Kinder ein halbes oder ein ganzes Jahr drin sind, aber so schnell wie möglich in Regelklassen übergeführt werden, ohne den Nachweis zu erbringen, dass sie dem Unterricht dort folgen können. Das ist doch das Problem. Packen wir sie in Sprachklassen zusammen. Das ist gar keine Erfindung von mir, sondern das habe ich in Amerika abgesehen; in Kalifornien gibt es das nämlich.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Herrmann CDU: Das liegt doch im Ausland!)

Meine Damen und Herren, ich will auch noch etwas sagen zu der Kürzung der Fördermittel für den muttersprachlichen Unterricht. Ich war auch einmal der Meinung, dass

(König)

dieser muttersprachliche Unterricht nicht unbedingt vom Land Baden-Württemberg bezuschusst werden muss; aber ich habe meine Meinung geändert, weil ich mich in der Zwischenzeit etwas schlauer gemacht habe.

(Abg. Wieser CDU: Das ist gut! Sehr gut, Herr Kollege König!)

Ich halte es für einen ganz verkehrten Ansatz, hier 1,5 Millionen DM, nämlich ein Drittel, zu streichen und in dieses „Förderkleckerwesen“ hineinzustopfen. Denn mir erscheint es sehr wichtig, dass all die Kinder und Jugendlichen, deren Heimat außerhalb Deutschlands ist, ihre Muttersprache nicht verlieren, damit sie jederzeit wieder nach Hause gehen können.

(Beifall bei den Republikanern – Zurufe, u. a. Abg. Capezzuto SPD: Das ist aber schön durch die Hintertür!)

Das ist so. Seien wir doch froh, dass die Konsulate, in deren Verantwortung dieser muttersprachliche Unterricht durchgeführt wird, ihn organisieren und wir ihn „bloß“ mit Zuschüssen in Höhe von 4,5 Millionen DM unterstützen müssen. Wenn wir das in eigener Regie machen würden, wäre es viel, viel teurer.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Da kann man nicht die Konsulate und die entsprechenden Länder, die dahinter stehen, verprellen.

Meine Damen und Herren, ich will noch ein Weiteres zur Arbeitszeitverlängerung der Lehrer sagen. Mir fällt gerade ein, dass auch der Fraktionsvorsitzende der CDU, Kollege Oettinger, im Dezember als Pressemitteilung herausgegeben hat, man müsste einmal darüber nachdenken, eine Deputatserweiterung ins Auge zu fassen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP – Abg. Wieser CDU: Das hat er mit der Fraktion nicht abgestimmt! – Unruhe)

Ich wollte nur fragen, wer ihn zurückgepfiffen hat. Herr Wieser war es; jetzt wissen wir es.

(Beifall bei den Republikanern)

Aber Herr Oettinger hat immer mal wieder gute Ansätze; das muss ich ihm bestätigen. Die hatte er, wie ich meine, schon 1983.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wollen Sie überlaufen?)

– Ich war doch 18 Jahre dabei, Herr Drautz. – 1983 beim Landesparteitag in Friedrichshafen hatte er die bereits, als er den Rücktritt von Herrn Kohl gefordert hat. Wenn er damit durchgekommen wäre, wären die Probleme bei euch heute geringer!

(Beifall bei den Republikanern)

In der zweiten Runde werde ich noch etwas zum Sport sagen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Stanienda.

Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest, dass etwas eingetreten ist, was selten ist: Der Sporthaushalt der Regierungsfractionen ist offenbar von Ihnen mit heller Begeisterung aufgenommen worden,

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

denn Sie haben keinerlei wichtige Sätze zum Sport gesagt. Ich gehe davon aus, dass Sie alles akzeptieren, was ich Ihnen jetzt darlege.

(Unruhe bei der SPD)

Die SPD hat zum Sport nur wenig gesagt,

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

und die Grünen haben sich zum Sport überhaupt nicht geäußert.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Für die gibt es keinen Sport!)

Ich würde einmal die Sportvereine fragen, ob sie das so toll finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Haushaltsberatungen können gelegentlich auch erfreulich sein. Nachdem das Tal des Sparhaushalts 1997 durchschritten ist und für 1998 bereits eine verbesserte Fördersituation eingetreten war, können wir im jetzigen Doppelhaushalt den Sport dank gestiegener Einnahmen aus dem Wettmittelfonds und aus Steuermitteln wieder angemessen finanziell unterstützen.

(Abg. Teßmer SPD: Vielleicht gewinnt der VfB dann mal wieder! – Heiterkeit)

Unbestritten ist die gesellschaftliche, soziale und gesundheitspolitische Kompetenz des Sports, seiner Vereine und Mitglieder. Die CDU hat daher in enger Abstimmung in zahlreichen Gesprächen mit den Vertretern der Sportbünde im Land deren Bedürfnisse und Vorstellungen aufgegriffen, und wir haben unseren Sporthaushalt danach ausgerichtet.

(Abg. Wintruff SPD: Die waren aber nicht zufrieden, haben wir gehört!)

– Die sind hell begeistert.

(Abg. Wintruff SPD: Nein, nein, das stimmt nicht!)

– Sie waren gar nicht dabei, Herr Wintruff.

(Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU – Abg. Wieser CDU: Der Ausschussvorsitzende sollte Disziplin zeigen!)

Neben der bereits im Endentwurf des Doppelhaushalts vorgesehenen Fortführung der allgemeinen Deckungsmittel in Höhe von 11 Millionen DM erhält der Sport gegenüber 1999 zusätzliche Mittel aus dem Wettmittelfonds in Höhe von 8,47 Millionen DM.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sehr gut!)

(Dr. Eva Stanienda)

Bei der Aufteilung der angewachsenen Fördermittel sind wir nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen, sondern haben in Übereinstimmung mit den Vertretern des Sports Prioritäten gesetzt. Das Jahr 1999 hat uns ein vorzügliches Ergebnis beim staatlichen Toto/Lotto gebracht, und auch die Oddset-Wette ist gut angelaufen. Wir haben daher im Konsens mit den Sportbünden folgende Schwerpunkte festgelegt:

Für die Kooperation von Schule und Sportverein, die im vergangenen Haushalt wohl den schmerzlichsten Einschnitt verkraften musste, wollen wir jetzt die Fördermittel auf das Doppelte, nämlich auf 2,8 Millionen DM, anheben, sodass wieder alle Schulen, auch die Grundschulen, von dieser Kooperation profitieren und flächendeckend eingebunden werden können.

Unsere Verpflichtung dem Ehrenamt gegenüber haben wir bereits im vergangenen Haushaltsplan betont und die Übungsleiterpauschale schon damals von Kürzungen ausgenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 setzen wir hier erneut einen Akzent. Wir wollen die Übungsleiterpauschale auf jährlich 25,3 Millionen DM anheben, und mit den Fort- und Weiterbildungsmitteln von jeweils 15 Millionen DM zusätzlich ergibt sich somit eine jährliche Fördersumme von 40 Millionen DM.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ja, das ist doch was! – Abg. Wieser CDU: Das ist beachtlich!)

Damit gehen wir über das hinaus, was zunächst vorstellbar war, und geben den Vereinen ein hohes Maß an Planungssicherheit. Die Mittel für die Übungsleiter sind somit seit 1996 um 14 % gestiegen.

Für den Vereinsstättenbau und die Beschaffung von Sportgeräten haben wir jährlich eine Summe von 4 Millionen DM im Haushaltsplan angesetzt. Insgesamt zeigt sich auch hier eine steigende Tendenz von ursprünglich 28,1 Millionen DM auf jetzt 32,1 Millionen DM jährlich. Dies bietet die Gewähr, den bestehenden Antragstau von 63 Millionen DM zügig abbauen zu können. Den Vereinen, die erfreulicherweise eine Expansion ihrer Mitgliederbewegung zeigen, werden somit weitere Möglichkeiten eröffnet, eine zielgerichtete Sport- und Jugendpolitik zu betreiben.

Ebenfalls im Aufwärtstrend liegen unsere Maßnahmen für den Bau von Sportschulen, die wir mit jeweils 9,7 Millionen DM jährlich fördern wollen, und unsere Maßnahmen beim Leistungssport, dem wir jährlich eine weitere Million und damit insgesamt pro Haushaltsjahr 27,8 Millionen DM zuführen wollen.

Die Situation der laufenden Leistungssportförderung ist angespannt, da jährliche Tarifsteigerungen im Bereich der Trainervergütung aufgefangen werden müssen. Daneben stehen weitere dringliche Projekte an. Für die CDU hat Leistung noch einen hohen Stellenwert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Daher stärken wir auch im Gegensatz zu Rot-Grün dem Leistungssport den Rücken; die Bundesregierung hat ja die Mittel für den Leistungssport in ihrem Sparhaushalt um 8,2 Millionen DM gekürzt.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das stimmt doch überhaupt nicht! Das Gegenteil ist der Fall, Frau Stanienda! Wenn Sie die Zahlen nicht lesen können, brauchen Sie darüber nicht zu reden!)

Damit beweist sie, welche Reverenz sie dem deutschen Leistungssport zollt. Das können Sie überall nachlesen. Dies alles passt ins olympische Jahr.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Pro Jahr sind es 15 Millionen DM mehr im Haushalt!)

Die CDU hat mit dem Haushaltsansatz der wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung des Sports und der erfreulichen Entwicklung im Vereinssport Rechnung getragen. Rot-Grün dagegen hat durch die Erhöhung der Energiesteuern, für die sie laufend weitere Erhöhungen ankündigt, die Vereine, deren Mitglieder und Helfer geschädigt. Sie verteuert somit die Fahrten zu Training, Wettkämpfen und Fortbildung.

(Abg. Wieser CDU: Sie erdrosselt sie! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rudolf?

Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Bitte.

Abg. Christine Rudolf SPD: Frau Stanienda, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass im Bundeshaushalt seit diesem Jahr für den Leistungssport jährlich 15 Millionen DM mehr enthalten sind?

(Zuruf von der SPD: Aha! – Abg. Wieser CDU: Das ist die Hälfte der Energiesteuererhöhung! – Abg. Zeller SPD: Zusätzlich zu euch! – Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU – Unruhe)

Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Nach meinen Informationen, die stimmen – –

(Abg. Zeller SPD: Falsch informiert!)

– Wir sind nicht falsch informiert. Sie haben im Sparhaushalt gekürzt; das ist ganz eindeutig. Das kann ich Ihnen nachweisen.

(Abg. Zeller SPD: Man hat Ihnen etwas Falsches aufgeschrieben, das ist ein bisschen Pech!)

Ich mache Ihnen einen Gegenvorschlag:

(Abg. Wieser CDU: Die fördern nur die großen Unternehmen und die großen Sportveranstaltungen!)

Gehen Sie mit uns den Weg, den Risikostrukturausgleich wegzubekommen. Dann haben wir hier im Land so viel Geld, dass wir alles fördern können, was wir wollen.

Mit der Energiesteuer, die ich angesprochen habe, verteuern sich die Fahrten zu Training, Wettkämpfen und Fortbil-

(Dr. Eva Stanienda)

dung. Sie verteuert die Zusatzkosten für Sportanlagen und trifft die ehrenamtliche Tätigkeit in den Vereinen und die Jugend.

Die Neuregelung der 630-DM-Jobs hat die Vereine in unerhörtem Maße belastet,

(Abg. Capezzuto SPD: A wa! – Abg. Dr. Birk CDU: Ach, Mario! – Abg. Capezzuto SPD: Das stimmt doch nicht!)

sodass ein Drittel der Übungsleiter die Arbeit hingeschmissen hat. Rot-Grün ist auch nicht bereit, den Vereinen die Sozialversicherungspflicht zu erlassen.

Die Sportförderung im Land dagegen bewegt sich seit 1997 stetig im Aufwärtstrend. Die Mittel in unserem Haushaltsansatz liegen in dem Doppelhaushalt, der jetzt ansteht, bei insgesamt 196 Millionen DM jährlich. Dies ist ein bedeutender Beweis für die Glaubwürdigkeit der Ehrenamtsförderung durch die CDU.

Ich möchte mich abschließend im Namen der CDU bei allen ehrenamtlichen Helfern im Sport für ihre große Einsatzbereitschaft und ihren Idealismus aufrichtig bedanken und sie bitten, weiterzumachen. Wir brauchen sie.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser und Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. König.

(Abg. König REP fallen einige Papiere zu Boden. – Abg. Dr. Birk CDU: Oje! Kaum steht König auf, schon fliegt ihm alles um die Ohren! – Abg. Seimetz CDU: Herr König, schon wieder? – Abg. Dr. Birk CDU: Ein König zu viel!)

Abg. König REP: Das ist schon gut. Ich habe mir ein bisschen Redezeit für den Sport aufgehoben.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin eigentlich überrascht, dass der Gepflogenheit früherer Haushaltsberatungen heute nicht gefolgt wird, zum Einzelplan 04 zwei Rederunden durchzuführen. Ich habe meine Zeit deshalb so eingeteilt, dass ich jetzt auch noch etwas zum Sport sagen kann.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, die Kollegin Stanienda von der Regierungskoalition stellt natürlich alles sehr positiv dar, indem sie sagt: „Wir haben im Sportbereich erhöht, erhöht, erhöht.“

(Abg. List CDU: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, das stimmt, aber das ist relativ.

(Zuruf des Abg. List CDU)

1996 hatten nämlich der Sport und die anderen Destinatäre von Geldern aus dem Wettmittelfonds 25 % Aderlass. Das muss man einfach so sehen.

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

Man hat damals versprochen, den Anteil des Sports am Wettmittelfonds wieder auf die ursprünglich für den Sport vorgesehenen 154 Millionen DM bzw. die früher aus dem Wettmittelfonds insgesamt zu verwendenden 350 Millionen DM aufzustocken.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Das ist bis jetzt nicht geschehen, obwohl dieser Landtag von Baden-Württemberg dieses Versprechen gegeben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Deuschle REP: Ja, richtig!)

Wir haben jetzt die Situation, dass wir erstens im Steuerbereich und zweitens insbesondere bei den Zweckerträgen der Toto-Lotto GmbH Mehreinnahmen haben. Ich erinnere auch noch einmal an die Einführung der Oddset-Wette. Sie war von vielen Rednern hier daran geknüpft, dass damit die Erträge erhöht werden und man beim Wettmittelfonds den alten gedeckelten Betrag von 1996 in Höhe von 350 Millionen DM, sprich 154 Millionen DM für den Sport, wieder erreicht.

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

Wir haben jetzt, wenn wir in den Haushaltsplan schauen, Zweckerträge – der Begriff „Zweck“; na ja – von etwa 520 Millionen DM jährlich für die Jahre 2000 und 2001, meine Damen und Herren.

(Abg. Rückert CDU: Das ist doch nicht schlecht!)

Die vorgesehene Erhöhung bedeutet für den Sport, dass er in diesem Jahr 130 Millionen DM und im nächsten Jahr 133 Millionen DM erhält. Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen: Diese Beträge stehen den 154 Millionen DM vor 1996 gegenüber.

(Abg. Köberle CDU: Das stimmt doch nicht!)

Meine Damen und Herren, wir müssen auch zu unserem Wort stehen.

(Abg. Rückert CDU: Ehrenwort! – Abg. Deuschle REP: Ja! – Abg. Rapp REP: Auch zum Ehrenwort!)

Wir haben über 3,5 Millionen Bürger in Baden-Württemberg, die Sport treiben und die in Vereinen sind. Wir haben, wenn ich das richtig weiß, 17 000 Vereine, die darauf warten, dass sie die nötige Unterstützung vom Land erhalten. Bei Sonntagsreden wird das Ehrenamt immer hochgehalten, und auch hier im Haus wird das Ehrenamt immer wieder beschworen. Dann sind wir aber auch in der Schuld und in der Verpflichtung, dieses Ehrenamt so zu unterstützen, dass die betroffenen Personen und Vereine existieren können.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir haben deshalb noch einmal den Antrag eingebracht – der allerdings erst beim Einzelplan 12 beraten wird –, den Wettmittelfonds wieder auf diesen alten Deckel von 1996 von insgesamt 350 Millionen DM anzuheben und die Zweckerträge zweckgerichtet wieder in den Wettmittelfonds einzuführen, damit dem Begriff „Zweckerträge“ in

(König)

der Tat auch etwas Genüge getan wird. Am Wettmittelfonds ist der Sport mit 44 % beteiligt, die Kultur mit 45 % und der soziale Bereich mit 11 %. Heute Morgen, als der Einzelplan 14 beraten wurde, wurde dieses Thema nur gestreift. Auch hier können Sie mit der Zustimmung zu unserem Antrag die nötigen Finanzmittel einbringen, damit auch im kulturellen Bereich nicht alles den Bach runtergeht.

Danke.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beraten den Doppelhaushalt 2000/2001. Wer die ersten Jahre eines neuen Jahrzehnts mit Blick auf politische Prioritäten und finanzielle Rahmenbedingungen berät, tut gut daran, auch einen kurzen Blick auf die vergangenen zehn Jahre zu werfen. Wer das in wenigen Sätzen tut, der stellt fest: In Baden-Württemberg haben wir in diesen gesamten zehn Jahren den Versuch gemacht, beides miteinander zu verbinden: zu sparen und zu investieren.

Was mein Ressort angeht, so haben die Schulen, so hat der Sport, so haben viele mitgeholfen, dass wir jenen Teil des Generationenvertrags einhalten, der da lautet: Es gibt so etwas wie Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Diese besteht darin, dass die, die jetzt handeln, so handeln, dass die, die nach ihnen kommen, auch noch handeln können. Auch das ist Generationenvertrag.

(Beifall bei der CDU)

Investieren in Bildung und Erziehung heißt, ein besonderes Segment des Generationenvertrags zu berücksichtigen, dass nämlich die jeweils nächste Generation einen Anspruch darauf hat, dass die, die vorangegangen sind, ihnen sagen, was trägt, was wichtig ist und was – das war unsere Überzeugung – Bildungspolitik zur Priorität der Landesregierung macht.

In diesen Jahren – ich glaube, das kann ich für Frau Schultz-Hector genauso sagen wie für mich –

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Da war doch noch jemand in den zehn Jahren!)

– seine Amtszeit als Kultusminister war am Beginn der zehn Jahre gerade vorbei –

(Abg. Wieser CDU: Roman Herzog zum Beispiel!)

haben wir immer gesagt: Für die Bildungspolitik ist auch ein Stück Gemeinsamkeit unter den demokratischen Parteien bedeutsam.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Auch bei der Finanzpolitik!)

In der Bildungspolitik geht es nicht nur ums Zanken auf dem Rücken junger Menschen, sondern wir brauchen auch einen gemeinsamen Fundus an Überzeugungen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Deshalb war meine Überzeugung immer und die von Frau Schultz-Hector genauso: Es ist überhaupt nicht pflichtensprechend, wenn zuständige Minister in diesem Ressort die Dinge schönreden. Damit schneiden sie sich nur ins eigene Fleisch. Wir wollen nämlich die nötigen Mittel für unsere Schulen. Deshalb reden wir nicht schön,

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Das haben Sie aber lange Zeit gemacht, bis Weihnachten!)

sondern differenziert. Wir sagen, was gut ist, und wir sagen, was schwach ist.

In all diesen Jahren gab es in Baden-Württemberg keinen bildungspolitischen Stillstand, meine Damen und Herren.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Es gab einen sparsamen Umgang mit Ressourcen und eine hohe Qualität unserer Schulen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich erwarte nicht, dass Sie als Opposition das anerkennen. Aber viele in unserem Land und weit darüber hinaus erkennen es an, übrigens auch manche SPD-Kollegen in anderen Ländern, mit denen ich viel näher zusammen bin als mit Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Im Gegensatz zu Ihnen bin ich aber in der Schule drin! – Abg. Christine Rudolf SPD: Was ist denn das für eine Aussage?)

– Seien Sie doch nicht so aufgeregt.

Jetzt kommen wir zur Sache und gehen die Themen durch, die bei diesen Finanzberatungen eine Rolle gespielt haben, und die Themen, die in der aktuellen bildungspolitischen Debatte eine Rolle spielen.

Einige von Ihnen sind darauf eingegangen, und ich will es deshalb auch tun: Was wir heute in der Zeitung zum Thema „Gewalt am Tatort Schule“ lesen, ist nicht identisch mit Gewalt in der Schule. Dies ist kein rhetorisches Brimborium. Auf diese Unterscheidung lege ich großen Wert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Richtig!)

Der Kollege Braun, der Vorsitzender der Jugendenquêtekommission war – er ist gerade nicht da –, hat noch vor ungefähr einem Jahr gesagt, dass die Polizeikriminalstatistik im Blick auf das Thema „Gewalt in der Schule“ ein untaugliches Instrument sei

(Abg. Christine Rudolf SPD: Richtig!)

und wir andere Instrumente bräuchten. Deshalb rate ich uns sehr, das, was an Daten vorliegt, zunächst einmal daraufhin auszuwerten, welcher Aussagewert für die Schule und für uns darin überhaupt liegt. Tatsache ist, dass wir bundesweit von etwa 1 % gewaltbereiter Schüler und Schülerinnen ausgehen. Wer die gegenwärtigen Zahlen heranzieht, käme auf 0,25 %, wobei es mir widerstrebt, die Frage der Bedeu-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

tung von Gewaltbereitschaft in einer Gesellschaft wieder an statistischen Daten festzumachen.

(Abg. Seimetz CDU: Richtig! – Abg. Dr. Puchta SPD: Sehr richtig!)

Zweitens: Die Frage von Gewaltbereitschaft und ihrer Ursachen lässt sich erst in dem Moment wirklich bearbeiten, in dem wir die Statistik über die Opfer, über die Gewalterfahrung von jungen Menschen haben. Wir wissen, dass Gewalterfahrung, das Opfer von Gewaltbereitschaft Erwachsener zu sein, eine viel weiter verbreitete Erfahrung junger Menschen ist als die eigene Gewaltbereitschaft.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Da stehen Sie aber im Widerspruch zu Ihrer Fraktion!)

Deswegen sage ich auch an die, die die Daten erhoben haben, dass es gut und eigentlich auch im Sinne der öffentlichen Debatte über Gewalt ist, wenn man Daten, die man erhebt, mit denen bespricht, die sie angehen – das sind unter anderem unsere Schulen –, wenn man klarstellt: Es gibt nicht einfach eine steigende Gewaltbereitschaft in den Schulen, sondern auf dem Gelände von Schulen. Deshalb werden wir das tun, was wir in den vergangenen Jahren kontinuierlich getan haben, nämlich die Zusammenarbeit zwischen Innenministerium, Sozialministerium und Kultusministerium im Blick auf kontinuierliche Maßnahmen zur Gewaltvorbeugung, zur Prävention auszubauen.

Wir werden zweitens – ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist – in diesem Bereich nicht allein Lehrerfortbildung betreiben, sondern auch Eltern einbeziehen.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ja! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Wir werden die Jugendreferenten der Polizei als gute Partner unserer Schulen weiterhin einladen, und wir werden in den nächsten Jahren, liebe Frau Rudolf, ganz gewiss mehr Schulsozialarbeit brauchen. Die Jugendenquête hat einen ersten Ansatz geliefert. Er ist in den Fraktionen doch unbestritten. Aber Sie wissen genauso gut wie ich, dass allein mit dem Thema Schulsozialarbeit nicht schon eine Antwort im Bereich von Gewalt gegeben ist.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal sehr dezidiert: Ich werde nicht zulassen, dass der Eindruck entsteht, unsere Schulen seien Horte der Gewalt inmitten einer ansonsten friedlichen Gesellschaft. Das dürfen wir nicht zulassen,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

das ist Diffamierung einer ganzen Generation.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Ja!)

Deshalb bitte ich fraktionsübergreifend: Lassen Sie uns dieses Thema nicht zum Zankapfel zwischen uns machen. Hier sollten wir gemeinsam arbeiten und auch gemeinsam junge Menschen vor Klischees, die nicht in Ordnung sind, bewahren.

Ein weiteres Thema: In den letzten zehn Jahren ist im Bildungswesen – das wird für die nächsten zehn Jahre noch

ganz verstärkt gelten – das Stichwort Internationalisierung bedeutsamer geworden. Wir stehen mit unseren Schulen nicht mehr allein in einem nationalen oder regionalen Wettbewerb, wir stehen längst in einem internationalen Wettbewerb. Zukunftschancen der jungen Generation heißt: Chancen schaffen in einem internationalen Wettbewerb. Deshalb haben wir das Euregiolehramt eingerichtet. Das mögen Sie jetzt auch wieder nicht gut finden. Das habe ich auch nicht anders erwartet. Immer, wenn Sie etwas vielleicht gut finden könnten, erwähnen Sie es lieber gar nicht.

(Abg. Zeller SPD: Habe ich etwas dagegen gesagt? – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Aber es ist einzigartig. Das gibt es an zwei Pädagogischen Hochschulen. Ich bin davon überzeugt: Das wird nicht allein dem Fremdsprachenlernen, sondern auch dem zweisprachigen Lehren und Lernen zugute kommen, und das ist ein wichtiger Schritt zur Internationalisierung unseres Bildungswesens.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wer mehr zweisprachiges Lernen will, muss die Fremdsprache in die Grundschule bringen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Aber rechtzeitig!)

– Ja, aber erst muss man Lehrer ausbilden und dann den anderen Schritt machen. So ist es immer noch.

Deshalb sagen wir: Auch in Zeiten, wo das finanziell nicht leicht sein wird, führen wir die Fremdsprache ab Klasse 1 ein; aber wir führen sie so ein, dass es solide ist, dass die Lehrer und Lehrerinnen gut vorbereitet sind, dass die Frage Englisch oder Französisch geklärt ist, und es ist keine Frage, dass wir nicht eine Fremdsprache ab Klasse 1 und nur Englisch einführen werden, sondern Französisch, die Sprache unserer Nachbarn, hat in diesem Land eine hohe Bedeutung, und die behält sie.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Sie haben es doch für 2001 angekündigt!)

Wir müssten doch verrückt sein, wenn wir jetzt mit einer neuen Maßnahme hinter dem zurückfielen, was wir mit dem Programm „Lerne die Sprache des Nachbarn“ erreicht haben. Nur, lieber Herr Zeller, wenn mich jetzt jeden Tag irgendjemand fragt, wie denn das Konzept genau aussehe, kann ich nur sagen: Das sage ich dann, wenn es fertig ist, wenn die Finanzierung geklärt ist und wir wissen, wie es geht. So geht Politik,

(Abg. Capezzuto SPD: Vorhin haben Sie von Gemeinsamkeit gesprochen!)

nicht Schlagzeilen produzieren, sondern mit Konzepten dann hinausgehen, wenn man fertig ist. Genau das tue ich.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Wer produziert denn Schlagzeilen? Sie haben gesagt, 2001 wollten Sie es einführen! Wo ist das Konzept? Wir wollen wissen, wie Sie es machen!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

– Das werden Sie sehen. Welches Datum haben wir heute?
3. Februar 2000.

(Abg. Zeller SPD: Aber was machen Sie im Januar 2001? Da ist der Fremdsprachenunterricht angekündigt! – Abg. Dr. Puchta SPD: Wir machen nicht alles anders, aber alles besser!)

– Ein Kultusminister Zeller würde das alles anders machen. Das mag ja sein. Aber warten Sie jetzt ab.

(Lebhafte Unruhe)

Dritter Punkt: das Thema Medien. Herr Maurer hat schon vor ein paar Wochen gesagt, dass die Niederlande jetzt unser großes Vorbild seien. Der Ausschuss war in den Niederlanden, und jetzt sind Sie informiert

(Abg. Dr. Puchta SPD: Reisen bildet!)

– jawohl – und bringen Ihre Vermerke. Wir wussten allerdings auch schon vorher, dass die so weit sind. Dafür hätte man gar nicht hinfahren müssen.

(Abg. Zeller SPD: Aber Sie haben nichts daraus gelernt! – Abg. König REP: Ich war auch dabei und habe nicht so viel Gutes gesehen!)

Sie wissen doch, dass Baden-Württemberg mit Beginn dieser Legislaturperiode gesagt hat: Wir werden eine Medienoffensive auf den Weg bringen, die beides miteinander verbindet: Technik und Ausstattung einerseits, pädagogische Entwicklung andererseits. Sie wissen, dass in keinem Land der Bundesrepublik Deutschland so viele Lehrer – –

(Abg. Christine Rudolf SPD: Hören Sie doch auf!)

– Nein, ich höre überhaupt nicht auf.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Was soll das denn?)

In keinem Land ist die Lehrerfortbildung im Bereich der neuen Medien so weit wie bei uns.

(Abg. Zeller SPD: Spitze, das wissen wir! Diese Platte kennen wir!)

– „Spitze“ haben Sie gesagt. In keinem anderen Land gibt es 1 600 innovative Schulprojekte, die sich darum bemühen, dass die pädagogische Entwicklung der technischen Entwicklung entspricht. Sonst ist das Ganze pädagogisch überhaupt nicht angemessen und wertvoll.

(Abg. Zeller SPD: Schauen Sie einmal nach Nordrhein-Westfalen!)

Jede Schule hat den multimedialfähigen PC, und die Zahl der Computer in unseren Schulen ist dank vielfältiger Initiativen und kommunaler Investitionen und der Medienoffensive des Landes deutlich gestiegen. Es ist ja wahr: In Kalifornien und in den Niederlanden und übrigens auch in Singapur gibt es mehr Computer als in Deutschland.

(Abg. Zeller SPD: NRW macht mehr als Baden-Württemberg! – Abg. Wieser CDU: Dort gibt es mehr Flugzeuge!)

– In Nordrhein-Westfalen gibt es überhaupt nicht mehr Computer, und pädagogisch läuft gar nichts, und die Lehrerbildung läuft schief.

(Abg. Zeller SPD: Das ist Ihre Behauptung! Wir widerlegen sie! – Abg. Brechtken SPD: Frau Minister, wie ist es in Bangladesch?)

Meine Damen und Herren, ich will damit nur sagen, dass wir einen Grundstock gelegt haben, der hohe Akzeptanz hat. Ich sage Ihnen aber auch: Je mehr Technik wir in unsere Schulen bringen, desto mehr brauchen wir Musik, Kunst, Theater und Literatur. Die Technik allein macht keine Pädagogik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Dann gab es in den vergangenen zehn Jahren

(Abg. Christine Rudolf SPD: Und Ergänzungsunterricht?)

– darauf komme ich auch gleich, eines nach dem anderen, Frau Rudolf – eine Reihe pädagogischer Weiterentwicklungen, wo Sie sich jetzt entscheiden müssen. Wenn ich einmal Revue passieren lasse, was Sie mir in den letzten Wochen und Monaten alles gesagt haben, dann bin ich immer entweder dem einen zu langsam oder dem anderen zu schnell. Ein Tempo zu finden, das Ihnen gerade passt, wird mir nie gelingen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Die goldene Mitte!)

Aber ich bemühe mich auch nicht darum.

(Abg. Brechtken SPD: Frau Minister, wir trainieren einmal miteinander! Dann lernen Sie das!)

Interessant ist ja nicht nur, was jemand sagt, sondern auch das, was er nicht sagt.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Stimmt, das haben wir inzwischen gelernt!)

Es ist das erste Mal, dass Herr Zeller nicht auf das achtjährige Gymnasium eingegangen ist,

(Zurufe von der SPD)

weil Bundeskanzler Schröder nämlich plötzlich für das Abitur nach zwölf Jahren ist.

(Anhaltende Unruhe)

Er empfiehlt auf dem Bildungskongress der SPD – neben einigen anderen CDU-Ideen – unter anderem, dass Schüler und Schülerinnen in Deutschland die Wahl zwischen dem Abitur nach 12 oder nach 13 Jahren haben müssen. In diesem Punkt gebe ich dem Bundeskanzler Recht.

(Abg. Wieser CDU: Er hat verstanden! – Abg. Seimetz CDU: Zeller noch nicht!)

Mit Blick auf unsere Schulen rate ich uns, zu überlegen, ob man den Schulanfang auf neuen Wegen, die jetzt über 400 Grundschulen in Baden-Württemberg gehen, eigentlich

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

wirklich so einfach ignorieren kann. Die einen sagen „Chaos“, die anderen tun so, als sei das gar nichts.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben eine deutliche Reduzierung der Rückmeldezahlen. Wir haben eine Menge pädagogischer Innovationen, die damit verbunden sind. Über die Landesgrenzen hinaus wird das mit Blick auf die bedeutende Stellung des Schulanfangs als ein richtiger Weg definiert. Ich finde, in unseren Schulen ist in diesem Zusammenhang viel geleistet worden. Der Schulanfang auf neuen Wegen ist weder Chaos noch Aussitzen. Er ist die adäquate Antwort auf einen viel zu späten Schulbeginn in Deutschland. Da sind wir führend, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zweiter Punkt, zur pädagogischen Weiterentwicklung und zu dem Spruch „Integrieren statt aussondern, versöhnen statt spalten“: Das hat Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen 25 Jahre lang gesagt: versöhnen statt spalten.

(Abg. Zeller SPD: Das gilt immer noch!)

Das ist ein ganz wichtiges gesellschaftspolitisches – –

(Abg. Zeller SPD: Sind Sie dagegen?)

– Kann ich den Satz zu Ende bringen? – Das ist ein ganz wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen.

(Abg. Zeller SPD: Ja, also!)

Darüber brauchen wir uns überhaupt nicht zu streiten.

(Abg. Zeller SPD: Man braucht über vieles nicht zu streiten!)

– Worüber wir streiten, ist, dass Sie unentwegt wieder die alte Platte auflegen

(Abg. Dr. Birk CDU: Mit denselben Kratzern in der Rille! – Abg. Christine Rudolf SPD: Seit wann ist ein gesellschaftlicher Konsens eine alte Platte?)

und erklären, ich betriebe Begabtenförderung, aber keine Benachteiligtenförderung.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

– Das ist nicht wahr, Frau Bregenzer, das ist überhaupt nicht wahr. Benachteiligtenförderung und Begabtenförderung sind zwei Seiten derselben Medaille. Das gehört zusammen.

(Beifall bei der CDU)

Die bildungspolitische Erfahrung der letzten Jahre in Deutschland zeigt: Wer das eine nicht kann, kann auch das andere nicht.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

In Ländern, in denen für die Begabtenförderung nichts getan wird, wird auch für die Benachteiligtenförderung nichts getan – und umgekehrt.

Sie selbst zitieren immer wieder die bundesweite Statistik, wonach Baden-Württemberg im Sonderschulbereich auf Platz 1 sei. Ist das ein Zeichen für Aussondern? Ist das ein Zeichen für Spalten? Das ist ein Zeichen dafür, dass Benachteiligtenförderung und Begabtenförderung zusammengehören und dass wir beides tun, weil beides Prüfsteine für die Leistungsfähigkeit und die Humanität eines Bildungswesens sind.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Ich finde, wir sollten bei der Wahrheit bleiben, was die Unterrichtsversorgung im Bereich der Sonderschulen angeht. Sie haben eben wieder gesagt, die ganze Statistik sei nichts wert, weil die Stunden nicht aufgenommen seien, die – im Unterschied zur Stundentafel – von vornherein nicht vorgesehen sind. Aber Sie nennen natürlich nicht die Zahlen. Beide Stichproben haben ergeben: Wir haben im Bereich der Sonderschulen einen Unterrichtsausfall von 1,5 %.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ohne strukturellen Ausfall! Jetzt lassen Sie ihn wieder weg!)

– Jetzt versuchen Sie doch nicht immer, meine Sätze zu Ende zu bringen.

(Abg. Behringer CDU: Frau Rudolf, hören Sie doch erst einmal zu!)

Ich schaffe es alleine.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben ein strukturelles Defizit von 2,4 %. Das ist die Differenz, von der Sie immer sprechen. Wenn ich 2,4 % und 1,5 % zusammenzähle, komme ich auf 3,9 %. Bei einem bundesweiten Vergleich der Unterrichtsversorgung stehen wir auf Platz 1. Auch an den 3,9 % arbeiten wir. Aber wer mir diese 3,9 % als dramatische Bildungsmisere an den Sonderschulen vorwirft, ist weltfremd, Herr Zeller. Auch das gehört zur Wirklichkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Christine Rudolf SPD: Warum glaubt Ihnen das denn niemand mehr?)

Ganz ähnlich ist es übrigens mit dem beruflichen Schulwesen. Eigentlich haben wir darüber im Laufe des letzten Jahres stundenlang im Schulausschuss diskutiert. Wenn nicht so viel Publikum dabei ist und wenn wir unter uns sind, weiß jeder und gibt auch jeder zu: Baden-Württemberg hat in den Berufsschulen 13 Wochenstunden

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die gar nicht erteilt werden!)

im Soll. Das hat niemand sonst. Als der baden-württembergische Ministerpräsident einmal versucht hat, seine Kollegen darauf zu verpflichten, gemeinsam zu gewährleisten, dass acht Stunden gegeben werden, haben ihm einige sozialdemokratische Kollegen gesagt, dass sie das nicht zusagen können, weil sie das finanziell nicht schaffen. Wir haben 13 Wochenstunden.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wir haben sie doch gar nicht! Das ist doch gar nicht wahr!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

– Frau Bregenzer, wir haben 13 Stunden. Wenn Sie den Unterrichtsausfall und das strukturelle Defizit von 6,4 % zusammenzählen, kommen Sie auf ein Defizit von 10 %. Wenn Sie von 13 Wochenstunden 10 % abziehen, kommen Sie auf über zehn Stunden und somit immer noch auf eine Wochenstundenzahl, die es nahezu nirgends gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bei den beruflichen Vollzeitschulen liegen wir, etwa bei den Technischen Gymnasien, zwischen 34 und 38 Wochenstunden. Deshalb sage ich auch für diesen Bereich: Wir legen zu.

Die zusätzlichen Lehrerstellen werden zu einem großen Teil in unser berufliches Schulwesen gehen, weil Baden-Württemberg für die Qualität seiner beruflichen Bildung überregional bekannt ist. Aber auch hier gilt: Wenn ich 10 % an Unterrichtsausfall akzeptiere, liegen wir noch weit über dem, was in anderen Ländern in die berufliche Bildung investiert wird.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Aber das ist nicht akzeptabel! Das ist doch der Punkt!)

Deshalb sollten Sie alle Zahlen nennen und nicht immer nur die Zahlen, die Ihnen ins Konzept passen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

(Anhaltende Zurufe des Abg. Wintruff SPD, u. a.:
Warum nicht zehn Stunden für alle Berufsschüler?
– Gegenrufe von der CDU: Hier muss man sich melden! – Glocke des Präsidenten)

– Herr Abg. Wintruff, ich hatte die Ministerin gefragt, ob sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller erlaubt. Seien Sie bitte so freundlich und lassen Sie Herrn Zeller sprechen.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Aber dieser Herr heißt doch Wintruff, oder?

Stellv. Präsident Birzele: Ja. Aber er hat nicht das Wort bekommen. Er soll sich dann melden.

(Zuruf von der CDU: Wie in der Schule!)

Abg. Zeller SPD: Frau Ministerin, das Problem ist in der Tat, mit Stichproben etwas auszusagen und mit Einzelbeispielen zu argumentieren. Ich versuche trotzdem, ein Beispiel zu bringen.

(Zurufe von der CDU: Frage!)

Frau Ministerin, ist Ihnen der folgende Inhalt des Schreibens der IHK-Bezirkskammer Esslingen der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart bekannt? Ich zitiere auszugsweise:

In den Klassen des Elektrobereichs ist der Technologieunterricht seit den Sommerferien

– das gilt für dieses Schuljahr im Übrigen –

um über 50 % reduziert. In diesen Klassen war auch bereits ein starker Unterrichtsausfall in den vergangenen Jahren zu verzeichnen. Statt den im Stundenplan vorgesehenen acht Stunden werden häufig nur sechs Stunden unterrichtet. Des Öfteren werden nur halbe Schultage abgehalten.

Ich könnte dies auch noch für den Metallbereich zitieren und auf andere Bereiche ausdehnen. Es wird hier sehr genau darauf hingewiesen, was alles ausfällt. Das kann doch wohl nicht nur zufällig sein.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Zeller, erstens ist mir dieser Brief bekannt. Das ließe sich übrigens mit vielen Briefen fortsetzen; ich kann für Sie noch einige hinzufügen.

Zweitens haben Sie selbst gesagt, dass wir Situationen haben – das liegt in der Natur einer Stichprobe –, die nicht im Mittelwert der Stichprobe liegen, sondern darunter oder darüber.

Sie wissen auch, dass wir im Bereich der beruflichen Bildung – Sie haben das Stichwort Technik genannt – darüber hinaus Sonderprobleme haben, weil es momentan schwierig ist, für Spezialbereiche Lehrpersonal zu finden.

Diese Beispiele ändern nichts an der Gesamtversorgung. Ich habe eben schon einmal gesagt: Für das nächste Schuljahr wie für die folgenden Schuljahre werden wir dafür Sorge tragen, dass ein Großteil der neuen Lehrerstellen in den Bereich der beruflichen Bildung geht, wie wir übrigens im nächsten Schuljahr 2000/2001 erstmals erreichen, dass die Zahl der neuen Lehrereinstellungen exakt dem Schüleranstieg entspricht, und das haben wir mit einer enormen Kraftanstrengung geschafft. Das ist eine Trendveränderung für alle Schularten.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Sind Sie mit der Beantwortung der Anfrage des Herrn Abg. Zeller fertig?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Wintruff hat sich noch gemeldet. Gestatten Sie die Zwischenfrage?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Bitte schön.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Frau Ministerin, Sie hatten mich gebeten, meinen Zwischenruf in eine Zwischenfrage umzuwandeln. Das will ich hiermit gern tun.

(Abg. Göbel CDU: Hätte nicht sein müssen! – Heiterkeit)

Ich möchte Sie gern fragen, ob es dabei bleibt, dass Sie den Pflichtstundenteil der Berufsschule mit 13 Stunden bewerten und dass Sie dann auch zugeben müssen, dass der

(Wintruff)

Unterrichtsausfall bei Berufsschulen – und ich rede wohlgermerkt von den Teilzeitschulen – bei weit über 10 % liegt, nämlich derzeit bei etwa 13 %.

Als Zweites möchte ich fragen, ob Sie auch davon Kenntnis haben, dass Sie selbst seit Jahren in den Organisationserlass hineinschreiben, dass Berufsschulklassen nicht mit unter zehn Wochenstunden beschult werden sollen. Trotzdem nehmen Sie es Jahr für Jahr hin, dass wir weiterhin Hunderte von Klassen haben, die unter zehn Stunden beschult werden. Sie selbst haben dies erst vor wenigen Tagen auf einen parlamentarischen Antrag, der sich auf die Region Stuttgart und ihre Berufsschulen bezog, geantwortet.

Ich frage Sie: Wann werden Sie diesem misslichen, ja untragbaren Zustand endlich ein Ende machen?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Wintruff, wir haben im Schulausschuss zigfach darüber gesprochen, was zum Beispiel Gründe sind, warum in einem großen beruflichen Schulzentrum in der Verteilung zwischen Teilzeit und Vollzeit Situationen entstehen, die ich nicht für richtig halte. Aber dann müssen wir über die 38 Stunden im Technischen Gymnasium sprechen, dann müssen wir über die Berufsschulen mit 16, 17 Wochenstunden sprechen.

(Abg. Wintruff SPD: Handeln!)

Ich rate uns, im Schulausschuss mit Beispielen zu arbeiten, und dann reden wir über die Verteilung der Ressourcen im beruflichen Schulwesen, dann reden wir auch mal mit Ihren Kollegen Schulleitern darüber, warum sie bestimmte Verteilungen für richtig halten und was mit wem abgesprochen ist. Wir tun es unentwegt, und wir können es gern weiter tun. Legen Sie mir im Schulausschuss die Beispiele vor, bei denen Sie davon überzeugt sind, dass die Verteilung von Ressourcen in einem beruflichen Schulzentrum so nicht richtig ist.

Jetzt komme ich zum nächsten Thema. Das Gymnasium habe ich angesprochen. Die zwölfjährige Schulzeit bahnt sich jetzt langsam als konsensfähig an. Das empfinde ich schon als einen Fortschritt. Ich bin davon überzeugt: Auch bei der gymnasialen Oberstufe werden wir mehr Konsens erreichen, als manche denken. Denn die Oberstufe des Gymnasiums in ihrer jetzigen Form ist altmodisch. Sie war vor 25 Jahren richtig und ist heute so nicht mehr richtig. Deshalb brauchen wir eine Weiterentwicklung, bei der erstens die Stärken der Schwerpunktbildung erhalten bleiben, bei der zweitens die Naturwissenschaften gestärkt werden, bei der drittens ein System gefunden wird, das inhaltliche und didaktische Innovationen zulässt, und wir brauchen viertens eine Stabilisierung von Kernkompetenzbereichen.

Ich bin davon überzeugt: Wir werden ein zukunftsfähiges Modell hinbekommen, und wir werden im Übrigen nicht die Einzigsten bleiben. Andere werden es genauso machen, und das bedeutet für das Gymnasium einen wichtigen Schub zur Stabilisierung von Qualität.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe eben gesagt: So viel Technik in die Schule kommt, so viel brauchen wir auch musische Erziehung.

Und deshalb will ich im Blick auf den Ergänzungsbereich noch einmal darauf eingehen. Ich habe zu keinem Zeitpunkt geäußert, dass der Ergänzungsbereich – der eine Erfindung der Achtzigerjahre ist, als Schülerzahlen noch um ein Drittel zurückgingen und der geniale Kultusminister Mayer-Vorfelder alle Lehrer vor dem Weggehen bewahrt hat – im Laufe der letzten zehn Jahre auch zurückgefahren worden ist. Müssen an einem Gymnasium sechs, acht Stunden für Schacharbeitsgemeinschaften zur Verfügung stehen? Sind Sie wirklich der Meinung, dass das eine unbedingt notwendige Grundausrüstung von Schule ist?

(Zuruf: Das ist ja populistisch!)

– Nein, das ist nicht populistisch, sondern das ist eine notwendige Rückfrage.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Schachfeindliche Ministerin! Schach ist ein Volkssport!)

– Na ja. Wir haben in Baden-Württemberg, Stand heute, bei insgesamt 4 000 Schulen 3 000 Chöre und Singgruppen, wir haben 3 000 Instrumentalgruppen, also allein im Bereich der Musik 6 000 Gruppen an 4 000 Schulen. Dabei habe ich noch nicht das Theater mitgerechnet. Ich habe auch noch viele andere Maßnahmen nicht mitgerechnet. Deshalb hören Sie bitte auf, so zu tun, als gebe es in Baden-Württemberg keinen Ergänzungsbereich.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, entschuldigen Sie: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Zeller, bitte.

Abg. Zeller SPD: Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass das Profil der Hauptschule als weiterführende Schulart vor allem auf dem ergänzenden Bildungsangebot basiert? Ist Ihnen bekannt, dass genau dieses EBA aus dem Ergänzungsunterricht gespeist wird? Ist Ihnen bekannt, dass genau in diesem Bereich erhebliche Kürzungen erfolgt sind?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ist Ihnen, Herr Zeller, bekannt, dass wir eigentlich seit einigen Jahren schon der Überzeugung sind, dass die Profilierung der Hauptschule über dieses Stichwort EBA von vielen nicht als wirklich gelungener Weg empfunden wurde

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Seimetz CDU: Jawohl!)

und wir deshalb im IMPULSE-Hauptschule-Programm einen anderen Weg gehen, der mit Praxistagen zu tun hat, der mit anderen Formen zu tun hat? Deshalb ist es wahr, dass das, was eine Zeit lang EBA war, zurückgefahren worden ist, und es ist ebenso wahr, dass wir neue Konzepte haben, die in unseren Hauptschulen akzeptiert sind, und dass der Ergänzungsbereich Stück um Stück wieder aufgebaut wird, auch und gerade in den Hauptschulen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Damit komme ich noch einmal zur verlässlichen Grundschule. Wir haben darüber hier im Parlament gestritten. Wir haben unterschiedliche Konzepte. Wir haben die Gründe für unser Konzept genannt, Sie haben die Gründe für Ihr Konzept genannt. Es hat doch überhaupt keinen Sinn, nun ständig wieder zu kommen und zu sagen: „Wir wollen aber so und so viel schaffen.“ Wir haben uns für ein anderes Konzept entschieden.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Gar keines!)

– Das sagen Sie. Das weiß ich ja, das haben Sie schon oft gesagt.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Es ist ein bedarfsorientiertes Konzept. Es ist ein Konzept, welches wir in Übereinstimmung mit den Kommunen zuwege gebracht haben. Es ist ein Konzept, mit dem wir jedenfalls sehr viel rascher als viele andere die Verlässlichkeit in der Grundschule schaffen.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Wenn Sie die 4 % Kernzeitenangebot nennen, dann dürfen Sie nicht nur 4 % Schüler nennen, sondern dann müssen Sie sagen – auch das gehört zur Wahrheit –: An 35 % unserer Grundschulen gibt es ein Angebot. Wir werden in zwei, drei Jahren eine Rechnung machen, und dann werden Sie sehen, dass wir an ungewöhnlich vielen Standorten Verlässlichkeit haben und dass wir zweitens auch Betreuungsangebote geschaffen haben, so, wie es vor Ort leistbar ist und wie es vor Ort gewollt und getragen wird.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Die Leute vor Ort haben Angst, dass überhaupt nichts mehr übrig bleibt!)

Deshalb bin ich dankbar dafür, dass wir gestern noch einmal bestätigt haben, dass es einen Konsens zwischen den kommunalen Landesverbänden und uns gibt, weil es wichtig ist, in dieser Frage Konsens zu haben, weil es wichtig ist, dass Kommunen und Land in dieser Geschichte an einem Strang ziehen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Kommunen haben zugestimmt?)

Meine Damen und Herren, damit komme ich zur Unterrichtsversorgung. Ich will jetzt nicht diese ganze Zahlenlitanei vorlesen. Ich bitte Sie nur: Besorgen Sie sich die neuesten Zahlen der Kultusministerkonferenz, die am 13. Januar veröffentlicht worden sind. Keine CDU-Pressestelle, Kultusministerkonferenz.

Jeder Bildungspolitiker, der diese Statistik in den letzten Jahren ausgewertet hat, weiß, dass wir von den Indikatoren her zunächst eine Grobunterscheidung machen müssen zwischen Flächenländern wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Stadtstaaten. In der Statistik der Kultusministerkonferenz vom 13. Januar 2000 werden Sie feststellen können, dass seit 1995 ohne Unterbrechung bis in diese neueste Statistik hinein Baden-Württemberg im Vergleich aller alten Flächenländer die beste Relation Schüler/Lehrer hat, und zwar für den Bereich der allgemein bildenden Schulen, der beruflichen Schulen und den Schulbereich insgesamt. 17,1

Schüler je Lehrer! Danach kommen Bayern mit 17,8, Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit 17,9, Rheinland-Pfalz mit 18,2 und NRW mit 18,5.

Dann haben Sie in den letzten Wochen unentwegt mit der Statistik zu den Bildungsausgaben operiert.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das ist genau die gleiche Veröffentlichung!)

– Ich komme darauf. – Da gibt es zwei Möglichkeiten: Sie können entweder die Bildungsausgaben von Gemeinden und dem Land zusammenzuziehen, oder Sie können die Bildungsausgaben des Landes pro Schüler nehmen. Wenn Sie die Bildungsausgaben des Landes pro Schüler nehmen, dann liegt Baden-Württemberg mit 831 DM je Einwohner über dem Durchschnitt der alten Flächenländer mit 804 DM. Nur wenn Sie die Investitionen der Gemeinden hinzunehmen, ist es anders. Die Unterschiedlichkeit der Investitionen der Gemeinden in den verschiedenen Ländern ergibt sich unter anderem daraus, ob ich viele kleine Schulen vor Ort im Dorf erhalte, die in dieser Hinsicht für Gemeinden etwas anderes bedeuten als viele große Schulzentren. Also wenn schon Zahlen und wenn schon Statistik, dann bitte auch richtig.

(Zurufe der Abg. Christine Rudolf und Birgit Kipfer SPD – Gegenruf des Abg. Göbel CDU)

– Nein, es sind nicht meine. Liebe Frau Kipfer, das ist die Statistik der Kultusministerkonferenz.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Die versteht das nicht!)

Da ist aber auch eine schlechte Rangfolge für Baden-Württemberg für das Unterrichtsvolumen in der Grundschule ausgewiesen. Ich habe übrigens nie geäußert, dass wir da auf einem der letzten Plätze sind.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Und bleiben!)

– Nein, da bleiben wir nicht, weil wir die Fremdsprache einführen, damit das Unterrichtsvolumen erhöht wird und wir dadurch besser dastehen.

Ich könnte jetzt noch eine Menge Zahlen nennen, aber ich tue das nicht.

(Abg. König REP: Gott sei Dank!)

Aber ich sage: Auch im Ergänzungsbereich, was Ausländerförderung, was Sprachförderung angeht, nennen Sie immer nur Förder- und Vorbereitungskurse, aber nie die Maßnahmen im Berufsvorbereitungsjahr.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Sie nennen nie Förder- und Vorbereitungsklassen, die im Ganzen einen vierfachen Anteil ausmachen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, Herr Abg. Zeller will eine weitere Zwischenfrage stellen.

(Lebhafte Unruhe – Abg. Wieser CDU: Das ist doch keine Fragestunde!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja.

Abg. Zeller SPD: Sie haben eben behauptet, dass Baden-Württemberg bei den Vergleichszahlen der Schüler-Lehrer-Relation an erster Stelle liege. Ist Ihnen der Bericht des Kultusministeriums, Seite 51, bekannt? Ich zitiere wörtlich:

Im überregionalen Vergleich aller Bundesländer einschließlich Stadtstaaten nach der üblichen Messziffer Schüler je Lehrer nimmt Baden-Württemberg einen Mittelplatz . . . ein.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja, das stimmt. Herr Zeller, Sie haben aber gerade selbst „einschließlich Stadtstaaten“ gesagt. Dann ist es Platz – –

(Lebhafte Zurufe von der CDU, u. a.: Die haben es nicht kapiert! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das ist ja wie in der Klippschule!)

Sie wissen, dass – –

(Anhaltende Unruhe)

Sprechen Sie doch, wenn Sie es mir nicht glauben, mit Ihren SPD-Ministerkollegen in anderen Ländern. Diese Statistik unterscheidet doch immer zwischen Stadtstaaten und Flächenländern und bei den Flächenländern zwischen alten und neuen, weil aufgrund der verschiedenen Schülerbewegungen ganz unterschiedliche Situationen gegeben sind.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU – Abg. Rau CDU: Vielleicht müsste man dem Kollegen Zeller noch sagen, welche Stadtstaaten es gibt! – Zu- und Gegenrufe, u. a. der Abg. Dr. Birk und Haasis CDU – Abg. Zeller SPD: Das ist doch nicht erste Stelle! Sie haben gerade gesagt: An erster Stelle!)

Ich verstehe, es ist – –

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stelly. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe; sonst kann die Frau Ministerin nicht verstanden werden.

Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Meine Damen und Herren – –

(Anhaltende Unruhe)

Stelly. Präsident Birzele: Senken Sie bitte den Geräuschpegel.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Wir werden in diesem Jahr 2000 3 600 Lehrerinnen und Lehrer neu in unsere Schulen einstellen. Mit diesem Jahr 2000 beginnt eine Phase, in der die Zahl der jährlichen Einstellungen – und darunter sind 800 neue Stellen – ständig steigen wird. Ich glaube, auch das ist ein guter Trend in unseren Schulen. Das ist wichtig im Blick auf die Altersstruktur, das ist wichtig im Blick auf die Zukunftschancen junger Lehrerinnen und Lehrer. 3 600 Lehrerinnen und Lehrer neu, nachdem es im letzten Jahr 3 000 waren. Das ist ein enormer und ein wichtiger Schritt.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben im letzten Jahr und im Doppelhaushalt die Ergebnisse verankert und viel in der Jugendpolitik erreicht. Ich danke hier ausdrücklich noch einmal den Mitgliedern der Jugendenquetekommission, ihrem Vorsitzenden, Herrn Braun, und den Sprechern aller Fraktionen, weil wir mit der Jugendenquete wichtige Programmpunkte auf den Weg gebracht haben. Die Jugendenquete hat uns wichtige Impulse für die Jugendpolitik geliefert, und gemeinsam mit den regionalen Jugendinitiativen habe ich – auch aufgrund von Gesprächen mit unseren Jugendverbänden – den Eindruck, dass die Jugendpolitik in Baden-Württemberg basisorientiert ist. Sie ist nahe bei denen, die in der Jugendarbeit stehen, und sie findet Unterstützung im gesamten Parlament. Das ist ein gutes Zeichen für die nächste Generation.

(Beifall bei der CDU)

Zum Sport ist einiges gesagt worden. Ich möchte als zuständige Ressortministerin nicht einfach nur auf die Millionen hinweisen, die wir zugelegt haben. Nach Jahren der Kürzung ist es eine wichtige Entwicklung, dass es wieder aufwärts geht. Ich halte das für wichtig.

Ich möchte vor allem sagen, dass wir in Baden-Württemberg im Sport eine große und überzeugende Bewegung haben und dass wir hier nicht Breitensport gegen Spitzensport und Spitzensport gegen Breitensport ausspielen. Sie gehören für uns zusammen und müssen gleichermaßen gefördert werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben eine Bewegung, in der viele Menschen aus allen Generationen ehrenamtlich engagiert sind. Deshalb danke ich nicht nur den vielen, die in der Schule und in der Schulverwaltung tätig sind. Ich danke auch den vielen, die in der Jugendarbeit und im Sport, unter anderem in der Jugendsportarbeit, tätig sind.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine jener Bewegungen in unserem Land, die etwas mit der Substanz unseres Gemeinwesens zu tun haben und die mit dem zu tun haben, was unser Land stark macht.

(Abg. König REP: Dann geben wir ihnen aber auch die Zweckerträge in voller Höhe!)

Ich danke schließlich für alle Unterstützung in diesem Parlament im Blick auf zusätzliche Bildungsaufgaben. Frau Berroth hat die Zahlen genannt. Eine Steigerungsrate um 15 % zwischen 1996 und heute kann sich sehen lassen, und Sie können sie bundesweit suchen. Das ist ein gutes Zeichen. Geld ist nicht alles, aber Geld ist wichtig für unsere Schulen, für die Jugend und für den Sport. Deshalb danke ich für die Möglichkeiten der Investition. Ich bin davon überzeugt, dass für das Land Baden-Württemberg das gilt, wofür wir in den letzten zehn Jahren bundesweit bekannt waren, nämlich dass hier die Zukunftschancen der jungen Generation bei den Kommunen und beim Land Priorität haben.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die Allgemeine Aussprache ist beendet. Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport.

(Unruhe – Zurufe – Abg. Haasis CDU: Zeller hat noch eine Zwischenfrage!)

– Wenn Sie sich beruhigt haben, fahre ich fort.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4804 Abschnitt I. Die vorliegenden Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich jeweils bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe auf

Kapitel 0401
Ministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0402
Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0403
Oberschulämter

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0404
Staatliche Schulämter

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0405
Grund- und Hauptschulen

und die dazu vorliegenden drei Änderungsanträge und den einen Entschließungsantrag.

Zunächst rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4838-4, auf und bringe ihn zur Abstimmung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4838-2, auf, den ich insgesamt, also auch bezüglich der Kapitel 0406, 0410, 0415 und 0420, zur Abstimmung stelle. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei vielen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4838-3, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei zahlreichen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0405 – Grund- und Hauptschulen – in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe nun den Entschließungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4838-1, auf und lasse darüber abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Deuschle REP: Sehr guter Antrag!)

Ich rufe auf

Kapitel 0406
Sonderschulen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4838-5. Diesen Antrag rufe ich auch bezüglich der Kapitel 0410, 0415, 0420 und 0436 auf und bringe ihn zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 0406 – Sonderschulen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0407
Staatliche Sonderschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0408
Staatliche Heimsonderschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0410
Realschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf

Kapitel 0415

Gymnasien

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0416

Staatliche Aufbaugymnasien mit Heim

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0417

Staatliches Kolleg Mannheim (Institut zur Erlangung der Hochschulreife)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe zusammen auf

Kapitel 0428 und 0429

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 12/4838-6 und 12/4838-7.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 12/4838-6 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag Drucksache 12/4838-7. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über das Kapitel 0436 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0440

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0441

Überregionale und internationale Kulturpflege und Bildungshilfe für Entwicklungsländer

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe zusammen auf

Kapitel 0442 und 0443

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0445

Staatliche Seminare für Schulpädagogik

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0446

Pädagogische Fachseminare

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe zusammen auf

Kapitel 0447 und 0448

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0449

Staatliche Seminare für schulpraktische Ausbildung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Kapitel 0450

Staatliche Seminare für schulpraktische Ausbildung für das Lehramt an Realschulen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0451

Staatliche Akademie für Lehrerfortbildung (Wirtschaft und Technik)

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0453

Weiterbildung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendungen für andere Religionsgemeinschaften und sonstige kirchliche Zwecke

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Kapitel 0456

Evangelische Seminare und Katholische Konvikte in Württemberg

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung so beschlossen.

Kapitel 0460

Sportförderung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Kapitel 0465

Jugend und kulturelle Angelegenheiten

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich komme zum Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4804: Kenntnisnahme von den Mitteilungen der Landesregierung vom 20. Dezember 1999 zum 15. Landessportplan und zum 37. Landesjugendplan. Wer für diese Kenntnisnahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 04 abgeschlossen.

Ich rufe **Buchstabe d** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 09: Sozialministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4809

Berichterstatter: Abg. Seltenreich

Herr Berichterstatter, wünschen Sie das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, für die Beratung des Einzelplans 09 – Sozialministerium – hat das Präsidium eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei auch hier ein nach Fraktionsstärke gestaffelter Redezeitzuschlag hinzukommt.

Wem darf ich das Wort für die CDU-Fraktion erteilen? – Herr Abg. Haas, Sie haben das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen, die Gespräche einzustellen oder nach draußen zu verlegen, damit Herr Abg. Haas verstanden werden kann.

Bitte schön, Herr Abg. Haas.

Abg. Haas CDU: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zu guter Letzt beraten wir heute den Einzelplan 09 – Sozialministerium. Wie bei allen Haushaltsberatungen wird die Opposition wahrscheinlich wieder sagen, wir würden einen Haushalt des Stillstands und der verpassten Chancen auf den Weg bringen,

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Brechtken SPD: Jawohl! Sehr gut! Der erste gute Satz von Herrn Haas, den ich gehört habe!)

er sei ein Beweis unserer Handlungsunfähigkeit. Sie werden es nicht glauben: Heute stimmt dieser Satz – allerdings bezogen auf die Bundesregierung.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Göbel CDU: Das tut weh! – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD)

Man stelle sich einmal vor, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, welche Proteste wir ertragen müssten, wenn eine von der Union geführte Bundesregierung nur annähernd solche Eingriffe, Verwerfungen und sozialen Schieflagen in der Sozialpolitik ausgelöst hätte.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

Das so genannte Sparpaket des Bundesfinanzministers ist ja kein Sparpaket, wie wir wissen, sondern eine Lastenverschiebung in Richtung Länder und Kommunen und zulasten der Alten, Kranken, Behinderten, also der Schwächsten in unserer Gesellschaft. Gegen die Proteste in den eigenen Reihen von Rot-Grün ist nach dem Motto „Augen zu und durch“

(Haas)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Kommen Sie einfach einmal zur Sache!)

eine unverantwortliche soziale Schieflage ausgelöst worden. Das ist genau das Thema, liebe Kollegin Haußmann, weil es ja, wie wir wissen, auch viele negative Auswirkungen auf die Sozialpolitik des Landes hat.

Mit dem unsäglichen Wort Gegenfinanzierung wird auch der kleine Mann, der Arbeitnehmer bzw. Pendler im ländlichen Raum, über die sozial absolut ungerechte Ökosteuer abgezockt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität: Von diesen Prinzipien geht unsere gesamte Sozialpolitik aus. Davon müssen wir uns auch in der Gesundheitspolitik leiten lassen. Der Weg von Rot-Grün über das Globalbudget hätte in die Zweiklassenmedizin geführt. Unsere Alternative ist: Die kleinen Risiken privat schultern, die großen Risiken solidarisch absichern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Warum spreche ich das an, meine Damen und Herren? Allein die Gesundheitsreform wirkt sich bei der AOK Baden-Württemberg mit Mehrkosten in Höhe von 400 Millionen DM aus. Dadurch drohen weitere Beitragssatzerhöhungen.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Hat das mit dem Haushalt zu tun?)

Der Verwaltungsrat und der Vorstand der AOK Baden-Württemberg sahen keine andere Möglichkeit, als den Beitragssatz bereits zum 1. Januar um 0,5 Prozentpunkte zu erhöhen.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

– Ich spreche das an, weil auch das Thema Lohnnebenkosten eine Rolle spielt, Frau Kollegin Bender. Wenn Sie uns bei den Bemühungen um einen vernünftigen Risikostrukturausgleich unterstützen würden, hätten wir für unsere Arbeitnehmer weit mehr getan als durch die so genannte Gegenfinanzierung.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Denn das, was jetzt beschlossen ist, führt dazu, dass die Geberkassen am Ende wieder schlechter dastehen als die Nehmerkassen – zu vergleichen mit dem unsäglichen Länderfinanzausgleich. Auswirkungen auf die Politik in Baden-Württemberg hat auch die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe in der Größenordnung von 1 Milliarde DM und des pauschalen Wohngelds für Sozialhilfebezieher, hat auch die Beteiligung der Kommunen am Untervorschuss.

(Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

Insgesamt macht dies für unsere Kommunen Mehrbelastungen in Milliardenhöhe aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Schmälerung der Beitragsbasis für Empfänger von Arbeitslosenhilfe werden Finanzierungsprobleme des Bundes auf die Sozial- und die Pflegeversicherung abgewälzt. Die angekündigte Änderung beim Zivildienst verschärft die Situation bei der ambulanten pflegerischen Betreuung, insbesondere bei der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung.

Wir werden mit dem Doppelhaushalt die Berliner Unzulänglichkeiten ausbügeln.

(Abg. Brechtken SPD: Aha, in Baden-Württemberg wird der Zivildienst verlängert!)

Ein erfolgreicher Schwerpunktbereich in unserer Sozialpolitik ist der Bereich Familien, Frauen und Kinder. Die Familienpolitik der CDU knüpft an ihre familienpolitischen Initiativen aus den Achtzigerjahren an: Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Erziehungszeiten im Rentenrecht. Wir müssen Familien stärken, indem wir insbesondere die finanziellen Rahmenbedingungen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Brechtken SPD: Klatschen Sie ein bisschen, damit der in Stimmung kommt! Euch muss man helfen!)

– Vielen Dank, Herr Kollege Brechtken.

Mit der Novellierung des Kindergartengesetzes haben wir hier einen gewaltigen Schritt nach vorne getan. Ziel der Gesetzesnovellierung war ja mehr Flexibilität und mehr Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. Das haben wir bei dem Gespräch mit Vertretern der Liga der Freien Wohlfahrtspflege bescheinigt bekommen, wie die Sozialpolitiker wissen. Das freut uns natürlich. Die Angebotsvielfalt, die wir in dieses Gesetz hineingebracht haben, ist aus unserer Sicht ein Volltreffer geworden. Im Übrigen geben wir natürlich eine ganze Menge Geld aus: 685 Millionen DM in diesem Haushaltsjahr und 695 Millionen DM im nächsten.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Gut angelegt!)

Man muss zur Kenntnis nehmen, dass das gut angelegte Geld ist und dass es auch eine Verdoppelung des Haushaltsansatzes in den letzten zehn Jahren bedeutet. Wir setzen ganz klar auf diese Betreuungsarbeit.

Das ist auch bei der Frauenpolitik der Fall, meine Damen und Herren, die wir fortsetzen, auch bei der Umsetzung des Landesgleichberechtigungsgesetzes, aber auch beim Zehnpunkte-Programm zu einer zukunftsorientierten Frauenpolitik.

Wir haben beim Programm „Mutter und Kind“ in diesem Haushaltsjahr 375 000 DM draufgesattelt, sodass insgesamt 12,875 Millionen DM für dieses wichtige Programm zur Verfügung stehen, und erstmals – das ist auch ein Beleg dafür, dass dieser Haushalt Neuigkeiten und Innovationen beinhaltet – fördern wir durch Betriebskostenzuschüsse Frauen- und Kinderhäuser, wie Sie wissen. Wir wollen auf gar keinen Fall, wie befürchtet wurde, dass die Kom-

(Haas)

munen aus dieser Förderung aussteigen, sondern wir wollen ganz einfach mit unserer Bereitschaft, hier Geld hineinzugeben, auch die Bereitschaft der kommunalen Seite wecken und nicht einen Ausstieg provozieren. Es ist im Übrigen – darin sind wir uns einig – eine kommunale Aufgabe.

Wir haben die Mittel für die Familienerholung um 250 000 DM auf jetzt wieder 1,25 Millionen DM pro Haushaltsjahr aufgestockt. Auch dies ist eine positive Veränderung.

Einen weiteren wichtigen Bereich, nämlich den Bereich der Arbeitsmarktpolitik, wird mein Kollege Schuhmacher noch näher beleuchten. Wir schicken hierzu einen Praktiker ans Rednerpult und nicht etwa einen Gewerkschafts- oder anderen Theoretiker.

(Oh-Rufe von der SPD)

Franz Schuhmacher wird uns also dazu noch etwas sagen.

(Abg. Nagel SPD: ADAC-Großmutter! – Weitere Zurufe von der SPD: Theoretiker! Er ist selber nicht kompetent!)

– Fühlen Sie sich etwa angesprochen, Herr Nagel? Ich bin Theoretiker, ja. Wir schicken einen Praktiker, Herr Kollege.

Ich will nur noch einmal zu der immer wieder wiederholten Kritik – auch in der Presse –, dass die Kofinanzierung für die ESF-Mittel im Haushalt nicht eingestellt sei, sagen: Ich bitte das hohe Haus noch einmal, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Finanzminister sowohl im Sozialausschuss wie im Finanzausschuss zugesagt hat, dass die Mittel eingestellt werden.

(Abg. Brechtken SPD: Sie sind nicht eingestellt! Entschuldigung!)

– Sie konnten nicht eingestellt werden, weil wir noch keine feste Zusage von Brüssel haben. Dann kann man sie auch nicht beziffern. Das müssten Sie eigentlich wissen, Herr Brechtken.

(Abg. Brechtken SPD: Es besteht die Absicht, es möglicherweise einzustellen, aber die Mittel sind nicht eingestellt!)

– Wir werden das selbstverständlich so machen, dass keine Mark nach Brüssel zurückgeht. Das ist wohl die wichtigste Botschaft in diesem Zusammenhang.

Lassen Sie mich zur Jugendenquetekommission und zur Umsetzung ihrer Handlungsempfehlungen nur sagen, dass die CDU-Landtagsfraktion ihr Versprechen gehalten und die Mittel in den Doppelhaushalt eingestellt hat. Es sind immerhin insgesamt – die Frau Ministerin Schavan hat ja vorhin schon einen Teil angesprochen – 14,7 Millionen DM in diesem Haushaltsjahr und 13,6 Millionen DM im nächsten Haushaltsjahr.

Unsere sozialpolitische Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit wurde auch bei den Änderungsanträgen im Finanzausschuss deutlich. Einen Teil habe ich schon angesprochen. Im Altenhilfereich nehmen wir Umschichtungen und Erhöhungen vor, die neuen und innovativen Erkenntnissen

entsprechen. Die Förderung der Einsatzleitungen bei Sonderpflegediensten, bei der Haus- und Familienpflege, bei den Nachbarschaftshilfen, aber auch bei Selbsthilfe- und Betreuungsgruppen ist der CDU ein wichtiges Anliegen.

Die zusätzlichen Wettmittel haben wir im ambulanten Bereich, also bei Sonderpflegediensten, Kinderkrankenpflege, der Dorfhilfe, bei der Hospizarbeit, bei der Behindertenarbeit, bei den Tagesmüttern und anderem, eingesetzt.

Allen Unkenrufen zum Trotz, meine Damen und Herren, setzen wir auch neue Signale in der Suchtpolitik: 243 000 DM für die Suchthilfeoordination und 350 000 DM für zehn Fachkräftestellen für die psychosoziale Betreuung in der Methadonbehandlung. Dies sind ganz klare Signale für Innovationen in der Suchtpolitik.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Gut, nicht? Wir wollen ein Lob!)

Die außerstationäre Psychiatrie wird durch unsere Beschlüsse – auch ohne ein Psychatriegesetz – fortentwickelt. Auch dies war eine klare Aussage und Zusage von unserer Seite. Immerhin werden 400 000 DM für den gemeindepsychiatrischen Verbund und die Verzahnung der praktischen Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste eingesetzt. Diese 400 000 DM werden sehr hilfreich sein, auch für Projekte zur psychosozialen Krisen- und Notfallbetreuung.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will mit einem herzlichen Dank an alle Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen schließen, die sich in vielfältiger Weise im gesamten Sozialbereich vorbildlich engagieren. Professionelle Sozialarbeit ist genauso wichtig wie ehrenamtliche Arbeit – in vielen Verbänden, Kirchen und Vereinen, in Familien und in Heimen, in der Nachbarschaft und in vielen anderen Bereichen. Wir wollen die Sozialpartnerschaft mit den Ligaverbänden, den Kirchen und der kommunalen Seite, mit den privaten Trägern – kurz: mit allen Beteiligten – fortsetzen.

Schließlich danke ich Ihnen, lieber Herr Sozialminister, für einen Haushalt mit klaren Perspektiven, mit neuen Ansätzen und erstmals auch mit Erhöhungen in Bereichen, die wir zuvor zwar nur ungern gekürzt hatten, aber aus Haushaltszwängen kürzen mussten. Wir danken Ihnen, Ihrer Staatssekretärin und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums und den nachgeordneten Behörden für die gute Arbeit und die unkonventionelle Zusammenarbeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Müller.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Herr Kollege Haas von der CDU-Fraktion eben schon richtig feststellte, ist der Einzelplan des Sozialministeriums ein Haushalt des Stillstands, der verpassten Chancen und – ich füge noch hinzu, Herr Kollege Haas, das haben Sie vergessen – ein Beispiel

(Dr. Walter Müller)

für die Handlungsunfähigkeit der Landesregierung in zentralen landespolitischen Fragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Brechtken SPD: Sehr gut! – Abg. Ingrid Blank CDU: Das ist Ihre Rede von vor zwei Jahren! – Abg. Mühlbeyer CDU: Diese Rede habe ich heute Morgen im Papierkorb gesehen, Herr Kollege!)

Offenkundig ist das Versagen der Landesregierung in der Beschäftigungspolitik. In diesem Haushalt sind – entgegen den Ankündigungen des Ministerpräsidenten – keine Mittel zur Kofinanzierung eingesetzt. Das Argument, es sei zu früh, zieht nicht. Im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen sind sie längst eingesetzt. Wir sehen die Gefahr, dass wir Mittel in diesem Bereich verlieren. Herr Kollege Nagel wird darauf nachher noch vertieft eingehen.

(Abg. Haas CDU: Doch ein Gewerkschaftstheoretiker!)

Auch im sozialpolitischen Zukunftsbereich, der Pflege älterer Menschen, ist dieser Haushalt ein Dokument des Stillstands und des Rückschritts.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Vergeblich sucht man nach neuen, innovativen Konzepten. Vergeblich sucht man nach Ansätzen zur Stärkung der Eigenverantwortung und des Subsidiaritätsprinzips.

Das Statistische Landesamt errechnet bis zum Jahr 2010 eine Zunahme der Pflegebedürftigkeit im Alter um 30 % aufgrund der demographischen Entwicklung. Nach dem Jahre 2020 kommen die besonders geburtenstarken Jahrgänge ins Seniorenalter.

Die pflegebedürftigen Menschen im Lande, die privaten und freigemeinnützigen Träger, die Angehörigen, die Ehrenamtlichen brauchen Unterstützung und Hilfe durch das Land.

(Abg. Haas CDU: Das machen wir!)

Sie aber kürzen und entmutigen, statt zu fördern und zu ermutigen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: Wo kürzen wir denn?)

Sie werden damit Ihrer sozialpolitischen Verantwortung nicht gerecht.

Herr Kollege Haas, ich habe gedacht, nach der heutigen Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Sie hätte sich bei Ihnen etwas geändert. Ich muss Ihnen bescheinigen: Sie sind der Alte. Ich weiß nicht, ob das ein Kompliment ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Gekürzt wird im vorliegenden Haushaltsentwurf im Bereich der Altenhilfe.

(Abg. Haas CDU: Umgeschichtet!)

– Jetzt hören Sie gut zu.

Der Sachaufwand für Maßnahmen im Altenhilfebereich sinkt von 600 000 DM auf 250 000 DM. Die Zuschüsse zur

Aufklärung und Information in Höhe von 580 000 DM werden total gestrichen. Die Zuschüsse für Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter in der Altenhilfe werden von 500 000 DM auf 300 000 DM gesenkt. Dabei erfordern die aktuellen Diskussionen, zum Beispiel zum Thema Gewalt in Altenheimen, gerade ein Mehr an Fortbildung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Natürlich! Es ist unglaublich, wie sich die Landesregierung da verhält!)

Dringend notwendige Anpassungen der Förderung an den tatsächlichen Bedarf und die gestiegenen Kosten wurden unterlassen. Ich nenne die Förderung der Einsatzleitungen in der Haus- und Familienpflege, die Förderung der Nachbarschaftshilfen und der mobilen sozialen Dienste und auch die Förderung der Alzheimer-Gruppen.

(Abg. Haas CDU: Genau das haben wir aufgestockt! Wann ist denn die Rede geschrieben worden?)

Erschwerend kommt hinzu, dass die CDU-FDP/DVP-Regierung in den letzten Jahren in diesem Bereich bereits 70 % der Mittel gekürzt hat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört! – Abg. Haas CDU: Wann ist etwas gekürzt worden?)

Dabei hat die Landesregierung nach dem Landespflegegesetz eine originäre Verantwortung für das Vorfeld und Umfeld der Pflege. Das Bild, Herr Kollege Haas, wird vollständig, wenn man daran denkt, dass die Landesregierung auch bei der Finanzierung der Altenpflegeausbildung den Kopf in den Sand steckt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: Gott im Himmel, wer schreibt so etwas auf?)

Fazit: Es fehlen jegliche Linie und jegliches innovative Konzept. Auf anerkannten Mehrbedarf reagiert die Landesregierung mit Mittelkürzung.

Für die SPD-Landtagsfraktion ist Altenhilfe eine ganz wichtige politische Zukunftsaufgabe. Kernstück der Sozialpolitik im Bereich der offenen Hilfen für alte und pflegebedürftige Menschen waren in den vergangenen Jahren die IAV-Stellen. Die Landesregierung hat entgegen der Meinung der Fachwelt und entgegen dem wachsenden Bedarf an Information und Vermittlung die Förderung dieser Stellen total gestrichen.

(Abg. Seltenreich SPD: Pfui! – Abg. Haas CDU: Das ist ein alter Hut! Jetzt schleppen Sie den alten Hut seit Jahren mit sich herum! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie schlagen alte Schlachten!)

Fazit: Im Land sind nahezu 50 dieser wichtigen Stellen geschlossen.

Die SPD-Fraktion schlägt zur Beratung und Unterstützung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen einen neuen, innovativen Ansatz vor, der die frühere, schon damals wichtige Förderung zeitgemäß fortentwickelt. Die zentrale Forderung meiner Fraktion ist, die bisherigen IAV-Stellen zu Beratungsstellen für Pflegebedürftige und deren Ange-

(Dr. Walter Müller)

hörige mit einer soliden Landesförderung weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann
SPD: Verlässlich!)

– Verlässlich. – Dafür beantragten und finanzierten wir jährlich 9,123 Millionen DM. In der künftigen Arbeit dieser Stellen sollten zwei Handlungsfelder stärker berücksichtigt werden.

(Abg. Haas CDU: Ich habe gerade überhört, wo die Mittel herkommen!)

– Lesen Sie im Protokoll nach.

Erstens: Die Beratung und Unterstützung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen ausgebaut werden. Zweitens: Beratungsstellen müssen als Anwalt für Pflege im örtlichen Gemeinwesen tätig werden. Dazu gehört die Förderung der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Träger, die Mitwirkung an der örtlichen Altenhilfeplanung und die Förderung von Familien, Nachbarschaftshilfen und Gemeinwesenarbeit, insbesondere des bürgerschaftlichen Engagements.

Meine Damen und Herren, nicht nur im Bereich der ambulanten Versorgung, sondern auch in der stationären Versorgung weist dieser Haushalt klare Defizite auf. Im Bericht der Landesregierung zum Staatshaushaltsplan 2000/01 hat die Landesregierung die richtige Erkenntnis. Ich zitiere von Seite 79: Es „ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren die Nachfrage nach stationären Pflegeangeboten deutlich ansteigen wird“.

(Abg. Haas CDU: Ja! Selbstverständlich! Das müssen wir finanzieren!)

Im Kontrast zu dieser richtigen Erkenntnis steht der Haushaltsansatz für Investitionszuschüsse im stationären Bereich. Es sind 1999 58 Millionen DM, im Jahr 2000 30 Millionen DM und im Jahr 2001 ebenso 30 Millionen DM.

(Abg. Haas CDU: Sie hätten einen Antrag stellen müssen!)

Die Antwort der Landesregierung auf den von ihr selbst festgestellten Mehrbedarf von 30 % ist eine Mittelkürzung um 30 %.

(Abg. Seltenreich SPD: Theorie und Praxis!)

Das müssen Sie uns und vor allem den Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und den Einrichtungen, bei denen es dringenden Sanierungsbedarf gibt, erst einmal erklären.

Meine Damen und Herren, das Zukunftsthema Pflege ist bei der Landesregierung leider in denkbar schlechten Händen.

(Abg. Haas CDU: Das ist unglaublich! Wir haben eine Spitzenstellung in dieser Frage! Bundesweit!)

Das Image des Landes hängt meiner Ansicht nach nicht von einem Slogan oder von einem Fernsehspot ab. Es

hängt vielmehr davon ab, was wir als relativ reiches Bundesland für unsere Pflegebedürftigen tun.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren von der CDU, es geht nicht um das Image, es geht auch um Menschen, um die vielen Pflegebedürftigen und um ihre von der gewaltigen Aufgabe häusliche Pflege oft überforderten Angehörigen. Es geht um diejenigen, die als Singles alt werden und keinerlei familiäre Hilfe bei der Pflege haben werden. Es geht auch darum, wie wir Ehrenamt, Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern und organisieren können.

Auf diese die meisten Menschen betreffenden Zukunftsfragen gibt Ihr Haushaltsentwurf keine Antwort. Im Gegenteil: Er entmutigt durch unangebrachte Kürzungen. In der Altenhilfe brauchen wir einen konzeptionellen Neuanfang. Wir wollen mit unseren Haushaltsanträgen einen Weg aufzeigen, wie wir in den nächsten Jahren diesem Zukunftsthema gerecht werden können.

Meine Damen und Herren, noch einige Bemerkungen zu anderen wichtigen Bereichen.

Die Frauenförderung der Landesregierung ist im Sozialministerium angesiedelt. Deshalb will ich hier auf diesen Bereich eingehen. Wirtschaftsminister Döring verkündet nun schon seit 1997, er wolle zwei neue Kontaktstellen „Frau und Beruf“ einrichten.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Diese sind aber auch im jetzigen Doppelhaushalt nicht etatisiert. Es wird auf eventuelle Privatisierungserlöse verwiesen, mit denen er eventuell zusätzliche Kontaktstellen finanzieren möchte.

Bereits im Mai 1998 hat der Landtag beschlossen, das Landesprogramm Kontaktstellen „Frau und Beruf“ in den Jahren 1998 und 1999 um vier weitere Kontaktstellen vor allem in der Fläche zu erweitern. Die SPD fordert endlich die Umsetzung dieses Landtagsbeschlusses.

(Beifall bei der SPD)

1994 wurde der gemeindepsychiatrische Verbund beschlossen. Bisher gab es bis auf einige wieder zurückgenommene Versprechungen keinerlei praktische Fortschritte.

(Abg. Haas CDU: Das ist doch nicht wahr!)

Gesetzesinitiativen der SPD, die die Regierung lediglich beim Wort nahmen, wurden abgelehnt.

(Abg. Haas CDU: Das gibts nicht!)

Im Bereich der Selbsthilfe wurden Ansätze fortgeschrieben, ohne die so wichtige Förderung neuer Initiativen einzuplanen. Bei Ihnen ist es so: Der, der im System drin ist, der ist halt drin, und bei dem wird ein bisschen gekürzt. Gerade die Selbsthilfe braucht aber Innovation und auch Chancen für neue, kleine Gruppen und innovative Förder-

(Dr. Walter Müller)

möglichkeiten. Deshalb haben wir in diesem Bereich 200 000 DM beantragt.

(Beifall bei der SPD)

In der Suchtkrankenhilfe herrscht trotz des Besorgnis erregenden Anstiegs der Zahl der Drogentoten gerade in Baden-Württemberg Stagnation.

(Abg. Haas CDU: Was habe ich vorhin gesagt?
Das gibts doch nicht!)

Das „Njet!“ des in diesem Thema ideologisch fixierten Ministers hemmt jegliche Entwicklung im Bereich Gesundheitsräume und kontrollierte Heroinvergabe. Es freut mich besonders, dass Ihr Parteifreund Müller, der Ministerpräsident des Saarlands, jetzt im Bundesrat den Weg für diesen vernünftigen Schritt frei gemacht hat.

(Unruhe)

Stattdessen weisen Sie, Herr Repnik, auf die gut ausgebauten klassische Suchtkrankenhilfe hin. Hier zehren Sie von der Arbeit der früheren Ministerin Solinger.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Dr. Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Haas?

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Am Ende meines Beitrags gern, Herr Haas.

(Unruhe)

Heute müssen wir leider feststellen, dass in den letzten Jahren in der klassischen Suchtkrankenhilfe, also das, was der Herr Minister für sich reklamiert, nichts, aber auch gar nichts weiterentwickelt wurde. Ich nenne als Beispiel den Umstieg von der institutions- bzw. einrichtungsbezogenen Sichtweise zur klientenzentrierten Koordination der Suchtkrankenhilfe. Ich nenne Versuche mit regionalen Budgets und eine regionale träger- und einrichtungsübergreifende Bedarfsplanung.

Im Bereich der Familienpolitik sind die Haushaltsansätze für das Landeserziehungsgeld unverantwortlich niedrig. Das mussten Sie, Herr Minister Repnik, im Ausschuss selbst einräumen.

(Zuruf des Abg. Mühlbeyer CDU)

Es gibt die Auswirkungen des Verwaltungsgerichtsurteils Karlsruhe, und es gibt das neue Staatsbürgerschaftsrecht. Das wird zu Mehrbelastungen führen. Wie Sie bei diesen Mehrbelastungen mit weniger Geld auskommen, Herr Minister, das werden Sie uns nachher sicher vorrechnen.

(Abg. Haas CDU: Da gibt es doch einen Rechtsanspruch, Herr Müller!)

Herr Kollege Haas, Sie haben die Situation der Kindergärten im Land angesprochen. Wir freuen uns, dass diese in Teilbereichen weiterentwickelt wurden. Ich möchte aber daran erinnern, dass Sie gesagt haben, wir gäben in diesem Bereich mehr Geld aus. Sie geben nicht mehr Geld aus, Sie machen ein Geschäft zulasten Dritter. Sie geben Mittel aus dem kommunalen Bereich aus und fördern damit die Kindergärten. Das ist die Wahrheit.

(Abg. Haas CDU: Die halbe!)

Das sollten Sie sagen. Wir haben damals bei der Gesetzgebung gesagt, es werde teurer. Sie haben gesagt, wir unkten. Heute ist es teurer, und heute loben Sie sich dafür, dass es teurer ist.

(Zuruf des Abg. Haas CDU – Zuruf von der FDP/DVP: Finden Sie das schlecht, dass wir mehr Geld ausgeben?)

Wir haben darauf hingewiesen, dass sich die Verhältnisse im Land uneinheitlich entwickeln werden, und das ist leider so eingetreten. Wir haben teilweise – das geben wir zu – einen Fortschritt in Bereichen, aber in anderen Bereichen halt auch einen Rückschritt. Die Einheitlichkeit im Bereich der Vorschulerziehung im Land ist dadurch gefährdet. Das halten wir für einen wesentlichen Nachteil dieses Gesetzes.

Ich möchte noch zwei Punkte festhalten. Herr Minister, Sie haben im Finanzausschuss erst auf meine Nachfrage ausdrücklich versichert, dass erstens die globalen Minderausgaben nicht zulasten der Förderprogramme erwirtschaftet werden und dass zweitens die Kürzungen im Bereich des freiwilligen sozialen Jahres nachfragebedingt seien und dass bei Mehrbedarf nachfinanziert werde. Herr Minister, wir werden im Laufe des Jahres genau beobachten, ob diese Zusage Realität wird oder ob es leere Versprechungen waren.

Zusammengefasst: ein Haushalt ohne Zukunftsperspektive, ein Haushalt, der gegebene Versprechen nicht einlöst, ein Haushalt, der kürzt, wo gefördert werden müsste. Kollege Maurer hat gestern wiederholt den Satz gebraucht: „Baden-Württemberg wird weit unter seinen Möglichkeiten reagiert.“ Bei dem Sozialetat muss man noch eins draufsetzen: „Baden-Württemberg wird im Sozialetat weit unter den Notwendigkeiten reagiert.“

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Dr. Müller, Sie wollten am Schluss eine Frage des Herrn Abg. Haas zulassen.

(Abg. Birzele SPD: Aber nicht zulasten des Kollegen Nagel! – Heiterkeit bei der SPD)

Abg. Haas CDU: Was auch kein Fehler wäre. – Herr Kollege Müller, Sie haben unter anderem wörtlich gesagt, in der Suchtkrankenhilfe hätten wir nichts, aber auch gar nichts Neues getan. Ich habe vorhin vorgetragen, dass wir 593 000 DM zusätzlich in die Suchtkrankenhilfe bringen. Kann es sein – das ist die Frage –, dass Sie Ihre Haushaltsrede vor den Finanzausschussberatungen haben schreiben lassen?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich fürchte, ja! – Zuruf von der CDU: Wie zu Solingers Zeiten!)

Dann müssten Sie das zurücknehmen, was Sie vorhin fälschlicherweise behauptet haben.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Kollege Haas, ich glaube, Sie verwechseln zwei Dinge. Sie sprechen von Mitteleinsatz. Klar, Sie haben 500 000 DM mehr eingesetzt, die dann am Ende des Jahres vielleicht nicht abgeru-

(Dr. Walter Müller)

fen worden sind. Ich habe reklamiert, dass Sie keine neuen Konzepte haben,

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: Sicher, das haben Sie angefügt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Konzepte der Regionalisierung, der Klientenzentralen, der Suchtkrankenhilfe.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben halt die alten Strukturen, und mit denen wursteln Sie herum. Die wurden hervorragend von der Frau Solinger irgendwann einmal initiiert, aber im Jahr 2000 sieht die Welt anders aus, und auf diese Veränderungen reagieren Sie nicht, außer mit einem Pauschalbetrag, weil Sie wissen, dass etwas getan werden muss. Aber Sie haben auch in diesem Bereich keine Konzepte.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Haas, ich muss mich schon wundern. Wenn Sie hier die Gesundheitspolitik der Bundesregierung angreifen, sind Sie offenbar nicht sehr von der Landespolitik und dem Haushalt überzeugt, denn sonst würden Sie dazu sprechen.

Wenn man den Landeshaushalt anschaut, stellt man beispielsweise im Feld der Arbeitsmarktpolitik, was die notwendigen Landesmittel für die EU-Förderung angeht, fest: Fehlanzeige. Dazu wird meine Kollegin Thon noch ausführlicher sprechen.

Wenn man sich ansonsten betrachtet, was der Haushalt so hergibt, erkennt man in vielen Bereichen den Status quo der freiwilligen Leistungen. Das ist gegenüber dem letzten Doppelhaushalt und was danach kam schon ein Fortschritt. Es gibt auch kleine Neuanfänge, weil Sie als CDU- und FDP/DVP-Fraktion aus Wettmitteln bisweilen draufgesetzt haben.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Das ist positiv zu vermerken. Natürlich ist es richtig, dass es jetzt einen Einstieg in die Finanzierung überregionaler Hospizarbeit gibt,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

dass es die Finanzierung der außerstationären psychiatrischen Krisen- und Notfallhilfe gibt oder aber die Förderung von zehn Kräften zur psychosozialen Betreuung in der Drogensubstitution. Das möchte ich hervorheben. Das ist insbesondere bemerkenswert, Herr Minister, angesichts Ihrer früheren Haltung zur Substitution in der Drogenhilfe. Ich finde es gut, dass Sie offenbar auch lernfähig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Zu begrüßen ist natürlich auch, dass nunmehr die Sonderpflagedienste weiter gefördert werden. Ich habe vor kurzem dazu noch einen Antrag gestellt. Die Regierung hat gesagt: Das machen wir nicht. Jetzt ist es doch passiert.

Man freut sich doch bisweilen, wenn die Halbwertszeit, bis Anträge der Opposition erfolgreich sind, nicht allzu lange ist, Herr Kollege Haas.

Allerdings dauert es manchmal schon etwas länger. Ich nenne das Beispiel Frauenhäuser. Das ist ein altes Thema. Wir haben lange für einen Einstieg in die Betriebskostenfinanzierung der Frauenhäuser gekämpft. Baden-Württemberg war immer das einzige Land, das hierfür keine Zuschüsse gewährt hat. Es ist gut, dass Sie da jetzt mit 1 Million DM einen ersten Schritt machen. Allerdings ist es ein sehr kleiner Schritt, und er steht in der Gefahr, dass er lediglich eine Einladung an die Städte und Kreise darstellt, dieses Geld für sich einzusacken, aber nicht wirklich zur Verbesserungen bei der Frauenhausfinanzierung führt, weil Sie nicht so viel draufgelegt haben, dass es sich um eine echte Landesbeteiligung in Höhe von einem Drittel oder wenigstens einem Viertel handeln würde, wie wir es vorgeschlagen haben. Nun sind Sie ja im Finanzausschuss hergegangen und haben unseren Antrag, sich mit den Kommunen zusammzusetzen und sicherzustellen, dass die 1 Million DM bei den Frauenhäusern ankommt, abgelehnt, aber Sie haben zugesagt, dass Sie dies versuchen werden. Daran werde ich Sie erinnern; denn da gibt es etwas einzulösen. Da hoffe ich nicht nur auf die Frauen in Ihrer Fraktion.

Wenn ich jetzt im Hinblick auf den Haushalt die Frage stelle, wo es denn ungeachtet dieser Ansätze, die durchaus begrüßenswert sind, die Gestaltung und die Schwerpunkte gibt, wird es schon schwieriger. In der Gestaltung sehe ich kaum neue Ansätze.

(Abg. Haas CDU: Aber es gibt welche!)

Die freiwilligen Leistungen werden in der bisherigen Höhe fortgeführt. Es gibt auch Fehlanzeigen für Bereiche, wo tatsächlich mehr Geld notwendig wäre. Wenn etwa die Aidshilfen auf dem vorherigen Stand – plus noch Eingriffe durch Minderausgaben – eingefroren werden, gleichzeitig aber unbestrittenermaßen Präventionsarbeit in diesem Bereich nach wie vor notwendig ist und gleichzeitig die Notwendigkeit der Betreuung der jetzt glücklicherweise länger überlebenden Erkrankten zunehmend Arbeit macht, dann ergibt sich die Notwendigkeit, in diesen Bereich mehr Geld zu stecken. Das tun Sie aber nicht, und das ist ein Fehler. Sie tun auch insgesamt nichts, um die Landschaft der so genannten freiwilligen Leistungen neu zu strukturieren. Wir haben Ihnen vorgeschlagen – und das nicht zum ersten Mal –, einen Sozial- und Innovationspakt in diesem Bereich mit den Trägern und den Kommunen zu schließen, um nicht nur Planungssicherheit, sondern auch Innovationen, neue Handlungsfelder zu erschließen und dafür Optionen zu eröffnen. Fehlanzeige!

(Abg. Haas CDU: Sozialpakt reicht schon!)

Oder aber die Schwerpunkte. Da lobt man sich im Begleitheft zum Haushalt dafür, dass nach wie vor ein Schwerpunkt der Landespolitik das Thema Familie und Kinder sei.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Ja!)

Dann schaue ich mal nach: Wie ist es denn mit der Familienpolitik? Es gibt in diesem Land genauso wie woanders auch Familien mit kranken oder behinderten Angehörigen.

(Birgitt Bender)

Dafür gibt es die familienentlastenden Dienste. Aber was ist mit den psychisch Kranken? Die familienentlastenden Dienste werden dafür nicht geöffnet, obwohl das ein längst überfälliger Schritt wäre,

(Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

schon 1996 verabredet, aber das haben Sie wieder abgelehnt.

(Abg. Haas CDU: Da machen wir Projekte!)

Oder aber die Dorf- und Familienhelferinnen, die einspringen, wenn die Person, die die Familienarbeit leistet, in der Regel also die Mutter, schwer erkrankt ist und ausfällt. In diesem Haushaltstitel fließt das Geld nicht ab, aber nicht etwa, weil man es nicht bräuchte, sondern deshalb, weil die Förderrichtlinien so strukturiert sind, dass es quasi Förderverhinderungsrichtlinien sind, nämlich kein ordentliches Angebot an die Träger. Ist hier etwas passiert? Nein.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Oder auch die Kinderbetreuung: Es ist schon wahr, Herr Haas, das gestehe ich Ihnen auch zu, dass sich unter dem neuen Kinderbetreuungsgesetz etwas in dieser Landschaft bewegt. Aber nach wie vor ist es so, dass es in Baden-Württemberg für die unter Dreijährigen kaum Angebote gibt. Da liegen wir weit unter dem Bundesdurchschnitt. Wenn Sie sich anschauen, wie viel Ganztagsbetreuungen es gibt, stellen Sie fest, weil Sie ja den Ländervergleich so lieben, dass wir weit hinter Bayern und Hessen zurückliegen. Auch da fehlt es.

(Abg. Haas CDU: Wir haben ausdrücklich für die Tagesmütter aufgestockt!)

Und was tut jetzt die Landesregierung? Es gibt ein gutes Modell der Bundesregierung für eine Qualitätsoffensive in den Kindertageseinrichtungen.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Da wird überprüft, wie eigentlich die Erziehungsqualität ist und wie man das messen, wie man die Angebote neu zuschneiden und wie man Kooperationen mit der Jugendhilfe und mit anderen Trägern hinbekommen kann. Das wäre auch etwas dringend Notwendiges in Baden-Württemberg. Aber was ist hier? Sie sagen: Nein! Das Ministerium ist nicht in die Gänge gekommen, und Sie lehnen es ab. Zehn Bundesländer machen mit. Es kostete das Land lumpige 100 000 DM, wäre also ein echtes Schnäppchen, aber Sie haben wieder keine Lust oder keinen Willen.

(Abg. Haas CDU: Wir gehen einen anderen Weg! Das wissen Sie!)

Oder das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Herr Haas, das soll, habe ich gelesen, laut Parteitagsschluss neuerdings auch ein Thema der CDU sein.

(Abg. Haas CDU: Das ist schon lange ein Thema!)

Jetzt sehen wir uns einmal die Verhältnisse in Baden-Württemberg an. Hier sind die Rollen doch noch fest verteilt. Erziehungsurlaub wird gerade zu einem Anteil von 2 % von Männern genommen.

(Abg. Haas CDU: Das ist eine Entscheidung der Familien!)

Das ist im Übrigen seit 1991 gleich. In der Landesverwaltung sind es 1,9 % Männer.

(Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

– Nein, Frau Blank, ich will die Männer nicht zwingen, sondern ich sage: Auch hier hat das Land eine Gestaltungsaufgabe, und zwar nicht im Sinne von Zwangsbeglückung, sondern in der Weise, dass Väter, die tatsächlich als Väter zu Hause präsent sein wollen, unterstützt werden. Deswegen ist auch in der Arbeitswelt ein Umdenken im Sinne von Teilzeitangeboten auch im qualifizierten Bereich und auch und gerade für Männer zu befördern.

Hier könnte die Landesregierung etwas leisten. Die Landesregierung in Schleswig-Holstein – Sie lieben ja den Ländervergleich – ist da übrigens mit gutem Beispiel vorgegangen.

(Abg. Haas CDU: Das schauen wir uns einmal an! – Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

Was Sie hier machen könnten, wären eine Imagekampagne nach dem Motto „Mann teilt Zeit“, um Männer dafür zu gewinnen, und gleichzeitig Beratungs- und Informationsangebote für die Firmen, die sich überlegen, wie sie ihre Arbeitsplätze familienfreundlich gestalten können, wie man Teilzeitarbeit so organisieren kann, dass sie mit den betrieblichen Erfordernissen übereinstimmt,

(Abg. Dr. Birk CDU: Wir können alles außer Erziehungsurlaub für Männer! – Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

und wie man Familienauditierungsverfahren einleiten und unterstützen kann. All das wäre eine Kampagne wert. Für eine halbe Million Mark wäre sie auch sehr viel günstiger als die Imagekampagne der Landesregierung, die vor allem ihrem eigenen Ruhme dienen soll.

(Abg. Haas CDU: Die ist auch wichtig! – Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

Hier könnten Sie etwas tun, damit das Motto Ihres Parteitagssantrags „Lust auf Familie“ Wirklichkeit wird. Andernfalls, meine Damen und Herren von der CDU, droht nur der Frust bei der Familie.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen sage ich: Die Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Tatendrang in diesem Haushalt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Trotzdem vielen Dank, Frau Bender! Sie waren um Längen besser als Herr Dr. Müller! – Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Noll.

(Abg. Haas CDU: Das war mir jetzt eine wesentliche Zwischenbemerkung wert, Herr Präsident!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch am Ende des zweiten Tages der Haushaltsberatungen muss man einfach feststellen: Es läuft immer nach dem gleichen Strickmuster ab. Die einen malen alles schwarz, die anderen malen alles verständlicherweise in positiveren Bildern.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Und Sie? – Abg. Maurer SPD: Wozu gehören Sie? Jetzt bin ich gespannt!)

Aber das, Herr Müller, was Sie heute geboten haben, hat dem Fass den Boden ausgeschlagen.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Das sagen Sie auch jedes Mal!)

Da kann ich nur die Wertung von Herrn Haas unterstützen: Frau Bender, es war bemerkenswert, wie positiv Sie wahrgenommen haben, was wir tatsächlich verändert haben und welche Impulse wir gesetzt haben.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Man muss das Positive sehen; aber das andere müssen Sie auch hören!)

Ich finde das ganz toll. Das andere haben wir auch gehört, und da ist sicher das eine oder andere dabei, das man aufnehmen könnte.

Lassen Sie mich einmal aus gelber Sicht sagen: Unser Land steht nicht nur wirtschaftlich sehr gut da, auch die soziale Infrastruktur in unserem Land kann sich, denke ich, Herr Müller, sehen lassen. Gerade mit diesem Doppelhaushalt wird deutlich, dass Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig bedingen. Denn die schmerzhaften Eingriffe vergangener Jahre, die durch wirtschaftliche Rezession bedingt waren und die verständlicherweise auch zu einer Verschlechterung des Klimas zwischen Land und freien Trägern der Wohlfahrtspflege geführt haben, können dank guter Haushaltsdaten im anstehenden Doppelhaushalt weitgehend geheilt werden.

Ich denke, wir im Land können mit Fug und Recht behaupten: Wir sind verlässliche Partner der kommunalen und freien Träger in einem richtigerweise sehr stark auf Subsidiarität aufgebauten Sozialsystem.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Nun hat Herr Müller ein totales Versagen in der Arbeitsmarktpolitik konstatiert und hat kritisiert, dass wir haushaltstechnisch richtigerweise keine Mittel für die Kofinanzierung der ESF-Mittel eingestellt haben.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Das erklärt Ihnen nachher Herr Nagel!)

Da sind Sie, Herr Müller, nicht nur auf einem, sondern auf beiden Augen blind. Sie müssen sich die Arbeitsmarktstatistik des Landes Baden-Württemberg anschauen, die Ihnen auch nicht entgangen sein dürfte. Da sind wir nämlich bundesweit Spitzenreiter und liegen in der Gegend von 6 %, was immer noch zu viel ist.

Ganz besonders erfreulich ist, denke ich, dass wir in Baden-Württemberg eine Lehrstellenbilanz haben, die sich wirklich sehen lassen kann, weil jeder ausbildungswillige und ausbildungsgerechte Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommt, wofür wir den Betrieben hier im Land zu ganz herzlichem Dank verpflichtet sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Nagel SPD: Sind das die, die im BVJ sitzen? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was ist mit den Frauen und den Langzeitarbeitslosen? Das ist ja unmöglich!)

Es gibt sogar umgekehrt in der Region Stuttgart auf dem Arbeitsmarkt einen Mangel an qualifizierten Bewerbern. Umso mehr, meine Damen und Herren, sind wir natürlich in der Pflicht, denen zu helfen, die aufgrund mangelnder Qualifikation, sozialer oder persönlicher Defizite keine Chancen auf den direkten Zugang zum ersten Arbeitsmarkt haben. Hier müssen wir uns der Aufgabe stellen, Chancengerechtigkeit zu schaffen. Wir tun dies, indem wir die Mittel der Arbeitsförderung gezielt für die Förderung von Qualifikation sowie für die Förderung und Stärkung sozialer Kompetenzen einsetzen.

Darüber hinaus werden wir aufgrund der Empfehlungen der Jugendenquête im Jugendhilfebereich – das ist schon mehrfach gesagt worden – verstärkend 7,9 Millionen DM im Jahr 2000 und 6,73 Millionen DM im Jahr 2001 für Jugendsozialarbeit, für die Integration von Aussiedlern sowie für junge Menschen in extremen und sozialen Problemlagen einsetzen. Meine Damen und Herren, damit verbessern wir gerade für junge Menschen die Chancen gesellschaftlicher Teilhabe und des Einstiegs in ein selbst bestimmtes und selbst verantwortetes Leben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch wenn es nicht haushaltswirksam ist, denke ich, sollten wir auf das Einstiegsgeldmodell verweisen, das vom Land initiiert worden ist und das wir sehr unterstützt haben. Ich hoffe, dass wir bald mit ersten Ergebnissen rechnen können, in denen sich zeigt, dass durch dieses Einstiegsgeldmodell zusätzlich Chancen für gering qualifizierte am Arbeitsmarkt geschaffen werden und dass als positiver Nebeneffekt vielleicht sogar Kosteneinsparungen zu verzeichnen sind.

Eine humane Gesellschaft, Herr Müller, die ihre soziale Verantwortung ernst nimmt, lebt, wie Sie richtig gesagt haben, vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Deshalb begrüßen wir die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements seitens des Landes. Dabei sehen wir die Aufgabe des Landes darin, Anstöße zu geben, Netzwerke zu knüpfen sowie Erfahrungs- und Informationsaustausch zu organisieren. Das eigentliche Engagement entwickelt sich allerdings vor Ort in den Kommunen, in Vereinen, in kulturellen, ökologischen oder sozialen Initiativen. Man könnte die Liste noch erweitern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, da vor Ort spielt die Musik, und da sollten wir viele Blumen blühen lassen.

(Dr. Noll)

(Abg. Nagel SPD: Blühende Landschaften! –
Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Blühen-
de Landschaften, jawohl!)

Nicht in den Stabsstellen spielt die Musik, sondern wirk-
lich vor Ort.

Auch neue Formen eines projektorientierten Engagements
auf Zeit – nicht auf Dauer – sind sicherlich wertvoll.

Uns Liberalen besonders wichtig ist ein Kernbereich bür-
gerschaftlichen Engagements, nämlich das Engagement in
Selbsthilfegruppen.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Da habe ich nun wirklich den Verdacht, Herr Müller, dass
Sie tatsächlich die Zeit der Beratung im Finanzausschuss
verschlafen haben.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Wir haben nämlich genau in diesem Bereich auf unsere Ini-
tiative hin zusammen mit der CDU-Fraktion einiges zusätz-
lich bewegen können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg.
Dr. Walter Müller SPD: Sie haben unsere Anträge
nicht gelesen!)

Herr Müller, Selbsthilfe als unverzichtbares Element im
Gesundheits- und Behindertenbereich braucht Rahmenbe-
dingungen, die eine qualitative und quantitative Weiterent-
wicklung erlauben. Wir sind deshalb sehr froh, dass es ge-
lungen ist, die vorgesehenen Mittel zur Förderung der Be-
hindertenselbsthilfe und deren Verbände von 633 000 DM
auf 663 000 DM pro Jahr aufzustocken.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg.
Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Dr. Walter
Müller SPD: 30 000 DM!)

Jetzt kann man sagen: Das ist noch immer zu wenig. Aber
das ist immerhin etwas. Herr Müller, es ist immer so: Der
Optimist sieht das Glas halb voll, während die Pessimisten
es halb leer sehen. Ich sehe das Glas in dieser Hinsicht zu
drei Vierteln voll. Sie sehen es womöglich ganz leer.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Ich sehe gar kein
Glas! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD –
Gegenruf des Abg. Haas CDU: Mit Fielmann wäre
das nicht passiert! Gehen Sie einmal zu Fielmann,
Herr Müller!)

– Doch. Da steht eines. Ich sehe es ganz voll und trinke es
zu einem Viertel leer.

(Der Redner trinkt aus seinem Glas. – Heiterkeit)

Die Förderung von Selbsthilfegruppen chronisch Kranker
konnte von 420 000 DM auf 470 000 DM und die Förde-
rung der Arbeitskreise Leben von 410 000 DM um
100 000 DM auf 510 000 DM erhöht werden.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Diese Zahlen, Herr Müller, müssen Sie einfach einmal zur
Kenntnis nehmen. Vielleicht sieht dann Ihr Blick auf den
Sozialhaushalt doch ein bisschen freundlicher aus.

Dennoch sage ich: So erfreulich diese Zahlen sind, sehe ich
es tatsächlich als Aufgabe des Landes und des Sozialminis-
teriums an, ein Gesamtkonzept für die künftigen Strukturen
der Selbsthilfeförderung in unserem Land zu entwickeln.
Dies scheint mir umso dringlicher, als im Rahmen der un-
vermeidlich zu erwähnenden rot-grünen Rumpf-Gesund-
heitsreform den gesetzlichen Krankenkassen die Förderung
von Selbsthilfearbeit mit bis zu 1 DM pro Versichertem er-
möglichst werden soll. Wie viel Geld tatsächlich fließen
wird, ist allerdings angesichts der Budgetproblematik und
der Vorgabe der Beitragssatzstabilität schwierig zu prog-
nostizieren.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen:
Aber jetzt seid doch mal froh, dass es das wieder
gibt, was Seehofer abgeschafft hatte! – Abg. Dr.
Walter Müller SPD: Das Glas ist halb voll!)

– Ja, ich begrüße es ja, dass Sie diese Möglichkeiten ge-
schaffen haben. Aber wenn das Geld dafür aus den beste-
henden Budgets herausgeschwitzt werden muss, dann,
fürchte ich, wird es schwierig sein.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt
kommen wieder die Ärzte! – Zuruf des Abg. Pfis-
ter FDP/DVP)

– Nicht Ärzte. Es gibt einen Originalton von Krankenkas-
senvertretern, die sagen: Keine einzige Mark werden wir
für neue Aufgaben ausgeben, solange wir vor drohenden
Beitragssatzsteigerungen stehen. Das müssen Sie einfach
zur Kenntnis nehmen. Man kann Wünsche äußern; aber
wenn man nachher die Mittel und Möglichkeiten nicht gibt,
dann ist das, denke ich, ein bisschen Augenschwermerei.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Sol-
len wir die Beiträge erhöhen?)

Ein weiteres Thema, bei dem wir auch innovativ Gelder im
Landeshaushalt einsetzen, meine Damen und Herren, ist
das Thema Hospizarbeit. Lange Zeit war in der Tat das
Thema Tod, Sterben in unserer Gesellschaft ein Tabuthe-
ma. Auch die Medizin hat sich immer ein bisschen schwer
damit getan, Menschen nicht mehr heilen, nicht mehr the-
rapieren zu können, weil der Mediziner den Tod grundsätz-
lich als Niederlage begreift.

Hier hat sich, denke ich, Gott sei Dank ein Wandel vollzo-
gen. Gerade die ehrenamtliche Hospizarbeit leistet hier
wertvolle Hilfe,

(Beifall bei der FDP/DVP)

Hilfe im Umgang mit Sterbenden und deren Angehörigen.
Deshalb begrüßen wir, Herr Müller, ausdrücklich den Ein-
stieg in die Landesförderung der Hospizarbeit einschließ-
lich Fortbildungsmaßnahmen mit jeweils 250 000 DM im
Jahr. Gerade die ehrenamtlich in der Sterbebegleitung Täti-
gen sind in besonderem Maß auf Fortbildung und Beglei-
tung ihrer Arbeit angewiesen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Dr. Noll)

Ein echtes Defizit besteht nach wie vor bei der schmerztherapeutischen Versorgung, zum Beispiel von Tumorpatienten im letzten Stadium, vor allem im ambulanten Bereich. Auch hier hat das Land modellhaft Sonderpflegedienste wie das Tübinger Modell gefördert, das natürlich nicht nur den schmerztherapeutischen Aspekt beinhaltet. Da sind Menschen, die die Klinik verlassen, um in ihrer häuslichen Umgebung zu sterben, von ihrem vertrauten Klinikpersonal mit spezieller schmerztherapeutischer Kompetenz weiter versorgt worden.

Diese Sonderdienste müssten, wenn sie allein aus Krankenkassen- und Pflegekassenbeiträgen finanziert würden, einen unzumutbar hohen Eigenanteil von den Patienten verlangen. Deshalb finden wir es richtig, dass die Förderung, die eigentlich, weil es ein Modell war, jetzt hätte auslaufen sollen, fortgesetzt wird, und zwar mit 450 000 DM pro Jahr.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich denke, Herr Müller, Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass wir hier durchaus Impulse im Sinne der betroffenen Menschen, im Sinne der ehrenamtlich Tätigen, im Sinne der Weiterentwicklung von bürgerschaftlichem Engagement gesetzt haben.

Im stationären Sektor – da beziehe ich mich jetzt auf einen Zeitungsbericht – gibt es wohl Probleme mit der Bereitstellung von Palliativbetten. Diese werden aufgrund der demographischen Entwicklung sicherlich an Bedeutung gewinnen. Im Rahmen dessen sollte auch das Stiefkind Schmerztherapie etwas mehr in den Blick genommen werden. Ich denke, es gehört auch verstärkte Aufklärung und Fortbildung der Ärzteschaft, der niedergelassenen Ärzte dazu, damit die wohl immer noch recht große Zurückhaltung beim Einsatz von hoch wirksamen Schmerz- und Betäubungsmitteln etwas gelockert wird. Denn die Frage des Suchtpotenzials dürfte bei Patienten im Endstadium nun wirklich keine Rolle mehr spielen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ein kurzes Wort, Herr Müller, zum Kindergartengesetz. Wir haben in der Tat mit der Änderung und Umstellung auf die Pauschalförderung nach Gruppen flexible, vom Regelkindergarten abweichende Betreuungsformen gefördert.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Qualitätsverbesserung!)

Ihre vehementen Attacken im Vorfeld dieser Neuordnung der Kindergartenförderung sind wirklich ins Leere gelaufen.

(Abg. Haas CDU: Absolut!)

Deshalb haben Sie darauf auch nicht viel Worte verwendet.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Auch bei den Kosten?)

– Herr Müller, Sie beklagen, dass wir mehr Geld für Kinderbetreuung ausgeben.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Nein, wir haben es damals gesagt! – Gegenruf des Abg. Haas CDU: Stimmt doch gar nicht! Sie haben etwas anderes gesagt!)

Es waren Prognosen. Wenn Sie ein neues Modell einführen, ist es doch klar, dass man sich prognostisch immer ein bisschen auf unsicherem Boden bewegt.

(Abg. Haas CDU zu Abg. Dr. Walter Müller SPD: Sagen Sie doch einmal, was Sie wollen!)

Jedenfalls dürfen wir resümieren: Wir haben in Baden-Württemberg praktisch eine vollständige Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz. Ich denke, dafür schulden wir auch den Kommunen noch einmal herzlichen Dank, die nämlich Investitionen in erheblichem Umfang zu tätigen hatten.

Eine sehr flexible Form der Kinderbetreuung wird von den Tagesmüttern angeboten.

(Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP: Richtig!)

Deshalb war der flächendeckende Aufbau von Tagesmüttervereinen eine zentrale Aufgabe des Landesverbandes der Tagesmütter.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Obwohl hier wie bei der Sonderpflege ein Auslaufen der Förderung des Landesverbandes mit Erreichen der Flächendeckung geplant war, sind wir der Meinung, dass der mit großem ehrenamtlichem Engagement geführte Landesverband – Sie alle wissen, wen ich da in erster Linie meine – unverzichtbar ist, um die noch nicht überall stabil funktionierenden Vereine zu unterstützen.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Da sind wir uns einig!)

Darüber hinaus sehe ich eine Aufgabe dieses Landesverbandes durchaus darin, Aus- und Fortbildung zu organisieren, Curricula zu entwickeln und die Qualität der Tagesmütterbetreuung zu sichern.

Im Übrigen sehen wir den Beruf der Tagesmutter auch unter frauenpolitischen Aspekten als äußerst wertvoll und wichtig an. Denn der Beruf Mutter wird als Beruf anerkannt und lässt sich dann auch sehr gut mit der eigenen Familienversorgung vereinbaren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Eva Stanienda CDU)

Deshalb sind wir froh, dass es gelungen ist – wir machen nicht nur schöne Worte –, eine weitere Förderung des Landesverbandes der Tagesmütter in Höhe von jährlich 120 000 DM zu erreichen. Ich denke, damit kann die ehrenamtliche Arbeit mit Sicherheit fortgeführt werden.

Ein doppelt unerfreuliches Thema – das ist, glaube ich, noch gar nicht angesprochen worden – ist der Haushaltsansatz bei den Unterhaltsvorschussleistungen.

(Abg. Dr. Eva Stanienda CDU: Jetzt kommen wir zum Thema! – Abg. Mühlbeyer CDU: 22 Millionen DM müssen wir dafür zusätzlich aufbringen!)

(Dr. Noll)

Das Thema ist einerseits deshalb unerfreulich, weil der Bund, der bisher die Hälfte der Kosten übernommen hat, seine Beteiligung auf ein Drittel reduziert hat und den Rest der bisher übernommenen Kosten auf das Land übertragen hat – auch im Rahmen des Eichel'schen Sparpakets, das kein Sparen, sondern ein Verschieben von Kosten auf das Land und die Kommunen darstellt.

(Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

Ich habe einmal nachgerechnet: Die Mehrbelastung für das Land beträgt, wenn man die Rückgriffsquote berücksichtigt, jährlich mindestens 18 Millionen DM.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Was könnten wir mit dem Geld alles machen! – Abg. Dr. Birk CDU: Das ist ein Skandal!)

Diese Kosten werden wir im Übrigen nicht an die Kommunen weitergeben, sondern aus dem Sozialhaushalt finanzieren. Das ist die eine unerfreuliche Seite.

Das Thema ist andererseits auch deswegen unerfreulich, weil das Land ja nicht nur für zahlungsunfähige, sondern auch für zahlungsunwillige Elternteile eintritt, und zwar in erheblichem Maß. Hier unterstützen wir alle Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Rückgriffsquote führen, um diejenigen, die sich vor ihrer Verantwortung drücken – das sind leider meistens Männer –, in die Pflicht zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Von den pflichtvergessenen Männern nun zu den Frauen. Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe.

(Zurufe der Abg. Birgitt Bender und Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

– Es freut mich, Frau Thon, dass Ihnen das gefällt.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Noch einmal!)

– Von den pflichtvergessenen Männern in Sachen Unterhaltsvorschuss nun zu den Frauen. Frauenpolitik ist in der Tat eine Querschnittsaufgabe. Jetzt alle Aspekte zu erwähnen würde sicherlich den Rahmen sprengen. Die Verbesserung der Kinderbetreuung, das Kindergartengesetz, die Verbesserung der Tagesmütterbetreuung, die verlässliche Halbtagschule – darüber haben wir vorhin diskutiert – sind wichtige Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Aber auch im Haushalt, rein an den Zahlen gemessen, müssen wir durchaus einen Fortschritt konstatieren. Er liegt darin, dass wir neben dem Betrag von 1 Million DM an jährlicher Investitionsförderung zum ersten Mal jeweils 1 Million DM pro Jahr für laufende Zwecke in den Haushalt einstellen, also für den Betrieb der Frauen- und Kinderschutzhäuser.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Lassen Sie mich hier ausnahmsweise einmal einen Namen nennen. Es war unsere Kollegin Berroth, die im Vorfeld

die treibende Kraft war, dass Investitionsmittel, die nicht abgerufen wurden, in den Betrieb fließen konnten. Das behaupte ich einfach einmal.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ingrid Blank CDU: Haben Sie bei Frau Berroth etwas gutzumachen? – Abg. Haasis CDU: Das haben wir gar nicht gewusst!)

– Ja, sie hat daran beharrlich gearbeitet. Damit war die Brezche geschlagen, dass nun Mittel für Betriebskostenzuschüsse in den Haushalt eingestellt werden.

Für überlegenswert in diesem Bereich halten wir die Frage, warum eigentlich die misshandelte Frau die gemeinsame Wohnung verlassen und ins Frauenhaus gehen muss, anstatt den Schläger aus der Wohnung zu verweisen.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Dann ändern wir das Polizeigesetz! – Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

In anderen Ländern, zum Beispiel in Österreich, wohin wir zurzeit ja nicht so gern blicken, hat man mit der Go-Order offensichtlich gute Erfahrungen gemacht.

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

Ich denke, wir müssen da weiter diskutieren und dann auch zu Handlungen und Konsequenzen kommen.

Ganz kurz noch zur Drogenpolitik, weil sie angesprochen worden ist. Da sind die Schwerpunkte der beiden Regierungsfractionen teilweise unterschiedlich. Aber auch da, Herr Müller, sind wir uns einig, dass wir die Mittel für die Suchtkrankenhilfe um jährlich über 0,5 Millionen DM aufgestockt haben, und dies im Wesentlichen, um die psychosoziale Betreuung im Rahmen der Substitutionsbehandlung zu verbessern.

Auch die Selbsthilfearbeit bei den Suchtkranken steht auf einem hohen Niveau. Dafür werden jährlich über 0,5 Millionen DM bereitgestellt.

Ich sehe, dass die Sprechzeit leider zu Ende geht. Aber ich denke, ich habe Ihnen die positiven Aspekte im Wesentlichen darlegen können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend allen Menschen in unserem Land danken, die sich, egal ob hauptamtlich oder ehrenamtlich, in den Dienst ihrer Mitmenschen stellen. Ich denke, sie haben alle unseren Respekt und unsere Anerkennung verdient.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gute Rede!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte versuchen, das Thema aus etwas anderer Sicht zu diskutieren. Der Sozialhaushalt ist vordergründig der Haushalt für soziale Leistungen, für das Gesundheitswesen, für Drogenpolitik, für Frauenpolitik, für Altenpflege

(Krisch)

ge. Aber ich betrachte den Sozialhaushalt als den wichtigsten Haushalt und das Sozialministerium als das wichtigste unserer Ministerien.

Kollege Noll sagte vorhin, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik seien keine Gegensätze. Ich möchte weiter gehen, Kollege Noll: Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik, Finanzpolitik sind alles nur Zuarbeiter für Sozialpolitik. Unser Staat ist doch die Solidargemeinschaft aller Bürger, und Sozialpolitik definiert die Grundlagen, unter denen unser Gemeinwesen lebt, unter denen wir miteinander leben und auf denen wir miteinander auskommen. Wenn diese Solidargemeinschaft bricht, wenn unsere Sozialpolitik beschädigt wird, kippt unser Staatswesen. Meine Damen und Herren, vor dieser Gefahr stehen wir zurzeit durchaus; denn Politikverdrossenheit und sinkende Wahlbeteiligung sind doch ein Beweis für eine nicht gesunde Gesellschaft.

Die Skandale der beiden großen Parteien werden langfristig noch zerstörerische Wirkung haben. Deshalb muss alles, was Sozialpolitik beeinflusst, in einer Debatte zur Sozialpolitik diskutiert werden. Und alles, was die Solidargemeinschaft stört oder zerstört, ist zu beobachten und zu prüfen, und es müssen notfalls Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Vielleicht sollten wir auch unser eigenes Verhalten kritisch beobachten.

In den Beratungen dieses Haushalts hat sich meine Fraktion sehr bemüht, sämtliche Anträge in den einzelnen Ausschusssitzungen nach Inhalt zu bewerten, und hat ihnen dann aufgrund dieser Bewertung zugestimmt oder sie abgelehnt. Wir konnten feststellen, dass wir in diesem Abstimmungsverhalten allein sind; denn vier Fraktionen dieses Hauses stimmen grundsätzlich nicht nach Inhalt ab, sondern nach Antragsteller. Meine Damen und Herren, es ist zu fragen, ob dieses Verhalten nicht auch zu Politikverdrossenheit und zu Unmut beim Bürger führt.

Wir haben zum Sozialhaushalt Anträge eingebracht, auch mit dem Ziel der Beendigung einer Benachteiligung der Deutschen.

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Jesses Gott!)

– Nicht „Jesses“, Frau Kollegin Thon. Es sind Anträge, in denen der Abbau von Vorrechten bestimmter Bevölkerungsgruppen beantragt wird.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Darum werden Ihre Anträge auch alle niedergestimmt!)

Es sind verfassungskonforme Forderungen. Sie können das nachlesen. Ich nenne als Beispiel die Anträge 09/15, 09/17 und 09/21. Diese Anträge auf der Grundlage unseres Grundgesetzes hat der Sprecher der SPD als Angriff auf die Menschenwürde bezeichnet.

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Wie wahr!)

Sind Sie sich eigentlich darüber klar, was Sie da gemacht haben? Die Würde, zum Beispiel von Personen, die illegal in unser Land einreisen und unseren Sozialstaat ausnützen, ist Ihnen wichtig. Sogar die Würde von Menschen, die mit Drogen handeln, ist Ihnen wichtig. Aber die Menschenwürde für die Wähler unserer Partei, für die Wähler der Repub-

likaner, und die Menschenwürde für uns selbst sprechen Sie uns mit diesen Aussagen ab. Jetzt muss ich fragen: Betrachten Sie Republikaner nicht als Menschen? Oder wie ist das zu bewerten, Herr Kollege?

Gestern und heute haben die Medien den Fall eines Polizeikommissars diskutiert, dem der VGH Baden-Württemberg die Beförderung verweigerte, einem Kommissar, der jahrelang nur beste Beurteilungen hatte.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Zum Thema!)

– Das ist Sozialpolitik. – Der einzige Grund für die Verweigerung der Beförderung ist die Tatsache, dass er Mitglied bei den Republikanern ist. Ist die Würde dieses Menschen antastbar, oder selektieren Sie?

Einem Mitarbeiter unserer Fraktion, Herrn Dr. Linder, einem genialen Kopf, einem Menschen, der sich immer korrekt und gesetzestreu verhalten hat, haben vier Fraktionen dieses Hauses jahrelang die Beförderung verweigert. Als ich fragte, warum, wurde mir gesagt: „Es gibt keine Vorfälle gegen Dr. Linder; er hat sich ordentlich verhalten. Aber der Verfassungsschutz beobachtet Ihre Partei, und deshalb hat er keine Beförderung verdient.“ Hat dieser Mensch keine Menschenwürde gehabt? Ich würde Sie bitten, Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie dieses Wort verwenden, sorgfältig zu überlegen, in welchem Zusammenhang Sie es tun. Eine derartige Zensur widerspricht jeder demokratischen Kultur.

Ein anderes Beispiel, das in diese Richtung geht – auch das betrachte ich als zur Sozialpolitik gehörend – und das das Vertrauen in demokratische und in europäische Institutionen schwächen und die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union verringern wird, ist das Verhalten von 14 europäischen Regierungschefs gegenüber einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft. Eine unverhüllte Drohung, politische Sanktionen durchzuführen und diplomatische Beziehungen abubrechen, ist neu in dieser Europäischen Union.

Man sollte sich vor Augen halten, wie diese Entscheidung gefällt wurde: Innerhalb von wahrscheinlich nur 48 Stunden wurden 14 Regierungschefs auf eine einheitliche Entscheidung eingeschworen, ohne dass die EU-Kommission überhaupt benachrichtigt wurde. Diese Blitzentscheidung der 14 Regierungschefs zeigt: Hier müssen Verflechtungen und Beziehungen mit viel schlimmeren Verwicklungen als bei der Geldaffäre der CDU bestehen. Wie sonst wäre eine Blitzeinigung möglich, wenn Entscheidungen sonst Monate, wenn nicht Jahre dauern?

Bis heute fehlt eine Kritik der Landesregierung an diesem Vorgang. Wenn ich das betrachte, dann frage ich mich: Wie glaubwürdig kann dann die gestrige Erklärung von Herrn Minister Goll sein, dass jede politische Einflussnahme auf Beamte oder Richter ausgeschlossen ist, wenn ein ganzes Land unverantwortlich und rechtswidrig unter politischen Druck gesetzt wird?

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir Abgeordnete sind nur unserem Gewissen verantwortlich.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Und dem Thema!)

(Krisch)

Durchbrechen Sie doch bitte die internen Fraktionszwänge. Beugen Sie sich nicht dem Fraktionszwang. Denn die Abstimmungen der letzten Tage und Wochen zeigen, dass es diesen Fraktionszwang gibt.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Wenn wir Abgeordneten uns solchem Zwang beugen, können wir von unseren Bürgern nicht erwarten, dass sie aufrecht gehen, dass sie mündige Bürger werden und dass sie sich wirklich für die Solidargemeinschaft politisch einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und zum Haushalt reden Sie nicht? – Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Im deutschen Aufsatz wäre das: Thema verfehlt!)

Stelly. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Schuhmacher.

Abg. Schuhmacher CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst möchte ich unserem Kollegen Alfred Haas sehr herzlich zu seiner großen Ehre gratulieren, natürlich auch unserem Kollegen Scheuermann. Ich hätte auch gerne den anderen Kollegen gratuliert, aber sie sind nicht mehr im Saal. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Nun ist es meine Aufgabe, einige Punkte zum Thema Arbeitsmarkt anzusprechen. Wir dürfen uns in Baden-Württemberg alle freuen, dass aufgrund einer guten Exportnachfrage – leider nicht aufgrund der Binnennachfrage – der Arbeitsmarkt bei uns hervorragende Zahlen aufweist. Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt liegt unsere Arbeitslosenquote bei 6,5 %, die des Bundes bei 10,5 %. Es wurde schon gesagt: Bei den Jugendlichen liegt sie bei 5,5 %. Das ist eine erfreuliche Sache. Als Wirtschaftler sage ich auch sehr deutlich: Wir haben 430 000 offene Stellen, die dringend besetzt werden müssen.

Nun möchte ich mit allem Nachdruck und mit großer Sorge sechs Punkte ansprechen, die mir wichtig sind und von denen ich meine, dass wir darüber einmal nachdenken müssen.

Erstens: Der Arbeitsmarkt ist seit über zehn Jahren nicht mehr im Gleichgewicht. Seit über zehn Jahren beklagen wir eine Arbeitslosigkeit von deutlich über 5 % in Baden-Württemberg und rund 10 % bundesweit. Um von einem Gleichgewicht des Arbeitsmarkts reden zu können, wäre es erforderlich, diese Quote auf 3 % zu reduzieren.

Bereits 1994 hat die Monopolkommission zum Arbeitsmarkt gesagt:

Ein realistischer Weg zu mehr Beschäftigung führt nicht über zentrale Verbandsvereinbarungen, sondern nur über die Einführung von mehr Wettbewerb am Arbeitsmarkt.

(Abg. Haas CDU: Hört, hört!)

Ich sage deswegen dazu: Markt am Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man unsere Förderungen auswertet, sieht man, dass es nicht die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind, die am meisten in den Arbeitsmarkt führen, sondern vor allen Dingen ausbildungsbegleitende Hilfen und Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit. Ich freue mich, dass nun auch unsere deutsche Arbeitsverwaltung sich nach langem Zögern eine systematische Erfolgskontrolle selbst verordnet hat.

Zweitens: Viele der bisherigen Korrekturversuche sind nicht über kosmetische Teilerfolge hinausgekommen. Viele Sonderprogramme und Aktivitäten waren zu wenig erfolgreich. Ich erwähne hier nur eine paar wenige: Arbeitszeitverkürzung, Frühverrentung, Umschulungen, Lohnverzicht und viele andere.

Ich zitiere hier nun nicht einen CDU-Mann, sondern ich zitiere zwei Autoren, die die rot-grüne Bundesregierung beraten, die zum engsten Beraterkreis gehören, den Sozialwissenschaftler Rolf Heinze und Wolfgang Streeck, den Direktor des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung. Sie haben gesagt, dass wir hier einem Denkfehler unterliegen. Ich stimme dem zu. Sie schreiben:

Um dem Arbeitsplatzmangel zu begegnen, setzte die Politik in Deutschland in erster Linie auf eine Verringerung der Nachfrage nach Arbeit (Vorruhestand, Weiterbildung, Arbeitszeitverkürzung). Die Statistik zeigt jedoch: Gerade in Ländern mit hoher Erwerbsquote ist die Arbeitslosigkeit gering.

Dennoch muss ich sagen, dass wir den ESF-Programmen, die hier schon angesprochen wurden, in voller Höhe zustimmen. Ich weiß nicht, warum man immer noch darüber diskutiert, wenn unser Ministerpräsident hier klipp und klar erklärt hat, dass alle Mittel, die wir vom Europäischen Sozialfonds bekommen können, bei uns in Baden-Württemberg komplettiert werden – im Sozialministerium, im Wirtschaftsministerium und im Kultusministerium. Ich denke, dass diese Aussage einmal genügen müsste.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist mehr als eine Verdoppelung der bisherigen Zahlen.

Drittens: Bei der Arbeitslosigkeit lassen sich drei Gruppen unterscheiden: a) saisonale und kurzfristige Arbeitslosigkeit, b) am Arbeitsmarkt nicht nachgefragte Personengruppen, c) Personengruppen, die für eine Beschäftigung vitalisiert werden können. Dies möchte ich nicht weiter ausführen, sondern Ihnen nur zur Kenntnis geben.

Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang, dass in vielen Bereichen die Motivation fehlt. Das erfahren Sie auch in den Betrieben. Hier habe ich eine Studie aus Nordrhein-Westfalen vorliegen, die ganz klar belegt, dass das größte Einstellungshemmnis die fehlende Arbeitsmotivation ist, noch vor der fehlenden beruflichen Qualifikation. Dies muss uns zu denken geben.

Viertens: Facharbeitermangel wirkt zunehmend wie ein Flaschenhals und behindert ein stärkeres und schnelleres

(Schuhmacher)

Wachstum in Schlüsselbranchen. Dies ist mir das allerwichtigste Thema, weil ich immer wieder feststelle: In unseren Betrieben und in unserem Wirtschaftssystem brauchen wir sehr viele Facharbeiter. Allein in meinem Bereich, in der Drehteileindustrie, werden 130 Facharbeiter nachgefragt und 150 Jugendliche zur Ausbildung benötigt.

Hier müssen wir wieder dazu übergehen, dass auch unsere technischen Werkstätten besser ausgestattet werden und dass sie wieder der Stolz unserer Wirtschaft werden. Wir dürfen nicht nur auf die Weiße-Kragen-Berufe setzen, sondern der Stellenwert der gewerblich-technischen Berufe – dies habe ich schon oft gesagt – muss wieder angehoben werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Rech CDU: Sehr gut! Der Mann weiß, wovon er redet!)

Fünftens: Im Dienstleistungsbereich wird zunehmend ein nicht regulärer Schwarzarbeitsmarkt zum legalisierten Beschäftigungsverhältnis für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Handwerkskammer hat kürzlich Folgendes veröffentlicht: Die Schwarzarbeit erreicht 18 % des Bruttosozialprodukts; das jährliche Wachstum ist etwa doppelt so groß wie das reguläre Wirtschaftswachstum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir tun so, als wenn uns das nichts angehe. Wenn jede sechste Mark in der Schattenwirtschaft „Schwarzarbeit“ den Besitzer wechselt, dann ist der Schluss nahe liegend: Es gibt einen Wirtschaftskreislauf neben dem legalen Beschäftigungs- und Arbeitsmarkt. Dieser zweite Wirtschaftskreislauf hat im Bereich Dienstleistungen eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht als der erste, legale Beschäftigungsmarkt.

Schließlich sechstens: Die Rahmenbedingungen des regulären Arbeitsmarkts machen es vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht mehr möglich, den Produktionsfaktor Arbeit zu erleben, weil gewerbliche Arbeit und somit die Begegnung auf der Grundlage eines legalen Auftraggeber- und Auftragnehmerverhältnisses nicht mehr bezahlbar erscheint.

Was meine ich damit? Stellen wir uns vor, in unseren Brusttaschen tickte ein Minutenzähler, und von Minute zu Minute würden auf diesem Zähler 2 DM abgebucht. Eine Begegnung zwischen Menschen würde so dokumentiert und zum absoluten Luxuserlebnis. Überall dort, wo Menschen die hilfreiche Dienstleistung eines anderen Menschen in Anspruch nehmen möchten oder müssten, klappte dies nicht mehr, weil diese Dienstleistung oder, einfacher ausgedrückt, diese Begegnung von Mensch zu Mensch nicht mehr finanzierbar wäre.

Eine Schlussbemerkung: Unsere Konzeption, die Konzeption der Union, ist klar: Wir wollen die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessern, insbesondere durch eine große Steuerreform für Arbeitnehmer, Unternehmen und Unternehmer. Es ist allemal die beste Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, wenn die Menschen von ihrem verdienten Lohn wieder mehr in der eigenen Tasche haben. Alle Programme wären dann Nebensache.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Veigel FDP/DVP – Abg. Rech CDU: Das war mitten aus der Praxis!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Nagel.

(Abg. Haas CDU: Kann er die Rede nicht zu Protokoll geben?)

Abg. Nagel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – die Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine aktive Arbeitsmarktpolitik – ist nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben der Politik und der Gesellschaft. Auch in Baden-Württemberg dürfen wir nicht nachlassen, dieses Thema ständig auf der Tagesordnung zu belassen, trotz im Bundesvergleich gesehen guter Beschäftigungslage.

Es gibt bei uns durchaus regionale Unterschiede. Wir haben nach wie vor Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, zum Beispiel die Regionen Singen, Lörrach und auch Mannheim. Wir haben Gruppen von Menschen, zum Beispiel Langzeitarbeitslose, Menschen mit geringer Qualifikation, deren Leistungen auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt sind, und denen hat unsere Aufmerksamkeit besonders zu gelten.

Wir sind nicht der Auffassung, dass Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe die Endstation für diese Menschen sein darf. Jeder Mensch, der arbeiten kann und will, hat ein Recht auf Arbeit und Ausbildung, damit er seine Zukunft selbst gestalten kann. Menschen brauchen Zukunft, sonst gehen sie unserer Gesellschaft verloren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP – Abg. Rech CDU: Zustimmung, Herr Nagel! Zustimmung!)

– Das wird sich gleich ändern.

(Heiterkeit – Abg. Rech CDU: Ich ziehe zurück!)

Dies vermisste ich bei dieser Landesregierung und besonders beim Ministerpräsidenten: die Anstrengungen, eine wirklich aktive Arbeitsmarktpolitik in diesem Land zu gestalten, sich der Menschen anzunehmen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, mitzuhelfen, dass sie wieder eine Chance haben, Ausbildung und Arbeit zu erhalten, für sich und ihre Familie zu sorgen. Dies hat auch etwas mit Würde des Menschen zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen betreibt man eine Politik, die ein Bündnis für Arbeit in unserem Land scheitern lässt.

(Abg. Haas CDU: Wer ist denn ausgestiegen?)

Die Gewerkschaften will man mit Unverbindlichkeiten abspeisen. Substanzielle Forderungen und Vorschläge wurden abgelehnt. So kann man aber nicht mit einem wesentlichen Partner dieses Bündnisses umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Nagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Glück?

Abg. Nagel SPD: Bitte.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Nagel, ich bin jetzt sehr überrascht. Darf ich fragen, für welches Bundesland Sie sprechen, wenn Sie von diesen hohen Arbeitslosenquoten sprechen, und würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir in diesen Statistiken ganz vorn stehen und nicht ganz hinten, wie Sie es hier aufzeigen?

(Unruhe)

Abg. Nagel SPD: Herr Glück, Sie bekommen darauf eine Antwort. Es wäre sinnvoll gewesen, Sie hätten bereits am Anfang meiner Rede zugehört, als ich gesagt habe, dass wir im Bundesvergleich eine gute Beschäftigungssituation haben, die aber nicht davon ablenken kann, dass wir regionale Unterschiede haben und dass es besondere Gruppen von Menschen gibt, um die man sich auch besonders kümmern muss.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ich wiederhole: So kann man mit den Gewerkschaften als wesentlichen Bündnispartnern nicht umgehen. Es zeigt sich, dass dieser Ministerpräsident und sein Vorzimmer-Palmer

(Heiterkeit bei der SPD)

gar nicht gewillt sind, auf diesem Feld vorwärts zu kommen. Man musste Herrn Teufel ja geradezu nötigen, überhaupt ein Bündnis für Arbeit zu installieren. Was in anderen Bundesländern, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen oder in Bayern, ausgezeichnet funktioniert, ist für den Ministerpräsidenten nur eine lästige Pflicht.

(Abg. Haas CDU: Was funktioniert bei der Arbeitslosenquote überhaupt?)

– Herr Kollege Haas, Ihre politischen Aussagen haben die gleiche weltpolitische Bedeutung, wie wenn in Peking ein Fahrrad umfällt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Kollege Nagel, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Nagel SPD: Genauso hat man den Eindruck, dass diese Landesregierung nicht mit der notwendigen Energie die Chancen der neuen ESF-Förderung durch die EU nach vorne bringt. 64 Millionen DM stehen im Jahr zur Verfügung, die mit den entsprechenden öffentlichen Komplementärmitteln verdoppelt werden können. In seiner Presseerklärung von vorgestern hat der Ministerpräsident unter anderem angekündigt, dass das Land im allgemeinen Haushalt Kofinanzierungsmittel zur Ausschöpfung des Europäischen Sozialfonds bereitstellt. Er hat dies gestern auch hier in seiner Rede bestätigt. Schauen Sie aber in den vorliegenden Haushaltsplan, dann kann ich analog zu Wilhelm Busch nur sagen: Und Herr Repnik guckt nur stumm in seinem Haushaltsplan herum.

(Heiterkeit bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Ich darf Sie noch einmal auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Nagel SPD: Herr Präsident, ich komme sofort zum Ende.

(Unruhe)

Man muss endlich Ross und Reiter nennen: Wie soll die Komplementärfinanzierung aussehen? Wie ist der Zeiträumen? Wann können Mittel abgerufen werden, und wie hoch ist tatsächlich der Finanzierungsanteil des Landes? Hier gibt es zu viele Fragen und zu wenige Antworten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Das waren dumme Fragen!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Thon.

Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir den Worten des Sozialministers in der letzten Sozialausschusssitzung glauben wollen – das wollen wir gerne versuchen, Herr Repnik –, dann müsste eigentlich auf die Arbeitsprogramme des Landes ein wahrer Geldregen herabgehen. Also sprachen Sie, Herr Repnik, in der letzten Sozialausschusssitzung und gingen davon aus, dass die entsprechenden Komplementärmittel zu den 64 Millionen DM ESF-Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es ist schon mehrfach angesprochen worden, dass im Haushalt allerdings nur Nullen zu sehen sind,

(Abg. Haas CDU: Mein Gott! Weil Sie es nicht kapieren!)

bis auf den Haushalt des Wirtschaftsministeriums. Manches, Herr Haas, muss man immer wieder sagen, damit auch Sie es merken.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, wir versprechen Ihnen: Wir werden in dieser Angelegenheit am Ball bleiben.

Für die Arbeitsmarktpolitik des Landes und die Beschäftigungsprogramme, die der Landesregierung immer sehr wichtig waren und sind – davon gehe ich jedenfalls aus –, wäre dieser Geldregen natürlich auch ein Segen. Wir könnten dann nicht nur die Finanzen der Landesprogramme „Jugend – Arbeit – Zukunft“ und „Arbeit und Zukunft für Langzeitarbeitslose“ entsprechend aufstocken, was auch schon sehr wichtig wäre. Trotz relativ guter Zahlen kann es keine Entwarnung geben, weil Sie auch immer das individuelle Schicksal gerade bei Langzeitarbeitslosen oder bei Jugendlichen sehen müssen. Und es könnten endlich auch wieder neue Träger in die Programme aufgenommen werden, was in der letzten Zeit kaum möglich war – neue Träger und auch kleine Träger, die sich öfter auch durch besondere Fantasie und Kreativität und auch durch sehr viel Engagement auszeichnen.

An dieser Stelle möchte ich aber insgesamt einmal all diejenigen danken, die bei den Trägern, in den Beschäftigungsinitiativen ihre Arbeit tun.

Ich möchte Ihnen noch einen neuen Schwerpunkt ans Herz legen, und zwar geht es mir um die Menschen, die hier ein-

(Renate Thon)

gewandert sind, die legal hier leben können und die leider wegen mangelnder Qualifikation oft einen großen Anteil unter den Arbeitslosen stellen. Wir könnten hier wesentlich mehr Mittel einstellen, sozusagen auf Landesebene ein „JUMP“-Programm – Jugend mit Perspektive – für die Migranten entwickeln, um diese Menschen nachzuqualifizieren und ihnen mehr Teilhabe an dieser Gesellschaft zu ermöglichen.

Baden-Württemberg ist in diesem Bereich – ich spreche jetzt von Integrationspolitik – nicht Spitze, was es ja sonst immer sehr gerne ist. Wir können alles außer Integration! Also könnten Sie jetzt durch die wesentlich aufgestockten ESF-Mittel und die entsprechende Komplementierung wirklich die Chance haben, für den Bereich der Einwanderung entsprechende Qualifizierungsprogramme anzubieten, und Sie könnten auch den Vorschlägen, den Empfehlungen des Innovationsbeirats der Landesregierung und der Zukunftskommission nachkommen, die ja schon mehrfach darauf hingewiesen haben, dass Integrationspolitik notwendig ist. Sie sollten sich also auf den Weg begeben, dass Baden-Württemberg im Bereich der Integrationspolitik wenigstens ins Mittelfeld gelangt. Ich wünsche Ihnen dafür viel Mut.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat der Herr Sozialminister.

Sozialminister Dr. Replik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der heutigen Debatte haben wir schon viele Details zum Sozialetat gehört. Ich kann mit dem, was ich gehört habe, eigentlich höchst zufrieden sein.

Frau Bender hat viel gelobt und nur ein paar Details dargestellt, die sie anders machen würde. Aber es war eigentlich ein rechtes Lob für diesen Haushalt.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Na ja, nicht so selektiv wahrnehmen!)

Die Republikaner sind so zufrieden, dass sie auf den Haushalt gar nicht eingingen. Das von FDP/DVP und CDU war ja wohl zu erwarten, und bei der SPD gab es einen schönen Kabarettbeitrag von Herrn Nagel, der mich sehr erfreut hat, aber es war nur ESF – ich komme noch darauf zu sprechen –, und Herr Müller hat sich die Rede von jemandem schreiben lassen, der den Haushalt schlichtweg nicht kennt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich kann es auch nachher noch anhand der Zahlen belegen.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Sozialminister Dr. Replik: Später, er soll abwarten, was ich sage und dann seine Frage stellen. Sie wird dann bestimmt beantwortet.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Moment! Der jeweilige Redner entscheidet, ob er Zwischenfragen zulässt.

(Abg. Zeller SPD: Er kneift normalerweise nicht! Normalerweise ist er mutig! Normalerweise lässt er Zwischenfragen zu!)

Sozialminister Dr. Replik: Ja, ich lasse normalerweise Zwischenfragen zu. Das stimmt.

(Anhaltende Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Entschuldigung, Herr Zeller. Die Diskussion wird von hier aus geleitet.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sozialminister Dr. Replik: Herr Präsident, ich lasse die Zwischenfrage zu.

Stellv. Präsident Weiser: Ja. Bitte.

Abg. Dr. Walter Müller SPD: Herr Minister, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass ich es in meinem Beitrag mit Ihnen sehr ehrlich gemeint habe?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sozialminister Dr. Replik: Ich will aber zunächst den Blick auf das Große und Ganze lenken.

Die Leistungen des deutschen Sozialstaats erreichen heute ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung dieser Republik. Das heißt, jede dritte Mark wird für soziale Zwecke oder das Umfeld ausgegeben. Ich meine auch, unser Sozialstaat muss ständig fort- und weiterentwickelt werden. Aus diesem Grund mischt auch die baden-württembergische Landesregierung auf Bundesebene intensiv bei Reformen der sozialen Sicherungssysteme mit. Das haben wir bei der so genannten Gesundheitsreform, wie ich meine, erfolgreich getan, und wir werden dies auch bei der Rentenreform tun.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Veränderungen im sozialen Sicherungssystem haben erhebliche Auswirkungen auf die Menschen in Baden-Württemberg. Ich meine, mit dem Haushalt des Sozialministeriums leistet das Land Baden-Württemberg einen wesentlichen Beitrag dazu, dass die Menschen in unserem Land die sozialen Einrichtungen und Hilfen vorfinden, die sie benötigen.

Der Haushalt des Sozialministeriums umfasst für die Jahre 2000 und 2001 jeweils rund 2,8 Milliarden DM. Das ist gegenüber dem Vorjahr immerhin eine Steigerung von 4 %. Herr Müller, von Kürzung kann da keine Rede sein. Trotz einer weiterhin schwierigen Situation im Landeshaushalt haben wir damit ein vorrangiges Ziel erreicht. Wir haben nämlich Kurs gehalten und können auch weiterhin sagen: Sozialpolitik ist verlässlich und verstetigt, und sie braucht eine Zukunftsperspektive. Der Sozialhaushalt der nächsten zwei Jahre ermöglicht genau dieses.

Frau Bender, Sie haben den Sozialpakt angesprochen, den wir mit den Liga-Verbänden auch schon einmal andisku-

(Minister Dr. Repnik)

tiert haben. Wir haben zum Teil auch angeboten, weitere und vertiefende Gespräche zu führen. Bis heute kam noch keine Rückmeldung, weil die Verbände zum Teil auch die großen Bedenken haben: Können wir denn den Sozialpakt in den nächsten Jahren selber einhalten? Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass wir dann, wenn wir Sozialpakete machen – das muss man auch bedenken –, keine gestaltende Sozialpolitik mehr machen können, weil alles festgeschrieben werden muss.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das Gestaltende muss in den Innovationstopf eingebaut werden!)

Wir sind da gar nicht so weit auseinander; aber das wird schwieriger werden, als wir es uns vorstellen können.

Für mich ist heute, wenn Sie dem Haushalt zustimmen sollten, ein guter Tag – vor allem ein guter Tag für die Menschen in unserem Land. Wenn wir heute den Haushalt des Sozialministeriums beraten, geht es immer um Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, Hilfe und Unterstützung brauchen. Wir kümmern uns um viele Gruppen unserer Gesellschaft, insbesondere um unsere Familien, die Jugendlichen und die Kinder, um kranke Menschen, um alte und hilfsbedürftige Menschen, Herr Dr. Mauz, um behinderte Menschen, um Menschen mit psychischen Leiden, um Suchtkranke, um Drogenabhängige und um Arbeitslose.

(Abg. Rech CDU: Was hat das mit Dr. Mauz zu tun?)

– Damit er zuhört.

(Abg. Rech CDU: Ach so!)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt mein Dank Ihnen allen, Kolleginnen und Kollegen im Sozialausschuss und im Finanzausschuss. Ich glaube, wir haben es gemeinsam geschafft, den Etat auf dem guten Niveau der letzten Jahre zu halten. In einzelnen Bereichen konnten wir auch noch zulegen.

So stiegen wir zum Beispiel bei den Frauen- und Kinderschutzhäusern – manches wiederholt sich; aber mir ist wichtig, was ich sage – neu in eine Förderung laufender Zwecke ein. Sie werden natürlich sagen: noch zu wenig.

(Abg. Rech CDU: Trotzdem sehr gut!)

Aber immerhin haben wir die Mittel verdoppelt und gehen in laufende Zwecke hinein.

(Abg. Rech CDU: Jawohl, das ist ein Wort!)

Mein Dank gilt nicht einer einzelnen Person; dieser Dank gilt allen von allen Parteien, die im Sozialausschuss intensiv mitgearbeitet haben.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Gut, ist angekommen! – Abg. Rech CDU: Aber vor allem unserem Minister! Darauf bestehe ich!)

– Danke schön!

Danken möchte ich natürlich auch den Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, die mit ihren Ände-

rungsanträgen nochmals wichtige Akzente für die nächsten beiden Jahre setzen konnten. Ich denke, das soziale Netz kann so noch enger geknüpft werden, ohne dass daraus ein Sieb wird.

Ich nenne beispielhaft – das wurde auch schon angesprochen – die neu aufgenommene Förderung überregionaler ambulanter Hospizarbeit, eine Aufgabe, die mir sehr, sehr wichtig erscheint. Ich nenne die Modellprojekte zur außerstationären psychiatrischen Notfall- und Krisenintervention sowie die verbesserte Förderung der Sonderpflegedienste, die wir leider hätten auslaufen lassen müssen, weil es Modelle waren. Ich werde in den nächsten Jahren keine Ruhe geben, sondern mit den Krankenkassen noch einmal darüber sprechen, ob sie diese Dienste nicht verstärkt fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Rech CDU: Ausgezeichnet!)

Ich meine, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt bildet eine gute Grundlage für eine moderne Sozialpolitik in unserem Land.

(Abg. Zeller SPD: Das ist aber übertrieben!)

Es ist gelungen, Herr Nagel,

(Abg. Nagel SPD: Das war nicht ich, das war hinter mir!)

eine zukunftsfähige Sozialpolitik zu definieren, ohne das parallele Ziel der Haushaltskonsolidierung aus dem Auge zu verlieren. Das Land sichert damit eine hohe Qualität unserer sozialen Infrastruktur, und zwar genau deshalb, weil wir mit den 2,8 Milliarden DM Sozialpolitik nicht nur verwalten, sondern auch aktiv gestalten, eine Sozialpolitik, die gezielt und treffsicher vor allem jene Bereiche erfasst, die unsere großen Sozialversicherungssysteme, die Rentenversicherung, die Krankenversicherung, die Pflegeversicherung, die Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung, nicht hinreichend bedenken können.

Mehr als 1,7 Milliarden DM stehen für Zuwendungen und Zuschüsse zur Verfügung: Zuschüsse im Bereich der Kindergärten und für familienentlastende Dienste. Wir haben ein breites Netz von Beratungseinrichtungen, die Menschen in schwierigen Lagen helfen können. Darüber hinaus helfen wir sehr stark mit dem Landeserziehungsgeld.

Daneben gibt es vor allem Investitionen, die ohne Landeshilfe nicht möglich wären. Mit rund 800 Millionen DM können wir den Neubau, die Sanierung und den Umbau von sozialen Einrichtungen fördern. Das ist zum Beispiel Geld für den Krankenhausbau,

(Abg. Mühlbeyer CDU: Aufgestockt!)

für Altenpflegeheime – Herr Müller, 87 Millionen DM und nicht 20 Millionen DM, wie Sie gesagt haben; Sie haben den Haushalt falsch gelesen –,

(Abg. Mühlbeyer CDU: So ist es! – Zuruf des
Abg. Haas CDU)

für psychiatrische Krankenhäuser und für Jugendwohnheime.

(Minister Dr. Repnik)

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Müller SPD – Gegenruf des Abg. Mühlbeyer CDU: In dem Bericht stehen alle Erhöhungen drin! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die hohe Qualität unserer sozialen Infrastruktur wäre jedoch nicht möglich ohne Unterstützung durch unsere Partner. Jede von uns investierte Mark wird vermehrt, vor allem durch die Kommunen, durch die Selbstverwaltung und die Träger der freien Wohlfahrtspflege, die Kirchen und die Liga-Verbände, und natürlich durch die zahllosen sonstigen Initiativen und Selbsthilfegruppierungen. Ihnen allen danke ich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich danke insbesondere den zahllosen Menschen im Land, die sich uneigennützig für den Nächsten engagieren und in vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements tätig sind.

(Beifall des Abg. Zeller SPD – Abg. Zeller SPD: Sehr gut!)

Auf diese Menschen sind wir alle wirklich ganz besonders stolz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP)

Ich glaube, sie tragen ganz wesentlich dazu bei, dass ich das soziale Klima hier im Land als unverändert gut bezeichnen kann. Eine solche Aussage treffe ich nicht leichtfertig. Jeder weiß, dass es bei uns, wie überall, auch noch Menschen und Gruppierungen mit Problemen gibt. Wir kümmern uns eben darum. Dieser Haushalt schafft die Grundlage dafür.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in aller Kürze einige Schwerpunkte der Sozialpolitik benennen.

Die Familienpolitik hat für uns eine hohe Priorität.

(Abg. Zeller SPD: Na, das stimmt nicht ganz!)

Als eines der ersten Bundesländer haben wir gemeinsam mit den Kommunen und den Einrichtungsträgern schon vor drei Jahren den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umgesetzt. Aber wir haben da nicht Halt gemacht. Wir haben gegen Ihr Votum das neue Kindergartengesetz durchgesetzt. Das ist ein gewaltiger Schritt nach vorn zugunsten unserer Familien;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU: Bravo! – Abg. Zeller SPD: Wir wollten etwas Besseres!)

denn es belohnt Öffnungszeiten, die sich ganz spezifisch nach den Bedürfnissen von Müttern und Vätern richten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber nur in der Kindergartenarbeit!)

– Ja. Wir reden über Kindergärten, über sonst gar nichts. – Die zahlreichen Kindergartenträger haben diesen Ball aufgenommen. Weit schneller als gedacht wurden die Öff-

nungszeiten flexibilisiert. Mit dem neuen Kindergartengesetz sichern wir die verlässliche Betreuung von Kindern im Kindergartenalter.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nicht im Landtag!)

Das alles hat seinen Preis. Wenn die Ausgaben für Kindergärten jetzt um rund 60 Millionen DM steigen, dann müssen wir dazu stehen, dass es uns dies einfach wert war. Sie werden doch nicht sagen wollen, dass das Geld an einer falschen Stelle hinausgeschmissen worden sei, Herr Müller.

(Beifall des Abg. Haas CDU – Zurufe von der SPD – Abg. Haas CDU: Die schimpfen doch nur, sonst machen sie nichts! – Abg. Mühlbeyer CDU: 68 Millionen DM plus, keine Kürzungen! – Gegenruf des Abg. Dr. Walter Müller SPD: Und wer zahlt?)

Darüber hinaus zählt auch die soziale Absicherung von Tagemüttern. Mit einem Zuschuss finanzieren wir die Alterssicherung dieser engagierten Frauen und tun damit etwas für die Betreuung unserer Kinder.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Mit dem 1999 erstmals vorgelegten Familienbericht wird die Situation der Familien im Land umfassend dargestellt. Er ist die Grundlage für die weitere Entwicklung unserer Familienpolitik. Wie ernst es der Regierung mit der Familienpolitik ist, zeigt sich daran, dass wir weiterhin als eines der wenigen Bundesländer das Erziehungsgeld des Landes beibehalten. Herr Müller, wenn Sie die Höhe dieses Landeserziehungsgeldes ansprechen, dann müssen Sie natürlich auch ansprechen, dass durch das neue Staatsbürgerschaftsrecht schlichtweg ein Unsicherheitsfaktor im Spiel ist.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Richtig!)

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor besteht durch den Beschluss des Europäischen Gerichtshofs,

(Abg. Mühlbeyer CDU: Urteil!)

der aber noch nicht bestätigt worden ist. Insofern gibt es Unsicherheiten. Ich kann Ihnen aber versichern, dass wir das Landeserziehungsgeld, wie auch immer, nach Recht und Gesetz ausbezahlen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Walter Müller SPD: Gut! – Abg. Haas CDU: Rechtsanspruch! – Weitere Zurufe)

– Ja. Ich sage das nur, weil das infrage gestellt wird.

Im Rahmen einer Familienkommission arbeiten wir im Ministerium zurzeit an der Weiterentwicklung der Familienpolitik. Sie sehen: Wir lassen die Familien eben nicht im Stich, auch wenn Sie das so behaupten wollen.

Im Übrigen sage ich noch dazu: Dank der Initiative meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen und auch der Kollegen von der FDP/DVP

(Abg. Kluck FDP/DVP: Umgekehrt!)

(Minister Dr. Repnik)

haben wir die Mittel für die Familienerholung nochmals erhöht, sodass jetzt auch kinderreiche Familien mit ihren Familienmitgliedern verstärkt in Urlaub fahren können.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Rech CDU: Aha! Allein erziehende Väter auch?)

– Auch das wäre möglich.

„Die Jugend ist die Zukunft unserer Gesellschaft“, wird immer wieder einmal gesagt. Ich meine, wir handeln auch danach. Das ist in Baden-Württemberg wirklich keine leere Worthülse. Wir haben vorhin den Haushalt des Kultusministeriums beraten und beraten jetzt den Haushalt des Sozialministeriums. Allein in unserem Etat geben wir für die problembehaftete Jugend 230 Millionen DM aus. Aber auch im Bereich Jugendpolitik können wir dank der Enquetekommission einen gewaltigen Schritt nach vorne tun. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Jugendenquetekommission, deren Handlungsempfehlungen bei uns voll umgesetzt werden. Ich habe dafür gesorgt, dass Mittel im Haushalt eingestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Dafür stehen in den nächsten beiden Jahren ca. 13 Millionen DM zusätzlich zur Verfügung. In den Vordergrund stellen wir dabei die Jugendsozialarbeit an den Schulen und die Integration von jugendlichen Ausländern sowie Aussiedlern. Wir arbeiten sehr eng mit dem Kultusministerium zusammen und erarbeiten gemeinsame Richtlinien. Der Vorwurf einer mangelnden Koordination ist da wirklich haltlos.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Gesundheitspolitik. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Gesundheitspolitik steht Baden-Württemberg ebenfalls sehr gut da. In der Krankenhausversorgung haben wir bundesweit mit 6,1 Betten pro 1 000 Einwohner die wirtschaftlichsten Strukturen in der ganzen Republik. In den vergangenen Jahren konnten mehr als 4 000 unnötige Betten abgebaut werden. Gleichzeitig haben wir neue, innovative Versorgungsstrukturen aufgebaut. Ich erinnere nur daran, dass wir dabei sind, flächendeckend Schlaganfallstationen aufzubauen – in vielen Bereichen haben wir sie schon.

Wir haben eine hochwertige Versorgung nicht nur in Städten und Ballungszentren, sondern genauso draußen in der Fläche. Allein in diesem Jahr werden wir wieder rund 650 Millionen DM in den Krankensektor investieren. Gemeinsam mit unseren Partnern werden wir die Krankenhausplanung weiter vorantreiben, nachdem die Bundesregierung von ihrem Plan, die Monistik einzuführen, Abstand nehmen musste, weil sie im Bundesrat gescheitert ist.

Wie Sie wissen, haben wir von Baden-Württemberg aus an vorderster Front die so genannte Gesundheitsreform der Frau Ministerin Fischer bekämpft, weil sie vor allem mit ihrem Globalbudget einen im Ansatz völlig falschen Weg eingeschlagen hatte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt gibt es wegen eurer Verweigerung die sektoralen Budgets! Ist das vielleicht besser?)

Nicht nur wir Baden-Württemberger haben es so gesehen, Frau Bender. Es gab noch keinen Vorgang in der 50-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland,

(Abg. Mühlbeyer CDU: Richtig!)

bei dem ein Gesetz mit 16 : 0 Stimmen im Bundesrat abgelehnt wurde. Eine solche Ohrfeige hat noch keine Ministerin für ein Gesetz bekommen, weil es einfach falsch und schlampig gemacht war.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das liegt ja nicht am Inhalt!)

Ich bedaure, dass wir dadurch in der Debatte um die Gesundheitsreform ein volles Jahr verloren haben. Man müsste nämlich dringend etwas ändern. Die Leidtragenden sind vor allem die Patienten, aber auch Ärzte, Krankenhäuser, Krankengymnasten, Psychotherapeuten und Angehörige anderer Heilberufe. Ich kenne deren oft schwierige Situation. Wir werden deswegen auch künftig versuchen, baden-württembergische Wege und Lösungen zu finden, wie dies zum Beispiel vor kurzem bei den Psychotherapeuten gelungen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein großer und wichtiger Bereich, der heute schon wiederholt angesprochen wurde, ist für uns natürlich die Arbeitsmarktpolitik. Trotz besser werdender Wirtschaftsdaten bleibt die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit eines der Kernprobleme unserer Zeit. Mit einer Arbeitslosigkeit von 6,2 % stehen wir zwar im Wechsel mit Bayern bundesweit am besten da, und zwar mit Abstand. Trotzdem bleibt eine aktive Arbeitsmarktpolitik weiterhin ein Schwerpunkt.

Ich will jede Chance nutzen, Menschen in Arbeit zu bringen. Unser Landesarbeitsprogramm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ und unser Langzeitarbeitslosenprogramm sollen daher weiterhin ungekürzt laufen.

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Aufstocken müsstet ihr es!)

Wir werden unsere Arbeitsmarktpolitik noch verstärken. Ich habe es im Ausschuss gesagt, Erwin Teufel hat es gestern gesagt, und ich sage es hier zum letzten Mal:

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Also, jetzt passen wir ganz gut auf!)

Wir werden dafür Sorge tragen, dass keine einzige Mark aus dem Europäischen Sozialfonds verloren geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das war noch nicht haushaltsreif. Wir haben noch keine Einnahmen. Wir brauchen aber die Einnahmen, um die Ausgaben bestimmen zu können. Im Übrigen brauchen wir, wenn wir 20 Millionen DM mehr bekommen, selbstverständlich keine 20 Millionen DM Komplementärmittel. Es finanzieren ja viele komplementär mit. Wir werden, um alle Mittel abzuholen, ca. 5 Millionen DM brauchen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass alles bereitgestellt wird. Das sage ich Ihnen zu. Sie können mich daran in zwei Jahren messen.

(Minister Dr. Replik)

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Machen wir! – Abg. Nagel SPD: Darauf können Sie sich verlassen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht alles, was wünschenswert ist – das weiß jeder –, ist auch finanzierbar. Wir müssen deswegen auch effektiv mit Haushaltsmitteln umgehen. Dies schließt aber ein, dass wir Geld nur denen geben, die es auch wirklich brauchen. Wir können jede Mark nur einmal ausgeben. Deshalb möchte ich die verfügbaren Gelder treffsicher und zielgenau eingesetzt haben. Das heißt, wir müssen Prioritäten setzen.

Bei allen notwendigen Leistungen müssen wir eines im Auge behalten: Jede Mark, die nicht bei Bedürftigen ankommt, fehlt ihnen. Deshalb werde ich Leistungsmissbrauch und vor allem Leistungsbetrug aufs Schärfste bekämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Krisch REP – Zuruf von der SPD)

– Ja, Sie müssen aufpassen. Ich werde einiges relativieren.

In Baden-Württemberg bekamen 1998 243 812 Menschen Sozialhilfe. Das sind rund 4 % weniger als im Jahr zuvor. Das ist eine erfreuliche Entwicklung.

(Unruhe)

Mit dem erstmals durchgeführten automatisierten Datenabgleich wurde in 1 020 von insgesamt 120 000 abgeglichen Fällen

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

eine missbräuchliche Inanspruchnahme aufgedeckt. Das ist eine Quote von 1 %; sie kann auch einmal 1,5 % betragen. Aber es kursieren durch manche Äußerungen Zahlen im Raum, die nicht stimmen. Wir können damit rechnen, dass in 1 bis 1,5 % der Fälle Leistungen missbräuchlich in Anspruch genommen werden.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, die Geräuschkulisse ist für den Redner allmählich geradezu unzumutbar.

Sozialminister Dr. Replik: Ja, einige Leute wollen nach Hause. Das ist immer das Problem.

Stellv. Präsident Weiser: Ich bitte Sie, den Ausführungen des Ministers noch ein paar Minuten zu folgen.

(Zurufe von der SPD)

Sozialminister Dr. Replik: Die wenigen schwarzen Schafe unter den Hilfebeziehern vergiften aber leider das Klima. Das werde ich nicht hinnehmen. Wir müssen noch energischer als bisher jeglichen Missbrauch und Betrug aufdecken und dann auch strafrechtlich verfolgen.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Man kann das Klima aber auch vergiften, wenn man ständig von Betrug redet!)

– Eben nicht. Das ist in erster Linie eine kommunale Angelegenheit. Aber mir geht es wirklich darum, die redlichen Hilfeempfänger endlich vom Vorwurf des Missbrauchs staatlicher Leistungen zu befreien. Wenn die Menschen draußen merken, dass man dem Missbrauch nachgeht, wird der Missbrauch mit Sicherheit zurückgehen, und dann wird auch nicht mehr darüber gesprochen, dass Missbrauch betrieben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir werden deswegen das gesamte rechtliche Instrumentarium, das uns zur Verfügung steht, einmal auflisten, aufarbeiten und in Baden-Württemberg modellhaft in Kreisen anwenden.

Mir liegt aber noch ein anderer Aspekt am Herzen, nämlich die menschliche Seite. Hinter vielen Hilfeempfängern steckt eine persönliche Leidensgeschichte. Ich will den Menschen helfen, aus dieser schrecklichen Lebenssituation herauszukommen.

(Abg. Göbel CDU: So ist es!)

Wenn nötig, müssen wir diese Menschen, meine ich, sogar einzeln an die Hand nehmen und ihnen Wege aufzeigen, wie sie ihr Selbstwertgefühl wieder zurückgewinnen können. Deshalb hat sich Baden-Württemberg mit einer Bundesratsinitiative erfolgreich für eine Pauschalierung der einmaligen Sozialhilfeleistungen eingesetzt. Noch in diesem Jahr werden wir die Voraussetzungen zur Pauschalierung schaffen und den Hilfeempfängern mehr Freiheit und Entscheidungskompetenz geben.

(Beifall der Abg. Rech CDU und Dr. Noll FDP/DVP)

Das stärkt ihr Selbstvertrauen, und das fördert die Eigenverantwortung. Außerdem können die Sozialämter durch die Entlastung Sozialhilfeempfänger beraten und ihnen so den Weg aus der Sozialhilfe heraus ebnen.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist für mich der Niedriglohnsektor. In Berlin wird darüber in Bündnisgesprächen viel geredet, aber es wird nur geredet und nicht gehandelt. Ein habhaftes Ergebnis ist mir nicht bekannt. Wir in Baden-Württemberg handeln. In acht Stadt- und Landkreisen – Herr Noll hat es vorhin schon angesprochen – ist unser Modell Einstiegsgeld angelaufen. Mit Hilfe des Einstiegsgelds hoffen wir, einen Teil der landesweit rund 70 000 arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger wieder in Arbeit zu bringen. Dazu gehört aber auch: Wer arbeitsfähig ist und eine ihm angebotene Arbeit nicht annimmt, muss mit einer stufenweisen Verringerung der Hilfeleistungen rechnen.

Lassen Sie mich in Kürze noch in wenigen Stichworten weitere Felder der Sozialpolitik ansprechen.

Zunächst zur Frauenpolitik.

(Zurufe von der CDU: Jetzt! – Beifall der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

– Da ruft Frau Thon gleich „oh“.

(Minister Dr. Repnik)

Mit der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind wir ein gutes Stück weiter vorangekommen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wohin? – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Woran sieht man das?)

– An euch beiden zum Beispiel.

(Heiterkeit)

In über 5 000 Dienststellen der Landesverwaltung gilt das Landesgleichberechtigungsgesetz. 1 000 Frauenvertreterinnen und 4 266 Ansprechpartnerinnen wurden bestellt. Das ist ja schon etwas. Auch bei der Beteiligung von Frauen an Beratungs- und Entscheidungsprozessen kommen wir weiter voran. So stieg der Frauenanteil in Gremien, auf deren Besetzung das Land Einfluss hat, immerhin von 9 % im Jahr 1992 auf 14 % im Jahr 1997.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da kann man noch mehr tun!)

– Ja natürlich. Aber wir werden weiterhin daran arbeiten, dass dieser Prozentsatz verfestigt und verstetigt wird und weiter ansteigt.

(Abg. Maurer SPD: Als sie das Ziel aus den Augen verloren hatten, verdoppelten sie ihre Anstrengungen!)

Erstmals haben wir eine weitere Million Mark, Herr Maurer, für Frauen- und Kinderschutzhäuser eingestellt. Damit wird das Land zusätzlich zur bisherigen Förderung in die Förderung von laufenden Zwecken der Frauen- und Kinderschutzhäuser eintreten. Und wie, Frau Bender? Uns ist auch daran gelegen, dass sich die kommunale Seite nicht zurückzieht. Das Wie werden wir in enger Abstimmung sowohl mit der kommunalen Seite wie mit den Einrichtungen selbst festlegen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Auf die Förderkriterien warten wir auch schon sehr lange!)

Wichtig ist mir, dass die Frauen- und Kinderschutzhäuser damit zu strukturellen Verbesserungen kommen.

Einen hohen Stellenwert – Herr Müller, Sie haben es angesprochen; das scheint Ihnen auch wichtig zu sein, allerdings haben Sie falsche Zahlen genannt – messe ich der Altenpolitik bei. Die Zahl der älteren Menschen steigt rasant. Heute ist jeder Fünfte über sechzig Jahre, in 10 Jahren jeder Vierte und in 30 Jahren bereits fast jeder Dritte. Gleichzeitig steigt die Zahl der Hochbetagten und damit die der Menschen, die potenziell der Pflege bedürfen. Dagegen nimmt die Zahl derer ab, die im familiären Kreis zur Hilfe bereit oder in der Lage sind. Das heißt, wir müssen uns darauf vorbereiten, die entsprechende Infrastruktur in Pflegeheimen zu schaffen, eine Infrastruktur, die der demographischen Entwicklung Rechnung trägt und gleichzeitig den Bedürfnissen nach einer würdigen Versorgung gerecht wird. Dabei steht für mich die Selbstständigkeit des Menschen im Vordergrund. Dies gilt nicht nur für die ambulante Pflege, die ja weitestgehend von den Kassen finanziert wird, sondern auch für die stationäre Pflege. Aktivierende Pflege und Reha sind für mich die obersten Ziele. Qualität und Qualitätssicherung sind unabdingbare Voraussetzungen,

und die Gewinnung, Ausbildung und Qualifizierung von Pflegekräften müssen hinzukommen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

1999 haben wir 43 Bauprojekte in allen Landesteilen bewilligt. Herr Müller, ich habe Ihnen schon einmal gesagt, dass es um 87 Millionen DM geht und nicht um 20 Millionen DM. Aber Sie wissen ganz genau, Herr Müller, dass das KIF-Mittel sind, und da müssen wir mit den Kommunen halt verhandeln. Aber Haushaltswahrheit soll schon Haushaltswahrheit bleiben.

(Abg. Maurer SPD: Kann ihm nicht jemand den Sprechzettel wegnehmen?)

Im Übrigen, lieber Herr Maurer, wenn wir über die Pflege sprechen und man hier sagt, wir würden zu wenig tun, möchte ich erwidern: Das Schlimmste, was uns bei der Pflege passieren konnte, war die rot-grüne Koalition in Bonn.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Maurer SPD: Darauf habe ich die ganze Zeit gewartet! Ich wäre richtig enttäuscht gewesen!)

– Sie haben mich ja herausgefordert. Ich wollte höflich sein. – Zum Beispiel hat Herr Eichel – das ist das Einzige, was die Roten und Grünen in Bonn bei der Pflege getan haben – mit seinem Sparpaket 450 Millionen DM aus der Pflegekasse herausgenommen, die den Pflegekassen jetzt fehlen, um neue und wichtige Leistungen

(Abg. Kluck FDP/DVP: Schweinerei!)

– jawohl – zu erbringen, um zum Beispiel Demenzkranken entgegenzukommen.

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Die letzte Bundesregierung wollte doch alles herausnehmen! – Große Unruhe und Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, Sie haben heute Abend noch sehr viel Zeit.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Der Herr Minister hat Zeit! Wir wollten schon lange fertig sein, Herr Präsident! – Abg. Nagel SPD: Frau Haußmann muss nämlich noch zum Breuninger! – Heiterkeit – Abg. Rech CDU: Die Roten haben jetzt Feierabend!)

Sozialminister Dr. Repnik: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer eine klare Meinung vertritt, eckt natürlich manchmal auch an. Meine Grundhaltung zur Drogenpolitik ist Ihnen wohl bekannt.

Es macht mir große Sorge, dass wir im letzten Jahr im Land 270 Drogentote hatten. Das ist gegenüber 1998 eine Steigerung von 226 auf 270, nachdem wir jahrelang Rückgänge bei der Zahl der Drogentoten hatten. Aber nie hat uns jemand für die gute Drogenpolitik gelobt, als die Zahlen zurückgingen. Alle anderen Bundesländer hatten immer einen Anstieg, bei uns ging die Zahl zurück.

(Minister Dr. Repnik)

Die Zahl der Drogentoten allein ist natürlich überhaupt noch kein Maßstab für eine gute Drogenpolitik. Wenn dem so wäre, müsste mir jemand erklären, warum die Zahl der Drogentoten in Mannheim stark zurückgegangen und in Stuttgart angestiegen ist. Damit ist nicht unbedingt die Drogenpolitik zu begründen.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

– Denken Sie nur einmal an Mannheim und Stuttgart.

Für mich ist jeder einzelne Drogentote einer zu viel.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Eben!)

Deswegen müssen wir den Anstieg sorgfältig analysieren, dürfen aber keine vorschnellen Schlüsse ziehen

(Abg. Ingrid Blank CDU: Oder die falschen!)

– und nicht die falschen, natürlich.

Wir haben im ersten Durchgang versucht, zu überlegen, woher das kommt. Wir haben festgestellt, dass wir gerade im Bereich der Migrantinnen, der Aussiedler und Ausländer so genannte Turbokarrieren hatten, die innerhalb eines halben Jahres zum Tode führten.

Das Zweite, was mich betroffen gemacht hat und was man intensiv besprechen muss, ist der auffallend hohe Anteil von Drogentoten, die zuvor eine Substitutionsbehandlung mit Methadon gehabt haben. In über 20 % der Fälle war Methadon mit im Spiel. Es kann doch nicht sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Menschen, die angeblich in ärztlicher Behandlung sind, an einer Überdosis sterben. Dann stimmt doch etwas an dieser ganzen Behandlung nicht.

(Abg. Ingrid Blank CDU: In falscher Sicherheit wiegen sie sich! – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bilanz der freizügigen Methadonregelung muss doch jedem Menschen zu denken geben, Frau Bender. Wir haben vorher darüber gesprochen. Sie haben gesagt: Der Minister hat umgedacht. Ich weiß, dass man mit Methadon das eine oder andere regeln kann – aber nur dann, wenn auch die psychosoziale Begleitung dabei ist.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Das sagen wir auch schon lange!)

Deswegen haben wir mithilfe der CDU- und der FDP/DVP-Fraktion in diesem Haushalt weitere zehn Stellen für Drogenberater geschaffen, die gerade an Schwerpunktpraxen eingesetzt werden.

Ich sage Ihnen, ich werde weiterhin Anstrengungen unternehmen, damit unsere kranken Abhängigen aus ihrer Krankheit herauskommen. Sie bekommen alle Hilfe zum Ausstieg, ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber wenn Sie glauben, dass wir aus dem Landeshaushalt Gelder für Heroinmodelle bereitstellen, dann brauchen Sie überhaupt nicht mehr anzuklopfen. Es kann doch nicht so sein, dass wir sagen: gestern Methadon – morgen Heroin – übermorgen Kokain. Wohin führt das eigentlich noch?

(Abg. Ingrid Blank CDU: Falsche Signale! – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Aber deswegen kann man doch nicht schon den Versuch ablehnen! – Gegenruf der Abg. Ingrid Blank CDU: Menschenversuch!)

Ich mache diese Modelle nicht mit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Blick auf das Ganze stelle ich fest: Wir können in Baden-Württemberg stolz sein auf eine gute soziale Infrastruktur und auf das insgesamt gute soziale Klima in unserem Land, auch im Großen und Ganzen in unserem Sozialausschuss. Das müssen wir bewahren. Wir können es uns jetzt nicht leisten, die Hände in den Schoß zu legen. Unsere Gesellschaft ändert sich; damit ändern sich auch die Anforderungen an die Sozialpolitik. Sozialpolitik muss deswegen immer wieder neu diskutiert werden, es müssen neue Schwerpunkte gesetzt werden. Ich bin dazu bereit, gemeinsam mit Ihnen auch in den nächsten Jahren neue Schwerpunkte zu suchen und die Prioritäten zu benennen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Krisch.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Was? Kann das sein? – Unruhe)

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Nagel sagte vorhin: Menschen brauchen Zukunft. Er hat Recht. Aber ich komme zurück auf den Kollegen Müller und seine Aussagen zur Drogenpolitik, seine Kritik an der Drogenpolitik der Landesregierung.

Es ist interessant, was der Minister eben zum Zusammenhang zwischen Drogentoten und Methadonsubstitution gesagt hat. Herr Kollege Müller, ich bin fest der Meinung: Ein Mensch, der drogenabhängig ist, hat keine Zukunft. Das Ziel jeder Drogenpolitik muss ein drogenfreies Leben und nicht ein Leben sein, in dem andere Drogen durch Heroin substituiert sind.

Ich möchte noch etwas kritisch anmerken: In all den Diskussionen zur Drogenpolitik haben wir nie Maßnahmen gegen den Drogenhandel selbst besprochen. Das ist ein großer Fehler.

Heute wurde mehrfach, von der Kollegin Raststätter, vom Kollegen Rau und von Frau Ministerin Schavan, das Thema „Gewalt an Schulen“ angesprochen. In keiner Diskussion wurde gefragt: Wie war das denn vor 30 Jahren? Was hat sich in diesen 30 Jahren geändert? Was sind die Ursachen für die wachsende Gewalt an den Schulen? Denn vor 30, 40 Jahren hatte dieses Phänomen eine andere Qualität.

(Krisch)

Unsere Fraktion hat sich bemüht, Ursachen dieser Gewalt auf den Grund zu gehen. Wir haben Entwicklungen in England, in den USA, in Frankreich, in Holland, in Indonesien und in Japan geprüft. Wir kommen in Übereinstimmung mit deutschen und internationalen Wissenschaftlern zu dem Schluss: Die Zerstörung unserer Wertekultur und der Ersatz durch das, was Sie „Multikulti“ nennen, ist ein wesentlicher Grund für das Wachstum an Gewalt.

Ich kann Ihnen einen Beleg dafür geben: Ausländer der zweiten Generation waren wesentlich integrationsbereiter als die der dritten. Da ist wieder zu fragen: Warum eigentlich? Weil sie sich damals, als Minderheit, nur durch Anpassung bei uns durchsetzen konnten. Die dritte Generation ist in den Schulen vielfach schon entweder Mehrheit oder starke Minderheit. Einem Türken wäre es durchaus möglich, in Deutschland zu leben, in einer türkischen Firma türkisch sprechend zu arbeiten, in einem türkischen Geschäft einzukaufen, im türkischen Sportverein oder Kulturverein seine Freizeit zu verbringen, eine türkische Zeitung zu lesen und das türkische Fernsehen zu schauen.

(Abg. Dr. Walter Müller SPD: Dann isst er noch einen Döner!)

Er hat keinerlei Grund, sich zu integrieren und anzupassen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Wie ist das auf Mallorca?)

Einbürgerung, die Vergabe der Staatsbürgerschaft, ist kein Mittel zur Lösung des Problems. Das ist ein Problem, das über die Einwanderungspolitik der letzten 30 Jahre im Wesentlichen den Bundesregierungen aus CDU/CSU und FDP zuzuschreiben ist.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sie sind doch auch eingewandert!)

– Herr Kollege Kluck, auf Sie komme ich bei Gelegenheit noch. Ich habe jetzt keine Zeit dazu. Dann fragen wir nach, wo Sie herkommen.

(Unruhe)

Das Thema „Gewalt an Schulen“ betrifft auch unsere Kinder und Jugendlichen. Es wird viel geredet, aber wenn Kinder – ich kann das aus der Praxis bestätigen – sich an Lehrer oder Polizisten wenden und sagen, es sei Gewalt passiert, dann wird in zwei Drittel aller Fälle dem Jugendlichen gesagt: Du hast doch dies sicher selbst provoziert.

(Abg. Nils Schmid SPD: Aber Ihre Praxis ist schon 30 Jahre her!)

Dann wird vorgeschlagen: Erstatte Strafanzeige. Tut der Betroffene dies dann, so erlebt er, dass er wenige Tage später dem Täter gegenübersteht, der ihn weiter drangsaliert, weil er jetzt weiß, dass das betreffende Kind bei der Polizei war.

Jetzt frage ich Sie: Was wird aus Kindern und Jugendlichen, die dies erleben, die Erpressung, Erniedrigung und Gewalt erleben, wenn sie erwachsen sind?

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Krisch, dürfte ich Sie bitten, zum Thema Sozialhaushalt zu sprechen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Nils Schmid SPD: Herr Krisch hat nur ein Thema!)

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, ob ich zum Thema spreche, ist Definitionssache. Ich sagte einleitend: Alles, was unser Sozialsystem zerstört, betrachte ich als zum Thema Sozialpolitik gehörend.

Stellv. Präsident Weiser: Es kommt nicht darauf an, wie Sie es betrachten. Es kommt darauf an, wie es die Geschäftsordnung vorschreibt.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, ich bin durchaus bereit, mich einer Diskussion zu stellen.

(Abg. Brechtken SPD: Aber wir nicht, Herr Kollege!)

Ich möchte nur jetzt in der Lage sein, wie alle anderen meine Rede zu Ende zu führen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Nehmen Sie doch Platz!)

Wir leben in einer Situation – –

Stellv. Präsident Weiser: Entschuldigung, ich habe Ihnen das Wort erteilt, und nach der Geschäftsordnung haben Sie zum Thema zu sprechen und nicht zu irgendetwas.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Krisch REP: Ich stelle fest: Der amtierende Präsident des Landtags betrachtet Gewalt an Schulen als nicht zum Thema Sozialpolitik gehörend.

Ich stelle fest,

(Zuruf: Ja, was?)

das Thema „Politikverdrossenheit und Rückgang der Wahlbeteiligung“ scheint nicht zum Thema Sozialpolitik zu gehören, und ich möchte darauf hinweisen, dass zum Beispiel die Diskussion über die Art und Weise, wie jetzt über die NS-Zwangsarbeiterentschädigung gesprochen wird, ebenfalls ein Thema ist, das hierzu gehört, und man müsste einmal darüber sprechen, was mit der Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Herr Präsident, ich komme zu einem Thema, das uns als Fraktion sehr wichtig ist. Wir haben immer über Renten gesprochen. Ich glaube, Renten gehören zum Thema Sozialpolitik. Unsere Fraktion hat schon vor Jahren den Vorschlag gemacht, man möge doch die umlagefinanzierte Rente auf ein Kapitaldeckungsverfahren umstellen.

Aber es gibt noch andere Möglichkeiten, das Thema der Altersversorgung anzusprechen. Dazu gehört ein Punkt, den dankenswerterweise auch schon der Herr Minister unterstützt, und zwar das Thema „Mitarbeiterbeteiligung in der Industrie“.

(Krisch)

Bis jetzt sind nur die Großindustrie und wenige große mittelständische Betriebe diesen Weg gegangen, meine Damen und Herren. In Deutschland sind es etwa 1 000 Unternehmen, die das machen, und alle haben Folgendes festgestellt: Die Fluktuation in den Unternehmen sinkt, die Mitarbeiter betrachten diese Mitarbeiterbeteiligung als eine Zukunftssicherung. Die Firmen, die ein vernünftiges Mitarbeiterbeteiligungsmodell anbieten, haben plötzlich höhere Wettbewerbsfähigkeit, höhere Produktion und höhere Erträge.

Jetzt ist es für den Mittelstand, für Handwerker schwierig, dieses komplizierte Thema umzusetzen, und deshalb haben wir den Antrag gestellt, den wir heute nochmals einbringen werden, man möge einen neuen Titel schaffen, in dem ca. 250 000 DM im nächsten Jahr und 500 000 DM im darauf folgenden Jahr eingestellt werden. Das sind drei bis fünf Arbeitskräfte, die im Rahmen der Landesregierung die Wirtschaft und die Industrie bei der Einführung dieser Mitarbeiterbeteiligung unterstützen sollen.

Meine Damen und Herren, dies wäre finanzierbar, und dies wäre auch günstiger als die Imagekampagne der Landesregierung. Ich würde Sie sehr bitten, dieses Vorhaben zustimmend zu unterstützen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen damit in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Haushalt des Sozialministeriums. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4809.

Ich rufe auf

Kapitel 0901
Ministerium

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? –

(Zuruf: Aha!)

Danke. Das Erstere war die Mehrheit. Das Kapitel ist angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0902
Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0903
Arbeitsförderung und Berufsbildung

und dazu den Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4839-1, und den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4839-8.

Der SPD-Antrag ist der weiter gehende. Deshalb stimmen wir zunächst über diesen Antrag ab. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4839-8, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist – –

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Enthaltung!)

– Bitte?

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Enthaltung!)

– Enthaltungen. Ja, bitte.

(Heiterkeit)

Also, ich stelle fest: Ich habe mich hier nicht ganz nach der Geschäftsordnung verhalten, aber an den Mehrheitsverhältnissen hat es ohnehin nichts geändert.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

Vielen Dank.

(Abg. Maurer SPD: Wir helfen gern!)

– Ich verzichte gern auf manche Hilfe.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4839-1. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über das Kapitel 0903 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Kapitel 0903 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0904

Gesetzliche Unfallversicherung des Landes

Wer dem Kapitel 0904 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ich stelle fest, das Kapitel 0904 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0905

Hilfen für Behinderte

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Kapitel 0905 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0906

Arbeitsgerichtsbarkeit

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist einstimmig angenommen.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe auf

Kapitel 0911
Landesversorgungsamt

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0912
Versorgungssämter

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Kapitel 0912 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0915
Versorgungskuranstalten

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel 0915 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0917
Wohlfahrtspflege

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0918
Jugendhilfe

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0919
Familienhilfe

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4839-2. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4839-3, auf. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4839-4, auf. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4839-5, auf. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4839-6, auf. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über das Kapitel 0919 – Familienhilfe. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0920
Altenhilfe

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4839-9. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? –

(Abg. Haas CDU: Das muss man ablehnen! Keine Finanzierung!)

Danke. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über das Kapitel 0920 – Altenhilfe. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0921
Frauenförderung

Wer für dieses Kapitel stimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0922
Gesundheitspflege

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4839-7. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0922 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe auf

Kapitel 0923

Landesgesundheitsamt und Gesundheitsämter

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
– Danke. Mehrheitlich so beschlossen.

(Zurufe: Einstimmig! Das war einstimmig!)

– Ich gehe davon aus, dass Einstimmigkeit auch Mehrheit ist.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Ich rufe auf

Kapitel 0924

Landesgesundheitsamt

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Das war einstimmig.

(Erneute Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Ich rufe auf

Kapitel 0930

Zentren für Psychiatrie

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Das Erstere war die Mehrheit. Das Kapitel 0930 ist Mehrheitlich verabschiedet.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Zweiten Beratung des Einzelplans 09 – Sozialministerium – des Staatshaushaltsplans. Ich darf mich bei Ihnen herzlich bedanken und die nächste Sitzung einberufen auf morgen, 9:30 Uhr mit der Fortsetzung der Zweiten Beratung des Haushalts.

Nochmals herzlichen Dank. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19:05 Uhr